Deutschlands Verwirrung, Europas Bedrängnis und eine Welt in Not!

Eine Gemengelage, die eine neue Schuld der Deutschen erzeugt!

Von Tristan Abromeit

August 2016

www.tristan-abromeit.de

Text 146.0



DIE ZEIT Titel 21. Juni 2016

Übersicht

Seite

- 3 1. Teil: Der Start: Eine Orientierungsarbeit
- 25 Einschub 1: Brief und Antwort an IWF von 1980
- 26 2.Teil: Überlegungen bei Zwischenstopp
- 39 3.Teil: Das Problem der Auswahl bei den Meldungen
- 42 Einschub 2: Die ersten 5000 Jahre. David Graeber
- 4. Teil: Zu den Begriffen Epochenwechsel, Faschismus und Anitsemitismus
- 75 5. Teil: Zum Transatlantischen Handelspakt TITIP; Brexit, Bodenrecht, Volksgesetzgebung
- Einschub 3: Ein E-Mail von Mehr Demokratie eV.
- 83 Einschub 4: FDP will Boden kommunalisieren
- 96 6. Teil: "Woher kommt der Hass?"
- Einschub 5: Fachgespräch 15 Jahre "Krieg gegen den Terrror", Einladung Bundestagsfraktion Bündnis Grüne
- 111 7. Teil: > Der Euro hat Europa gespalten < Zeit-Interview mit Sahra Wagenknecht Kommentare und Ergänzungen zu einer Auswahl von Fragen und Antworten
- Einschub 6: Entgegnungen eines Lesers zum Thema Kreditschöpfung der Banken
 - Einschub 7: Konferenz "Macht.Geld.Politik" in Bielefeld am 1. 10. 2016 Britta Haßelmann MdB, Matthi Bolte, Sven Giegold MdEP
- 162 Gesell: Programm für Internationale Valuta-Assoziation
- 165 Zitate und Hinweise auf Ordoliberale
- 172 8. Schlussteil / 175 E-Mail von Verfassung vom Volk
- Text 146.1 Wirtschaftliche Triebkräfte von Rüstung und Krieg, Helmut Creutz, 2001
- Text 146.2 Über die Ursachen des Unbehagens in der Gesellschaft und den Unerneh men und über Maßnahmen zu ihrer Beseitigung, TA, 1972
- Text 146.3 Auszüge aus: **Die Welt wird jung** / Der Gewaltlose Aufstand der neuen Generation (The greening of America) von Charles Reich, 1971

1. Teil: Der Start: Eine Orientierungsarbeit

Ich gestehe es gleich am Anfang, der Titel verspricht mehr, als ich liefern kann. Der Inhalt beschreibt einen Teil der von mir bewusst und intuitiv erfassten gesellschaftlichen Problemfelder. Der Text ist mein Versuch, dem Gemurmel in den Medien und dem Geraune in der Gesellschaft einen Erkenntnisgewinn abzuringen und dessen Un- und Vieldeutlichkeit mit meinen Formulierungen etwas mehr Deutlichkeit zu verschaffen. Der Versuch kann leicht danebengehen. Es ist dabei unvermeidlich, dass die Wirkungen der Rollen von Personen kritisiert werden müssen. Es geht mir dabei aber nie um eine Kränkung oder Herabsetzung der Rolleninhaber. Ziel der Kritik müssen eher das Rollenverständnis und die tragenden Ideen der Rolleninhaber sein, denn nach meiner Einsicht kommt das Böse selten aus dem bösen Willen, sondern vielmehr aus Fehlern in den theoretischen und auch emotionalen Grundlagen des Handelns. Da wir in unserem Handeln nur rudimentär vom Instinkt gesteuert sind, kann jeder Schritt unseres Handelns, der auf eine Vorstellung von der Wirkung unseres Tuns angewiesen ist, falsch sein, weil ein Teil oder alle Bilder, die in diese Vorstellung von der Wirklichkeit einfließen, fehlerhaft oder gar falsch sein können.

Gabor Steingart schreibt im Handelsblatt Morning Briefing vom 8. Julie 2016:

Apropos **Nordse**: Ich möchte mich bei Ihnen für die nächsten drei Wochen in Richtung **Düne und Deichschaf** abmelden. Manche nennen es Urlaub, ich würde es als **Schreibklausur** bezeichnen. Denn pünktlich zur Frankfurter Messe im Oktober soll **mein neues Buch** "Weltbeben: Leben im Zeitalter der Überforderung" erscheinen. Das Problem: Wichtige Kapitel werden erst noch verfasst. **Rudolf Augstein**, Schutzpatron der gequälten Journalistenseele, wusste, was das bedeutet: "Schreiben ist nicht schön", sagte er einst: "Schön ist, geschrieben zu haben."

Insofern freue ich mich jetzt schon auf unser baldiges Wiedersehen, warum nicht zur Buchvorstellung am 18. Oktober in Frankfurt? Für die Leserinnen und Leser des Morning Briefings habe ich Plätze in den vorderen Reihen reserviert: ...

Ich schreibe das nicht, um für Steingart Werbung zu betreiben, diese Unterstützung hat er von mir nicht nötig. Ihm steht der ganze Apparat eines großen Verlages zur Verfügung. Er könnte Unsinn schreiben und er hätte doch noch die Aufmerksamkeit eines großen Publikums. Damit sage ich natürlich nicht, dass sich Gabor Steingart bemüht, Unsinn zu schreiben. Auch ist er nicht ein Orientierungspunkt für mein eigenes Schreiben. Aber Gemeinsamkeiten wird es wohl geben. Aber wenn ich selber – ohne die Möglichkeiten eines Gabor

Steingarts - schreibend eine Nachricht in die Öffentlichkeit schicke, dann ist das fast so, als würde ich eine Nachricht in eine Flasche einschließen und diese in der Erwartung in die Weser werfen, dass sie in Nordamerika in absehbarer Zeit ankommen würde. Theoretisch mag das möglich sein, praktisch könnte der Versuch schon an der nächstgelegenen Staustufe der Weser scheitern. Ich erzähle die Geschichte, weil sie etwas über meine Motivation als Schreiber sagt – der im Zeitpunkt der Niederschrift dieses Satzes an die vielen Menschen denkt, die in den vielen Gefängnissen dieser Welt sitzen und gerne eine Botschaft nach draußen senden würden. Gefängnisse gibt es aber vieler Art und sei es das Gefängnis der eigenen Unfähigkeit, einen Gedanken oder eine Wahrnehmung so zu formulieren, dass das Gefühlte oder Gedachte den möglichen Empfängern verständlich wird bzw. ist. Zu der Aussage von Rudolf Augstein "Schreiben ist nicht schön." "Schön ist, geschrieben zu haben." Diese Aussage gilt bestimmt nicht generell. Ich vermute, es gibt genug schreibende Menschen, die dem widersprechen würden. Die Aussage gilt aber wohl für das Schreiben, dass sich um eine Zusammenschau unterschiedlicher gesellschaftlicher Prozesse und Fakten bemüht. Jedenfalls kann ich das für mich nachvollziehen. In meinem Fall besteht die Schwierigkeit darin, die eigene Wahrnehmung (Nachdenken, lesen und hören) mit einer Fülle von Artikeln aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) 1, die ich als Stichwortgeber aufbewahrt habezu verbinden. Da jeder Tag neue Artikel bringt, die zur Ergänzung oder zum Widerspruch aufrufen, kann diese Art Teilnahme an dem öffentlichen Zeitgeschehen zu einer Bedrückung werden.

Dann kam die Vorankündigung für die Ausgabe der ZEIT vom 21. Juli auf meinen Rechner.-Der Haupttitel lautet:

Worauf wir uns noch verlassen können / Anschläge, Putschversuche, Säuberungsaktionen. Wir erleben eine globales Drama. Was kommt auf uns zu? Und was gibt uns jetzt Halt? 2

Ich dachte: Diese Ausgabe besorge ich mir. In der ZEIT äußern sich kluge Köpfe, wenn ich die Artikel lese, dann werde ich feststellen, dass alles gesagt ist, was zu sagen ist und ich kann mich befreit von dem Druck – Stellung beziehen zu müssen – bequem zurück lehnen. Ich habe interessante Artikel gelesen, aber statt Entlastung fühlte ich eine erhöhte Verpflichtung, mich mit meinen Ansichten nicht hinter dem Berg von Veröffentlichungen zu verstecken. Ich habe mich natürlich gefragt, ob dieser Druck - sich zu äußern – in einer möglichen

¹ Das ist kein Bekenntnis eines Lesers zu "seiner" Zeitung, sondern nur ein Hinweis, dass ich die dominierende Tageszeitung in unserer Region lese.

² Auch übernommen mit der Grafik auf die Titelseite dieses Textes.

Eitelkeit oder einem Geltungsstreben seine eigentliche Ursache hat. Soweit man sich selbst in diesen Fragen prüfen kann, bin ich zu einem Nein gekommen.³ Die Ursachen sehe ich in der Differenz zwischen meinen Erleben der Zeitgeschichte und der veröffentlichten Meinung und in der Tatsache, dass ich zu einer kleinen Schar Menschen gehöre, die etwas über eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, über die Natürliche Wirtschaftsordnung von Silvio Gesell – der gerade im englischsprachigem Raum wiederentdeckt wird – erzählen kann. Wer weiß schon von den ZEIT- und HAZ-Redakteuren und Autoren, dass mit Gesells Erkenntnissen es ein Leichtes gewesen wäre, Hitler zu vermeiden. Die Wirklichkeit ist, dass die Medien es unkommentiert oder verstärkend hinnehmen, wenn Gesell und die, die sein Wissen über die Gegenwart in Zukunft tragen, von der Antifa verleumdet oder von vielen sogenannten Wissenschaftlern oder Intellektuellen die Existenz dieser Schule ignoriert wird. Dabei wird dann diese Ignoranz süffisant mit der eigenen Überlegenheit über die unterstellte Borniertheit der Vertreter der Freiwirtschaftsschule verkleidet. Aber was eigentlich der Begriff Freiwirtschaft oder Natürliche Wirtschaftsordnung ausmacht, davon haben die Journalisten und auch selten ein Wirtschaftswissenschaftler eine Ahnung. Es genügt ja diesen "kritischen" Geistern, ein paar Vorurteile aufgeschnappt zu haben, dann glauben sie, sie wüssten Bescheid.

Ein für den Bürger- und Völkerfrieden wichtiges Wissen kann aber nicht nur durch Ignoranz der Unkundigen gefährdet werden, sondern auch durch eine Übertreibung seines Wirkungspotenzials durch die Kundigen. In der Abwehr ungerechtfertigter Vorwürfe und Verdächtigungen, kann schon mal Übersehen werden, dass die *Natürliche Wirtschaftsordnung* keine Erlösungsreligion ist, sondern nur ein gesellschaftliches Analyse- und Gestaltungsinstrument, eine Möglichkeit, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien. Es ist daher für die Menschen, die sich gegen das Vergessen eines wichtigen ökonomischen Wissens oft Jahrzehnte mit persönlichem Zeit- und Geldaufwand stemmen, nicht immer leicht, den richtigen Ton für ihre Botschaft zu finden. Und Außenstehende sollten bedenken, nicht jeder, der zum Prügelknaben in der Gesellschaft gewählt wird, ist in der Lage, dieses mit einem Lächeln zu quittieren.

Als ich mir DIE ZEIT - Ausgabe vom 21. Juli – kaufen wollte, gab es sie hier in unserem Dorf nicht mehr. Einer meiner Söhne hat mir dann ein Exemplar aus Hannover mitgebracht.

³ Die Freude darüber, mit einem eigenen Schreibvorhabern nicht gescheitert zu sein und die Genugtuung darüber, wenn hin und wieder ein Leser sagt oder schreibt: "So ist es!", braucht nicht geleugnet zu werden.

Als ich ihn dann fragte, ob er die Bereiche, die ich aktuell nicht benötigte, wieder mitnehmen wolle, sagte er, dass ihm in der ZEIT zu viel Meinungen und zu wenig Fakten stünden, au-Berdem könne man das Format in der Bahn nicht lesen. Er hat dann aber den Teil "Wissenschaft" doch mitgenommen. Ich denke auch, dass sein Urteil "zu viel Meinung – zu wenig Fakten" den Sachverhalt nicht richtig trifft. Viele Fakten erschließen sich dem Leser vermutlich erst durch einen Kommentar oder dadurch, dass sie in einem Bericht erläutert oder gedeutet werden. Das Unbehagen an den Medien, das letztlich in dem unschönen Wort Lügenpresse seinen Ausdruck fand und von den Medienmachern als Kränkung empfunden wurde, hat wohl andere Gründe. Eines der Gründe dürfte nach meiner Wahrnehmung sein, dass die großen Medien sich neben den politischen Parteien als Meinungs-Parteien verstehen. Der Leser bezahlt aus freien Stücken oder der Zuschauer und Hörer zahlt gezwungenerweise dafür, dass ihm gesagt wird, wie er das Geschehen in der Nähe und Ferne zu deuten hat. Der Inhalt oder das Programm wird an einem gedachten Durchschnittsleser oder -hörer ausgerichtet oder an die Linie des Hauses. Dass bei einer solchen Methode die Wiedergabe der Lebenswirklichkeit, wie sie ein großer Teil der Leser und Hörer selber erleben, beobachten und denkend verarbeitet in den Medien nicht zum Ausdruck kommt, ist doch nicht verwunderlich. Den Ruf Lügenpresse mit dem Ruf "rechtes Gesindel" (oder so ähnlich) zu beantworten, zeugt wohl von der emotionalen Betroffenheit, aber nicht von der Intelligenz der Medienmacher. Oder gehörten die Demonstranten gegen den Springer-Konzern 1968 auch zum rechten politischen Spektrum?

(http://www.welt.de/politik/article1707991/Als-der-Hass-auf-Axel-Springer-eskalierte.html)

Die Rolle der Medien ist für die Freiheit nicht zu unterschätzen. Wer sich nicht stark genug für diese Rolle einsetzt – auch dadurch, dass sie die Widersprüche in der Wahrnehmung und ihrer Deutung des Geschehens zum Ausdruck bringt – kann es schnell wie den Medienmachern und den Lesern / Hörern in der heutigen Türkei ergehen. Die Freiheit kann aber nicht geschützt werden durch die Unterdrückung von unliebsamen Meinungen, sondern nur durch das bessere Argument. Das bessere Argument zieht aber nicht mehr, wenn die Speisekammer und die Schlafstätte der Angesprochenen unmittelbar (tatsächlich oder gefühlt) bedroht sind. Die Geschichte des Begriffes *Lügenpresse* ist ja lang und zeigt, dass die Menschen in verschiedenen politischen Lagen Grund hatten, über die Medien zu klagen.

(https://de.wikipedia.org/wiki/L%C3%BCgenpresse) Wie ich Ende der 60er Jahre auf die Pressesituation reagiert habe, kann man meinem Offenen Brief an die Nordsee-Zeitung vom 1.

März 1969 entnehmen: http://www.tristan-abromeit.de/pdf/87.4%20Anh.4%20OB.an.NZ.1969.pdf
Ich will an dieser Stelle noch eine Stimme bzw. eine Einschätzung der Presse aus dem Jahr 1924 zugänglich machen. Der jüdische Arzt Dr. Max Sternberg aus Emden hat eine Schrift veröffentlicht mit dem Titel: "*Warum und wie zur Freiwirtschaft"* (Der gesamte Text ist unter den beiden nachfolgenden Links zu lesen. Einmal das Original in einer Frakturschrift und einmal ein Nachdruck als Fortsetzungen in der Zeitschrift "Der Dritte Weg", heute Humane Wirtschaft. www.humane-wirtschaft.de) ⁴

http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.2.1%20Sternberg%20Warum%20FFF.pdf http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.2.2%20Sternberg%20Warum%20FFF%202.pdf Sternberg beginnt unter dem Titel "Der Bankerott der Novemberleute" mit einem fiktiven Gespräch zwischen dem Industrieellen Stinnes und den Führern der Sozialdemokratie:

Es war in den Sturmtagen des Novembers 1918. Am Schlosse in Berlin war die rote Flagge hochgegangen. Im Gebäude des "Vorwärts" saßen die Führer der siegreichen Sozialdemokratie und überlegten: "Was nun?" Da öffnete sich die Türe und herein trat - - - Stinnes. Und Stinnes sagte: "M. H. Ich und meine Klassengenossen sind zur Zeit, warum soll ich es nicht aussprechen, vollständig ohnmächtig. Wir können nicht und wollen auch nicht Ihnen gegenübertreten. Sie sollen die politische Macht haben, wie Sie sie ja schon seit Jahren verlangt haben. Sie sollen in der Republik den Präsidenten stellen, Ihre Führer sollen auf Ministersesseln Platz nehmen, sollen Regierungspräsident, Oberbürgermeister, Landrat werden, kleinere Führer sollen Sekretär werden, und ganz kleine Führer sollen fortab morgens nicht mehr mit dem Handwerkszeug zur Arbeit, sondern mit der Mappe unter dem Arm zum "Dienst" gehen. So, m. H., sollen Sie die politische Macht haben. Wir haben auch nichts dagegen, wenn Sie "verlangen", daß die "geeigneten" Betriebe sozialisiert werden Nur eins bedingen wir uns aus: An unserer bewährten Goldwährung dürfen Sie nicht rütteln. Sagen doch alle unsere Sachverständigen, daß die Goldwährung die einzig gute Währung sei. Wer von Ihnen hat sich denn bislang um Währung bekümmert? Hat denn Ihr Marx irgend ein Wort von Währung gesagt? Aber Marx ist ja in einer sehr schwer verständlichen Schreibweise geschrieben, und wenn Sie auch seinen Namen ständig im Munde führen, so hat doch wohl von zehntausend seiner Anhänger kaum ein einziger seine drei Bände vom Kapital durchgearbeitet. Sie haben aber ein vorzügliches Lehrbuch der Marxschen Lehre, in der "Neuen Zeit" von Kautsky, dem Oberhüter der Marxschen Lehre, auf das Wärmste empfohlen. Sie kennen es ja alle. Es heißt: "Karl Marx, sein Leben und seine Lehre" von Beer (N. B. Auch zu kaufen in der sozialdemokr. Buchhandlung in der Kranstraße in Emden.) In diesem Buche kommt das Wort Währung überhaupt nicht, und das Wort Geld nur ein einziges mal vor. Also, was geht Sie Geld und Währung an? Wenn Sie dermaleinst den "Zukunftsstaat" fertig haben, gewiß, dann mögen Sie auch meinetwegen Ihr "Zukunftsgeld", wie es Bebel uns in der "Frau" geschildet hat, einführen, aber bis dahin dürfen Sie nicht das Jahrtausende alte und bewährte Geldsystem und unsere Währung ändern."

Als Stinnes so gesprochen hatte, antwortete der Führer der Sozialdemokratie: "Sie haben Recht, Herr Stinnes. Wenn wir die politische Macht haben, dann werden wir die Sache auch schmeißen, dann sozialisieren wir die Betriebe, aber von der Sozialisierung des Geldes, an die Sie jedenfalls denken, davon steht in unseren Lehrbüchern wahrhaftig kein Sterbenswörtchen, also ist sie auch unnötig oder gar fehlerhaft. Seien Sie unbesorgt, unsere Goldwährung lassen wir in Frieden, ja unsere rote Garde soll als Wächter vor sie hingestellt werden." Da ging Stinnes hinaus und sagte zu seinen Freunden: "Das Ding haben wir mal wieder fein gedreht. Die Toren da drinnen denken nicht einmal an die alte Volksweis-

⁴ Soweit ich weiß, hat Sternberg die Teile, die er zu einer Schrift zusammengefügt hat, in einer lokalen Zeitung unterbringen können. Daraus kann man für heute ableiten, dass der weiteren Vermachtung der Medien entgegengewirkt werden muss.

heit: "Geld regiert die Welt." Die Toren da drinnen haben die Republik, aber keine Gebrauchsanweisung, und ich, ich gebe sie ihnen nicht. Die da haben die scheinbare Macht, nämlich die politische, ich aber, ich habe die wirkliche Macht, die Geldmacht. Die da haben die Hülle, ich aber habe den Kern. Die da werden in ihrer Blindheit mit der Tätigkeit der Notenpresse, mit der Helfferich angefangen hat, ruhig oder vielmehr mit verstärkter Macht fortfahren und damit ist ihr Bankrott besiegelt. Was an mir liegt, soll alles geschehen, daß das Tempo der Notenpresse immer schneller gehen wird. Die Zeitungen werde ich aufkaufen. Sie mögen dann über die Notwendigkeit der Republik schreiben, wie sie wollen, aber über Geld und Währung sollen sie nichts schreiben, oder nötigenfalls nur so, daß das Volk weiter dumm gehalten wird. Wenn dann durch die Währungspfuscherei allmählich die Zeit kommt, wo die Milch 20 Milliarden, das Brot 100 Milliarden kostet, wenn dann die Massen hungern, arbeitslos sind, dann werden wir die Arbeiter, nachdem sie sich gegenseitig zerfleischt haben, schon wieder unter das Joch des Kapitalismus vollständig niederzwingen. Ob aber das Volk trotz aller Verdunkelungstätigkeit meiner Presse doch nicht merken wird, wo die Wurzel allen Übels steckt? Nein, ich kenne die Wirkung der Presse. Die Presse wird ihre Schuldigkeit tun und wird dem braven Michel die Schlafmütze über die Ohren ziehen, und die Parteibonzen aller Parteien, ich sage ausnahmslos aller Parteien, werden sie bei dieser Tätigkeit unterstützen. Und wenn die Not im Volke gar zu arg wird, nun, wozu hätten wir dann die lieben Juden? Hier müssen unsere Freunde von der deutschnationalen Volkspartei einsetzen. Sie werden das Volk schon dahin "aufklären", daß nur die Juden an allem Unglück Schuld sind. Sie werden die Massen mit nationalen Phrasen benebeln. Auf eine frisch, fromm, fröhliche Judenhetze ist ja von jeher das dumme Volk hereingefallen, wenn die bevorrechtigten Klassen in Gefahr gerieten, an ihrer bevorzugten Stellung Einbuße zu erleiden. So 1811, 1849, 1880. Somit fasse ich mein Urteil dahin zusammen: Voll Vertrauen in die Zukunft geblickt, denn die Notenpresse wird mit unfehlbarer Sicherheit die Novemberleute zum Bankrott bringen."

Soweit Stinnes. Hier muß ich ein Geständnis machen. Die Geschichte ist, wie jeder Leser sofort gemerkt haben wird, frei erfunden, aber sie hätte sich doch so abspielen können. So nämlich hätte der Kapitalismus zum Marxismus sprechen können.

Wie war denn der Verlauf der Revolution? Die Verheißungen blühten: "Die Sozialisierung marschiert" - "Die Stunde der Befreiung der Arbeit hat geschlagen" - "Der Sieg der Arbeiterschaft" - "Der Kapitalismus liegt verendet am Boden." - So las man auf den Zetteln, die an den Plakatsäulen klebten, und ebenso hörte man es von den begeisterten Rednern im Blaukreuz-Saale. Was ist aus diesen Versprechungen geworden? Die Menschen hungern, sind arbeitslos, sie plündern, sie bringen sich gegenseitig um. Das Reich droht auseinanderzufallen.

Die Freiwirte versuchten laut und vernehmbar dem Staatsschiff die rechte Richtung zu weisen, indem sie am 10. April 1919 der Nationalversammlung in Weimar eine Denkschrift überreichten, in der ein lückenloses Aufbauprogramm enthalten war, und in der vor allem die Bedingungen einer gesunden Währung, der ersten und letzten Voraussetzung einer gedeihlichen Wirtschaft und damit eines gesunden Gemeinschaftslebens, entwickelt wurden. Die Denkschrift erinnerte daran, daß "jetzt, wo so viele Wahngebilde in Scherben liegen", auch die Zeit gekommen sei, das älteste und gefährlichte Gebilde zu Grabe zu tragen, nämlich den Goldwahn. Nun, man hat ihn nicht zu Grabe getragen. Man hat in der Reichsverfassung dem Volke allen möglichen Schutz mit allen möglichen Forderungen versprochen: Wohnungen, Gerechtigkeit, Schutz des Eigentums. Keine Botschaft hat sich erfüllt. Diese Niederlage mußte kommen, weil der Goldwahn-Götze nicht zertrümmert wurde.

Man erntet die Früchte, die man säte. Wer nicht hören will, muß fühlen. Nur schade, daß nicht die Schuldigen, nicht die geheimen Regisseure des Goldwahn-Theaters in den Hungertumulten umkommen. Sie gewinnen unter der Goldwahnherrschaft; leiden muß das unschuldige Volk, die Massen der Enterbten und Besitzlosen, die heute als Antwort auf ihren Schrei nach Brot durch Gewaltmittel zum Schweigen gebracht werden. Heute droht der Auseinanderfall Deutschlands. Seine Teile bekämpfen sich. Man weiß nicht, was morgen sein wird. Im Parlament und in den Regierungen öden sich Hader und gröbste Fahrlässigkeit an. Das Volk ist verzweifelt. Es ist viel verdorben. Solange aber noch eine menschliche Stimme sich Gehör verschaffen kann, bestehen unter gewissen Voraussetzungen immer

noch Rettungsmöglichkeiten. Die Freiwirte bieten ihre Hilfe an. Wir haben ein Programm, das jeder Deutsche unterschreiben kann und muß, wenn er seiner "nationalen Gesinnung" den gewichtigen Inhalt geben will: Aktive Währungspolitik, wirkliche Festigung der Kaufkraft, Verhinderung der Krisen und der Arbeitslosigkeit; Begleichung der Reparationen aus eigener Kraft; eine Friedenspolitik, die vom Bürgerfrieden zum Völkerfrieden steigt, die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens, also der Ausbeutung und somit Lösung der sozialen Frage! Die Voraussetzung dieser Reformen ist die Sachwertsteuer und zwar derartig, daß sofort die Tätigkeit der Notenpresse eingestellt wird. Die Voraussetzung aber dafür, daß die Reformen durchgeführt werden können, ist der Zusammenschluß der Schaffenden, in der die Freiwirte ihre Schuldigkeit tun können.

Nicht der Name Republik tut es! Sie ist Hülle und muß mit neuem Inhalt gefüllt werden. Das wünschen wir Freiwirte ihr an ihrem schweren Krankenlager, von dem sie als neues kräftiges Gebilde aufstehen möge. Dieser Wunsch kann aber nur in Erfüllung gehen, wenn alle, die es ernst mit ihrem Volke meinen, sich um das Banner der Freiwirtschaft scharen und daran arbeiten, daß die Forderungen der Freiwirtschaft, die drei F.: Freiland, Freigeld, Festwährung verwirklicht werden.

Soweit war ich gekommen, als im Handelsblatt Morning Briefing von heute (28. 7. 16) von Hans-Jürgen Jakobs zu lesen war:

Handelsblatt-Herausgeber Gabor Steingart ist an der Nordsee nicht verschollen, sondern hat die Sommerfrische genutzt, um seine Gedanken neu zu sortieren. Als Lebenszeichen schickt er uns ein humorvolles Video, in dem es um das Zeitalter der Überforderung, sein neues Buch "Weltbeben" und jede Menge Schafsköpfe geht.

Ich habe mir erst Steingart angehört und dann die angebotenen Proben aus seinem neuen Buch *Weltbeben* gelesen. Das eine Kapitel lautet: "*AMERIKA Weltmacht auf Abruf*". Es heißt hier einleitend:

Amerika ist noch immer eine Weltmacht, aber eine Weltmacht auf Abruf. Das Land leidet zeitgleich an Überforderung und Selbstüberschätzung, wobei die historische List im gleichzeitigen Auftreten der beiden Phänomene besteht. Der Abstieg wird durch die Selbstüberschätzung nicht weniger real, aber Amerika spürt die Schmerzen nicht so. Das Bild vom »American Dream« führt unter diesen Bedingungen ein zweites Leben im Halluzinarium. Früher stand der amerikanische Traum für die Idee vom Aufstieg, heute für eine Kultur des Nostalgismus bei vorsätzlichem Nichtverstehen der Gegenwart.

Das andere Kapitel lautet: "WELTKRIEG III / Wer Terroranschlag sagt, will verharmlosen". Beide Kapitel lesen sich gut und sind für das eigene Denken anregend, aber mir gehen die Analysen nicht tief genug. (Die Alternativen werden ja sicher noch in anderen Kapiteln beschrieben.) Von der Machtverlagerung der westlichen Welt nach Asien hörte ich schon Ende der 50er des zwanzigsten Jahrhunderts im Internationalen Freundschaftsheim in Bückeburg. Viel beunruhigender ist, was der in den USA lebende englische Schriftsteller Martin Amis im Feulleton der ZEIT vom 21. Juli 2016 zu den USA sagt:

Amis: Der Abstieg findet schon statt, während wir hier miteinander reden. Spätestens 2025 wird China mächtiger sein - ökonomisch und mit allem, was daran hängt. Und ich glaube nicht, dass die Amerikaner sich so vernünftig benehmen werden, wie die Engländer es taten. Amerika ist ein jüngeres, weniger erfahrenes Land. Ich will es nicht mit dem Begriff »Reife« fassen, denn das ist, so könnte man behaupten, auch nur ein anderes Wort für Niedergang, aber doch: England macht, nehmen wir mal den Brexit aus, eine reife Politik, es hatte seinen Bürgerkrieg und seine Revolution im 17. Jahrhundert - es ist ein paar Jahrhunderte älter als Amerika, also ist es an Niedergänge gewöhnt. Es hat nach dem Zweiten Weltkrieg sehr rasch seinen Weltmachtstatus verloren, und die Engländer haben das mehr oder weniger lakonisch ertragen. England wurde ein zweitklassiges Land, und das ohne großes Gebrüll, Gekicke, Theater. Ich glaube nicht, dass die Fahrt Amerikas in den Niedergang so unproblematisch verlaufen wird.

ZEIT: Was wird geschehen?

Amis: Es wird jedenfalls kein würdevoller Rückzug sein. Amerika wird immer eine bemerkenswerte Macht sein, aber die Gewissheit, man sei eine Ausnahme, die erste unter den Nationen, die ist falsch. Alle großen Reiche erleben Aufstieg und Niedergang; Amerika wird es genauso ergehen.

Ich habe schon mehrfach gelesen, dass die großen Reiche durch die Mängel in ihrem Geldsystem untergegangen seien. Vorsorge wäre hier: Diesen Bereich genauer zu erforschen. Das Beunruhigende an der Aussage von Amis ist, dass die USA bei einem Machtverlust nicht zu ihren Verbündeten sagen wird: "Wir gehen unter, damit ihr leben könnt!", sondern eher: "Wir gehen unter, also habt auch ihr kein Recht auf Entwicklung!" Und eine waffenstarrende USA kann bei einem Macht- und Prestigeverlust solche Minderwertigkeitsgefühle entwickeln, dass es seine Atomwaffen einsetzt, um diese zu kompensieren.

Am Morgen las ich auch das Newsletter der Zeit von gestern, wo die neue Ausgabe vom 28. Juli angekündigt wurde. Auch hier die persönliche Anrede – die durch EDV-Programme heute ermöglicht werden. Man weiß nicht, ob man diese Manipulation begrüßen oder verdammen soll. Jedenfalls lächelt Giovanni di Lorenzo als Chefredakteur ausdauernd so freundlich, dass man Angst haben muss, dass sein Gesicht zur Maske wird. Wenn ich ebenfalls freundlich zurück lächele, frage ich mich manchmal, ob er sich vorstellen kann, das er nach dem nächsten Kladderadatsch an den Pranger gestellt wird, weil er die deutschen Leser der ZEIT nicht die richtigen Daten und Erläuterungen vermittelt hat, um sie vor dem erneuten Vorwurf, sie seien die geborenen Verbrecher, zu verschonen.

In den Ankündigungen war zu lesen:

Weltordnung: Der Kapitalismus soll netter werden – Die Mächtigen der Welt haben ein neues Projekt: Sie wollen den Gegnern der Globalisierung mit Umverteilung den Wind aus den Segeln nehmen. Dieses Vorhaben kündigt einen politischen Großversuch an: die Sozialdemokratisierung der Weltwirtschaft. *Von Mark Schieritz*

Milliardäre: Sie wollen nur unser Bestes – Mit unternehmerischen Methoden die Welt retten – Nun kommt die Bewegung auch in Deutschland an. Doch ist der Menschheit damit wirklich geholfen?

Von Uwe Jean Heuser, Catarina Lobenstein, Felix Rohrbeck und Marcus Rohwetter

Ich habe überlegt, ob die Artikel das beinhalten, was die Ankündigungen versprechen. In der Zeitschriftenwerbung wird nach meinem Eindruck allgemein überzeichnet und nicht bedacht, dass eine Enttäuschung der Leser eine Antiwerbung ist. Ich habe mir die Ausgabe trotz des Risikos – Belangloses zu erhaschen - gekauft und die beiden Artikel gelesen. Über das, was ich herausgefunden habe, berichte ich morgen. Da die Familie auf dem Heimweg ist, muss ich erst den Teppich aus Zeitungen, den ich wegen der Übersicht in zwei Zimmern ausgelegt habe, beiseite räumen.

Inzwischen habe ich einige Hausmanns-Pflichten erledigt und ich kann mich gedanklich für kurze Zeit der "Weltordnung" und den "Milliardären" widmen. Ich will nur ein paar der vielen Aspekte aufgreifen, die es zu kommentieren gibt. Die Hauptthemen tauchen in anderen Zusammenhängen bestimmt wieder auf. Was dabei herauskommt, ergibt dann keine strenge Systematik mit einer fein abgestuften Gliederung, sondern so etwas wie ein Protokoll meiner gedanklichen Auseinandersetzung mit dem Gelesenen und Gehörten.

Die Beiträge zu den Themen *Weltordnung* und *Milliardäre* sind interessant, geben aber dem Leser keine wirkliche Orientierung. Der Grund ist meines Erachten, dass die Journalisten und politischen Akteure nicht gelernt haben, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu unterscheiden. Ich will hier nun keine Definitionsversuche starten, sondern nur noch darauf hinweisen, dass die Flucht aus einer Marktwirtschaft – sie ist in reiner Form noch nirgendwo realisiert – hinein in die Zentralverwaltungswirtschaft nur bedeutet, sich die Menschen nur einer anderen Form des Kapitalismus unterwerfen. Kapitalismus ist letztlich nur eine Methode, die Voraussetzung menschlicher Existenz und des Wirtschaftens - nämlich die Erde, die Luft und das Wasser - zu Gunsten Weniger abgabepflichtig zu machen und zusätzlich die Ar-

beit dem Kapital gegenüber tributpflichtig zu machen.⁵ Die Instrumente des Kapitalismus, der die Marktwirtschaft – als ein System des dezentralen Leistungsaustausches - überlagert, sind das Boden- und Patentrecht und die Währungsordnung, die das leistungslose Einkommen ermöglichen. Auch wenn ich Sympathie und Respekt für die berichtende Zunft habe, kann nicht nur ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Medien die Zusammenhänge verschleiern statt zu klären. Und das, was wie ein Gift wirkt, ist die Ungewissheit darüber, ob hier nur ein massenhafter Irrtum sich austobt oder ob die bewusste Lüge als politisches Gestaltungselement eingesetzt wird. Es kann auch sein, dass hier weder Lüge und noch Irrtum wirken, sondern "nur" eine andere Ideologie, als sie in den Sowjetstaaten herrschte. Das ideologische Denken gewährt einem nämlich Gewissheit darüber, dass die Dinge so sind, wie sie kollektiv definiert wurden. Der Zweifel sind dann nur Versuche der Gegenposition, den braven Bürger vom rechten Weg abzubringen. Zeichen, dass der begangene Weg falsch ist, hat es im Zeitablauf immer wieder gegeben. Vorhin, als ich für ein E-Mail eine Quelle suchte, stieß ich auf den Text "Luther zu Geld und Zins" von Andreas Pawlas, Universität Uppsala, 2013. https://uu.diva-portal.org/smash/get/diva2:676716/FULLTEXT01.pdf In einer Fußnote von Pawlas heißte es auf der Seite 35:

Vgl. H. Bornkamm, Luthers geistige Welt, Lüneburg 1947, S. 255, der entsprechend sagt: Luthers Haltung zum Zinsproblem ist oft als Zeichen einer schon damals veralteten und längst überwundenen Wirtschaftsanschauung angesehen worden. Zweifellos war der Kapitalismus nicht aufzuhalten, die neuen Wirtschaftsformen sind über Luthers Einwände weggegangen. Aber ich glaube, je mehr der Unsegen und die Gefahren des kapitalistischen Zeitalters erkannt und vielleicht auch überwunden werden, wird Luther als einer der großen Warner am Beginn dieses Zeitalters erscheinen, dessen Grundgedanken in neuer Form Beachtung verdienen.

Ich komme zu "Der Kapitalismus soll netter werden / Die Mächtigen der Welt haben ein neues Projekt: Sie wollen den Gegnern der Globalisierung mit Umverteilung, den Wind aus den Segeln nehmen" von Mark Schieritz (DIE ZEIT, 28. 7. 2016, unter Politik Seite 3)

Als wichtigen Satz stellt Schieritz vor:

"Die Vorteile des Wirtschaftswachstums müssen breiter verteilt werden, um die Inklusion zu fördern."

Es ist ein Zitat aus der Abschlusserklärung der führenden Wirtschaftsnationen G20 in

Deutschlands Verwirrung ... - 12 - Text 146.0 TA / Aug. 2016

⁵ Dabei soll man Arbeit nicht als Arbeitnehmer und Kapital nicht als Unternehmer lesen.

Chengdu im Westen Chinas.

... Der Satz ist die zentrale Botschaft der Abschlusserklärung dieser Staatengruppe ... Er kündigt einen aufregenden politischen Großversuch an: die Sozialdemokratiesierung der Weltwirtschaft. Sie soll verhindern, dass die Welt den Populisten in die Hände fällt. ...

...Unmittelbar vor dem Beginn des Gipfels wurde Donald Trump zum Präsidentschaftskandidaten nominiert, und es wird inzwischen in G-20-Kreisen auch nicht mehr ausgeschlossen, dass Frankreich an Marine Le Pen vom rechtspopulistischen Front National fällt und sodann Italien an die euroskeptische Bewegung von Beppe Grillo.

Wie groß die Verunsicherung ist, zeigt eine E-Mail, die an der Wall Street kursiert. Verfasst hat sie ein Investmentbanker der Deutschen Bank. Darin führt er das Abstimmungsergebnis in Großbritannien auf ein »tief empfundenes Unwohlsein mit der Arbeitsweise der Weltwirtschaft« in der Bevölkerung zurück. Der Siegeszug der Populisten sei nur durch »radikales Umdenken« aufzuhalten. Die Politik müsse Einkommen umverteilen, »von denen, die viel haben, zu denen, die weniger haben«.

Auch die amerikanischen G-20-Unterhändler haben diese E-Mail gelesen. Sie haben registriert, dass in den Finanzkonzernen die Angst vor Donald Trump inzwischen größer ist als die Furcht vor höheren Steuern: Im Angesicht des Schreckens ordnet das Kapital seine Prioritäten neu. Das eröffnet politische Spielräume.

In Berlin hat man schon vergangene Woche mitbekommen, dass sich der Wind dreht. Da war Jacob Lew bei Wolfgang Schäuble zu Besuch. Lew ist amerikanischer Finanzminister und war - wie die meisten seiner Vorgänger - vor seinem Wechsel in die Politik Investmentbanker. Im Bundesfinanzministerium hielt Lew ein derart leidenschaftliches Plädoyer für mehr soziale Gerechtigkeit, dass Schäubles Leute sich schon fragten, ob er jetzt für Bernie Sanders arbeite. Die Globalisierung müsse endlich auch den »arbeitenden Familien und der Mittelklasse« zugutekommen, sagte Lew. Genau das meint auch der Satz in der Abschlusserklärung von Chengdu. ...

Die Formulierung, dass das Kapital seine Prioritäten neu ordnet, klingt so, als sei es angemessen, sich das Kapital als eine Person oder Personengruppe vorzustellen. Das verführt nur Rebellen, die glauben mit Gewalt ökonomische Probleme lösen zu können, dazu einige Repräsentanten des Kapitalismus umzubringen. Das Ergebnis ist dann nur, dass die Staaten aufrüsten und die Gefängnisse sich füllen. Es wird gestorben, ohne dass der Kapitalismus dadurch beeinträchtigt wird. Schon gar nichts nutzt es, ganze Städte und Staaten in Schutt und Asche zu legen. Zerstörungen – egal ob durch Naturgewalten oder durch Menschen - sind ein Fest für den Kapitalismus, denn eine Rendite winkt nur, wenn das Kapital knapp ist; die Fülle ist sein Untergang. Den Kapitalismus kann man besser als einen wirtschaftlichen Zustand verstehen, den zu viele Menschen so verinnerlicht haben, dass sie einen Kapitalertrag, eine Rendite als von der Natur geben verstehen. Das hat zur Folge, dass eine Produktion eingestellt wird, wenn die erwartete Rendite nicht gegeben ist, auch dann nicht, wenn die Produktion noch wirtschaftlich ist. Die Wirtschaftlichkeit ist dann gegeben, wenn die Abschreibungen und die Lohn- und anderen Kosten (ohne Zins / Rendite) über die Erlöse gedeckt sind. Und jene Menschen, die über Kapital verfügen können und diese Renditeerwartung ha-

ben, nennt man Kapitalisten. Die Eigenschaften, die den Menschen zum Kapitalisten machen, hängen aber nicht von der Größe und Art seines Kapitals ab. Auch der Sparer, der eine höhere Verzinsung erwartet als die jährliche Inflationsrate lautet, ist ein Kapitalist. Das Tragische ist nur, das 80 bis 90 % der Kapitalisten Selbstausbeuter sind. Alle Zinsen werden als Kosten in die Preise eingerechnet, so kommt es, dass nicht nur Schuldner Zinsen zahlen, sondern auch alle Produzenten und Konsumenten. Bei der Saldierung von Soll- und Habenzinsen gibt es dann nur 10% Gewinner.⁶ Die Ursache sind bestimmte Eigenschaften des Geldes und die ökonomischen Renten aus dem Boden- und Patentrecht. Es ist nicht zu erkennen, dass an diesen Tatbeständen die Sozialdemokratisierung der Staaten – die es noch nicht sind - etwas ändern kann. Deutschland in dem alle politischen Parteien sozialdemokratisiert sind, ist der Beweis dafür, dass die Methode nur die Bürokratie fördert, den Kapitalismus aber nicht reduziert. Die Sozialdemokratie kann dem Kapitalismus einen sozialen Anstrich geben, ohne an ihm etwas Wesentliches zu verändern. (Ich erinnere daran, dass ich hier keine Personen bewerte, sondern nur Modelle, Ideen und Wirkungen.) Die Reform des Bodenrechts, die einst Bestandteil der SPD war, hat sie schon lange der Machterlangung geopfert. Daher müssen Kapitalisten durch eine Sozialdemokratiesierung der Wirtschaft auch nicht fürchten, das es ihnen an den Kragen geht. Die Sozialdemokraten sind die Garanten für den Bestand des Kapitalismus, zu deren Überwindung sie gegründet wurde. Die Sozialdemokraten sind durch den hier diskutierten Artikel ins Blickfeld geraten. Ich will damit nicht sagen, dass ich das Wirken der anderen Parteien besser beurteile. Die CDU war von Beginn an der Saboteur des Modells Soziale Marktwirtschaft, die FDP – in der ich fast ein Jahrzehnt mitgearbeitet habe – hat die Liberalität auf die Forderung "mitregieren – absolute Mehrheiten verhindern" verkümmern lassen. Bei den GRÜNEN – deren Gründungsmitglied ich bin und deren Mitglied ich war - wurden all diese Themen, die hier Gegenstand meine Bemühungen sind, aus marxistischer, sozialdemokratischer oder konventionelle Sicht gesehen, verdrängt. Und das, was die Ur-Gründer einbringen wollten, wurde als faschistoid denunziert. Diese Aussagen sollen nun nicht meinerseits die Mitglieder der politisch herrschenden Parteien denunzieren. Ich sehe die Mehrheit von Mitglieder in den Parteien eher als Opfergemeinschaften zur Durchsetzung politischer Ziele. Aber politische Ziele und die Werkzeuge zur Zielerreichung, das wissen wir aus der Geschichte, können falsch und menschenfeindlich sein. Unser Augenmerk muss also immer den Ideen und Wahrnehmungen gelten, die zu den Zielformulierungen führen. Da es hier keinen geeichten Maßstab für die Güte von Ideen gibt, muss die Kon-

⁶ Ausführliche Darstellungen findet man in dem Buch "Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung" von Helmut Creutz oder unter <u>www.helmut-creutz.de</u>

kurrenz der Ideen dafür sorgen, das sie auf dem Pfad der Vernunft und Humanität bleiben.

Gestern, als ich vermutete, dass meine Hörgeräte ⁷ sich in einer Schublade mit alten Zeitungen "versteckt" hätten, fand ich einen Ausdruck des Readers 16/78 "Grüne Marktwirtschaft", Fraktionsbeschluss der Bündnisgrünen im Bundestag vom 3. Juli 2007. Mir erschien das als Mahnung mit dem Urteil über die Bündnisgrünen vorsichtig zu sein. Ich habe gleich den Gliederungspunkt "Was ist grüne Marktwirtschaft?" gelesen. Ich habe auch gleich Sätze gefunden, die mir gefallen:

... Märkte und Wettbewerb sind keine autonomen politischen Ziele. Sie sind allerdings hocheffiziente Suchverfahren für gute Lösungen unter bestimmten Rahmenbedingungen. Funktionierende Märkte mit einer hohen Wettbewerbsintensität und geringen Informationsasymmetrien zwischen Verbraucherinnen und Unternehmen können effiziente Lösungen bereitstellen, weil sie abstrakte Informationen aller Art in Preise verwandeln können.

Märkte und Wettbewerb sind für uns kein Fetisch. Sie sind, wenn sie funktionieren, wichtige Instrumente zur effizienten Umsetzung politisch gesetzter Ziele. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Der Staat hat die Aufgabe, den Rahmen so zu gestalten, dass auf der Basis einer klaren Werteorientierung ein zum Wettbewerb befähigter Markt die gewünschten Ziele effektiv erreichen kann. Es ist die Aufgabe des Staates dafür zu sorgen, dass Marktversagen verhindert wird. Die unsichtbare Hand des Marktes, die in Adam Sniiths Metaphorik dafür sorgt, dass sich Eigeninteresse und Allgemeininteresse decken, kann nur funktionieren, wenn staatliche Ordnungssysteme zur Regulierung von Märkten bestehen. Die unsichtbare Hand wird dann und nur dann grün, wenn die Rahmenbedingungen einer Marktwirtschaft so gewählt sind, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen. ... (S. 3 f.)

In dem Reader stehen schöne Sätze, nur wird nicht sichtbar, wie der Bürokratieabbau (Block 3 der Inhaltsübersicht) funktionieren soll. In der Zusammenschau wird wieder das sozialdemokratische Politikverständnis sichtbar, eine Mixtur der Interventionen bestehend aus der Fiskalpolitik, Subventionen, steuerlichen Abschöpfungen und Verboten. In dem Abschnitt "Dritter Sektor" wird zwar der "finanzmarktgetriebene Kapitalismus" benannt, aber nicht als Verfälscher der Marktwirtschaft erkannt.

In den oben zitierten Sätzen heißt es, dass Märkte und der Wettbewerb keine autonomen Ziele sind. Ziele können sie auch nur in einer Diktatur mit Ausschluss der Marktwirtschaft sein,

⁷ Das ist eine Zusatzinformation, die deutlich machen soll, dass hier nicht einer schreibt, der noch etwas werden will, sondern nach der Statistik der Todesanzeigen schon auf der Abrufliste steht. Auch äußere ich mich nicht mit der Autorität von akademischen Titeln oder als Inhaber bedeutender Ämter, sondern als ein Zeitgenosse der als Bootsbauer-Geselle "in Rente gegangen" ist. Der Leser muss also schon mit seinem eigenen Denkvermögen herausfinden, ob ich Sinn oder Unsinn schreibe.

sonst sind sie nur Instrumente oder Bedingungen einer Gesellschaft der Freien. Märkte und Wettbewerb sollten selbstverständlich keine Fetische sein, sondern sie sind eine Sache – wie z. B. eine Heizung -, wenn sie nicht funktioniert, muss geprüft werden, warum das so ist und Fehler, die man feststellt, müssen korrigiert werden. Aber das ist eine Forderung, der sich die Grünen bisher verweigert haben.⁸ Der Markt ist gegenüber Werten neutral. Er vermittelt das, was Anbieter und Nachfrager akzeptieren. Wieweit Anbieter und Nachfrager gesetzliche Einschränkungen akzeptieren, hängt auch von einer maßvollen Gesetzgebung ab. Mit dem Kinderglauben, man könne jedes Übel mit einem Gesetz aus der Welt schaffen, kann man eine Gesellschaft auch mit rechtsstaatlichen Prinzipien in die Sklaverei führen. Die Wertneutralität des Marktes bedeutetet aber nicht, dass er zum Beispiel gegen den Wert der Tauschgerechtigkeit - auf Grund einer Störung - auf Dauer verstoßen kann. Im Einzelfall bleibt der Mensch, dessen Gerechtigkeitsgefühl gekränkt wurde, dem speziellen Markt fern; handelt es sich um eine Massenerscheinung, kommt es zur Rebellion. Wenn die Rebellion durch ein sozialpolitisches Polster mit gut gefüllten Sozialkassen gedämpft werden kann, entsteht ein Zustand, der auf allen Seiten nur Unzufriedenheit auslöst, weil dann Verwaltungsakte die individuellen Einigungen im betreffenden Markt ersetzen müssen.

Der Kapitalismus dagegen ist nicht neutral. Er ist ein Diktat: Ohne Rendite keine Investition. Ohne Investition keine Arbeit. Ohne Arbeit kein Einkommen. Ohne Einkommen bleibt der Kühlschrank leer und der betroffene Mensch ist dann bereit zur Tributpflicht gegenüber dem Kapital und anfällig gegenüber Rattenfängern aller Art. Die destruktive Kraft des Kapitalismus, die die Idee von der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu einer Ideologie gemacht und mehr oder weniger alle demokratischen Gesellschaften den Corporation-Staat ⁹ beschert hat, beruht nicht in Naturgesetzen, auch nicht im Eigentum an Produktionsmitteln – wie Marx u.a. lehrte – sondern in dem von Menschen gemachten Boden-, Patentrecht und in der Währungsverfassung. (Ich weiß, ich wiederhole mich. Man kann es aber nicht häufig genug sagen.)

Ich bin ja immer noch bei dem ZEIT-Artikel "Der Kapitalismus soll netter werden" von Mark Schieritz. Wenn ich mich von jedem Artikel, die ich aufgehoben habe, so anregen oder verführen lassen, dann werde ich ja nie fertig. Es ist aber auch ein Kompliment für Mark

⁸ Auch hier wird keine Böswilligkeit der Entscheidungsträger unterstellt.

⁹ Ich habe den Begriff von Charles Reich aus seinem Buch "Die Welt wird jung / The Greening of Amerika / Der gewaltlose Aufstand der neuen Generation", 1970, übernommen. Reichs Definition lautet: "Corporations-Staat: der total verwaltete Staat; die englische Bezeichnung corporate state geht auf corporation (großes Wirtschaftsunternehmen, Konzern) zurück und weist auf die tragende Rolle und die Machtposition dieser Unternehmungen in einem derartigen Staatswesen hin." S. 22

Schieritz. Was kann einem Schreiber besseres passieren, als wenn seine Gedanken vom Leser weitergesponnen oder widersprochen werden? Ich gehe jetzt kurz auf die folgende Zwischenüberschrift ein:

Trickle-down: Die gescheiterte Theorie von den Brosamen, die herunterfallen

Ich nehme einen Eintrag in Wikipedia zur Hilfe, um zu klären, was damit gemeint ist.

Der Begriff **Trickle-down-Theorie** (englisch trickle ,sickern'), auch (englisch Horse and Sparrow Economics ,Pferd-und-Spatz-Ökonomie'), im deutschen Sprachraum *Pferdeäpfel-Theorie*,[1] bezeichnet die These, dass Wirtschaftswachstum und allgemeiner Wohlstand der Reichen nach und nach durch deren Konsum und Investitionen in die unteren Schichten der Gesellschaft durchsickern würden (*Trickle-down-Effekt*). Sie wurde von David Stockman als synonyme Bezeichnung für angebotsorientierte Wirtschaftspolitik eingeführt. Insbesondere in den USA besitzt sie unter Konservativen viele Anhänger.

Führende Ökonomen, unter anderem die zwei <u>keynesianisch</u> orientierten <u>Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Paul Krugman</u> und <u>Joseph E. Stiglitz</u>, bezweifeln hingegen die Gültigkeit der Theorie. So sagte Paul Krugman 2008 dazu: "Wir warten auf diesen Trickle-down-Effekt nun seit 30 Jahren – vergeblich."[2] Ähnlich bezweifelte Joseph E. Stiglitz 2012, dass "[...] an der sogenannten Trickle-down-Theorie [...] auch nur ein Quäntchen Wahrheit" wäre.[3]

2013 stellte <u>Papst Franziskus</u> in einem apostolischen Schreiben fest, dass die Trickle-down-Theorie ein "undifferenziertes, naives Vertrauen auf die Güte derer aus[drücke], die die wirtschaftliche Macht in Händen halten, wie auch auf die vergötterten Mechanismen des herrschenden Wirtschaftssystems." (Evangelii Gaudium, Nr. 54)

Zur Begriffsgeschichte ist u. a. zu lesen:

Als Begründer der Trickle-down-Theorie gilt vielen Adam Smith: "Es ist die große Vermehrung der Produktion in allen möglichen Sparten als Folge der Arbeitsteilung, die in einer gut regierten Gesellschaft jenen universellen Reichtum verursacht, der sich bis zu den niedrigsten Bevölkerungsständen verbreitet." – Adam Smith: Wealth of Nations Nach dieser Auslegung wird die staatliche Lenkung von der gut regierten Gesellschaft durch Märkte als Mittel der Ressourcen-Allokation ersetzt. Smith kritisierte den König und andere Vertreter des Staates nachdrücklich als ökonomische Akteure, die ihre Macht zur Durchsetzung ihrer eigenen Sonderinteressen benutzten, als Teil dessen, was er das merkantile System nannte.

In Bezug auf die Marktwirtschaft sind gegen diese Erläuterungen auch keine Einwände zu machen. Aber in der Wirtschaftswirklichkeit hebt der Kapitalismus segensreiche Funktionen

der Marktwirtschaft auf. Und der Kapitalismus würde die herunterfallenden Brosamen für sich auch noch zusammenfegen, wenn sie nicht zur Vernebelung seines Wirkens dienen würden. Die Kapitalisten verdienen auch noch an den Hartz-IV-Empfängern und den Sozial-Rentnern. Gehen wir mal von 1000 Euro monatliches Einkommen dieser Gruppe aus, dann kassiert der "soziale" Staat mit der Mehrwertsteuer in Höhe von 190 Euro erst einmal fast ein Fünftel des Betrages. Die Raubritter auf ihren Burgen haben in früheren Zeiten sicher von einer solchen "Ertragsquote" geträumt. Sie mussten nämlich bescheiden sein, wenn die Händler nicht die Wege meiden sollten, die an ihren Burgen vorbeiführten. Aber der Staat ist wiederum im Vergleich mit dem Kapital ein bescheidener Ausbeuter. Über die Preise werden ganz unsichtbar von dem Nettoeinkommen nochmals 30 bis 40% an Zinsen abgeführt, so dass der Rentner oder Hartz-IV-Empfänger nur für die Hälfte seiner Bezüge echte wirtschaftliche Leistungen erwerben kann.

Ich wende mich dem nächsten Abschnitt von Mark Schieritz zu:

Wenn die Globalisierung die Versprechen nicht einlöst, siegt der Nationalismus

Das erklärt vielleicht auch, warum sich die Populisten in Deutschland schwerer tun als in Amerika oder Frankreich. Denn die Deutschen haben es geschafft, offene Märkte mit einem im internationalen Vergleich hohen sozialen Schutzniveau zu kombinieren. Auch in Deutschland hat die Ungleichheit in den vergangenen Jahren zugenommen, aber bei Weitem nicht so stark wie in den USA.

Die populistische Antwort auf das Gerechtigkeitsdefizit in der Weltwirtschaft ist die Rückkehr zur Nation. Sie manifestiert sich in Trumps Versprechen, eine Mauer an der Grenze zu Mexiko zu bauen und Unternehmen zu bestrafen, die Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, und notfalls gar die Welthandelsorganisation zu verlassen. Oder in dem Slogan der Brexit-Befürworter, mit einem Austritt aus der EU würden die Briten die Kontrolle über ihr Land »zurückerobern«.

Allerdings dürfte diese Antwort mit erheblichen Wohlstandsverlusten einhergehen, weil die internationale Arbeitsteilung bereits weit fortgeschritten ist. Auch deshalb wollen die in der G 20 vertretenen Mächte eine solche Politik der Renationalisierung verhindern.

Die Globalisierung reformieren, um sie zu retten: Das soll jetzt Programm werden. Die Globalisierungsverlierer sollen stärker an den Wohlstandsgewinnen beteiligt werden. In der Praxis wirft das eine ganze Reihe komplizierter Fragen auf: Wer entscheidet eigentlich, wer zu den Gewinnern gehört und wer zu den Verlierern?

Ist es beispielsweise legitim, die Lohnzuwächse chinesischer Arbeitnehmer zu begrenzen, damit amerikanische Arbeitnehmer mehr bekommen - obwohl doch die meisten Amerikaner erheblich reicher sind als die Chinesen? Was ist mit den Millionen von Menschen auf dem afrikanischen Kontinent, die froh wären, wenn sie überhaupt an der Globalisierung teilnehmen könnten, und die argwöhnen, in Wahrheit gehe es den Industrienationen doch nur darum, ihre Märkte abzuschotten?

Und schließlich: In welcher Form soll der Ausgleich stattfinden? Über Zuschüsse zum Lohn, ein bedingungsloses Grundeinkommen, bessere Bil-

dungsangebote? In den USA etwa gibt es ein Programm, das Arbeitnehmer unterstützen soll, die wegen der Billigkonkurrenz aus dem Ausland ihren Job verlieren. Die Erfahrungen damit sind bislang nicht sehr gut, unter anderem weil das System sehr bürokratisch organisiert ist.

Nicht nur die Globalisierung muss um ihre Akzeptanz fürchten, wenn sie ihre Versprechen nicht einhält, sondern auch die Demokratie. Die Geschichte lehrt es. Mir erscheint es ein einfacher Mechanismus zu sein: Wenn der Magen voll ist, der Vorrat in der Speisekammer und die Schlafstätte sicher sind und die Identität der Menschen nicht durch einen zu schnellen und zu starken Zuzug von fremden Menschen in Frage gestellt wird, dann sind sie in der Masse tolerant, großzügig und weltoffen. Sind die Kriterien nicht mehr gegeben, treten die Verengungen in den Haltungen und Handlungen ein. Es wird Ausschau nach Rettungsringen gehalten. Dass sich mancher Rettungsring dann als Sprenggürtel erweist, wird dann in der Regel zu spät festgestellt. Wem ist da die Schuld zuzuweisen, den Menschen, die nach dem Rettungsring greifen oder jenen, die die Verhältnisse so gestalten, dass der Griff zum Rettungsring als Notwendigkeit erscheint.

An dieser Stelle sei gesagt, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens die Einkommensverteilung nicht gerechter machen würden, weil mit dieser Methode das Kapitaleinkommen nicht zur Finanzierung herangezogen werden kann. Die Last müsste zusätzlich zur Zinslast die (Erwerbs-)Arbeit tragen. Anders sehe es aus, wenn man den freiwirtschaftlichen Vorschlag folgen würde und die Bodenrente (als eine Steuer auf alle natürlichen Ressourcen mit der Wirkung des sparsamen Umgangs) zur Finanzierung heranziehen würde. Das wäre dann aber kein bedingungsloses Grundeinkommen sondern ein Ausgleichseinkommen für die unterschiedliche Nutzung natürlicher Ressourcen. Der Grundsatz, dass alle Menschen mit gleichen Rechten geboren werden, wäre dann auf die Existenzvoraussetzung Erde, Luft und Wasser gegeben. Die Vorstellung, dass bei einem gesicherten Existenzminimum sich alle freiwillig für das Gemeinwohl einsetzen würden, halte ich für irrig. Das mag bei maximal 10% der Betroffenen zutreffen. Die anderen müssten dann mit Moralpredigten ermuntert werden, doch für die empfangene Unterstützung eine Gegenleistung zu erbringen. Der Unehrlichkeit in unserer Gesellschaft würde noch ein größerer Raum gegeben als bisher. Es ist ökonomisch nicht gut den Aufwand vom Ertrag zu trennen. Der Bibel-Spruch "Wer nicht arbeite, soll auch nicht essen!", hat schon seinen Sinn. Die Selbstversorgung muss erhalten bleiben, wenn man arbeiten kann und darf. Die Fremdversorgung muss erhalten bleiben für die Fälle, wo die Voraussetzungen für die Selbstversorgung nicht gegeben sind.

Ich denke, wir müssen auch die Globalisierung vom weltweiten Freihandel unterscheiden. Wenn ich das Wort Globalisierung höre, dann assoziiere ich, dass sich jedes Unternehmen zu seinen Bedingungen ohne Rücksicht auf die jeweilige Gesellschaft und ihren Staat ausbreiten und zurückziehen kann, wo und wann es will. Großunternehmen und ihre Zusammenschlüsse zu Konzernen wollen also das Recht für sich in Anspruch nehmen, ein eigenes staatsähnliches Gebilde in der Organisationsform von Kapitalgesellschaften zu bilden. Wenn ich das richtig sehe, geht es hier nicht nur um ökonomische Anliegen zum Nutzen aller, sondern um eine Herrschaftsstrategie zur Erlangung einer maximalen Rendite zu Gunsten weniger. Globalisierung hat jedenfalls erstrangig mit der Völkerverständigung und dem Gemeinwohl aller Menschen nichts zu tun. Der Freihandel hat dagegen einen anderen Ansatz, obwohl er auch eigennützig betrieben wird und Niederlassungen von Unternehmen aus einem Land in anderen Ländern nichts Störendens sind. Er will Güter, die an einem Ort günstig und reichlich angeboten werden dort hinbringen und verkaufen, wo sie ein Mangel bildet und gut bezahlt wird. Der Nutzen liegt bei allen drei Beteiligungsgruppen, den Exporteuren, den Importeuren und dem dazwischen geschalteten Handel. Diesen Handel kann man als gerecht bezeichnen, wenn er nicht durch Zölle, Subventionen und unnötige, einseitige Behinderungen belastet wird und wenn keine Macht auf der Erde die Vertragspartner zwingen kann, in einer vorgegebenen Währung zu fakturieren und / oder mit einem Zwangskurs abzurechnen. Die Normen des jeweiligen Marktes wird jeder Händler dabei respektieren, weil er das Risiko des Verlustes durch Sperrung des Marktes für seine Waren scheut. Bei marktwirtschaftlichen Unternehmen wird – nach meinen Überlegungen – die maximale Größe abhängig sein von seinem organisatorischen oder technischem Optimum. Die Größe wird nicht ausreichen, um ganze Staaten zu erpressen oder die Daten eines nationalen Marktes zu ändern. Anders sieht das bei kapitalistischen Unternehmen aus, die von Natur aus zur Bildung von Kartellen, und Konzernen neigen und wo das Ideal ein Monopol für bestimmte Gebiete oder Produkte ist. Hier geht es nicht nur um einen guten Ertrag, sondern um Marktmacht. Und für die Marktmacht benötigt man nicht nur den Freihandel, sondern die Globalisierung, die jede Schutzhülle von autonomen gesellschaftlichen Einheiten sprengen will.

Zu klären bleiben bestehende Handelsbehinderungen für den Freihandel trotzdem. Es ist hier aber nicht so wie bei der Globalisierung erforderlich, die Produktnormen zu vereinheitlichen. Es genügt, wenn angezeigt wird, nach welcher Norm die Ware hergestellt wurde oder wie und wieweit sie von diesen abweicht. Der Vorteil ist bei einer solchen Regelung, dass Pro-

dukt-Innovationen, die möglicherweise einen Nutzen für alle haben, der Zugang zum Markt - in dem normalerweise tausende Menschen über ihre Brauchbarkeit abstimmen und nicht nur ein paar Experten – erhalten bleibt. Man darf bei dem Thema auch nicht außer Acht lassen, dass Produktnormen und Patente auch zur Konkurrenzabwehr benutzt werden können.

Der Freihandel hat im Allgemeinen keine Interessen daran, die sozialen Normen eines Exportlandes zu beeinflussen. Es genügt die Respektierung des Eigentums und die aus den Verträgen abgeleitete Haftung für alle Beteiligten. Bei der Globalisierung ist das anders. Hier wird nicht nur zwischen verschiedenen Volkswirtschaften gehandelt, sondern die Globalplayer treten unter dem Diktat der Rentabilität auch als binnenländische Unternehmen auf. Und es heißt dann nicht mehr leben und leben lassen, sondern fressen oder gefressen werden. Die Gewinnmaximierung und auch das Überleben wollen provoziert ganz automatisch Kostenvermeidungsstrategien in dem unterschiedliche nationale Gesetze und Entwicklungsstände genutzt werden. Hier spielen die Lohnkosten (einschließlich die der Sozialsysteme), die Steuern und die Umweltkosten eine große Rolle.

Ich will an dieser Stelle das Thema Globalisierung unterbrechen, nur noch auf ein paar Fragen eingehen, die Mark Schieritz stellt. Ich wiederhole:

Die Globalisierung reformieren, um sie zu retten: Das soll jetzt Programm werden. Die Globalisierungsverlierer sollen stärker an den Wohlstandsgewinnen beteiligt werden. In der Praxis wirft das eine ganze Reihe komplizierter Fragen auf: Wer entscheidet eigentlich, wer zu den Gewinnern gehört und wer zu den Verlierern?

Ist es beispielsweise legitim, die Lohnzuwächse chinesischer Arbeitnehmer zu begrenzen, damit amerikanische Arbeitnehmer mehr bekommen - obwohl doch die meisten Amerikaner erheblich reicher sind als die Chinesen? Was ist mit den Millionen von Menschen auf dem afrikanischen Kontinent, die froh wären, wenn sie überhaupt an der Globalisierung teilnehmen könnten, und die argwöhnen, in Wahrheit gehe es den Industrienationen doch nur darum, ihre Märkte abzuschotten?

Das Ziel der führenden Wirtschaftsnationen, der G 20-Staaten das Auseinanderdriften der Globalisierungsgewinner und -verlierer zu stoppen, könnte ja nur gelingen, wenn die Ursache dafür (allgemein) erkannt und benannt werden könnte. Auf dem Markt der Deutungen gibt es aber eine Fülle von Verdächtigungen und wenig belastbare Analysen. Einer von denen, die sich hier bemühen, ist Prof. Dr. Dirk Löhr mit seinem Blog https://rent-grabbing.com/ und Veröffentlichungen wie: "Prinzip Rentenökonomie: Wenn Eigentum zu Diebstahl wird", Metropolis, Marburg.(2013) Mehr Infos unter:

http://www.metropolis-verlag.de/Prinzip-Rentenoekonomie/1013/book.do . Innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften sind die Lasten und der Nutzen schon nicht gerecht aufgeteilt. Und wenn man einen internationalen Vergleich anstellt, dann ist die Frage: Wie misst man hier den Gewinn und Verlust? Hier gibt eine Untersuchung zu einem bestimmten Zeitpunkt eine gewisse Auskunft über Armut und Reichtum, aber die Wirkung der Globalisierung lässt sich sicher nur über die Messung seines Verlaufs in einem längeren Zeitraum deuten. Es wäre dann aber nicht angebracht, mit dem Messen erst ab dem Zeitpunkt anzufangen, als der Neoliberalismus (zweiter Prägung) seinen Siegeszug begann. Auch zur Zeit der Herrschaft des Keynesianismus und der Ökonomien davor hat es eine Weltwirtschaft gegeben.

Einfacher ist die zweite Frage zu beantworten. Wenn die Masse der chinesischen Arbeiter einen anständigen Lohn erhalten hätten, dann wären die amerikanischen Märkte nicht mit Produkten zu Preisen, mit denen amerikanische Produzenten nicht mithalten konnten, überschwemmt worden. Amerikanische Unternehmen hätten sich im Markt halten und ihren Mitarbeitern angemessene Löhne zahlen können. Die Verlierer der Globalisierung sind hier die chinesischen und us-amerikanischen Arbeiter (aber nicht nur diese). In den USA, im Land der unbegrenzten Möglichkeiten und in China der Neuzeit, das sich im Kampf für das Proletariat gebildet hat, leiden zu viele Menschen unter der Armut, weil die jeweiligen Leitlinien zum ökonomischen Handeln nicht stimmen.

Zur dritten Frage: Der Argwohn der Afrikaner, dass es den Industrienationen darum geht, ihre Märkte abzuschotten, ist ja nicht von der Hand zu weisen. Wenn es den USA und Europa wirklich um den Freihandel ginge, dann würden alle Länder an einem Verhandlungstisch sitzen. Schon die Verhandlungen der 44 Staaten in Bretton Woods 1944, die eine internationale Währungsordnung bringen sollte, war kein ehrliches Spiel, weil sie ein von den USA dominiertes System brachte. Sind die Diplomaten und Verhandlungsführer seit diese Zeit ehrlicher geworden? Können sie sich überhaupt Ehrlichkeit und Rücksicht auf andere in ihrer Rolle erlauben, ohne ihre Karriere zu gefährden oder national als Verräter gebrandmarkt zu werden?

Ich komme zu…

Sie wollen nur unser Bestes / Mit unternehmerischen Methoden wollen Milliadäre wie Bill und Melinda Gates globale Probleme lösen. Nun kommt die Bewegung auch in Deutschland an. Doch ist der Menschheit damit wirk-

Als ich für eine Versicherungsgesellschaft als Klinkenputzer tätig war, hieß es in den Zusammenkünften der Bezirksvertreter auch: "Wir wollen ihr (der Kunden) Bestes, nämlich ihr Geld!" Die Autoren haben bei der Wahl ihrer Überschrift vermutlich Ähnliches von den Reichen gedacht. Hinnehmbar ist die Aussage dann noch, wenn beide Seiten dabei gewinnen. Ein Versicherungsvertreter, der langjährig einen Kundenstamm halten will, wird darauf auch achten. Zu oft geht es aber nur um die Provision für den Abschluss und da werden Sachverhalte schon vernebelt. Und die Superreichen werden bei ihrer Imagepflege auch erst einmal die Ursachen ihres Superreichtums ausblenden. Wenn das nicht der Fall wäre, würden sie in einen Fonds einzahlen, der die Forschung über die Ungleichheit der Einkommensund Vermögensverteilung fördert. Ich habe von so einem Fonds noch nichts gelesen. Damit will ich nicht sagen, dass Reiche kein Bedürfnis entwickeln können, etwas Gutes zu tun oder ihren Reichtum nicht als problematisch zu sehen. Es geht hier auch nicht um eine Kritik des Reichtums, die bei Personen ansetzt. Wir haben es mit einem ökonomischen Systemfehler zu tun, den man auch ethisch bewerten muss. Der Ökonom Werner Onken hat eine Werkauswahl zum 150. Geburtstag von Silvio Gesell aus seinen gesammelten Werken mit einem Zitat von ihm überschrieben:

"Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat."

Ich finde den Artikel der ZEIT-Autoren und seine Veröffentlichung verdienstvoll, er hat aber auch eine Schwäche und die liegt darin, dass Reichtum offensichtlich so hingenommen wird wie das Wetter, das auch nicht zu Gunsten aller Betroffenen eingestellt werden kann. Mein verstorbener Freund, Kriegsversehrter, Bankkaufmann und Absolvent der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven Rüstersiel ¹⁰, Elimar Rosenbohm, ¹¹ erzählte von den Aussagen eines Professors für Sozialpsychologie, der bei seinen Überlegungen zu der Einkommens- und Vermögensverteilung zu dem Ergebnis gekommen wäre, dass diese Verteilung mit keiner statistischen Normalverteilung der Intelligenz und Fähigkeiten der Menschen zu erklären wäre und daher Ursachen außerhalb menschlicher Eigenschaften haben müsste. Die Aussage lässt sich auch leicht nachvollziehen, wenn ich die Quelle der Untersuchung auch nicht nennen kann. Die Grundrente hat ihren Grund nicht in einer ökonomischen Leistung und der Zins auch nicht. Das Patentrecht, das einst gedacht war, dass es den

¹⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Hochschule f%C3%BCr Arbeit, Politik und Wirtschaft

¹¹ Der Name ist nur ein Hinweis, dass die Lebenden auch von den Leistungen der Toten zehren, was häufig vergessen wird.

Lohn des Erfinders schützen sollte, ist heute ein Instrument zu Ausbeutung der Allgemeinheit und ein Spekulationsobjekt ersten Ranges geworden. Kein Erfinder schöpft nur aus sich selbst, sondern er baut auf das Wissen, was Generationen von Menschen angesammelt haben, bekommt aber für ein Detail, das ohne das Vorwissen der Vielen nicht entwickelt werden könnte und nicht funktionieren würde, ein Verwertungsmonopol, das mehr als seine Leistung abdeckt. Und das Schlimme ist, dass der Erfinder in den meisten Verwertungsfällen keine oder nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Patente sind ein wesentlicher Gegenstand von Kapitalgesellschaften.

Die Finanzierung guter Taten mit Hilfe von Stiftungen ist auch nicht unproblematisch. Ich will nicht sagen, dass es nicht lobenswert ist, einen Teil seines Einkommen ohne Gegenleistung (oder nur gegen ein gutes Gefühl) für wohltätige Zwecke auszugeben. Aber soweit Zuführungen zu Stiftungen zu Steuerbegünstigungen führen, führt das zu Ausfällen bei den Steuereinnahmen des Staates. Diese Ausfälle muss er dann bei denen kassieren, die nicht stiften können oder wollen. Und bei den deutschen Stiftungen heißt es dann noch, dass der Kapitalstock erhalten werden muss und nur die Zinsen für die Stiftungszwecke zur Verfügung stehen. Die Zinseinnahmen der Stiftungen sind aber besonders für jene eine Last, denen es an Geld mangelt und das sind vor allem die Schuldner. An die Schuldner denkt der Vorstand einer Stiftung bestimmt nicht, wenn er im Jahresabschluss die positive Entwicklung der von ihm verwaltete Stiftung beschreibt.

Es bleibt auch anzumerken, dass die Idee von der Demokratie sich nicht mit der heutigen Vermögens- und Einkommensverteilung verträgt. Zur Demokratie gehört, dass die Einwirkungsmöglichkeiten der Menschen auf die Politik in etwa gleich sind oder sich wenigstens im Rahmen der statistischen Streuung von Intelligenz und Fähigkeiten bewegen. Hier kann man noch sagen, die vorkommende Dummheit der Klugen wird durch die vorkommende Hellsichtigkeit der Dummen kompensiert. Aber zwischen einem Schreiber, der sich nicht mal die Überarbeitung seiner Homepage leisten kann und einem Schreiber, der sich einen ganzen Verlag kaufen kann, um seine Meinung unter das Volk zu bringen, gibt es keinen chancengleichen Wettbewerb. Auch Großunternehmen, die mit dem Argument "Arbeitsplatzschaffung" oder "Arbeitsplatzvernichtung" die Politik dirigieren können, sind ebenfalls eine Verneinung demokratischer Ideen. Hier sollte man aber nicht nur auf die Unternehmen schauen, die im Handel oder der Produktion tätig sind, sondern auch jene im Blick haben, die unter der Fahne der Gemeinnützigkeit den Markt für Wohlfahrt nach der Art von Oligo-

polisten aufgeteilt haben und entsprechend Ansprüche an die Politik haben und durchsetzen können

Ich bringe zum Abschluss dieses Abschnittes einen Brief von mir an den IWF und eine Antwort darauf. Dieser Briefwechsel zeigt, dass die Probleme der Welt von heute auch schon die Probleme von gestern waren, nur konnten wir sie in der BRD noch besser ausblenden als heute. Auch gehe ich davon aus, dass die Antwort ehrlich gemeint ist, aber die Kenntnisse der Freiwirtschaftsschule waren beim IWF und der Weltbank doch wohl nicht gegeben oder nicht opportun, sonst würde man das an der Politik dieser Institutionen ablesen können. Erst in diesen Tagen fragen sich außerhalb Deutschlands Ökonomen, ob sie bisher wesentliche Erkenntnisse ausgeblendet haben.

ooooo Einschub 1 ooooo

Tristan Abromeit / Neustadt am Rbge.

EINSCHREIBEN

An die Tagungsleitung des Internationalen Weltwährungsfond im Messe- und Congreßcentrum Hamburg 2000 Hamburg

2. April 1980

Sehr geehrte Damen und Herren,

in einer Tageszeitung las ich die Zeile "Weltbank und Internationaler Weltwährungsfond (IWF) suchen nach neuen Lösungen für die weltweiten Wirtschafts- und Währungsfragen."

Der praktischen Wirtschafts- und Währungspolitik liegen bekanntlich Theorien zu Grunde. Die unbefriedigenden Ergebnisse der praktischen Währungs- und Wirtschaftspolitiken lassen nun vermuten, daß theoretischen Grundlagen nicht stimmen, oder daß Partikularinteressen stärker sind als gute Argumente.

Ich sende Ihnen nun zwei Arbeiten des verstorbenen Privatgelehrten Karl Walker, die bisher in der Währungsdiskussion nicht berücksichtigt wurden. Ich hoffe, daß Sie in irgendeiner Form die Tagungsteilnehmer auf die Arbeiten aufmerksam machen können, und daß die Bücher letztlich an jemanden geraten, der damit fruchtbringend umgeben kann.

Für die Bereiche Rohstoffe und Fischerei bitte ich die Lösungsansätze in der von mir verfaßten Schrift "Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung" zur Kenntnis zu nehmen.

Die hungernden und bedrohten Menschen dieser Welt können von Ihnen mit Recht erwarten, daß Sie jeden vernünftigen Lösungsvorschlag unvoreingenommen prüfen. Da ich aber auch um den Theorienstreit und die Interessenwidersprüche im Bereich der Währungs- und Wirtschaftspolitik weiß, sind Sie um Ihre Aufgabe nicht zu beneiden.

Deutschlands Verwirrung ... - 25 - Text 146.0 TA / Aug. 2016

Ich wünsche Ihrer Tagung einen guten Verlauf und verbleibe mit freundlichen

Tristan Abromeit

Anlagen: Das Weltwährungssystem von Karl Walker Neue Europäische Währungsordnung von Karl Walker, Gedenkschrift aus Anlass von Walkers Tod Natürliche Wirtschaftsordnung - Der Dritte Weg von TA

(Abschrift von der Durchschrift 2.8.2016.TA)



INTERNATIONAL MONETARY FUND WASHINGTON. D. C. 20431

CABLE ADDRESS
INTERFUND

23. Mai 1980

Sehr geehrter Herr Abromeit,

im Namen des Geschäftsführenden Direktors des Internationalen Währungsfonds, Herrn de Larosière, möchte ich Ihnen für Ihren Brief vom 23. April 1980 danken.

Die uns freundlicherweise überlassenen Schriften von Karl Walker, die Gedenkschrift zu seinem Tode sowie Ihren eigenen Beitrag über "Die natürliche Wirtschaftsordnung" haben wir mit Interesse gelesen und werden sie an die Gemeinsame Bibliothek von IWF und Weltbank weiterleiten. Da sich das Personal des Währungsfonds zumeist aus akademisch gebildeten internationalen Okonomen zusammensetzt, bin ich sicher, dass eine ganze Reihe meiner Kollegen mit Silvio Gesells Geldtheorie vertraut sind und sich daher auch für die Fortentwicklung seiner Lehre interessieren werden.

Mit freundlichen Grüssen

Jellunt Hartman
Chief Information Officer

Herrn Tristan Abromeit Weissdornweg 4 D-3057 Neustadt 5 (Mardorf) Federal Republic of Germany

ooooo Einschub 1 Ende ooooo

2. Teil: Überlegungen beim Zwischenstopp

Mich quält inzwischen der Gedanke, dass mein Versuch, den Informationen, die auf mich einströmen, etwas mehr Gehalt zu geben, wie sie beim flüchtigen Hören und Lesen liefern, sich schon im Stadium des Scheiterns befindet. Am Anfang dachte ich, ich könnte jedem Artikel bzw. jedem Bericht durch ein paar ergänzende Sätze von mir eine Wende oder mehr Licht geben. Die "paar ergänzende Sätze" waren eine Selbstüberschätzung. Der Ergänzungsund Erklärungsbedarf waren viel länger. Mir selbst hilft das hier praktizierte Verfahren der Verarbeitung von Informationen, aber ob mit meinen Bemühungen den möglichen Lesern geholfen ist, erfahre ich erst später oder nie. Wenn doch das Zeitgeschehen meine Wahrnehmung nicht mehr berühren würde, dann könnte ich meine Tage mit handwerklichen Arbeiten verbringen, die mir zwar einen Splitter oder eine Blase in eine Hand einbringen kann, mir sonst aber zufriedene Tage einbringen würde.

Gestern kündigte Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur der ZEIT, die neue Ausgabe vom 4. 8. 2016 an. Der Haupttitel lautet:

Der Kampf hat begonnen

Über Jahrzehnte hielten wir unsere Freiheit für etwas Selbstverständliches. Plötzlich aber bedrohen autoritäre Populisten weltweit die liberalen Gesellschaften.

Di Lorenzo und sein ganzes Team fühlen sich sicher als Verteidiger der Demokratie und so wird es den Machern der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, den weiteren großen und kleinen Zeitungen und Sendern ebenfalls ergehen. Nach meiner Wahrnehmung sind sie aber die Geburtshelfer der "autoritären Populisten", weil sie nicht berücksichtigt haben, dass die Demokratie abgewählt wird, wenn sie nicht Brot und Gerechtigkeit liefert und dass die Freiheit an der Gleichheit gekoppelt ist. Der tödlich verunglückte Professor für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie, Dieter Suhr, hat dazu einen guten Titel veröffentlicht und der lautet "Gleiche Freiheit". Die wird aber den Menschen verwehrt. Der verirrte oder verwirrte Journalismus hat vorwiegend die Verkümmerung der Verfassungswirklichkeit und den Verrat des Grundgesetzes durch die politische Klasse der Mittelmäßigkeit begleitet und nicht widersprochen. Ich schätze die Medien auch so ein, dass sie bei der Wahl zwischen dem Rückgang der Auflagen und der Einschaltquoten oder dem Lob von Verhältnissen, wie sie sich zur Zeit

in der Türkei entwickeln, für die zweite Wahlmöglichkeit entscheiden würden. Es gäbe uns allen ja ein gutes Gefühl, wenn ich hier in meiner Einschätzung völlig daneben liegen würde. Aber ist es nicht so, dass die Journalisten – abgesehen von ein paar Träumern oder Helden, die sich geopfert haben -, die beruhigende Wirkung von Baldrian bei den sichtbaren gesellschaftlichen Fehlentwicklungen zu Kaisers Zeiten, in der Weimarer Republik, unter dem Herrscher mit dem Schnurrbart, im Neustart nach dem Zweiten Weltkrieg und in und nach der Vereinigung der beiden deutschen Republiken den Lesern und Hörern verabreicht haben? Lesen wir dazu die Aussagen von Magarete und Alexander Mitscherlich zu der Zeit als im Westen ein neues Teil-Deutschland, die BRD entstand:

"Die Restitution der Wirtschaft war unser Lieblingskind; die Errichtung eines demokratischen Staatsgebäudes hingegen begann mit dem Oktroi der Sieger, und wir wissen heute nicht, welche Staatsform wir selbst spontan nach dem Kollaps der Naziherrschaft gewählt hätten; wahrscheinlich eine ähnlich gemildert autoritäre von Anfang an, wie sie sich heute aus den demokratischen Grundlagen – die wir schrittweise bis zur Großen Koalition hin aufgeben - entwickelt haben. Es ist nicht so, daß man den demokratischen Staatsgedanken ablehnte wie weitgehend während der Weimarer Republik. Man kann aber auch wenig mit ihm anfangen, weil man ihn, psychologisch gesprochen, nicht libidinös zu besetzen versteht. Es ist kein spannendes Spiel der Alternativen, das in unserem Parlament ausgetragen würde, wir benützen diesen Staat als Instrument für Wohlstand – kaum der Erkenntnisproduktion; entsprechend drängen sich nur wenig politisch schöpferische Talente in die Ämter. ... 12

Was die Mitscherlichs übersehen haben: Die Restitution der Wirtschaft war ein verlogenes Spiel. Der Neuanfang war eben nicht geprägt von *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit*. Der Freiwirtschaftsbund hat in seiner zweiten Denkschrift zur wirtschaftlichen Neuordnung vom Oktober 1948 unter "Gerechter Lastenausgleich" geschrieben:

Wir bedauern außerordentlich, daß der Lastenausgleich nicht in einem Zuge mit dem Währungsschnitt durchgeführt worden ist, um dem Gesamtwerk der wirtschaftlichen Neuordnung die innere Geschlossenheit zu geben, um so verantwortungsvoller ist jetzt die Auf-

^{12,} Die Unfähigkeit zu trauern" von Alexander und Margarete Mitscherlich 1967, Seite 18.f. Hier übernommen aus: http://www.tristan-abromeit.de/pdf/66.4%20Die%20Mitscherlichs.pdf

gabe für die zuständigen deutschen Stellen, den Lastenausgleich gerecht und wirtschaftlich sinnvoll durchzuführen. Es besteht allgemein Übereinstimmung darüber, daß ein Lastenausgleich durchgeführt werden muß. Über das "Wie" gehen die Meinungen noch weit auseinander. Wir haben dazu festzustellen:

1. Der Aufbau einer neuen sozialen Ordnung auf der im Teil B vorgeschlagenen Grundlage ist nicht möglich, solange der Lastenausgleich nicht umfassend und gerecht durchgeführt ist; denn es kann sich auch in einer völlig befreiten Wirtschaft keine Initiative entwickeln, wenn für jeden wirtschaftenden Menschen unklar bleibt, welche Lasten aus dieser ungelösten Frage in Zukunft noch zu erwarten sind. Wer wirtschaftlich etwas beginnen will, was für die Dauer bestimmt ist, muß auf lange Frist klar sehen.¹³

In dem Protokoll 18/85 zu der Tagung der Ev. Akadmie Bad Boll, *Wer hat, dem wird gegeben ...?*", ist zu lesen, dass dieser Lastenausgleich die Bewertung *gerecht* nicht verdient. Aber die Sabotage des Modells *Soziale Marktwirtschaft* – ein Gemeinschaftswerk von Ordoliberalen und Freiwirten, das wirklich ein Beitrag zur inneren Befriedung und als Wiedergutmachung Deutschlands an jene Länder, die unter seinem Wirken gelitten hatten, hätte werden können – wurde schon im Entwicklungsstadium durch die politischen Kräfte, die der CDU und FDP zuzurechnen sind, sabotiert. Die Presse konnte darüber nicht berichten, weil das Übersehen sich besser bezahlt machte. Fortan wurde den Wählern der Kapitalismus unter dem falschen Etikett *Soziale Marktwirtschaft* verkauft. Dabei hatte die CDU in ihrer Gründungszeit eine antikapitalistische Haltung. Aber der Schwindel wurde nicht gemerkt, weil von 1000 Journalisten wohl nur einer die Marktwirtschaft vom Kapitalismus unterscheiden konnte, dabei war guter Wille erkennbar.

Nicht nur Etikett

Kompromisse, von denen eigentlich keiner der Vertreter sich widersprechender Auffassungen über die Wirtschaftsordnung begeistert ist, sind die Folge einschlägiger Auseinandersetzungen in diesen Jahren. Während die östliche Staatsform in Westdeutschland einmütig abgelehnt wird, verurteilt man deren ökonomische Komponente nicht ebenso. Auf dem Bundestag 1951 des 1933 verbotenen und nach 1945 neu formierten Freiwirtschaftsbundes in Heidelberg-Ziegelhausen nannte man diese Kuriosität beim Namen und empfahl die "soziale Marktwirtschaft" als *Ausweg* aus dem Dilemma.

Denn: totale Planwirtschaft (Zentralverwaltungswirtschaft) ist nicht ohne eine totalitäre Staatsform denkbar, ergo abzulehnen. Schrittweise Sozialisierung kann sich zwar zunächst auf demokratischer Basis bewegen (England), erzeugt jedoch zunehmend Reibungen mit noch

¹³ http://www.tristan-abromeit.de/pdf bibliothek/56.14%20FB%20Denkschriften.pdf

nicht sozialisierten Gebieten und mündet auf Grund der ihr innewohnenden Dynamik ebenfalls früher oder später im totalitären Bereich. Die dritte These, die des *Laisser-faire*, *Laisser-aller*, ist nicht minder suspekt. Private Machtzusammenballungen rufen den Staat auf den Plan; er bildet Gegengewichte, verstaatlicht, sozialisiert.

Was ist anzustreben? Echter Leistungswettbewerb ohne Monopol; Durchsetzung dieses Prinzips auch auf den Gebieten, die heute der Konkurrenzwirtschaft noch nicht unterliegen (z. B. Kohle); Herstellung gleicher Startbedingungen für alle unter dem Motto "jedem das Seine" (nicht: jedem das Gleiche). Ungleichheiten soll es nur infolge ungleicher Leistungen geben. Und nicht zu vergessen: Das Attribut "sozial" ¹⁴ muß mehr sein als ein zartrosa Etikett zur beliebigen Verwendung bei lediglich propagandistischem Bedarf: nämlich eine zu praktizierende Verpflichtung.

Die Zeit, Hamburg, Nr. 46, 15. November 1951

(Entnommen den Pressestimmen in "Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft" / Wortlaut der Vorträge, die auf dem Bundestag der Freiwirtschaftsbundes am 9. und 10. November 1951 gehalten wurden. In der Tagung des Freiwirtschaftbundes 1952 wurde von Ordoliberalen und Freiwirten die *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* gegründet.)

Bei uns wurde der Antikommunismus vom Anti-Neoliberalismus abgelöst. Und wer das Wort *Anti-Neoliberalismus* in den Mund nahm oder heute nimmt, sonnt sich in dem Gefühl, er sei progressiv und ein kritischer Geist. Schon beim Kommunismus war es falsch, nicht zu fragen, was er eigentlich will, wieso ist er entstanden und warum sind die Ergebnisse inakzeptabel. Hier konnte man noch ein gewisses Verständnis haben, weil mit dem Begriff Kommunismus emotional und konkret eine militärische Bedrohung verbunden war.

Auch der Begriff Neoliberalismus wird mit einer Bedrohung, nämlich mit einer ökonomischen, assoziiert. Aber es wird nicht einmal gefragt, was ist an ihm richtig und was falsch? Auch wird nicht gefragt, wofür der Begriff denn eigentlich steht, ob es vielleicht mehrfache Deutungen oder Belegungen gibt.

Schon 1960 sagte und schrieb Prof. Alexander Rüstow auf der 15. Tagung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, die unter dem Generalthema *Was wichtiger ist als Wirtschaft* lief:

Seit unsere Aktionsgemeinschaft besteht, ist ihr und dem von ihr vertretenen Neoliberalismus immer wieder der Vorwurf gemacht worden, wir überschätzten die Wirtschaft, wir hielten die Wirtschaft und den Markt für das eigentliche Zentrum menschlicher Dinge, wir seien der Meinung, daß der

¹⁴ Anmerkung TA: Nach meinem Kenntnisstand wurde "sozial" aber nicht wie heute als ein System der sozialen Sicherung nach dem Modell der Zentralverwaltungswirtschaft verstanden. Also war mit dem Begriff Soziale Marktwirtschaft nicht Kapitalismus mit dem Korrektiv kollektives soziales Sicherungssystem, dass aus dem Arbeitsertrag finanziert wird, gemeint. (Die Arbeitgeberbeiträge sind nur eine andere Form von Lohn.) Es ist eine Illusion, wenn man glaubt, mit dem Sozialstaat den Kapitalismus zähmen zu können.

Mensch im wesentlichen ein Wirtschaftsmensch sei. Dieser Vorwurf ist, wie wir im einzelnen noch sehen werden, denkbar ungerecht und unberechtigt. Aber auch die unberechtigtsten Vorwürfe haben natürlich irgendwelchen Grund, sind natürlich auf irgendeine Weise entstanden. Bei diesem Vorwurf ist der Nachweis der Entstehung relativ leicht. Der Paläoliberalismus, d. h. jener Wirtschaftsliberalismus, der in der Mitte des 18. Jahrhunderts entstand und das 19. Jahrhundert weitgehend beherrschte, hatte in der Tat Strömungen und Vertreter, auf die dieser Vorwurf zutraf. Da nun leider heutige Vertreter jenes Paläoliberalismus sich neoliberal nennen, obwohl unser Neoliberalismus ja gerade im Gegensatz und in Abgrenzung gegen jenen Altliberalismus, gegen jenen Paläoliberalismus entstanden ist, trägt das natürlich sehr dazu bei, eine Verwechslung zu begünstigen. Das hat den Effekt, daß die Vorwürfe, die gegen den alten Liberalismus berechtigt sind und die gerade wir als die ersten gegen den Paläoliberalismus erhoben haben, ja, auf Grund deren wir die Abgrenzung gegen den Paläoliberalismus zur Grundlage unseres Neoliberalismus gemacht haben, - daß diese Vorwürfe zu Unrecht gegen uns erhoben werden.

Die Vorwürfe, die die Kirchen gegen den Paläoliberalismus erheben, die Vorwürfe, die überhaupt idealistisch eingestellte Menschen mit Recht gegen den Paläoliberalismus erheben, sind, wie Sie im einzelnen noch sehen werden, genau dieselben Vorwürfe und dieselben Kritiken, die für uns den Ausgangspunkt unserer Scheidung gegenüber dem alten Liberalismus, gegenüber dem Paläoliberalismus, bilden. ¹⁵

Dieser Neoliberalismus konnte sich in der realen Wirtschaftspolitik genauso wenig durchsetzen wie die Freiwirtschaft, obwohl sie personell und finanziell besser aufgestellt war, als die zuletzt genannte Schule. Ob Rüstow mit den "heutigen Vertretern des Paläoliberalismus, die sich auch Neoliberale nennen", die Chicagoer Schule, als deren Hauptrepräsentanten Milton Friedman genannt wird, meint, weiß ich nicht. Aber genauso wenig wie alle Vertreter in der Ahnengalerie der Ökonomen, mit den bekannten Namen, Adam Smith, Karl Marx und John Maynard Keynes, sich ihren Kopf zerbrochen haben, um die Menschen zu drangsalieren, genauso wenig kann man Milton Friedman Bösartigkeit vorwerfen. Anstatt genau zu prüfen, wo seine Ansichten irrig sind und wo er Kluges und Brauchbares gesagt hat, benutzt man seine Person, um den eigenen Frust, den man in sich trägt, auf ihn abzuladen. Man spricht gerne von Marktradikalismus und weiß nicht, das dieser Radikalismus 1000mal besser ist als das Gegenstück, die radikale Zentralverwaltungswirtschaft. Das, was wir heute bei uns als Wirtschaftsform vorfinden – eine Mischung aus rudimentärer Marktwirtschaft, der Zentralverwaltungswirtschaft und privatwirtschaftlichen Kapitalismus hat mehr Ähnlichkeit mit der Wirtschaftsform zu tun, die die Nazis betrieben haben, als mit den Ideen, die einst unter den Begriff Soziale Marktwirtschaft den Menschen Hoffnung gab.

¹⁵ Der ganze Text ist zu lesen unter: http://www.tristan-abromeit.de/pdf/28.1%20MdB%20Gruene%201.5.03%20Anhang%20I.pdf

Bevor ich mit diesem "Protokoll" begonnen begann, habe ich mir einen Text von Claus Schroeder aus dem Jahr 2009 heruntergeladen. Der Titel lautet "Milton Friedman und die Ökonomie der Chicagoer Schule / Ein Abriss". 16 Der Text liest sich gut, aber eine genaue Fehleranalyse habe ich darin nicht gefunden. Auf der ersten Seite im dritten Absatz schreibt er in Klammern: "Ludwig Erhard und Helmut Schmidt gelten als überzeugte Keynesianer." Das ist falsch. Wenn in Bezug auf die Ökonomie ein CDU- und ein SPD-Mitglied zusammen genannt werden müssen, dann ist es Ludwig Erhard und Karl Schiller. Bei Erhard – der wohl mehr ein Tatmensch war als ein Theoretiker ¹⁷- ist mir nicht ganz klar, ob er sich mehr von den Ordoliberalen angezogen fühlte oder von den Freiwirten. Es gibt aus den fünfziger Jahren einen SPIEGEL-Bericht, in dem es heißt, dass im Bundeskabinett seine freiwirtschaftlichen Ideen nicht gut ankamen. In der Startphase der westdeutschen Ökonomie nach dem Zweiten Weltkrieg war das auch kein großes Problem. Zum Problem wurde die Ausblendung wesentlicher marktwirtschaftlicher Erkenntnisse, als die Kapitalbildung voranschritt und die Rendite in den Keller ging. Die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik, die die Freiwirte ausgeschlossen hatte, die von den Ordoliberalen nur noch rudimentär geprägt war und von Erhard mehr aus dem Bauch im Widerstand gegen die eigene Partei betrieben wurde, waren dann so unbefriedigend, dass mit Karl Schiller ¹⁸ 1966 ein Keynesianer das Ruder übernommen hat. Aber Neoliberalismus Chicagoer Prägung hätte gar keinen Raum gewinnen und sich wie bekannt durchsetzen können, wenn das Ergebnis des Keynesianismus befriedigend gewesen wäre.

Ich erhielt zwischenzeitlich ¹⁹ einen Link zu einem Aufsatz von Heinz-J. Bontrup, Professor an der Westfälischen Hochschule in Gelsenkirchen. Der Titel: "Pervertierter Kapitalismus", erschienen in Ossietzky, Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft". (www.sopos.org/aufsaetze/579dd63993ff3/1.phtml) Nun freut es einen Menschen, der sich

16 http://www.mp3-kolleg.de/schroeder/material/CCSchroeder_SS09_Milton_Friedman-Chicagoer_Schule.pdf

¹⁷ Neulich sagte eine Frau in einer Runde: "Ich habe mich nie um die Regeln der Orthographie gekümmert, weil ich am Schriftbild erkenne, ob etwas richtig oder falsch geschrieben ist. Ich vermute, dass Erhard auf ähnlicher Weise auch ohne Theorie wusste, was marktwirtschaftlich richtig ist. Weil ich meinem eigenen Eindruck nicht traute, habe ich in Wikipedia nachgeschlagen. Dort ist zu lesen: "Biograf Hentschel, selbst Wirtschaftshistoriker, meint, Erhard tauge dem Habilitationsversuch zufolge nicht als wissenschaftlicher Nationalökonom, da ihm die formale Strenge und die Fähigkeit fehlten, klare und schlüssige Gedanken zu fassen und unter Hinweis auf die verwendeten Quellen argumentativ miteinander zu verbinden."

^{18 &}quot;1972 beteiligte er sich gemeinsam mit <u>Ludwig Erhard</u> an einer Anzeigenkampagne der <u>CDU</u>, in der beide als *Hüter der Marktwirtschaft* auftraten." Dazu muss es auf meiner Homepage einen Beitrag geben.

¹⁹ Ich schreibe an diesem Text in Zeiten zwischen der Erledigung von Hausmannspflichten und in solchen, wenn meine Verzagtheit und Zweifel darüber, ob ich mit der Fertigung dieses Textes etwas Sinnvolles mache, eine Pause einlegen. Da bleibt es nicht aus, das neue schriftliche oder mündliche Aussagen zum Themenkomplex eintreffen, die berücksichtigt werden wollen.

an der Freiwirtschaft orientiert, wenn ein lehrender Professor der Ökonomie für sich, den Zins als ein Problem entdeckt hat. Das ist keine Selbstverständlichkeit, obwohl das Problem schon Jahrtausende alt ist. Was ich störend empfand, sind der Titel und der Schluss des Aufsatzes. Der Kapitalismus ist nicht pervertiert, sondern von Beginn an pervers, weil er den Leistungsaustausch verfälscht. Pervertiert wird die Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Bontrup schreibt:

Jedenfalls wird es nicht noch einmal gelingen, dass sich die Vermögenden, wie 2007 beim Ausbruch der Weltwirtschaftskrise an den Finanzmärkten, der Krisenlasten entledigen und diese allgemein den Staaten per Staatsverschuldung aufbürden. Dies hatte für die Vermögenden zwei Vorteile: Erstens haben sie ihr Vermögen nicht eingebüßt, und zweitens konnten sie so das nicht verlorene Vermögen den Staaten als Kredit geben und bekamen dafür Zinsen. Sie wurden also durch die Krise noch reicher. Und die herrschende Politik, mit den Vermögenden verbandelt, konnte danach von einer Staatsschuldenkrise faseln und den Völkern Sozialabbau und Austerität predigen. Wohin das geführt hat, können wir jetzt überdeutlich sehen. Ganz Europa steckt, nicht nur wegen des Brexit, in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise, und die selbsternannten Herrschaftseliten in Politik und Wirtschaft sind mit ihrem neoliberalen und marktradikalen Latein am Ende. Nur wahrhaben wollen sie es noch nicht – und das ist gefährlich. Die außerparlamentarische Zivilgesellschaft und die politische Opposition sind hier gefordert, den notwendigen Druck zu entfachen.

Mir ist die Aussage über den versperrten Ausweg für das konzentrierte Vermögen zu optimistisch. Wenn es wieder soweit ist, wird man zugeben, dass der Schutz des großen Vermögens zwar ein Übel ist, aber die Nichtrettung durch den Staat habe noch viel schlimmere Wirkungen. Und dann kommt auch bei Bontrup wieder der Hinweis auf das Ende des neoliberalen marktradikalen Lateins, das ist umgekehrter Antikommunismus und keine Aufklärung.

Ein weiterer Link führte zu den Nachdenkseiten mit einem Video: "Sahra Wagenknecht im Gespräch mit Albrecht Müller". Zu Sahra Wagenknecht komme ich noch gesondert. Mir geht es hier um Albrecht Müller, eine mir sympathische Erscheinung. In seinen Äußerungen gab es auch Passagen zur NATO, wo ich ihn als einen Gleichgesinnten entdeckte. In dem Begleittext lautet es:

Wir starten eine Reihe zu verschiedenen Methoden der Meinungsmache und zu Denkfehlern in der wirtschaftspolitischen Debatte, wir beschäftigen uns noch einmal mit dem Gegenmodell zum Neoliberalismus und erläutern, warum es so wichtig ist, das Prinzip und die Praxis von Meinungsmache zu durchschauen.

In einem anderen Beitrag heißt es:

18. Juli 2016 um 10:22 Uhr | Verantwortlich: Albrecht Müller

Nizza: Der Gewaltakt eines Terroristen? Die Offiziellen hatten sofort diese Version parat. Und sie verleugnen sich als Quelle der Gewalt. Veröffentlicht in: Aktuelles, Innere Sicherheit, Strategien der Meinungsmache. Wertedebatte

. . .

Die vergifteten Früchte ihrer Politik, gerade auch ihrer Gesellschafts- und Innenpolitik, sehen die heute verantwortlichen Politikerinnen und Politiker nicht

- Die neoliberal geprägte Gesellschaft f\u00f6rdert Egoismus, und in der Konsequenz auch Gewalt und Gewaltbereitschaft.
- Die neoliberal geprägte Wirtschaft und Gesellschaft macht viele Menschen krank. Dazu ein paar Fakten (Daten und Fakten. Zahlen rund um das Thema psychische Gesundheit)

. . .

Die Reaktion auf den mörderischen Gewaltakt von Nizza hat gerade beim Versuch, darin die Tat eines islamischen Terroristen zu sehen, noch etwas Anderes gezeigt: Die politisch Verantwortlichen wollen nicht verstehen, dass sie den Terror mit zu verantworten haben.

Und in einem dritten Beitrag ist zu lesen:

18. Januar 2016 um 9:49 Uhr | Verantwortlich: Jens Berger Die neoliberale Indoktrination

Veröffentlicht in: Aktuelles, Audio-Podcast, Erosion der Demokratie, Interviews, Kampagnen / Tarnworte / Neusprech, Neoliberalismus und Monetarismus, Strategien der Meinungsmache, Ungleichheit, Armut, Reichtum

Der Neoliberalismus ist als Gesellschaftsideologie ein Phänomen. Nicht nur macht er den Armen und Schwachen weis, sie wären an ihrem Elend selbst schuld. Er schafft es auch, dafür zu sorgen, dass das wahre Ausmaß der gesellschaftlichen Armut kaum je an die Öffentlichkeit dringt; dass das Gesundheitssystem trotz immer höherer Ausgaben immer inhumaner wird; dass die Soziale Arbeit erodiert und kaum jemand etwas hiergegen unternimmt; dass mittels Stiftungen ein regelrechter "Refeudalisierungsboom" im Lande tobt und Investoren inzwischen auf die Privatisierung des öffentlichen Bildungssystems abzielen. Zur Frage, wie den Menschen mittels geeigneter Psychotechniken der Geist vernebelt wird, um Widerstand gegen diese unmenschliche Ideologie weitestgehend unmöglich zu machen, sprach Jens Wernicke mit dem Wahrnehmungs- und Kognitionsforscher Rainer Mausfeld.

http://www.nachdenkseiten.de/?p=30286

Wer eine angewendete Ökonomie von der Basis einer konkurrierenden Lehre aus kritisiert, sollte nicht vergessen zu fragen, welche Fehler möglicherweise oder erwiesenerweise in der Ökonomieschule stecken, die man selber vertritt.

Auch ist es wichtig, das Problem, dass eine herrschende Lehrmeinung zu einer Ideologie werden kann, nicht aus den Augen zu verlieren. Ich vertrete schon lange die Meinung, dass unsere ökonomischen Wissenschaftler ²⁰ in einer Ideologiefalle stecken, wie einst die Ökonomen in der DDR / im Ostblock. Aber es ist nicht angebracht, diese Verfälschung der Sicht durch ideologisches Denken nur bei den Neoliberalen zu vermuten. Außerdem kann das ideologische Denken auf bestimmte Sachbereiche beschränkt sein.

Was die Regierenden nicht sehen wollen oder können - dass sie wenigstens die Mitursache für den Terrorismus sind - hängt vermutlich mit einem psychischen Sicherungsmechanismus zusammen. Ein Regierender, dessen Persönlichkeit nicht ein pathologischer Fall ist, braucht für das, was er beschließt und tut – wie die Mehrheit der Menschen – das Gefühl, dass sein Denken und Handel gut ist. Weil der Gedanke, dass er durch das gute Wollen Terroristen fördert, als Angriff auf seine Person verstanden wird, muss die Wirklichkeit verdrängt oder verleugnet werden.

Die Zeitschrift *Humane Wirtschaft* hat als Titelblatt der Ausgabe 04/2016 (<u>www.humane-Wirtschaft.de</u>) einen Wandspruch eines R. Flores Magón gewählt:

"NICHT die Rebellen erzeugen die Probleme der Welt. Die Probleme der Welt erzeugen Rebellen."

Wenn eine Strategie zur Durchsetzung einer Ökonomieschule mit Anspruch auf Deutungshoheit und als Vorlage für politisches Handeln erfolgreich ist und dabei für alle Bürger ein Vorteil herausspringt, dann sollte man mit der Kritik zurückhaltend sein. Da es aber in der ökonomischen Wissenschaft weniger jederzeit überprüfbare Aussagen gibt, als in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, sollte es immer konkurrierende Schulen geben, damit bei Fehlleistungen einer Schule der Absturz nicht für den ganzen Lehrbetrieb gilt. Dass es auch hier auf einen chancengleichen Wettbewerb ankommt, ist eine Forderung und keine Wirklichkeit. Die Schwäche der Freiwirtschaftschule zum Beispiel liegt nicht in ihren Inhalten, sondern in ih-

²⁰ Natürlich mit der Einschränkung, die man bei Generalisierungen vornehmen muss.

rer Organisation und im Mangel an Mitteln.

Das, was von der Idee der Sozialen Marktwirtschaft realisiert wurde, musste gegen den Widerstand der SPD durchgesetzt werden, weil diese damals noch ziemlich marxistisch orientiert war. Bei allen Fähigkeiten zum politischen Handeln von Erhard und Co hätte eine nur rationale Aufklärung über die Vorteile der Marktwirtschaft wohl nicht ausgereicht, um eine genügende Wählerzustimmung zu erreichen. Er (oder sie) brauchte(n) Räume, wo sie ohne Zustimmung handeln konnten (und den Mut dazu hatten und den hatte Erhard). Ich weiß nicht, ob es Untersuchungen dazu gibt, ich vermute aber, dass die Propagierung der Marktwirtschaft nicht ohne Manipulation ausgekommen ist. Und die Marktwirtschaftler hatten einen Verbündeten, das war die Angst der Wähler vor den Kommunisten. Und die SPD bediente mit ihrer noch stark marxistischen programmatischen Orientierung diese Angst mit der Folge, dass die Konkurrenten höhere Zustimmungen in den Wahlen erhielten.

Da die an den Ordoliberalismus orientierte Marktwirtschaft von der CDU/CSU und der FDP als Eigentum betrachtet wurde (Was ein Hemmschuh der Entwicklung war und der Freiwirtschaftsschule hoffentlich nie passieren wird.), bot sich der Keynesianismus der SPD als etwas Eigenständiges an, was sie dem Erhard-Clan entgegensetzen konnte und es gab ihr die Möglichkeit, sich noch mehr vom Marxismus zu lösen ohne ihr Gesicht zu verlieren. Es half ihr nach meiner Einschätzung dabei, dass der Keynesianismus wie beim Marxismus ein hohes Maß an staatlicher Aktivität bedurfte. Aber die Keynesianer sollen doch nicht so tun, als sei ihr der sich später erweisender Erfolg ohne Grabenkämpfe und ohne ideologische Schlachten gelungen. Die Keynesianer sollten nun nicht beleidigt sein, dass bei der Anwendung solcher Durchsetzungsmethoden, die Neoliberalen der Chicagoer Schule erfolgreicher waren. Soweit es bei der Ökonomie um die Wissenschaftlichkeit geht, sollten Untersuchungsmethoden befördert und angewendet werden, mit der Ideologien oder partielle Interessen von Schulen oder Parteien die Ergebnisse nicht verfälschen können.

Ich habe drei Zitate in der Werkausgabe zum 150. Geburtstag von Gesell gefunden, die drei Ebenen dieses Problemfeldes kennzeichnen.

Die Anforderungen an die Wissenschaftler, die selten erfüllt werden:

"Nicht dadurch ehren wir die alten Meister, dass wir ihre Lehren in staubigen Bücherschränken aufbewahren, sondern dass wir sie lebendig erhalten und vervollkommnen. ... Dem wahren Wissenschaftler macht es genau den gleichen Spaß, die eigenen Irrlehren zu entschleiern und zu vernichten wie die der anderen. Vor der Wissenschaft hört das "ich" einfach auf. Der wahre Wissenschaftler schaut auch neidlos auf die Leistungen der anderen; er freut sich über jeden Erfolg auch dann, wenn er die Seinigen in den Schaften stellt."

Die marxistische Kapitaltheorie und der Rückgang der Grundrenten in Frankreich (1914), in: Band 8, S. 125.

Der irrige Glaube, die Gesellschaft würde sich automatisch zu einem sozialen Gebilde entwickeln:

"Die sozialen, wirtschaftlichen Einrichtungen sind Menschenwerk. Der Mensch entwickelt sie vorwärts oder rückwärts, je nach den Wünschen und nach der Erkenntnis der jeweiligen Machthaber, wie das schon aus den Parteibenennungen Konservativer, Reaktionär, Sozialist, Anarchist usw. hervorgeht. Eine gesetzmäßig und automatisch sich vollziehende Entwicklung, wie man sie in der Natur beobachtet, gibt es hier nicht. Der Glaube an die Entwicklung des kapitalistischen Staates zum sozialen Gebilde ist ein Märchen. Der Mechanismus, der zum Kapitalismus führt, muss zerstört werden. Und diese Zerstörung erfordert eine Tat. Solange diese Tat nicht getan wird, ist alles vertan, was die Arbeitenden aller Stände und Berufe tun werden."

Proletarische Hoffnungen und Aktionen (unveröffentlichtes Manuskript 1917/1918) http://www.sitvio-gesell.de/html/ms_1917_18_1.html

Was nützt das demokratische Wahlrecht, wenn der Wähler nicht weiß, worüber er abstimmt:

"Das Geld empfängt seine innere und äußere Gestalt von der gesetzgebenden Majorität der Wähler. Von der Solidität der Wähler hängt also allein die Solidität der Währung ab. Wie nun, wenn diese gesetzgebende Majorität in Währungsfragen unerfahren ist? Ist nicht die Unwissenheit der fetteste Boden für alle Arten der Pfuscherei?"

Die argentinische Geldwirtschaft und ihre Lehren (1900), in: Band 2, S. 285.

Wir haben besonders in der Ökonomie noch mit dem Problem der herrschenden Lehrmeinung zu tun. Die Literatur und die Ansichten über einzelne Aspekte der Ökonomie sind so unübersichtlich, dass sowohl Lehrenden wie Lernende darüber verzweifeln können. Es bildet sich in dieser Situation im gruppendynamischen Prozess eine Meinung darüber heraus, was als gültig anzusehen ist. Was dabei herauskommt heißt dann herrschende Lehrmeinung. (Ich glaube, in den naturwissenschaftlichen Fächern bevorzugt man den Begriff "Stand der Wissenschaft".) Es heißt nicht herrschende Erkenntnis, sondern herrschende Meinung. Aber wenn es nur um eine Meinung geht, warum billigt man ihr eine Herrschaft zu. Vermutlich,

weil man in der Lehre etwas braucht, was man überhaupt als gültig vermitteln kann. Der Sieg einer Ökonomieschule ist auch ein Sieg in Sachen "herrschene Lehrmeinung" Aber solche Siege sind nicht von Dauer, wie wir erleben. Ich halte es für unwahrscheinlich, dass dieser Prozess einmal ein Stadium der "herrschenden Erkenntnis" erreicht. Wenn ich jetzt sagen würde, Gesell hat reine Erkenntnisse geliefert und keine Meinungen, dann könnten andere, die sich an einen anderen Meister orientieren, sagen, "Diese Aussage trifft auch auf meinen Meister zu!" Es bleibt für die Nachgeborenen immer den Auftrag zu prüfen, was Weizen und was Spreu in den Lehren von der Ökonomie ist. Und dabei können kleine entdeckte Fehler ein ganzes Lehrgebäude vernichten oder durch eine Korrektur eindeutig in den Status der Gültigkeit erheben.

Gekoppelt mit dem Problem der herrschen Lehrmeinung ist, dass diese Lehre der Politik das richtige Verständnis von der Ökonomie liefern soll, damit Entscheidungen rational und sachgerecht getroffen werden können. Und für die Vorbereitung und das Treffen von Entscheidungen ist wieder das Verständnis von Ökonomie, das den Parlamentariern und dem Verwaltungspersonal in den Hochschulen vermittelt wurde, entscheidend. Wenn man die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik bei uns und anderswo betrachtet und sie auch als ein Ergebnis der Lehrveranstaltungen in den Hochschulen sieht, dann muss man sich fragen, ob das etwas mit den Organisationsformen der Sozialwissenschaften zu tun hat. Ich habe hier bewusst den Begriff Sozialwissenschaften und nicht Wirtschaftswissenschaften geschrieben, weil ich denke, dass das nicht nur ein Problem der Ökonomen ist. Wenn ein Mensch nur mit bestimmten Lehrmeinungen Professor werden kann, dann kann Wissenschaftlichkeit der Lehre und Forschung keine Rede mehr sein. Auch wenn beamtete Hochschullehrer die Nützlichkeit und Effizienz eines Ökonomiestudiums der Gesellschaft nicht mehr vermitteln können, dann sollte man die betreffenden Fakultäten auflösen. Das Bedürfnis nach Klärung ökonomischer Fragen wird bleiben und sich außerhalb der Hochschulen organisieren. Ich habe schon selber Volkswirtschaftprofessoren getroffen, die ihrer Profession den Status der Wissenschaftlichkeit absprachen. Es ist jetzt schon Jahrzehnte her, da fragte ich einen Professor der Ökonomie, was er von Gesell halte. Er antwortete, er sei als Assistent auf Gesell und seine Lehre gestoßen. Man habe ihn aber bedeutet, er solle ihn schnell vergessen, wenn er seine Karriere nicht gefährden wolle. Das diese Art der Selektion nichts mit Wissenschaft zu tun hat, sollte klar sein, auch dann nicht, wenn sie innerhalb des Wissenschaftsbetriebes vorgenommen wird. Ich denke die Wirtschaftswissenschaften liegen in Ketten. Es sind Ketten, die aus Abgrenzungen, Aussonderungen, Dünkel und Karrieredenken geschmiedet sind. Dabei ist es egal, ob die Betreffenden die Ketten selber geschmiedet haben oder nur akzeptieren, weil sie Karriere machen wollen. Wenn diese Ketten nicht überwunden werden, bleibt die Wirtschaftsforschung und Lehre ein Förderprogramm für den Terrorismus. Das muss gar nicht in dem Sinne ablaufen, das Absolventen direkt zu Terroristen werden. Es genügt, das chancenlose Menschen – vor allem junge – in aller Welt keine Chance für sich sehen und auch keine Signale der Hoffnung von der theoretischen Ökonomie erhalten.

3. Teil: Das Problem der Auswahl bei den Meldungen

Kein Mensch kann (bei uns) alle Nachrichten und Informationen in Form von Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- "Fernseh- und Netzangeboten und den Nonprofit-Zeitschriften auswerten und verarbeiten.²¹ Man kann nur hoffen, dass die Vielfalt der Medien und auch ihrer Inhalte erhalten bleiben und uns eine politische Gleichschaltung der Medien erspart bleibt. Die ökonomisch und die sozialpsychologische Gleichschaltung der Medien muss dadurch in Grenzen gehalten werden, dass sich die Bürger über das Gelesene und Gehörte mit Hilfe von Zu- und Widerspruch austauschen. In der Zeit am Tisch – zu Hause oder in der Kantine – bleibt dazu zu wenig Muße. Die wenigen veröffentlichten Leserbriefe geben kein wirkliches Meinungsbild der Leserschaft wieder. Das digitale Netz hat wesentlich mehr Möglichkeiten geschaffen, um der einseitigen - auf die Richtung des Flusses bezogene - Berieselung der Bürger mit Meldungen und Meinungen entgegenzuwirken. Diesen Gegenstrom zu verstärken, dienen meine Bemühungen hier. Ich bejahe dieses Vorhaben, sonst hätte ich es gar nicht angefangen. Trotzdem bleiben die Fragen, ob die Form und die Methode dem Vorhaben dienlich sind.

In kurzer Zeit habe ich schon drei Dutzend Seiten aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung ausgerissen, dabei macht mir schon die Kommentierung der Seiten, die ich aus 1 ½ Ausgaben der Wochenzeitung DIE ZEIT aufbewahrt habe, Mühe. Dieser Mühe würde ich mir aber nicht unterziehen, wenn alles in Allem bei uns und in der Welt glatt laufen würden. Die Medien berichten aber ständig über das, was in der Welt schief läuft. Darf ich mich da

²¹ Bücher und Tonträger gehören auch noch dazu.

einfach in der schweigenden Mehrheit verkriechen und mir selbst bescheinigen, dass ich nichts Klärendes zu sagen habe? Auch wenn ich das verneine, alle Ausrisse zu kommentieren, würde das ja mehr als ein Buch ergeben. Und Leser, die mehr als 10 Seiten im Zusammenhang lesen können, sollen wenig geworden sein. Ich werde also nicht versuchen zu systematisieren oder chronologisch vorgehen, sondern meiner Eingebung freien Lauf lassen, um weiter der von dem Philosophen Peter Sloterdijk diagnostizierten *Hilflosigkeit als Grundstimmung der Zeit* etwas entgegenzusetzen. Das Interview von Lars Grote steht in der HAZ vom 11. Juli 2016 auf der Seite 5. Die erste Frage und Sloterdijks Antwort gebe ich nachfolgend wieder:

Herr Sloterdijk, wir sitzen hier auf Schloss Reckahn bei Brandenburg/Havel, eben haben Sie beim Festival "Lit:Potsdam" über Martin Luther und das Ende der Einheitskirche gesprochen. Stehen wir seit dem Brexit auch vor dem Ende der EU, die gerade in Westeuropa zunehmend als gängelnde, dogmatische Einheitskirche begriffen wird?

Europa war nie eine Kirche, Europa hat seit 1945, in einigen Ländern schon länger, die Struktur eines Verfassungsraumes. Seit der Implosion der osteuropäischen Zwangsstaatengruppe im Jahr 1990 sind einige dazugekommen. Das Spezifikum des europäischen Raumes ist das Leben unter Verfassungen. Das ist etwas, das viele Menschen gar nicht als eigenständigen Sachverhalt verstehen, weil man immer noch den ganzen Qualm von Ideologien, Konfessionen, Religionen oder sogar Weltanschauungen hat. Für ein Leben unter einer Verfassung hat man hingegen immer noch kein griffiges Instrumentarium. Das ist eigentlich die exakte Definition dessen, was man heute als Populismus bezeichnen muss: Das Nichtbegriffenhaben, was das Leben unter einer Verfassung bedeutet.

Die Antwort von Sloterdijk ist mir zu einfach. Wenn die Menschen einen Verfassungsraum als eigenständigen Sachverhalt verstehen und akzeptieren sollen, dann müssen sie sich ihn auch geschaffen und gestaltet haben. Auch die Europäische Union kann man als eine Gruppe von Zwangsstaaten bezeichnen, denn die meisten Bürger Westeuropas wurden nicht gefragt, ob sie diesen Zusammenschluss überhaupt und in dieser Form wollten. Räume bezieht und gestaltet man, um in ihnen Schutz zu finden und sich wohl zu fühlen. Und es ist für die Menschen eine Demütigung, wenn sie sich mit einer Zwangseinweisung abfinden müssen. Die Deutschen als Gesamtheit konnten aber noch nie aus eigenem Willen ihren Verfassungsraum gestalten und beziehen. Und wenn dieser Raum dann noch unsicher, das Dach undicht und die Fenster und Türen zugig werden, dann ist es kein Wunder, wenn man auf vermeintliche Heilmittel, vertraute Ideologien, Konfessionen, Kirchen oder Weltanschauen zurückgreift,

um die zugigen Ritzen zu stopfen und die Tropfen von den Decken abzufangen. Es ist doch selbstverständlich, dass in solchen Situationen, wo das Künftige noch nicht Gestalt angenommen hat, dass die Menschen auf das vertraute Gestrige zurückgreifen. Wie war es denn nach dem Zweiten Weltkrieg, als alle Werte nichts mehr galten und jegliche Orientierung verloren gegangen war? Ein Verwandter, den man in guten Zeiten nicht ausstehen konnte, war ein willkommener Anker, weil die Verwandtschaft noch die einzige gültige Kategorie war. Und bei der Einweisung von Flüchtlingen und Ausgebombten, mit denen man die eigene Wohnung teilen sollte, musste oft genug die Polizei bemüht werden. Mir erscheint es jedenfalls so, dass die Menschen in ähnlichen Situationen in verschiedenen Zeiten mit einem gleichen Verhaltensmuster reagieren. Nur wenige können sich aufgrund von Erziehung, Erfahrung und Erkenntnisarbeit in solchen Situationen edelmütig und weitsichtig verhalten.

Bevor ich die erste Zeile zu diesem Text geschrieben habe, habe ich mir ein Gespräch zwischen Jean Claude Juncker, dem heutigen Präsidenten der Europäischen Kommission und dem Philosophen Richard David Precht angesehen und gehört.

Jean Claude Juncker bei Precht - In der neuesten Ausgabe seiner Sendung spricht Precht mit dem Luxemburger Ministerpräsidenten Juncker über die Frage, wer schuld ist an den Schulden und ob das herrschende Zinssystem gerecht ist.

Veröffentlicht am 06.05.2014 / https://www.voutube.com/watch?v=RMC1B6qzuPs

Juncker macht in diesem Beitrag auf mich einen offenen und sympathischen Eindruck. Er möchte gerne vieles ändern, sieht sich aber an der bestehenden Wirklichkeit gebunden. Den Werbespruch der Banken "Lasse das Geld für dich arbeiten" findet er unsittlich und eine Abwertung der Arbeit. Auch findet er es bedauerlich, dass die Banken sich von ihrer Rolle als Dienstleister der Realwirtschaft wenigstens zum Teil gelöst haben. Mir ist aber nicht klar geworden, ob Juncker in der Politik ein Getriebener oder Gestalter ist. Beide Rollen könnte er und andere Mitglieder der Führungsriege auf der nationalen und europäische Ebene innehaben, wenn auf der Bürgerebene Alternativen erarbeitet und massenweise vorgetragen würden.

Precht zitierte in dem Gespräch mit Juncker David Graeber, der gesagt haben soll, dass jede Revolution damit beginnt, dass die Menschen ihre Schulden nicht mehr bezahlen können. In dem "Einschub 2" bringe ich einen Ausschnitt eines Interviews mit Graeber zu seinem Buch "Die ersten 5000 Jahre". Ich habe im Netz nach einer präziseren Erläuterung des von Precht

gebrachen Zitats gesucht.

Weil in irgendeinem Beitrag der Begriff Staatsräson wieder auftauchte, habe ich mich mit diesem Begriff erneut auseinander gesetzt. Ich bin bei meinem Verständnis des Begriffs geblieben, ein Politiker oder eine Politikerin, die den Begriff Staatsräson für eine Haltung oder eine Politik benutzt, bewegt sich außerhalb des Rahmens dessen, den wir Demokratie nennen. Ich denke, dass die Duldung des Begriffs in Politikerreden in der Bürgerschaft durch den Umstand verursacht wird, dass die Mitglieder der deutschen Gesellschaft noch nie genötigt waren, sich über den Alltagsgebrauch hinaus Gedanken machen mussten, was der Staat in einer Demokratie ist oder sein sollte, was er leisten kann und wo seine Grenzen sind. Eine freie Gesellschaft kann zwar nicht auf die Zweckorganisation - Staat genannt - verzichten, aber sie muss als Summe der Bürger immer aufpassen, dass der Staat nicht für partielle Interessensgruppen missbraucht und auch nicht emotional und ideell überhöht wird und sich dadurch verselbstständigt. Als Rangfolge in der Demokratie folgt daraus: Bürger – Gesellschaft - und der Staat als Diener. Die Gesellschaft als Summe der Bürger ist der Souverän und nicht umgekehrt. Bei den Nazis hieß es: Dein Volk ist alles und du bist nichts. Die daraus erfolgende Versklavung des Individuums ist nicht nur aus dem nationalsozialistischem Regime bekannt

ooooo Einschub 2 ooooo

Die ersten 5000 Jahre ~ Ein Interview mit David Graeber Schlussteil ²²

... DG: Der große Altertumswissenschaftler Moses Finley hat vorgeschlagen, dass es im Grunde nur ein einziges revolutionäres Programm in der gesamten Antike gab: "Abschaffung der Schulden, und Umverteilung des Landes". Das Interessante ist, dass es heute noch viel wahrer ist, als wir uns vorstellen. Man nehme die jüngsten Revolutionen im Nahen Osten. Einer der wichtigsten Faktoren in der ägyptischen Revolution, über den kaum gesprochen wird, waren Mikrokredite. Gamal Mubarak, der mal für die Bank of America gearbeitet hat, entschied, dass er weg vom alten Modell des Wohlfahrtsstaats und hin zu einem auf Mikrokrediten basierenden Entwicklungsmodell wollte. Da niemand mehr irgendwelche Sicherheiten hatte, die hätten gepfändet werden können, erfüllte die Polizei dann die Rolle der Typen, die

²² Bei dem Buchtitel von Graeber ist mir der Titel einer Broschüre des verstorbenen Hans Kühn wieder eingefallen. Er nannte seine Arbeit von 1975 zum gleichen Themenkomplex "5000 Jahre Kapitalismus / Prinzip -Entstehung – Folgen eines Ordnungssystems".

auftauchen um dir die Beine zu brechen. Daher die allgemeine Empörung über die Brutalität der Polizei. Als die Saudis in Panik gerieten, weil die Revolution ihr eigenes Land zu erreichen drohte, was taten sie? Nun, abgesehen vom Aufstocken der Sicherheitskräfte, verkündeten sie Schuldenerlass im mesopotamischen Stil für alle im Königreich. (Sie haben immer noch einen König, sodass sie solche Dinge noch tun können.) Dann gibt es noch die laufenden Revolten in Griechenland und Spanien, wie die ägyptische Revolution im Namen der "wahren Demokratie". Es gibt einen Grund, denke ich, dass diese Dinge jetzt geschehen. Was wir 2008 gelernt haben, ist, dass alles, was sie uns über Märkte erzählt haben, eine Lüge war. Märkte laufen nicht von selbst, und Schulden müssen nicht immer bezahlt werden. Wenn wir über die wirklich großen Spieler reden, dann gelten andere Regeln, dann kann man sogar 13 Billionen an Spielschulden (nach manchen Schätzungen) einfach verschwinden lassen. Wir können nicht leugnen, dass Geld im Kern ein politisches Phänomen ist, kein wirtschaftliches – oder zumindest, dass es dazu geworden ist. Aber wenn das der Fall ist, dann gilt: Wenn Demokratie etwas bedeutet, muss sie bedeuten, dass nicht nur die reichsten 1% der Bevölkerung zu entscheiden haben, wer seine Versprechen auf den Buchstaben genau halten muss und wessen Versprechen annulliert oder neu verhandelt werden können... sondern alle.

Das Interview führte Alex Bradshaw für No Borders. Übersetzung aus dem Englischen:

 $\underline{http://systempunkte.org/article/die-ersten-5000-jahre}$

David Graeber - Schulden und Revolutionen

Viele Umstürze, viele Revolutionen beginnen mit Schulden, welche die Gesellschaft nicht mehr bezahlen kann. Interview mit David Graeber auf 3sat Kulturzeit.

Auszüge aus "Debt. The first 5000 Years" (deutsch) permalink

17. Februar 2012 14:49 // »Der Spiegel« hat in seiner Ausgabe 47/2011 Auszüge aus David Graebers Buch "Debt" abgedruckt. Sie sind hier http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-81933577.html online – auch als PDF

Übernommen von:

https://syndikalismus.wordpress.com/2012/02/15/die-ersten-5000-jahre-ein-interview-mit-david-graeber/

ooooo Einschub 2 Ende ooooo

"Was bedeutet dieser Irrsinn, Martin Amis?"

Ich komme noch einmal zurück auf das Interview von Peter Kümmel mit dem englischen Schriftsteller Martin Amis. DIE ZEIT, 21. Juli 2016, S. 43 und 44, in Verbindung mit "Erhitzte Zeiten / Die Literatur kann uns viel über die heutige Übergangsperiode lehren" von Gero von Randow. Ich füge erst einen Ausschnitt aus dem Interview mit Martin Amis und dann einen aus dem Artikel von Randow ein.

ZEIT: Sie haben sehr viel über den Holocaust geforscht. Waren spezielle

Deutschlands Verwirrung ... - 43 - Text 146.0 TA / Aug. 2016

deutsche Eigenschaften nötig, um dieses Verbrechen zu begehen?

Amis: Ja, ich denke schon, Dutzende. Eine gewisse Buchstabengläubigkeit, die Bereitschaft zur strengen Auslegung von Text und Befehl. Das war nötig, um alle europäischen Juden, elf Millionen, umbringen zu wollen. Man kann in Wannsee die endlosen Listen mit den Namen irischer Juden einsehen, die sie alle ermorden wollten - 5000, 6000 Namen. Es war ein humorloses Projekt, völlig unironisch und sehr autoritätsgläubig, das Projekt tiefer Antiintellektualität. Und das, obwohl Deutschland das exemplarische Land der Intellektuellen ist.

ZEIT: Manche konservative englische Hardliner finden immer noch, es sei ein europäischer Gründungsfehler gewesen, die Deutschen wiederaufzunehmen in die europäische Gemeinschaft. Es gab damals auch den Morgenthauplan.

Amis: Deutschland als großes Agrarland, besiedelt von Bauern und Nutzvieh? Nun, zwei Weltkriege innerhalb von 25 Jahren - man fragt sich schon, ob das nicht Grund genug gewesen wäre, Deutschland aus dem Kreis der Nationen auszuschließen. Aber es ist das Zentrum Europas - geografisch und wirtschaftlich. Und nach dem Zweiten Weltkrieg gab es dieses Gefühl, Deutschland fürchte sich vor sich selbst viel mehr, als irgendjemand sonst sich vor Deutschland fürchten könnte. Außerdem, wie sollte man das machen, eine Nation gleichsam zu entmannen?

ZEIT: Ihr Vater, der große Schriftsteller Kingsley Amis, hatte starke antideutsche Affekte.

Amis: Er war als Soldat im Zweiten Weltkrieg, daher kam das. Er machte immer diesen Witz über nationale Stereotype: Frankreich? Gutes Essen, schreckliche Leute. Italien? Gutes Essen, nette Leute. Deutschland? Schreckliches Essen, schreckliche Leute. Daraufhin schrieb ein Leser einen Brief an die Times: Es scheint fast so, als verachte Mr. Amis die Deutschen, weil sie Deutsche sind. Und mein Vater schrieb zurück: Genau so ist es. Er genoss seine Vorurteile. Aber man kann eigentlich nicht von Vorurteilen reden. Es wird noch einige Jahrhunderte lang Misstrauen gegen Deutschland geben.

ZEIT: Was Vorurteile betrifft: Sie haben einmal beschrieben, wie Sie reagierten, als Sie zum ersten Mal einen schwarzen Mann gesehen haben. Damals waren Sie neun Jahre alt....

Amis: ... und ich brach vor Angst in Tränen aus.

ZEIT: Ist dieser neunjährige Junge immer noch in Ihnen?

Amis: Ich würde zögern zu sagen: Ich bin völlig clean, ich bin heute ganz ohne rassistische Impulse. - Das trifft wohl auf keinen Menschen zu. Die Regel ist: Ihre Eltern sind ein bisschen rassistischer als Sie, und Ihre Kinder werden ein bisschen weniger rassistisch sein, als Sie es sind. Man kann die

Rate allmählich senken, mit großem nationalem Aufwand kann man eingefleischte Eigenschaften bekämpfen.

ZEIT: Würden Sie sagen, Deutschland hat diesen Aufwand betrieben?

Amis: Ich verneige mich vor Deutschland, was das betrifft! Was die Deutschen getan haben, um sich mit dem Holocaust auseinanderzusetzen, ist unglaublich! Die jungen Leute wollen darüber reden, das ist eine große Errungenschaft. In Frankreich ist man weit davon entfernt, sich so sehr der eigenen Vergangenheit zu stellen. Nun sind die französischen Vergehen viel geringer gewesen, aber doch beträchtlich. Und sie haben nichts getan, um sich dem zu stellen.

ZEIT: Die deutsche Sprache ist immer noch da, in der all das geplant und ausgeführt wurde. Ist also beispielsweise in England auch das Misstrauen noch da gegen jene, die diese Sprache benutzen? Gibt es die Angst, Deutschland könne die nächste Monstrosität ausbrüten? War das einer der Gründe für den Brexit?

Amis: Das glaube ich nicht. Der Brexit ist ein Ausbruch krampfhafter Englishness, britischen Stolzes. Er steht für einen Isolationismus, der mir vollständig unpraktizierbar und weltfremd erscheint. Eigentlich geht es den EU-Gegnern um die Globalisierung, die ist ihr Feind, davor fürchten sie sich, nicht vor Europa.

ZEIT: Wo waren Sie am Tag des Referendums?

Amis: Meine Frau und ich waren in London, um unsere Stimme abzugeben - gegen den Brexit. Anschließend waren wir mit Freunden essen, und wir alle waren uns einig: Macht euch keine Sorgen, die Mehrheit der Engländer wird in der EU bleiben wollen, sie werden es so machen wie die Schotten - sie haken sich an den Teufel, den sie schon kennen. Und am nächsten Morgen waren wir aus Europa draußen. Über Nacht implodierte die gesamte politische Klasse. Wie es in einem alten Witz heißt: The people have spoken - the bastards. Solche Dinge sollten nicht dem Volk überlassen bleiben.

Und jetzt der Anfang von "**Erhitzte Zeiten** / Die Literatur kann uns viel über die heutige Übergangsperiode lehren" von Gero Randow (DIE ZEIT, 21. Juli 2016. S.3):

Nein, es ist nicht alles schon da gewesen. Doch wer allein auf die rasende Gegenwart blickt, wird von ihr überwältigt. Sie erzeugt pausenlos Alarmstress, der den Blick trübt, wenn wir nicht einen Schritt zurücktreten und fragen: Gab es solche Zeiten schon einmal, und wie haben die Zeitgenossen damals reagiert?

Antwort gibt die Literatur, denn sie ist ein Archiv der Mentalitätsgeschichte. Schlagen wir das Buch *Die Welt von gestern* auf, das Stefan Zweig zwischen 1939 und 1941 schrieb und in dem er *50* Jahre zurückblickte: »... in diesem

einen halben Jahrhundert hat sich mehr ereignet an radikalen Verwandlungen und Veränderungen als sonst in zehn Menschengeschlechtern, und jeder von uns fühlt: zu vieles fast.« Kommt uns das bekannt vor?

Dann dies: »Für unsere Generation gab es kein Entweichen, kein Sich-abseits-Stellen wie in den früheren; wir waren dank unserer neuen Organisation der Gleichzeitigkeit ständig einbezogen in die Zeit.«

So wie wir heute. Und weiter: »Wenn Bomben in Shanghai die Häuser zerschmetterten, wußten wir es in Europa in unseren Zimmern, ehe die Verwundeten aus ihren Häusern getragen waren. Was tausend Meilen über dem Meer sich ereignete, sprang uns leibhaftig im Bilde an. Es gab keinen Schutz, keine Sicherung gegen das ständige Verständigtwerden und Mitgezogensein.« Das hat Stefan Zweig geschrieben - viele Jahrzehnte vor dem Internet.

Noch sein Vater und Großvater hatten »ein Leben mit kleinen Spannungen, unmerklichen Übergängen« geführt. »Was außen in der Welt geschah, ereignete sich eigentlich nur in der Zeitung und pochte nicht an ihre Zimmertür.« Ruhige Zeiten eben. Und man dachte, sie würden ruhig bleiben. Warum auch nicht? »Mit Verachtung blickte man auf die früheren Epochen mit ihren Kriegen, Hungersnöten und Revolten herab als auf eine Zeit, da die Menschheit eben noch unmündig und nicht genug aufgeklärt gewesen«, lesen wir bei Zweig. »An barbarische Rückfälle, wie Kriege zwischen den Völkern Europas, glaubte man so wenig wie an Hexen und Gespenster; beharrlich waren unsere Väter durchdrungen von dem Vertrauen auf die unfehlbar bindende Kraft von Toleranz und Konzilianz. Redlich meinten sie, die Grenzen (...) zwischen den Nationen und Konfessionen würden allmählich zerfließen.«

Ever closer union sozusagen. Dann aber brach »das Zeitalter der Extreme« an, wie der britische Historiker Eric Hobsbawm den größeren Teil des 20. Jahrhunderts bezeichnete. Wieder erwies sich, dass spätestens seit der Französischen Revolution von 1789 die turbulenten und blutroten Zeiten die Regel sind und die ruhigen, friedlichen Perioden die Ausnahme (»die leeren Blätter der Geschichte«, wie Hegel sich ausdrückte). Man könnte die Phasen der Geschichte in unseren Breiten grob vereinfacht so schematisieren:

1789-1871: Erhitzung 1871-1914: Abkühlung 1914-1924: Erhitzung

1924-1933: hin und wieder etwas Abkühlung, jedenfalls hier und da

1933-1953: Erhitzung

1953-1989: Abkühlung (mit Unterbrechungen)

1989—heute: Erhitzung

Keine beruhigende, sondern eine beunruhigende Übersicht. Denn was in dieser Tabelle »Erhitzung« heißt, war meist fürchterlich, und fürchterlich könnte es wieder werden.

Martin Amis mag über den Verlauf des Holocaust geforscht haben; dass er über die Voraussetzungen der Entstehung des Holocaust geforscht hat, ist aus dem Interview nicht zu erken-

nen. Der Mensch ist durch sein Lebensumfeld (Kultur, Wirtschaft, Landschaft) geprägt und das ist gut so, weil es eine natürliche Spannung erzeugt, die für seine Fortentwicklung mir notwendig erscheint. Stellen wir uns vor, es würde auf der ganzen Welt zu einem kulturellen Einheitsbrei kommen, wie öde müssten das die Menschen empfinden. Ich denke, auch die Angst vor so einem Zustand ist neben der Furcht vor einer noch größeren Ausbeutung wohl der Kern der Globalisierungsgegnerschaft. Aber gesellschaftliche Prägungen sind nicht stärker als genetische Anlagen und diese scheinen mir bei den Menschen verschiedener Rassen und und Kulturen, nicht soweit voneinander abzuweichen, dass man wie bei Hunderassen sagen kann, ein Volk sei unveränderbar bissig oder barbarisch.

In dem Zitat was Randow von Stefan Zweig bringt, werden ja nicht Engländer, Waliser und Schotten beschrieben, sondern Deutsche. Dass nicht nur Deutsche böse und grausam sein können, lehrt die Geschichte und die Gegenwart. Das die Wirkungen der möglichen und ausgelebten Grausamkeit eines Volkes (hier als Mitglieder einer Gesellschaft verstanden) auch vom Stand ihrer Technik und Organisation abhängt, ging mir schon durch den Kopf als ich "Die Ordnung des Terrors / Das Konzentrationslager" von Wolfgang Sofsky las. Wenn bei gleicher Mordlust nur die Hände als Werkzeug zur Verfügung gestanden hätten, wären nicht Millionen von Menschen sondern nur tausende umgebracht worden. Das ist kein Trost und keine Verharmlosung, sondern verdeutlicht nur die quantitative Barberei vom Stand der Technik. Und der Einsatz der vorhandenen Technik hängt wieder ab von der Kraft der Ethik, die in einem Volk wirksam ist. In diesen Tagen wurde an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 durch die USA erinnert. Die Notwendigkeit des Abwurfes mit 230.000 Toten wird immer noch bezweifelt. Bei der Suche nach Vergleichen von Akten der Grausamkeiten oder von Völkermorden, kann es nie darum gehen, die eine mit der anderen zu entschuldigen oder zu verharmlosen. Aber die Vergleiche können einen lehren, unter welchen Bedingungen der einzelne Mensch und ganze Gesellschaften zur Grausamkeit neigen. Die durch den Religionsunterricht und Sonntagspredigten vermittelte Ethik taugt nur für Schönwetterzeiten einer Gesellschaft. Und es istdann wichtig diese Situationen präzise zu beschreiben, ab welchem gesellschaftlichen Schlechtwetter und ab wie viel Lügen der Regierenden sie versagt.

So wie ein Mensch über sich erschrocken sein kann, wenn er sich bei einem Wutanfall erlebt hat, so kann natürlich auch ein Volk über sich erschrocken sein, wenn ihm bewusst wird, wie grausam es gehandelt hat. Amis verneigt sich vor Deutschland für den Aufwand, den es für die Aufarbeitung seiner Schuld betrieben hat. Ich denke diese Verneigung ist nicht ange-

bracht. Die Aufarbeitung der Schuld war zu einseitig und sie wurde missbraucht, indem die Schuld zu einem politischen Gestaltungselement gemacht wurde. Mit der Schuld wurden die Deutschen erst von den Siegern²³ und dann von den Deutschen – die von den Siegern ihre Mach entliehen – weichgekocht. Die Demokratie konnten sie sich nicht aus eigener Kraft und Einsicht erarbeiten, sondern sie wurde ihnen wie nach dem Ersten Weltkrieg übergestülpt. Und wenn Alexander und Margarete Mitscherlich von der Unfähigkeit der Deutschen zum Trauern schreiben mussten, so hat das seine Ursachen gehabt. Erst einmal waren die Deutschen nach der Kapitulation mit dem Kampf um das Überleben beschäftigt und zweitens durch das Erschrecken über das, was die Deutschen auch im Namen der Abseitsstehenden angerichtet hatten. Dass hier erst einmal die Schuld verdrängt werden musste, um den Kampf zum Überleben bestehen zu können, sollte auch ohne Psychologiestudium einsichtig sein. Und der dritte Faktor, der mit der wirtschaftlichen und antidemokratischen Politik nach meiner Einsicht den politischen Rechtsruck verursacht, ist die einseitige Schuldzuweisung und die Suche nach persönlich Schuldigen und nicht nach Fehlern im System. Negativ hat sich auch ausgewirkt, dass den Flüchtlingen und Vertriebenen aus den Ostgebieten gesagt wurde, sie hätten selber schuld an ihrem Leiden und dem Verlust ihrer Heimat, weil sie Hitler zugelassen hätten. Das ist so, als würde man den syrischen Flüchtlingen sagen, sie hätten selber Schuld an ihrem Leiden, weil sie Baschar al-Assad zugelassen hätten. Im demokratisch-theoretischem Sinn ist an dieser Einschätzung sogar etwas Wahres dran, denn jeder einzelne Demokrat ist mitverantwortlich, wer regiert und wie regiert wird. Nur praktisch erleben sich 99 % der Wähler als Ohnmächtige. Und wer hat schon den Überblick, um treffsicher zwischen dem kleinen und dem großen Übel wählen zu können. Was anderes wird dem Wähler doch selten geboten. Zur neuen Schuld der Deutschen, die aus dem vermeidbaren Hungertod von Millionen Menschen und wenigstens zu einem Teil an der indirekten Beteiligung der lokalen Kriege durch Rüstungslieferungen und Verhinderung der Entwicklung einer friedensfreundlichen Ökonomie besteht, gehört, dass die Vorgänge, die zur Macht der Nationalsozialisten geführt hat, nicht aufgeklärt haben. Die regierenden Parteien glauben, mit Verboten von Extrem-Parteien und Symbolen der Nazivergangenheit ein Abdriften der Deutschen in ein neues totalitäres System verhindern zu können. Nichts wird dadurch verhindert, nur die Meinungsfreiheit als mögliches Korrektiv und als Koffein für den müden politischen Geist wird unnötig eingeschränkt. Die kruden politischen Parolen erhalten so im Untergrund die Weihe und Aufwertung. Lichterketten, die als Protest gedacht sind, geben den Parolen im

²³ Damals waren die Alliierten für die große Mehrheit (wenigstens in der BRD) noch keine Befreier.

Untergrund ungewollt die Weihe.

Zitaten-Kette

Ich bilde jetzt eine Kette aus Zitaten anhand dererder Leser prüfen kann, ob sie meine Beobachtungen und Schlussfolgerungen zu der Zeit vor und nach dem Nationalsozialismus trägt. Zur Urteilsbildung kann auch mein Text 55.1

Die etwas andere Sicht über die Deutschen in der Rolle als Täter und Opfer vom Oktober 2007 zur Hilfe genommen werden.

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/55.1%20Die%20etwas%20andere%20Sicht.Haupttext.pdf

Der Krieg von 1914 bis 1918 begann 1874.

Es ist kein Zufall, daß man für die Darstellung der Vorgeschichte des Weltkrieges immer in die siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückgeht. Damals wurde tatsächlich der Grund zum Dreibund wie zur Tripelallianz gelegt. Alle Länder wurden mit Zollgürteln umschlossen. Selbst Bismark wurde seines Widerstandes gegen die deutsche Kolonialpolitik müde und bequemte sich dazu, für das deutsche Reich Kolonien zu erwerben. Jeder halbwegs anständige Staat strebte auch nach «Interessensphären». Damals wurde die Erde verteilt. Warum das alles? Weshalb diese Belastung der Bürger mit fremden Kolonien, die mehr Geld kosteten als sie einbringen konnten und mit «Interessensphären» wo man doch kaum mehr für seine eigenen Belange sorgen konnte?

Wir haben im ersten Bande gesehen, wie sich in diesen Jahren infolge des Fehlens von Gold die Wirtschaft mehr und mehr verengerte. Die Völker fühlten das. Schließlich sollten sich alle Regierungen nach einem bessern «Platz an der Sonne» umsehen. Sie merkten nicht, daß nur der Mangel an G e I d die Völker zur Verzweiflung brachte. Die Herrschenden suchten überall nach Verbündeten; jedes Bündnis aber erweckte Mißtrauen bei andern und führte wieder zu Gegenbündnissen.

Mit dem Jahre 1893 kam die Erlösung. Die Goldfunde stiegen wieder. Sie ermöglichten die Ausdehnung der Gütererzeugung, des Handels und des Verkehrs und die Entwicklung der Technik. Doch blieben die staatlichen Versuche zur Besserung der Lage bestehen. Die Bündnisse wurden nicht gelöst, die Kolonien nicht aufgehoben, die Zölle nicht abgebaut. Und was das Allerschlimmste war: die eintretende Besserung wurde sogar diesen sinnlosen Versuchen zugeschrieben. Man geriet auf diese Weise in eine ganz unheilvolle Täuschung hinein. Was der vermehrte Geldumlauf gebracht hatte, glaubte man selber geschafft zu haben. So kam man zu einer ganz schiefen Bewertung von Zöllen, Kolonien, Bündnissen und Rüstungen.

Bei der ersten Schwierigkeit, die von der Wirtschaft her später auftauchen würde, war sicher anzunehmen, daß man ihr wieder mit den gleichen Mitteln entgegentreten würde, die ja - vermeintlich - schon früher geholfen hätten! So konnte eine anhaltende, scharfe Krise schließlich den Krieg zur Aus-

lösung bringen, den man 1893 vertagt hatte.

Aus *Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker* von Fritz Schwarz, Band 2, Bern 1945, Seite 37

00000

Der erste der großen Fehler, die Deutschland gemacht hat, war, den Ersten Weltkrieg überhaupt zu verursachen. Das hat es nämlich getan.

Mit »Kriegsschuld« hat das nichts zu tun. Von »Kriegsschuld« zu sprechen war nach dem Ersten Weltkrieg aufseiten der Sieger Scheinheiligkeit und Heuchelei. Schuld setzt ein Verbrechen voraus, und Krieg war damals kein Verbrechen. Er war im Europa von 1914 noch eine legitime Einrichtung, durchaus ehrenhaft und sogar ruhmvoll. Er war auch nicht etwa unpopulär. Gerade der von 1914 war es nirgends. Gejubelt wurde im August 1914 nicht nur in Deutschland, sondern ebenso in Russland, Frankreich und England. Die Völker fühlten damals alle, dass ein Krieg wieder einmal fällig war, und begrüßten alle seinen Ausbruch mit einem Gefühl der Befreiung. Aber dass er fällig geworden war, lag an Deutschland.

Aus: *Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieges* von Sebastian Haffner, Seite 11, o. J. Nachworte von 1964 u. 1981 ooooo

"Offener Brief an die Berliner Zeitung am Mittag"

"Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz des Rufs der Millionen: 'Nie wieder Krieg', entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich es sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft beibehalten wird, so wage ich es heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. In den unzufriedenen Massen werden wilde revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein."

Silvio Gesell (1918) Gesammelte Werke, Band 10, Seite 349 und *An die Überlebenden* / Gedanken Silvio Gesells / eingeleitet und zusammengestellt von Friedrich Salzmann, Bern 1945, Seite XIII

00000

Die Kurve meines Lebens und meiner Tätigkeit, wie sie im ersten Band dargestellt wurde, begann gewissermaßen an einem Gipfel jüdischer Existenz

– der Lage der Juden in der Weimarer Republik, dem erfolgreichsten und schöpferischsten Kapitel der gesamten j\u00fcdischen Galut-Geschichte – doch mit dem Wachstum der nationalsozialistischen Partei und besonders der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, f\u00fchrte die Linie abw\u00e4rts, in eine entschieden antisemitische Politik, die dann in der grausigen Katastrophe j\u00fcdischer Geschichte, der Vernichtung von sechs Millionen europ\u00e4ischer Juden endetet.

Nahum Goldmann "Mein Leben – USA . Europa . Israel", 1981: S. 8

00000

Die letzte Chance

Zunächst konnte man jedoch nicht verhindern, daß dem Reichsparteitage der SPD 1931 in Leipzig 5 Anträge vorlagen, die eine K 1 ä r u n g dieser Frage forderten. Aber der Delegierte Mäder, der diese Anträge vertreten wollte, wurde ums Wort betrogen, der Vorstandsredner Tarnow bekundete seinen "heiligen Respekt vor der Währungsfrage" und nannte diese Anträge eine "Belästigung der Partei", der Delegierte Hei-nig (Berlin, 1933 nach Schweden emigriert) nannte sie "weißen Käse", und auf die direkte Bitte des großen Vorsitzenden Wels - (der persönlich erklärt hatte, daß er von diesen Fragen nichts verstehe) wurden alle Anträge unter dem Gelächter vieler Delegierten abgelehnt.

Wenig Zeit später dürfte vielen das Lachen vergangen sein - Wels und seine Experten emigrierten rechtzeitig. Als wir geschlagen auf der Zuschauertribüne saßen und uns überlegten, ob es noch Sinn habe, hier weiter gegen den Strom zu kämpfen, höhnte ein vor uns sitzender junger Sozialist namens Katz plötzlich: "Da habt ihr eure Geldpolitik!" Dann hatten wir eine Demokratie - gehabt.

Hans Schumann berichtet in *Gegen den Strom*, 1986, Seite 43 f., von den Erfahrungen mit der SPD vor Hitler.

00000

Als wir, ungefähr zehnjährig, in die Offiziersschule kamen, fanden wir einen Brief unseres Vaters vor. Mein Bruder hatte ihn aufgehoben, und ich besitze ihn noch. Hier sein Inhalt:

"Wenn ich, Euer Vater, Euch jetzt in die königliche Anstalt gebe, so geschieht das in der Überzeugung, daß die militärische Schulung deutscher Offiziere brauchbare Menschen aus Euch machen wird, denen ein unerbittliches Pflichtgefühl Richtung und Ziel geben muß. Ihr müßt Euch für dieses militärische Pflicht- und Ehrgefühl begeistern lernen, ohne das ein lieber, deutscher Junge in Euren Jahren überhaupt nicht denkbar ist. Euch wird jetzt die vornehmste und beste Erziehung der Welt zuteil. Ihr müßt Euch über die Folgen im klaren sein, falls Ihr wegen Unfähigkeit aus der Anstalt entlassen werden solltet. Es wäre dann der Beweis erbracht, daß Ihr, zu Höherem nicht taugt. Ihr seid alt genug, zu wissen, daß man einen eisernen Willen zu guten Vorsätzen haben muß. Ausdauerndes Pflichtgefühl auch im Kleinsten. Es gibt Sachen, von denen man sagt, daß sie kinderleicht seien. Es muß Euch die größte Freude bereiten, Eurem, Vater seinen

Lieblingswunsch zu erfüllen, nämlich den, daß Ihr tüchtige Menschen werdet, das heißt, ganze deutsche Kerle, an deren Wesen die Welt genesen wird. Ich kann Euch keinen besseren Weg weisen, als Euch in die Anstalt zu geben. Ein eisernes, unentwegtes Pflichtgefühl schaffen vor allem Gehorsam und Unterordnung. Euer Stubenältester, Euer Erzieher und der Kommandeur über alles! Wenn Ihr gelernt haben werdet, vor denen die Hacken zusammenzureißen, dann werdet Ihr auch strammstehen können vor Eurem inwendigen Menschen! Heil! Vater."

Während ich nach Jahren das Weite suchte, hatte mein Bruder beim Schlußappell die Fahne eingezogen. Der erste Weltkrieg war verloren, die Offiziersschulen wurden vorübergehend geschlossen. Mein Bruder kam verzweifelt zu Hause an. Sehr bald stellte sich heraus, daß er mit strammer Haltung allein das Leben nicht meistern konnte. Völlig amusisch, hatte er nichts Praktisches gelernt, weil er ja für Höheres tauglich befunden wurde. Seine Allgemeinbildung ging über den Durchschnitt nicht hinaus. Überall Achselzucken und Kopfschütteln, und er fand keine Arbeit.

Wieder fand er sich in Reih und Glied einer großen, seelenlosen Masse. Aber seine Vorder- und Hintermänner behagten ihm diesmal nicht, er konnte nicht mit ihnen Schritt fassen, er war andere Rhythmen gewöhnt. So kam er in schlechte Gesellschaft und auf die sonderbarsten Einfälle. ...

Mein Bruder gab eine Annonce in die Zeitung: "Junger Mann aus gutem Hause mit höherer Schulbildung, arbeitswillig, sucht Stellung." Auf die Annonce hatte sich niemand gemeldet. Tags später gab mein Bruder noch eine Annonce auf: "Junger Mann, gesund und kräftig, mit Pflicht- und Ehrgefühl, zu jeder Arbeit bereit, sucht sofort Stellung."

Ich verdiente noch nicht genug, unser Vater war ein Opfer des Krieges geworden, meine Mutter kränkelte, und da schoß mein Bruder seinem jungen Leben eine Kugel in den Mund. Mein Bruder war der erste Tote, den ich erlebte. Die Tränen meiner Mutter und sein zerfetztes Gesicht haben mich furchtbar erschüttert. ...

Katechismus des gesunden Menschenverstandes, von Victor de Kowa, 1949, S. 10 f.

00000

Daß aber dieser Knüppel Tod und Vernichtung bringen würde, Krieg und Terror, daran hatten die meisten Wähler der NSDAP sicherlich nicht gedacht. Es darf dabei auch nicht übersehen werden, daß nicht Judenvernichtung, KZ-Terror und Krieg die Parolen waren, die die NSDAP in ihrer Propaganda bis 1933 bevorzugt lancierte, sondern daß vielmehr zuallervörderst ein etatistisch-sozialistisches Wirtschafts- und Sozialprogramm zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, zur Beseitigung der Armut verkündigt wurde (und freilich auch, was psychologisch nicht zu unterschätzen ist, die Kompensation tatsächlicher oder angeblicher Demütigungen, die die "Ver-

sailler Friedensordnung" den Deutschen zugefügt habe, wobei von einer "Bereinigung" durch Krieg noch keine Rede war), womit die Nationalsozialisten zunächst Furore machten und weite Teile der Bevölkerung für sich gewinnen konnten. Rudolf Rocker, der sich mit Erich Mühsam auch auf öffentliche Diskussionen mit den Nationalsozialisten einließ, meinte zutreffend, daß wohl neunzig Prozent der NSDAP-Wähler weder eine Ahnung vom "Dritten Reich" noch von der sogenannten "Mission der nordischen Rasse" besäßen und wesentlich nur Unzufriedene oder Verzweifelte seien, die auf Hitler ihre letzte Hoffnung setzten. Rassismus und Imperialismus der Nazis waren den Deutschen, die sie wählten, nicht bewußt, denn die NSDAP stellte diese Ziele aus gutem Grund nicht in den Mittelpunkt ihrer Agitation - wohl aber die Wirtschaftskrise, die allen vor Augen stand; diese konnte Hitler nutzen, er hatte sie nicht verschuldet.

Denn alles, was die Nazis in den Jahren 1928-1933 anprangerten, entsprach ja der sozialen und politischen Wirklichkeit. Es gab das Massenelend, es waren Millionen von Menschen arbeitslos - und die demokratischen Parteien, die amtierenden Politiker bürgerlicher, nationaler oder sozialdemokratischer Couleur wußten dem Volk keine Hoffnung, keine Perspektiven zu vermitteln. Hier sprang die NSDAP in die Bresche: sie präsentierte sich gegenüber den bislang regierenden demokratischen Parteien als "soziale Ordnungsmacht" mit der Kompetenz für die Lösung der sozialen Probleme, wozu weder die bürgerliche Regierung noch die SPD befähigt schienen. Der bayerische Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner (1887-1979) beschrieb in seinem Buch "Flucht vor Hitler" seine Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik. Seine Parteifreunde rieten von einer Veröffentlichung ab. Es schien nicht ratsam zu sein, sich mit den eigenen Fehlern auseinanderzusetzen, sich eingestehen zu müssen, man habe es sich selbst und den Gegnern der Republik zu leicht gemacht. Hoegner über seine Partei: "Wir waren weder Fisch noch Fleisch." Der erträumte Sozialismus war nicht zu verwirklichen, die Ergebnisse der Oktober-Revolution waren alles andere als berauschend, auch sonst hatten die Parteien den verzweifelten Menschen wenig zu bieten - wohin also sollten sich die enttäuschten Massen wenden?

Was ist eigentlich Faschismus von Uwe Timm, 1997, Seite 30 f.

00000

Himmler sagte am 4. Oktober 1943 in seiner Posener Rede vor SS-Führern:

"Ich will hier vor Ihnen in aller Offenheit auch ein ganz schweres Kapitel erwähnen. Unter uns soll es einmal ganz offen ausgesprochen werden, und trotzdem werden wir in der Öffentlichkeit nie darüber reden. . . . Ich meine jetzt die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes. Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht: 'Das jüdische Volk wird ausgerottet' , sagt ein jeder Parteigenosse, "ganz klar, steht in unserem Parteiprogramm, Ausschaltung der Juden, machen wir."

Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude. Von allen, die so reden, hat keiner

zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammenliegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen, Dies durchgehalten zu haben und dabei - abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen - anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Das ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte ..."

"Anständig geblieben" - damit meint Himmler, daß aus Pflichtgefühl, nicht aus Freude am Mord getötet wird, daß nicht geplündert wird, daß "diszipliniert" gemordet wird. Eine solche "Anständigkeit", die subjektiv möglicherweise ehrlich gemeint ist, zeigt, wie wirkungsvoll eine Ideologie das "gesunde Volksempfinden" verdrängt, von dem gerade diese Ideologen so viel gesprochen haben.

Helmut Genschel Judenverfolgung und Judenvernichtung im "Dritten Reich" in *Die Juden und wir* - mit weiteren Beiträgen von H. Köhler, H. Bethmann und Th. Heuss, 1960, Seite 43

00000

Fred Braun / Karlsruhe / 12. 3. 1984

Ultrarechte Tendenzen beim Arbeitskreis "Dritter Weg" 3221 Eberholzen

Lieber Tristan Abromeit

Nochmals darf ich Dir danken für die kleine Streitschrift.

Selbstverstaendlich, was auf Seite 8 festgestellt wird, ist einfach richtig. Von dem Elend, das damals überall herrschte, kann sich die nachgeborene Generation nur sehr beschränkt eine Vorstellung machen. Jedermann wusste tief im Inneren: So geht es nicht weiter. Und es gab nur 2 Parteien, die jedenfalls behaupteten, sie brächten eine Wende, wenn sie an die Macht gelassen würden, die KPD und die NSDAP.

Und selbstverstaendlich war die grosse Masse auch der NSDA-leute keine Buerger, die Konzentrationslager einrichten wollten, die sich auf Mord und Krieg vorbereiteten, sondern einfach, die wieder Arbeit, anstaendige Löhne und Gehälter usw- sehen wollten. Das gleiche galt natuerlich ebenso für die KPD.

Mit Hitler kam es dann ganz anders. Die KPD und SPD wurden sofort zerschlagen. Aber auch in der NSDAP wurde bald gemordet. Natuerlich wurde Röhm und sein Gefolge 1934 nicht wegen ihrer Homosexualität ermordet, sondern blutig die Kräfte erledigt, die auf einen sozialen Wandel zugunsten des arbeitenden Volkes hofften und in denen daher Hitler eine ganz grosse Gefahr sah.

Damit war auch innerhalb der NSDAP selbst die "Gefahr" einer sozialen Wandlung fürs erste gebannt.

Und dann konnte die Ruestung, Kriegsvorbereitung usw. einsetzen - bis zum bitteren Ende - 1945

Als Mitbetroffener, KZ, Emigration usw. kann ich den Feststellungen nur beistimmen.

Freundl. Gruss Dein Fred

00000

Verschleierte Vergangenheit

Am 8. Mai 1985 sagte Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker in seiner Ansprache: "Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart."

Dem kann man nur zustimmen, aber diese Vergangenheit beginnt eben nicht erst im Jahre 1933. Was danach an "Unmenschlichkeiten" geschehen ist - und nicht nur von deutscher Seite! - wäre gar nicht möglich gewesen, wenn Weimar nicht gescheitert wäre. Über d i e s e Vergangenheit konnten etwa bis zum Jahre 1960 noch unabhängige Kritiker die Wahrheit sagen - während heute die Öffentliche Meinung offensichtlich anders "präpariert" worden ist. Damals konnte man noch lesen:

Der ehemalige Bundesfinanzminister Franz Etzel schrieb in seinem Buche "Gutes Geld durch gute Politik" 1959 S. 27:

"Ich selbst vergegenwärtige mir an einem anderen Beispiel, wie doch die tragischen Ereignisse der letzten Jahrzehnte hätten vermieden werden können, wenn wir in den Jahren 1929 bis 1933 in der großen Weltwirtschaftskrise bei uns die gleichen wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse über Konjunkturpolitik gehabt hätten, die wir heute haben... Ohne die sechs Millionen Arbeitslose hätte es weder eine nationalsozialistische Machtergreifung noch einen zweiten Weltkrieg mit allen ihren Folgen gegeben. Fundierte sozialwissenschaftliche Erkenntnisse sichern - und das ist die Erkenntnis aus dieser Betrachtung - Wohlstand und Frieden."

"Metall", die Zeitschrift der IG Metall für die Bundesrepublik, schrieb am 21.2.1953: "Zweimal wurde das soziale Gefüge des deutschen Volkes in den Grundfesten erschüttert: während der großen Inflation des Jahres 1923 und nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929. Ohne diese Katastrophen wäre der Nationalsozialismus niemals eine Macht geworden."

Golo Mann erklärte in "Radius", einer Zeitschrift der Evangelischen Akademikerschaft Dezember 1959:

"Man kann nicht oft genug die einfache, klare Tatsache wiederholen, daß Hitler mit aller seiner Propaganda nicht vorwärtskam, vielmehr zurückging in den Jahren leidlicher Prosperität, daß der steile Aufstieg der Partei zeitlich zusammenfiel mit dem Aufstieg der Krise, der Arbeitslosigkeit, des allgemeinen wirtschaftlichen Ruins

Die Zeitschrift "Atlantis" und später DIE WELT veröffentlichten im Jahre 1959 einen Beitrag von Sigismund von Radecki: "Als ob das immer so weiterginge".

"Schon die monetarische Krise der Inflation von 1923 hatte mit ihrer Verbitterung und Verzweiflung die Nazis in Marsch gesetzt; jetzt tat die Wirtschaftskrise von 1930 das gleiche, aber in stärkerem Maße, weil der psychologische Widerstand von 1923 fehlte - man hatte den Glauben an die normale Wirtschaft und die normale Demokratie verloren. Ohne die Wirtschaftskrise wären die Nazis nie wieder hochgekommen; so hat also 1929 den Zweiten Weltkrieg mit herbeigeführt - eine fürchterliche Wirkung, wie sie noch kein Haussekrach je gehabt hat. 50 Millionen Leichen - die liegen so still, weil man 1929 auf der Börse so gestikuliert hat.

Lüge und Mord stehen ja stets in Verbindung,..."

Daß die Weimarer Demokratie letzten Endes an der Wirtschaftskrise scheiterte, wird heute ernstlich kaum noch bestritten. Aber während man doch sonst übereifrig bemüht

ist, durch Fahndung nach dem Schuldigen die Vergangenheit zu "bewältigen", behauptet man hier, die damals Verantwortlichen hätten weder die Ursachen jener Krise, noch deren Urheber gekannt, noch die Maßnahmen zur Verhinderung jenes Wirtschaftsverbrechens gegen die Menschlichkeit.

*

Doch wagten es einige Männer, gegen diesen Strom zu schwimmen. Professor Dr. Baade, Kiel, schrieb am 2. 8. 1957 in DIE WELT:

"Alle Vorschläge und Programme für eine aktive Konjunkturpolitik wurden (von den Weimarer Parteien!) abgelehnt und die brachliegende Leistungskraft von 6 Millionen Arbeitslosen wurde dem Nationalsozialismus in die Hände gespielt."

*

Und der ehemalige Gouverneur der Bank von England, Vincent Vickers, schrieb in seinem 1950 erschienenen Buche "Economic Tribulation":

"Wo Zufriedenheit ist, kann es keinen Krieg geben, wo aber Unzufriedenheit herrscht, da werden auch Krieg und Kriegsgefahr bestehen bleiben Die Finanzindustrie, die Börsenbankiers und die Börse werden durch das Auf und Ab der Wirtschaft reich, ja sie sind zum großen Teil sogar auf diese Wechselspiele der Konjunkturen und die Veränderungen des Warenpreisniveaus angewiesen, um daran zu profitieren.

Warum sind wir noch bereit, die Zukunft der Demokratie dem Einfluß jener wenigen Leute auszuliefern, die immer noch unser Kapital, unser Geld beherrschen: der internationalen Finanz? Das bestehende Geldsystem stand und steht noch immer dem Fortschritt und der Besserung der sozialen Verhältnisse im Wege; es verursacht allgemeine Unruhe und eine Neigung, durch Gewalt zu erreichen, was auf andere Weise nicht zu erreichen ist. Unsere demokratische Ordnung und das bisherige Finanz- und Geldwesen können nicht mehr zusammen bestehen bleiben. Eines muß darum dem anderen den Weg freigeben."

Darum legte Vincent Vickers im Jahre 1919 die Leitung der Bank von England nieder und sagte deren Politik Kampf bis zum Tode an.

57 f f

Gegen den Strom, Hans Schumann, 1986, S. 57 f.f.

Die jüdische Bevölkerung Deutschlands hatte mit der Entstehung der großen Inflation und ihrer fünfjährigen Steigerung ursächlich genauso wenig zu tun wie die sonstige Bevölkerung.

Weder das Reichsbankdirektorium noch die Reichskabinette der Inflationsjahre wurden maßgeblich von Juden beeinflußt. Auch die Juden verloren durch die Inflation ihr altes Geldvermögen und viele jüdische Familien trennten sich in den Inflationsjahren zur Unzeit von ihrem Sachbesitz und wurden dadurch arm. Albert Ballin, der Generaldirektor der Hapag, nahm sich das Leben, als er den Verlust der Flotte nicht verwinden konnte. Rathenau, in konservativen Anschauungen geschult, stand wie viele andere Wirtschaftsführer dem Inflationsgeschehen fassungslos gegenüber. Der größte Inflationsgewinner Deutschlands war der Nichtjude Hugo Stinnes, der mit den Krediten der Reichsbank und sonstigen Bankkrediten einen ungeheuren Konzern zusammenkaufte. Jüdische Künstler, Gelehrte und Schriftsteller sanken durch die Inflation, wenn sie nicht sich ständig erneuernde Tantiemen hatten, in das gleiche Elend wie ihre nichtjüdischen Kollegen. Von irgendeiner Verantwortung der jüdischen Bevölkerung für die Inflation ist also keine Rede. Die jüdischen Kaufleute und Händler waren aber im Auffangen der Folgen der Inflation, in der Umstellung auf rechtzeitige Warenhortung, dem Ware-gegen-Ware-Tausch und in den auf Preissteigerung abgestellten Spekulationsgeschäften schneller bei der Hand als andere, auch an der Börse. So erschienen sie vielfach als die Nutznießer des Ganzen, vor allem

auch durch den Zuzug der zunächst armen jüdischen Kaufleute aus den an Polen abgetrennten Ostprovinzen, wie überhaupt das Deutschland der Inflationsjahre, wo man sich mit einigen Schmucksachen und geschicktem Warentausch lange über Wasser halten konnte, das große Lockfeld für Emigranten und Spekulanten aus vielen Ländern, besonders aus dem Osten und den Balkanländern, war. Von den weißrussischen Emigranten lebten bis Ende 1923 allein in Berlin über hunderttausend. Das Hervortreten der jüdischen Aufkäufer und auch die Verbindung, die besonders in Berlin die neue Oberschicht der großen Inflationsgewinnler in starker jüdischer Durchsetzung mit dem Amüsierbetrieb, mit Film, Theater und Presse einging, blieb in unguter Erinnerung und führte immer wieder zu dem sachlich falschen Schluß, als hätte die Ausnutzung der Inflation etwas mit ihrer Verursachung zu tun.

Inflation und Deflation zerstören die Demokratie von Gerhard Ziemer, 1971, S.78

Von den 14 Millionen nationalsozialistischen Reichstagswählern des Sommers 1932 hatten sicherlich nicht einmal 5 Prozent Hitlers »Mein Kampf« oder andere Schriften gelesen, die das Parteiprogramm der NSDAP erläuterten. Die neuen nationalsozialistischen Reichstagswähler waren auch keine Antisemiten. Sie wählten die NSDAP, so wie 3 bis 4 Millionen andere Deutsche damals zusätzlich zu den alten kommunistischen Mitgliedern die KPD wählten, weil sie aus der Krise herauswollten und auf die nicht-radikalen Weimarer Parteien keine Hoffnung mehr setzten. Es wäre für Deutschland und die Welt besser gewesen, wenn Hitler als Reichskanzler später diese Hoffnung enttäuscht hätte. Weil sein Kabinett sie aber erfüllte, auf schnellem Wege und mit einfachen Mitteln, die auch Brüning hätte einsetzen können, wurden aus den Wählern der NSDAP dankbare Nationalsozialisten, die nunmehr Jahre hindurch für richtig hielten, was Hitler anordnete. Ohne diese Dankbarkeit der Massen, die nach 1933 wieder einen Arbeitsplatz gefunden hatten, hätte Hitler seine außenpolitischen Abenteuer und seinen innenpolitischen Terror nicht wagen können. Man kann nicht beweisen, was aus der NSDAP geworden wäre, wenn es die Weltwirtschaftskrise nicht gegeben hätte. Vielleicht hätte sie auch dann ihren Tiefstand des Jahres 1928 mit 2,6 Prozent der abgegebenen Stimmen und 12 Reichstagsabgeordneten überwunden. Aber mit voller Sicherheit kann man sagen, daß die NSDAP es niemals zu einer politischen Stärke gebracht hätte, die dem Bestand der Weimarer Republik gefährlich werden konnte. Dazu hatten Hitler und die NSDAP zu viele natürliche Feinde. Außer den Kommunisten und den organisierten Mehrheitssozialdemokraten waren es das katholische Zentrum, das aufgeklärte Literaten- und Freimaurertum, die jüdischen Kreise und auch die Konservativen und Deutschnationalen alter Art, Großgrundbesitz, größeres Bauerntum, Adel und Reichswehrführung. Um durch diese starke Mauer einer Abwehr von Gegnern, die Hitler selbst dazu machte, weil er sie ständig angriff, eine Bresche zu schlagen, bedurfte es eines alles aus den Fugen reißenden Vorgangs, wie es die Deflationskrise mit ihren Arbeitslosenheeren war.

Inflation und Deflation zerstören die Demokratie von Gerhard Ziemer, 1971, S. 71, S. 174

... Einer klug abwägenden, doch zielbewußten deutschen Interessenvertretung im Ausland stehen aber nicht nur fremde deutschfeindliche Bestrebungen und Enggeistigkeiten im Wege, sondern auch eine durch den Nazistaat indirekt verschuldete Atrophie staatspolitischer Gesinnung bei auffällig zahlreichen Repräsentanten bundesdeutscher Intelligenz. Diese oftmals an geistig prominenter Stelle befindlichen Kreise verdächtigen gerne jede kraftvolle, bei anderen Völkern als normal empfundene Betätigung staatlichen Lebenswillens. Die berechtigte Scham über die Nazivergangenheit, der Wille, einem ähnlichen Verfall der Staatsmoral vorzubeugen sind billigenswerte Züge, nur kann man des Guten zu viel tun. Die Übertreibungen der guten Absicht haben ein intellektuelles Klima erzeugt, in welchem zwar oft das seltsame Lob der Manifestationsweisen eines krassen Nationalismus gewisser fremder Staaten und Völker in nahen und fernen Erdteilen erklingt, dem eigenen Volke aber ein nationales Schuldbewußtsein auch für die kommenden Generationen an gezüchtet wird. Ihm soll anscheinend nur die Begeisterung für europäische und weltweite Kooperation anstehen, nicht, wie das bei den anderen Völkern dabei immer noch normal und üblich geblieben ist, unter gleichzeitiger Achtung für die Sonderart des eigenen Volkstums. Das deutsche Volkstum und die deutsche Geschichte haben ja schließlich nicht nur das abscheuliche Phänomen des Hitlertums hervorgebracht. Es muß entweder zu einer verhängnisvollen Selbstverachtung oder zu einer nicht minder gefährlichen, unteilbaren Kluft zwischen Intelligenzschicht und Volk führen, wenn die positiven Leistungen deutscher Vergangenheit kaum noch mit Stolz verzeichnet werden dürfen, während alle anderen Völker mit berechtigtem, nicht selten sogar übertriebenem Selbstbewußtsein bei den Großtaten ihrer geistigen, politischen, ja militärischen Vergangenheit verweilen. Der Verfasser als freiwilliger Rückkehrer muß ganz energisch dagegen protestieren, daß von zahlreichen den deutschen Geist im In- und Auslande heute repräsentierenden Angehörigen der deutschen Intelligenz alles Deutsche fast nur unter dem Gesichtspunkt der Naziepoche dargestellt wird, daß in getreuer Übereinstimmung mit der anglo-amerikanischen Kriegspropaganda von einst eine Tendenz herrscht, nach dem Übel und der Schuld in der deutschen Geschichte und nur nach diesen zu fragen. Man nennt das "standortgebundene", "neue" Geschichtsbetrachtung, da reine Objektivität sowieso nicht möglich sei. Der dabei vorherrschende Zug, die Werte deutscher, ganz selbstverständlich auch der preußischen Geschichte aus heutiger Perspektive mit vorwiegend, wenn nicht gar völlig negativen Vorzeichen zu versehen, ist tatsächlich eine Travestie der Wissenschaft, die sich von Charlatanerie und totalitärer Wissenschaftsauffassung nur dadurch abgrenzen kann, daß sie am Ideal der Wahrheitstreue, dem gewissenhaften Streben nach größtmöglicher Objektivität und Ganzheit (statt Parteilichkeit) der Erkenntnisse festhält....

Aussenpolitische Grundsätze von Ludwig Freund, 1963, S. 56 f. (Ein Professor, deutscher Jude, der in die USA emigrierte und dann Rückkehrer wurde.)

Zitaten-Kette Ende

Ich möchte hier aber noch ein paar Nachträge formulieren und auch ein paar Zitate nachschieben. Wenn man den Ausschnitt aus der Rede von Himmler liest, kommt man doch zu dem Schluss, dass die Deutschen, sofern sie einen persönlichen Kontakt zu Juden hatten, ihnen gegenüber ein natürliches mitmenschliches Verhältnis entwickelt hatten. Auch wenn Nahum Goldmann die Zeit in der Weimarer Republik als den Gipfel jüdischer Existenz bezeichnet, kann ein Antisemitismus der Deutschen nicht die Ursache für die Herrschaft der Nationalsozialisten gewesen sein. Als Benennung des ökonomischen Übels, dessen Ursachen nicht verstanden wurden, war mehr oder weniger der latente oder offene Antisemitismus so gut geeignet wie die Begriffe Neoliberalismus und Globalisierung. Der Grund dafür ist, dass Juden im Geldgeschäft seit Jahrhunderten überrepräsentiert waren. Das hatte wiederum seinen Grund darin, dass den Juden die ehrbaren Berufe – zu denen das Geschäft mit dem Geld nicht gehörte – verschlossen waren. Dieses frühe Berufsverbot war zwar religiös verbrämt, aber ich denke, dass das einfach eine Methode war, die Konkurrenz abzuwehren. Es hat zeitweise wohl auch einen echten religiös begründeten Antisemitismus gegeben, da hätten – so erklärte es mir einst ein Theologe - die Christen einfach vergessen, dass ihr Jesus auch ein Jude war. Und wenn dann die Juden in ökonomisch schwierigen Zeiten mit der Inflation besser umgehen konnten als die Christen - wie Gerhard Ziemer berichtet - dann kann schon der Neid auf solche Fähigkeiten in Abneigung umschlagen.

Offensichtlich haben die Probleme mit den Themen Geld und Währung ein biblisches Alter, ohne dass den Menschen von der weltlichen, der geistlichen Obrigkeit und der Wissenschaft sachlich erklärt werden konnte, wie die Zusammenhänge tatsächlich sind. Silvio Gesell ist wohl der erste Ökonom, der eindeutig sagt, die Juden haben mit den Störungen im Währungsbereich, die auf die Wirtschaft und Gesamtgesellschaft ausstrahlen nichts zu tun. Die Ausnutzung der Mängel, die im Währungssystem liegen, würden von den Christen genauso betrieben. Hätte die Freiwirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg von der Wissenschaft und Politik mehr Unterstützung erhalten, dann wären auch die "kapitalistischen Sünder" unter den Juden kein Grund für den Antisemitsmus mehr gewesen, denn in einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus kann es keine "kapitalistischen Sünden" geben.

Als ich vor einigen Tagen mich von einem Stapel alter Zeitungen befreien und den Papiercontainer damit füllen wollte, machte mich eine Seite neugierig, weil sie nicht die typische Zeitungspapierfärbung hatte. Beim genauen Hinschauen sah ich, dass es die Seite 44 der Ausgabe von DIE ZEIT Nr. 40 vom 26. September 1997 war. Das Thema:

Schon die Regierenden im Absolutismus litten unter chronischen Budgetdefiziten.
Als wichtigste Kreditgeber dienten ihnen die Hofjuden

Marionetten ihrer Fürsten

Üppige Hofhaltung und Kriege

finanzierten die Herrscher vorwiegend auf Pump

Von Philipp Gessler

Die ökonomischen Spannungen, die es heute in und zwischen den Gesellschaften gibt, die gab es früher auch schon, die Juden mussten darin eine konfliktreiche Rolle spielen. Und jene, die in dieser Rolle reich wurden – vermutlich eine Minderheit wie in Israel heute – konnten sich ihres Wohlstandes nicht sicher sein. Um eine antijüdische Haltung in unserer Gesellschaft abzubauen, finde ich solche Berichte wichtig, weil sie auf eine wesentliche Ursache dieser Störung – die oft eine Bedrohung der Juden war - hinweisen. Ich dachte, ich könne mir Zitate aus dem Artikel sparen, indem ich einen Link auf den Artikel setze. Ich habe ihn aber nicht im Archiv der ZEIT gefunden. Dafür aber ein Buch, das ich nachfolgend benenne:

Selma Stern / Der Hofjude im Zeitalter des Absolutismus Herausgegeben von Marianne Sassenberg, 2001

 $\frac{\text{https://books.google.de/books?id=Mp6nAvggQTIC\&pg=PA251\&lpg=PA251\&dq=Marionetten+ihrer+F}}{\%C3\%BCrsten\&source=bl\&ots=Xoyd1I4PTC\&sig=NR-W6wyslae4R2HbmbTPc-D_yAQ\&hl=en\&sa=X\&ved=0ahUKEwi8_sfz8bHOAhWmO5oKHdUNBy8Q6AEIHjAA#v=onepage&q=Marionetten%20ihrer%20F%C3%BCrsten&f=false}$

Philipp Gessler schreibt in dem benannten Bericht aus 1997:

... Jüdischen Finanziers half, daß das Vierte Laterankonzil von 1215 den Geldverleih mit Zins für Christen verboten hatte. Erst 1695 hob das Reichs-Zinsedikt das Wucherverbot und die damit verbundene Drohung mit dem Kirchenbann auf. Doch wirkte das miese Ansehen der Geldleihe nach. Zugleich waren Juden christliche Zunftberufe verschlossen. Da lag es für sie nahe, die Marktlücke Geldhandel zu nutzen. Juden waren zudem im Dreißigjährigen Krieg Lieferanten für ganze Armeen gewesen, noch im 18. Jahrhundert ist auf deutschem Boden kaum ein Krieg ohne ihre Lieferungen geführt worden. ...

... Da Juden Immobilienerwerb als Geldanlagemöglichkeit verboten war, hatten viele in den Schmuck- und Juwelenhandel investiert, dem der Krieg wenig geschadet hatte. Wegen der Zunftbeschränkungen seit Generationen auf Geldgeschäfte spezialisiert, konnten jüdische Hoffaktoren als Bankiers glänzen. Als Nicht-Bürger und Nicht-Christen waren sie unabhängig vom

zünftigen und kirchlichen Einfluß - ein großer Vorteil für die Fürsten, die ihre Geldquelle auch durch diese Mächte nicht eingeschränkt sehen wollten.

Ein weiteres Plus jüdischer Kreditgeber: Als Mitglieder einer Minderheit hatten sie oft Verbindungen zu anderen jüdischen Gemeinden in ganz Europa. Sie handelten in einem Netz von Agenten und Glaubensgenossen, die Waren und Informationen lieferten. Durch gezieltes Heiraten untereinander bildeten Hofjuden reichsweite Clans - oft die einzige Sicherheit bei riskanten Finanzgeschäften, in die sie ihre Fürsten treiben konnten.

So klagte Oppenheimer über die ausbleibende Rückzahlung von Krediten an die Reichsarmee. Er habe doch mit einem anderen Hofjuden die Armee vor dem augenscheinlichen Ruin gerettet, während viel reichere Familien sie ausgelacht hätten und dem Kaiser nicht einen Pfennig borgen wollten! Kein Wunder, daß das Schicksal vieler Hofjuden tragisch war. Schon ein Jahr nach Lehmanns Tod ging sein Sohn bankrott, da die Stadt Dresden ihm das Wohnrecht entzog - er starb arm und obdachlos. ...

Mir ist beim Lesen des Artikels eine Aussage von Nahum Goldmann zum Kapitalismus wieder eingefallen. Da Goldmann vorher einen anderen Aspekt der Ablehnung von Juden benennt, fasse ich das Zitat etwas weiter.

Vom Standpunkt des Individuums, nicht kollektiv gesehen, deutet die Frage der jüdischen Gleichberechtigung darauf hin, wie schwer es ist, die Normalisierung mit der Einzigartigkeit zu vereinen. Das Bewußtsein der Juden von ihrer Auserwähltheit war stets einer der tieferen Gründe für den Antisemitismus. Wenn Männer wie Voltaire, Kant, Diderot oder Herder - um nur einige wenige zu nennen -, Vorkämpfer für Gleichheit und Freiheit, Juden, um es milde auszudrücken, nicht mochten, kann dies nur darauf zurückzuführen sein, daß sie die von ihnen aus gesehene Überheblichkeit des jüdischen Volkes, als einziges von dem einzigen Gotte auserwählt zu sein, nicht dulden konnten und als arrogant betrachteten. Der bedeutende Wirtschaftsgelehrte Werner Sombart, der die Juden für einen Hauptfaktor in der Schaffung des modernen Kapitalismus und ihre Leistungen als einen Beitrag zum Fortschritt der Geschichte ansah, äußerte einst den Gedanken, daß die Juden sicher Anrecht hätten, gleichberechtigte Bürger zu sein, daß sie aber, solange sie an ihrer Einzigartigkeit und Besonderheit festhielten, diese Gleichberechtigung mit großem Takt benutzen sollten. Ich erinnere mich sehr wohl einer heftigen Debatte in Frankfurt am Main, als ich, noch ein Jüngling, seine These verteidigte, die unter der deutschen Judenheit viele Proteste erweckt hatte.

Mein Leben, Nahum Goldmann, Seite 18

Wenn der "Artikel 1 (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen." gelten soll, dann müssen Juden ihr Selbstverständnis mit dieser Norm in Übereinstimmung bringen, weil sonst diese Ursache des Antisemitismus nicht überwunden werden kann. Aber auch jede deutsche Regierung hat sich im Verhalten gegenüber den Juden danach zu richten, wenn sie nicht eine Verräterin der Grundrechte werden will.

Auf dem Hintergrund der jüdischen Geschichte in Europa kann man die Aussage von Sombart, dass die Juden durch die Entwicklung des Kapitatlismus einen wesentlichen Beitrag zur Geschichte geleistet haben den Begriff *Kapitalismus* nicht als *Marktwirschaft* lesen. Und da inzwischen einiges über die destruktiven Wirkungen bekannt ist, heißt das auch, die Juden haben die Drangsal, unter der sie leiden mussten und noch leiden, selber mitgeschaffen. Ihr eigener Beitrag zur Überwindung des Antisemitismus ist daher die Unterstützung der Entwicklung der Marktwirtschaft ohne Kapitalismus.

Ich komme noch einmal auf Ziemer zurück, weil mich die nachfolgende Passage an das Verhalten der Europäischen Zentralbank erinnert. Ziemer schreibt im Kapitel *Die Überwindung der Krise in Deutschland und in den USA durch das Programm der Reformer* folgendes:

Es ist heute anerkanntes Wissen, daß die Weltdeflationskrise der dreißiger Jahre bei richtigem antizyklischen Verhalten der Staaten und der Notenbanken nicht hätte zu kommen brauchen und, wenn gekommen, jedenfalls früher zu beseitigen gewesen wäre. Auf diesem Wissen beruht der heutige Wohlstand des Westens, in dem es nach 1945 nicht wieder zu einer großen Wirtschaftskrise gekommen ist, mit der der Kommunismus rechnete. Schacht brauchte für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, wie schon erwähnt, 12 Milliarden Mefo-Wechsel, von denen aber immer nur ein Teil, niemals mehr als die Hälfte in Reichsbankgeld umgewechselt wurde. Der deutsche Bargeldumlauf insgesamt (Reichsbanknoten, Rentenbankscheine und Scheidemünzen) stieg von Ende 1932 bis Ende 1937 von rund 5,6 Milliarden auf rund 7,5 Milliarden, der Index der Großhandelspreise in derselben Zeit von 93 auf 106, der Index der Lebenshaltungskosten von 118 auf 126. Durch den zusätzlichen staatlichen Geldeinsatz, der nötig war, um die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrise zu beseitigen, waren also noch nicht einmal die seit 1929 in der Krise eingetretenen Preiseinbrüche beseitigt. Die Großhandelspreise hatten 1928 einen Index von 140, die Lebenshaltungskosten von 152 gehabt. Von einer inflationistischen Geldentwertung, der ständigen Angst Brünings und Luthers bei einer Finanzierung der Arbeitsbeschaffung mit Hilfe der Reichsbank, war also keine Rede. ... a.a.O. Seite 176

Es war also nicht die Rüstung, wie häufig zu hören ist, mit denen die Nazis den Leuten wie-

der Arbeit beschafften. Durch die Geldflutung wurde die Deflation beendet! (Die mit Hilfe der Notenpresse finanzierte Rüstung spielte erst später eine Rolle.) Dass die Bedingungen für eine geordnete Währungspolitik nur in den ersten Ansätzen verstanden wurden, kann man schon daraus erkennen, dass die Reichsmark am Ende des Krieges nichts mehr wert war. Aber die Erfahrungen mit der Deflationskrise von damals treibt heute die EZB um. Sie versucht, mit ihrer Geldflutung diese zu vermeiden. Da ihr heutiges Instrumentarium eine wirkliche Geldwertstabilität nicht ermöglicht, strebt sie eine Inflationsrate von 2 % an und sagt ganz frech, das sei eine Preisniveaustabilität. EZB hat eigentlich die gleichen Schwierigkeiten wie die Reichsbank, sie ist nicht Herr des Umlaufes des Geldes. Da nur das nachfragende, umlaufende Geld Arbeit schafft und die Geldwertstabilität ermöglicht, hat ihre Geldflutung letztlich die gleiche Wirkung wie die der Reichsbank. Solange das zusätzlich heraus gegebene Geld – für das keine Güter im Markt sind – in den Horten bleibt, macht sich die programmierte Inflation nicht bemerkbar.

In der Fußnote 55 auf der Seite 150 ist von Gerhard Ziemer folgendes zu lesen:

Eine gewisse volkstümliche Ausdehnung hatten die Reformer in den Kreisen der Silvio-Gesell-Anhänger, die sich auch als politische Kleinpartei organisiert hatten. Silvio Gesell ist der Vater vieler moderner Gedankengänge, die sich auf die Geldseite der Wirtschaft und das Verhältnis von Geldumlauf und Krise beziehen. Auch die meisten Reformer kannten sein Buch >,Die natürliche Wirtschaftsordnung«, ohne es aber zu nennen. Keynes hat Silvio Gesell lobend erwähnt. Silvio Gesell hatte seine Erfahrungen in den südamerikanischen Geldkrisen gesammelt. Durch seine Lehre vom Schwundgeld ist er unberechtigt in Verruf gekommen. Mit dem Schwundgeld wollte Gesell erreichen, daß im Geldumlauf keine zur Deflationskrise führende Unterbrechung eintritt. Seine Beobachtung war richtig, auf die Technik aber kam es nicht an. Gesell wollte eine Technik entwickeln, die sich in einem total liberalen Staat von selbst verwirklichte und kontrollierte. Durch seine Anhänger, die zum Sektierertum neigten und die das Wort »natürlich« in dem Titel von Gesells Buch zum Losungswort für alle möglichen Programme einer natürlichen Lebensweise machten, ist Silvio Gesell in der Geldwissenschaft in einen falschen Ruf geraten. Hierzu trug auch noch bei, daß Gesell sich nach 1918 in Bayern der Räterepublik als Finanzminister zur Verfügung gestellt hatte und von dort das Schwundgeld einführen wollte. Anhänger von Gesell sind heute noch organisiert. Politisch haben sie auch noch in der Schweiz in den Kantonatswahlen eine gewisse Bedeutung. Der Name von Gesell muß im Zusammenhang mit der Bekämpfung der großen Deflationskrise lobend erwähnt werden, weil es weitgehend die zuerst von Gesell entwickelten Grundansichten waren, die von den Reformern vertreten wurden und in ihrer Weiterwirkung der heutigen modernen Konjunkturbetrachtung zugrunde liegen. Die Gesell-Anhänger, die sich Freiwirte nannten, gaben in

den Krisenjahren eine Wochenzeitung »Der Neue Kurs« heraus. Es war nur ein Blättchen, hielt aber Woche für Woche der Regierung Brüning und der Reichsbank vor, was sie falsch machten.

Die vorsichtige und in eine Fußnote verbannte Aussage ist der Tabuisierung der Freiwirtschaft geschuldet. Das, was Ziemer hier über Gesell und die Freiwirtschaft sagt, wissen bestimmt 99 % der lehrenden und forschenden Ökonomen nicht oder wollten es bisher nicht wissen. Ich sage nicht, dass sich Ökonomen keine Gedanken machen über die Gegenwart und Zukunft der Volkswirtschaft. Als ich im Netz schaute, ob es mir etwas zur Zahl der VW-L-Lehrstühle sagen würde, stieß ich auf den Titel "Wohin steuert die ökonomische Wissenschaft? - Ein Methodenstreit in der Volkswirtschaftslehre", Volker Caspari, Bertram Schefold (Hg), 2011. Dieser Methodenstreit trägt aber wohl noch keine Früchte oder doch? Ich habe vor mir auf dem Tisch liegen: "Die große Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise" von Helge Peukert, 2011 mit 629 Seiten. Der Untertitel lautet: "Eine kritisch-herterodoxe Untersuchung". Es ist ja ein Hinweis, dass hier ein Professor aus dem Gefängnis eines bestimmten Lehrgebäudes ausgebrochen ist. Und von Paul Mason, ein englischer Fernsehjournalist, liegt mir der Titel "Postkapitalismus – Grundrisse einer kommenden Ökonomie" mit 429 Seiten vor.²⁴

Muss eine Wirtschaftswissenschaft nicht immer aus gelernten Denkbahnen ausbrechen, wenn das reale Ergebnis seines Tuns unbefriedigend bis katastrophal ist? Neulich hörte ich einen Beitrag über Heilmethoden, da wurde gesagt, dass der gegenseitige Ausschluss von Hochschulmedizin und Naturheilmedizin von gestern sei. Ein Arzt, der für eine Krankheit in der einen Medizinschule kein Heilmittel findet und die Suche in der anderen verweigern würde, der wäre ein miserabler Arzt. Aber dieses Fehlverhalten wird in der Ökonomie vermutlich noch mit Auszeichnungen und Berufungen in gut dotierten Gremien belohnt. Warum fliehen Ökonomen in die Mathematik, wenn ihnen in sprachlichen Begriffen zur Lösung der anstehenden Probleme nichts einfällt, sie könnten sich doch einmal in die Vergangenheit (die auch noch Gegenwart ist) umschauen. Die Freiwirtschaftsschule hat so viele Spuren gelegt, die kann nur ein Professor übersehen, der geistig blind ist oder der sich auf dem Beamtenstuhl ausruht. Wenn die Freiwirtschaftsschule nicht an Hochschulen vertreten ist, obwohl ihr Gründer der Inspirator moderner Geld- und Konjunkturtheorien ist, dann liegt eindeutig die Schuld bei der Wissenschaftspolitik und bei den Ökonomieprofessoren. Der Hinweis auf das Umfeld von Gesell zieht auch nicht. Wenn einem Forscher der zu untersuchende Gegenstand

²⁴ Ich könnte noch ein Dutzend Bücher dieser Art benennen, die darauf warten, von mir gelesen zu werden.

stinkt und er sich deshalb der Beobachtung oder Analyse verweigert, dann hat er – zumindest ideell – seinen Status als Forscher verloren. Wenn ein Ethnologe einen unbekannten Stamm erforschen will, weiß er am Beginn auch nicht, ob er traditionellen echten Kult beobachten kann oder ob ihm irgendein Hokuspokus geboten wird. Gesell war davon überzeugt, dass er etwas gefunden hat, was der Allgemeinheit gehört. Es wäre ja ein leichtes für die Wirtschaftswissenschaft gewesen, den Ball aufzufangen und weiter zu werfen, denn Gesells Botschaft ist ja keine Metaphysik. Aber wenn das stimmt, was Gesell erkannt hat, dann ist der Schaden, den die Wirtschaftswissenschaft durch ihre Dummheit für die Menschen angerichtet hat, größer als der Schaden, den der Zweite Weltkrieg angerichtet hat. Eine ähnliche Bewertung der praktizierten Ökonomie las ich bei Jean Ziegler in "Die neuen Herrscher der Welt". Von Ausnahmen abgesehen, bei denen der Ehrgeiz und Karrieresucht eine ethische Erblindung verursacht hat -, nehme ich dabei an, dass besonders die VWL-Leute den Impuls des Helfenwollens in sich tragen. Gesell hat unter den ansprechbaren Zeitgenossen keinen Adressaten ausgelassen. Wenn ich das richtig verstanden habe, waren die Menschen, die nur ihre Arbeit hatten, die von der Hand in den Mund leben, seine bevorzugte Zielgruppe, weil sie den größten Nutzen von der Anwendung seiner Erkenntnisse gehabt hätten. Aber die Arbeiterführer in der SPD und in den Gewerkschaften – die vom Marxismus besetzt waren – haben das verhindert. Ein Posten in der Partei, dem Parlament oder im Aufsichtsrat ist ja auch wichtiger als eine wirkliche Hilfe für die, dessen Interessen man angeblich vertritt. Letztlich blieben jene bei ihm oder seinen Lehren hängen, die auch sonst für die Bedrückungen des Lebens und für die Möglichkeiten der Freiheit empfänglich waren. Darunter waren eben auch Lebensreformer, Nudisten, Naturheilkundler und auch Naturschützer. So ist es sicher gekommen, dass grün die Signalfarbe Freiwirtschaftler geworden ist. Das Merkwürdige, was zu beobachten ist, dass Juristen, Mediziner und Ingenieure einen leichteren Zugang zur Natürlichen Wirtschaftsordnung haben als Ökonomen.

Da im Laufe der Zeit sich schon viele Erkenntnisse als Irrtum herausgestellt haben, kann man – bevor die Praxis nicht erfolgreich erprobt ist - auch nicht ausschließen, was durch Logik, die Geschichtsbetrachtung und Kleinexperimente bei der NWO sich als richtig erweist, sich als Irrtum herausstellt. Aber es ist schlicht ein Verbrechen, wenn ein Theorieangebot, das Abermillionen von Menschen das Leben erleichtern oder gar retten könnte, aufgrund von Vorurteilen oder nachlässiger Auswahl der Untersuchungsgegenstände nicht geprüft wird.

4. Teil: Zu den Begriffen Epochenwechsel, Faschismus und Antisemitismus

Ich lasse Ausschnitte aus mehreren Artikeln folgen und kommentiere und / oder ergänze sie einzeln:

"Mutentbrannt / Der Terror ist die schlimmste Nebensache der Welt: Versuch, die Wochen des Wahns zu verstehen" von Bernd Ulrich / DIE ZEIT, 21. Juli 2016, Seite 3

... Eine neue Epoche beginnt

Für jene, die es im Januar oder April noch nicht wahrhaben wollten, hat spätestens der Juli offenkundig gemacht: Wir leben in einem Epochenumbruch, da kann man wählen, was und wen man will - die Welt, wie wir sie kannten, sie steht nicht mehr zur Wahl. Die Zeitläufte reißen uns mit wie ein Wasserfall. Wie aber geht man damit um?

Erst einmal mit Akzeptieren vermutlich. Politiker und Spitzenbeamte in Berlin und Washington, die derzeit gefragt werden, ob dies die gefährlichste politische Situation ihres Lebens sei, antworten nach kurzem Zögern alle: Ja. Darunter Vietnam-Veteranen und Botschafter in Kabul und Bagdad, Euro-Krisen-Bewältiger, Iran-Deal-Verhandler - Leute eben, die schon ein bisschen was gesehen haben von den Krisen dieser Welt.

Sodann muss man seine Erwartungen anpassen an das Wahrscheinliche, nicht mehr an das Gewohnte. Stabilität ist Nostalgie geworden. Auch die Formulierung »Das ist alles unerträglich« trifft nicht zu (außer für die Opfer von Attentaten und ihre Angehörigen). Wir ertragen es.

Und Schluss mit der ewigen Bestürzung. Wer dauernd die Hände über dem Kopf zusammenschlägt, kann nicht denken. Wir müssen also raus aus diesem Modus des Passiven. ...

... Wieder eine neue Weltordnung

Auch im ganz Großen hat dieser Sommer eine neue Klarheit gebracht: Nach dem Kalten Krieg und dem unipolaren Moment amerikanischer Hypermacht gibt es nun eine neue Weltordnung, einen globalen Systemkonflikt zwischen autoritären und demokratischen Staaten. Rückabwicklung der Globalisierung oder deren Humanisierung.

In Windeseile haben zuletzt Staaten und ihre Führer historische und persönliche Grenzen überwunden, um ihre Systeme anzugleichen: Oppositionelle werden zu Agenten oder Putschisten erklärt, Medien werden unterworfen, Parlamente verkommen zur Staffage. Putin und Erdogan haben sich versöhnt, in Maßen spielt da leider auch Israel mit und natürlich Saudi-Arabien. Wer heute mit einem saudischen Offiziellen spricht, ist versucht, dessen Israel-Schwärmerei zu unterbrechen mit der Bemerkung: Aber sind das nicht

eure Erbfeinde?

Nein, das sind sie offenbar nicht mehr. Die ganze Welt sieht sich heute viel schärfer konturiert, auch die autoritären, kriminellen oder kleptokratischen Regime schauen sich gegenseitig ins Gesicht und erkennen einander: China, Russland, Saudi-Arabien und die Türkei, Ägypten, Marokko, Weißrussland, sie alle funktionieren ähnlich genug, um ethnische, historische und religiöse Differenzen untereinander mehr und mehr relativieren zu können. ...

... Großes Geld gegen kleine Leute

Der Kapitalismus hat seine letzte Entscheidung zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Autoritär und Liberal noch nicht gefällt. Aus guten Gründen, wie jetzt immer besser zu sehen ist.

Der Wahlkampf in den USA wird so hässlich geführt, dass seine politische Substanz dahinter verschwindet. Und doch: Donald Trump und Hillary Clinton kämpfen mit allen Mitteln um den amerikanischen Arbeiter, um den sogenannten »kleinen Mann«. Dahinter steckt die Erkenntnis, dass Linke wie Rechte ihn in den vergangenen Jahrzehnten vernachlässigt haben. Letztlich degenerierten beide Lager zu Dienern des Großen Geldes. Das soll nun ganz anders werden. Einen ähnlichen Schwenk hat die neue britische Premierministerin vollzogen, weg vom Neoliberalismus, hin zum compassionate conservatism.

Natürlich ist Skepsis angebracht, das Große Geld wird das Feld nicht kampflos räumen, es wird gerade in den USA und in Großbritannien den regierenden Politikern die Instrumente zeigen. Dennoch steigen die Chancen beispielsweise einer kräftigen internationalen Finanztransaktionssteuer. Im deutschen Finanzministerium ist zu hören, dass man dafür nicht alle Staaten brauche, die G 7 genüge. ...

... Moral ist eine knappe Ressource

Durch sparsamen Umgang mit der Moral beispielsweise.

Denn zur Überhitzung tragen nicht nur die Böswilligen bei, auch die Gutgesinnten drehen zu sehr am Regler. ...

... Eine Öffentlichkeit, die Verstehen mit Verständnis gleichsetzt, verschließt sich den Weg zu den tieferen Ursachen von Gewalt und Terror. Wo immer Moral dazu missbraucht wird, die Wirklichkeit zu verleugnen, lässt sie die Temperatur steigen.

Faschismusrufe bringen uns nicht weiter

Maßhalten mit der Moral, Insistieren auf der Trennung von Analyse und Wertung reichen allein nicht gegen die Überhitzung. Es kommt auch darauf an, mit welchen Begriffen operiert wird. Ob in Brüssel, Berlin oder Washington - man hört aus dem Mund von Liberalen neuerdings wieder ein böses altes Wort: Faschismus. Als Faschisten werden die Gegner oder die Autori-

tären tituliert. Ob das ein treffender Begriff ist, sei dahingestellt (natürlich erinnert Erdoans Gerede derzeit daran und auch das von Trump). Wichtig ist allerdings weniger, ob das Wort »Faschist« tatsächlich zutrifft, sondern was es mit denen macht, die es benutzen. Sie bringen sich damit in einen antifaschistischen Kampfmodus, der sie moralisch überhöht und der keine Verwandten mehr kennen muss. ...

Ich finde den Artikel von Bernd Ulrich gut und empfehle ihn als Ganzes zu lesen. Ich habe mich am meisten mit dem Satz über die missdeutete Gleichsetzung von Verstehen und Verständnis aufgehalten. Erst habe ich überlegt, ob nicht das Verstehen und das Verständnis Synonyme sind. Dann dachte ich, das Verstehen ist doch eine Voraussetzung von Verständnis. Erst im nächsten Schritt wurde mir klar, dass der Autor dem Verständnis eine Billigung von Handlungen, die man versteht, beiordnet. In Wikipedia ist zu lesen:

Verständnis bezeichnet:

- Verstehen, das inhaltliche Begreifen eines Sachverhalts
- <u>Empathie</u>, die Fähigkeit, sich in andere Menschen hineinzuversetzen und mitzufühlen
- Meinung, im Sinne einer Auffassung oder eines Standpunktes

Diese Erklärung deckt sich nicht ganz mit der Unterscheidung von Verstehen und Verständnis von Bernd Ulrich. Ich finde die Unterscheidung aber nützlich, aber nur wenn der Adressat einer Botschaft sie auch so versteht. So kann ich z. B. Sagen, ich verstehe die Terroristen, die Politik von Russland, der Türkei, der USA, Deutschland oder des ganzen Westens, aber ich habe kein Verständnis dafür. Ich kann dadurch meine Missbilligung gegenüber den Akteuren und ihr Verhalten an allen Fronten auf diesem Globus zum Ausdruck bringen. Meine Einschätzung, dass in meinem Fall das Wort *Verstehen* durch das Wort *Erahnen* ausgewechselt werden müsste, konnte ich in den vorherigen Satz nicht unterbringen.

Ob wirklich eine neue Epoche beginnt oder nur eine Variation und Fortsetzung der Destruktivität und Grausamkeit des 20. Jahrhunderts lässt sich nur mit einem genügenden zeitlichen Abstand sicher beurteilen. Das, was uns wohl beunruhigt, ist die Erkenntnis, dass wir die relativ friedliche Pause, die wir in Deutschland bzw. in Westeuropa erlebt haben, nicht genutzt haben, um die Voraussetzungen für eine bessere, friedliche Welt zu schaffen. Und wir beginnen zu ahnen, dass wir wieder unseren "Lohn" für unsere Unterlassungen erhalten werden.

Wieder eine neue Weltordnung? Ich sehe erst nur eine neue Rangfolge innerhalb der Kon-

fliktparteien. Eine Bestürzung über die zu beobachtenden heißen Konflikte und Veränderungen ist nur gut, wenn sie uns wach macht und unsere Fähigkeiten der Ausschau nach Bausteinen einer besseren Weltordnung mobilisiert. Wenn die Bestürzung zur Hektik oder Lähmung führt, wird alles über uns hinweg rollen und wir werden uns als Exoten oder Sklaven in den Geschichtsbüchern der sich neu bildenden Weltmächte finden.

Großes Geld gegen kleine Leute: Dem Kapitalismus ist die Regierungsform egal, solange er sich nach seinen Gesetzen entwickeln kann. Und die Mächtigen der Politik haben nichts gegen den Kapitalismus in der einen oder anderen Form, solange er ihre Macht stützt. Wenn Donald Trump und Hillary Clinton den "kleinen Mann" im Wahlkampf umgarnen, dann besagt das aufgrund der Erfahrungen, die wir mit politischer Empathie von Politkern gemacht haben oder die wir aus der schriftlichen Überlieferung herausfiltern können, egal welcher Kandidat gewählt wird, nach der Wahl wird der "kleinen Mann" vergessen, bestenfalls mit etwas abgespeist, das dem Großen Geld nicht weh tut.

... Moral ist eine knappe Ressource: Ich würde dieser Aussage nur zustimmen, wenn ihr die Attribute "eine verbindliche", "als Bestandteil des individuell empfundenen guten Lebens", "die akzeptiert wird von den Asiaten, den Afrikanern, den Amerikanern und den Europäern" beigefügt werden könnten. Heute gibt es doch so viele Moralformen oder -inhalte, wie es Politiken, Parteien und Länder gibt. Fast jedes Unternehmen hat seine Moral, die auch als Unternehmensphilosphie bezeichnet wird, die aber jeweils nur solange gilt, wie sie das Renditeziel fördert. Die Moral der Kirchen, es sind Institutionen, die sich als Ethikspezialisten verstehen, ist sehr zweifelhaft, weil sie bezogen auf die Sexualität ein Zerrbild ist und zudem ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen außen vor lässt. Aber diese Ebene von Moral meint Bernd Ulrich vermutlich gar nicht, denn er spricht von den Gutgesinnten, die zu sehr am Regler drehen. Soll wohl heißen, dass diese ständig im Modus der Empörung sind und nicht darüber nachdenken, wodurch oder womit denn der Wille der Böswilligen gespeist wird. Die politische Alltagssprache hat ja auch den Begriff des Gutmenschen kreiert. Ich las oder hörte – so genau weiß ich das nicht mehr – von Kritikern, die diese Wortschöpfung als ein Produkt der politisch rechten Scene verortete. Den Begriff kann man doch auch politisch neutral verstehen. Dann unterscheidet sich der Gutmensch vom guten Menschen dadurch, dass er anders als der gute Mensch nicht die Folgen seines Gutseinwollens denkt. Es ist ein Unterschied wie bei gut gemeint und gut gemacht.

Faschismusrufe bringen uns nicht weiter, das ist wahr, übersieht aber, dass die Begriffe Faschismus, faschistisch, faschistoid als Kampfbegriffe in der ganzen Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg dafür genutzt wurden, um die Gedanken von Andersdenkende mit dem Verdikt "nicht diskutierbar" zu belegen und diejenigen, die als Faschisten bezeichnet wurden, ins politische Aus zu stellen. Das ganze Verfahren wird mit dem Begriff Faschismuskeule erfasst. Am besten konnten und können die Antifaschisten diese Keule schwingen. Dabei erinnert ihr Gebrauch der Keule, die dazu dient, den als Gegner oder Feind definierten Menschen verbal niederzuknüppeln, fatal an die Methode der Nazis.

In den Lehrunterlagen "Irrationalismus / Nihilismus zum Ideologischen Kontext nationalsozialistischer Pädagogik, der FernUniversität Hagen, 1981, ist zu lesen:

Kaum ein anderer Begriff wird so wie der Begriff "Faschismus" als ein affektiv aufgeladener Kampfbegriff benützt, dessen Gebrauch rituell eine Gegenhaltung zu dem mit ihm Belegten hervorrufen soll und offensichtlich auch hervorruft.

Das Wort "Faschismus" fungiert vielfach nur noch als Symbol des schlechthin Bösen, trifft aber eigentlich "nichts", weil es keinen Inhalt mehr besitzt, sondern in seiner Funktion aufgeht, die darin zu bestehen scheint, eine Reflexion auf das Geschehene auszuschließen und letztlich das Zustandekommen eines Diskurses über das Phänomen "Faschismus" und sein Wesen tabuisierend unmöglich zu machen, weil die "Sache" klar zu sein scheint. Der nur als "magisch" zu bezeichnende Gebrauch des Wortes. (S. 241)

Weil ich versucht war, den Begriff *Faschisten* unabhängig von der Parteizugehörigkeit auf die Mitglieder des Bundestages anzuwenden, habe ich mir nochmals die schon zitierte Schrift "Was ist eigentlich Faschismus" von Uwe Timm ²⁵, 1997, angeschaut. Danach gab es zwischen den italienischen Faschismus - > benannt nach dem altrömischen Staats- und Herrschaftssymbol der fasces (das sind Rutenbündel mit einem Beil in der Mitte), das in historisierende Absicht die "großen Zeiten" der Geschichte, die "Tugenden" der alten res publica Romana und die Macht des Imperium Romanum beschwören sollte < - und dem deutschen Nationalsozialismus Berührungspunkte, aber keine Identitäten, besonders nicht im Hinblick auf die Juden. Wie unfrei wir im Hinblick auf Themen der Nazi-Vergangenheit immer noch sind, macht eine Danksagung in dieser Broschüre deutlich, in der der Co-Autor oder Berater nicht seinen Namen genannt wissen möchte, weil er offensichtlich die Reaktionen auf Timms Darstellung fürchtet. Die Danksagung lautet:

²⁵ Hier dieser Uwe Timm gemeint: https://de.wikipedia.org/wiki/Uwe_Timm_(libert%C3%A4rer_Autor)

Verlag und Autor möchten sich an dieser Stelle recht herzlich bei unserem süddeutschen Freund bedanken, der hier nicht namentlich genannt werden möchte. Seine Unterstützung, besonders im Hinblick auf die historische Genauigkeit, war uns eine große Hilfe.

Es ergibt sich noch die Frage, warum ich das Bedürfnis hatte, die Bundestagsmitglieder und ihre Parteien als Faschisten zu bezeichnen. Ich könnte sagen: "Es wäre gut, wenn dieser Personenkreis es einmal selber erfährt, wie die Wirkung ist, als Faschist bezeichnet zu werden, wenn die eigene Wahrnehmung und das eigene Lebensgefühl im Widerspruch zu dem steht, was mit dem Begriff verbunden wird." Nun, die Erfahrung gönne ich den MdBs wohl, aber dafür hätte ich mich nicht bemüht. Mein Anliegen ist ernsthafter Natur. Nach meiner Wahrnehmung ist die Formel von der freiheitlich, demokratischen Grundordnung in der BRD nur eine Herrschaftsideologie, so wie die Rede vom Sozialismus in der DDR auch eine war. Im Prinzip gelten die ganzen Aktivitäten der Parteien – und an deren Spitze die der Bundestagsmitglieder – nicht dem selbstbestimmten, autonomen Bürger als Teil des Souveräns, der Bürgerschaft (Gesellschaft), sondern den Wählern als Objekte deren Subjektfunktion darauf beschränkt sind, den Herrschaftsanspruch der Parteien möglichst ohne Widerspruch zu legitimieren. Die Parteien konkurrieren nicht um einen Anteil an der Macht im Staat, um den Bürgern den Freiraum zum selbstbestimmten Leben zu sichern, sondern um über die Inhalte in den Köpfen der Menschen herrschen zu können und um sie von sich abhängig zu machen, so dass sie durch "Guttaten" der Regierung auch noch dankbar für ihre Entmündigung und Hilflosigkeit sind. Wie ich das begründe? Indem ich mir das Bildungssystem, das soziale Sicherungssystem und die "real existierende Marktwirtschaft" anschaue und mit den Verhältnissen in der Zeit des Nationalsozialismus und des Sozialismus in der DDR vergleiche. Ich weiß keine Abgeordnete und keinen Abgeordneten zu benennen, der sich für die Freiheit der Bürger einsetzt. Und wenn unser Bundespräsident, Joachim Gauck, von der Freiheit spricht, dann habe ich immer das deutliche Gefühl, er meint die geringere Unfreiheit in dem vereinten Deutschland im Vergleich mit der Unfreiheit in der ehemaligen DDR. ²⁶ Wenn ich von Freiheit rede, dann meine ich die haftende Gestaltungsfreiheit im Rahmen einer krisensicheren und verteilungsgerechten Wirtschaft. Ein freies Bildungssystem und eine selbstbestimmte soziale Sicherung wird dabei vorausgesetzt. Aber das sind für unsere Politiker, ob Parlaments-, Regierungs- und Führungsmitglieder der Parteien alles nur Utopien. Unsere PolitikerInnen haben das Sklaventum so verinnerlicht, dass sie es nicht mehr wahrnehmen. Und da unser Sklaventum im Vergleich mit anderen Ländern milde ausgeprägt ist, wird es als Frei-

²⁶ Ich habe über ihn schon einmal geschrieben, dass ich mir ihn als Bruder vorstellen könnte. Ich erwähne das, um zu zeigen, dass ich die Aussage nicht aus persönlicher Abneigung mache.

heit empfunden.

Neben dem Begriff Faschismus / faschistisch ist auch der Begriff Antisemitismus / antisemitisch ein Kampfbegriff, der dazu eingesetzt wird, Gedanken und Handlungen in eine bestimmte Weise zu kanalisieren oder zu unterbinden. Die Motive sind nicht immer leicht zu erkennen. Wenn Antifaschisten Kritikern des Zinses vorwerfen, sie würden sich Bilder der Nazis vom raffenden Kapital bedienen - obwohl fast kein Tag vergeht, wo der Zins nicht als Problem in den Medien thematisiert wird -, dann vermute ich, dass sie sich als Platzhalter eines erneut kommenden Kommunismus verstehen, über den sie jetzt nicht sprechen können, dem sie aber nicht durch die Chance durch andere Ideen zur Gesellschaftsgestaltung die Chance rauben lassen wollen. Und die Gruppe der Philosemiten ²⁷, die manchen Juden peinlich ist ²⁸, versucht mit dem Begriff jegliche Kritik an Juden hier und in Israel zu verhindern und fördert, nach meiner Meinung gerade dadurch den Antisemitismus. Wenn Nationalismus, Rassismus und Volk-ohne-Raum-Parolen in Deutschland als unerwünscht gelten, dann müssen sie trotz des Unrechtes, das Juden angetan wurde, auch dann gelten, wenn sie in Israel zu beobachten sind, sonst muss die Kritik auf Deutschland bezogen als heuchlerisch eingestuft werden. Wenn die Bemühungen vom Iran und Nord-Korea zur Erlangung von Atomwaffen kritisiert und bekämpft werden, dann müssen gleiche Bestrebungen von und Tatbestände in Israel ²⁹ genauso bewertet werden können, ohne dass das Wort Antisemitismus fällt.

Die HAZ vermeldet am 10. August auf der Titelseite:

Krisengespräch zum Antisemitismusstreit in Hildesheim

Hannover. Die Antisemitismusvorwürfe gegen die Hildesheimer Hochschule HAWK beschäftigen auch die Landespolitik. Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljajic (Grüne) sondierte gestern mit Hochschulpräsidentin Christiane Dienel und Michael Fürst von den Jüdischen Gemeinden sowie Yazid Shammout von den Palästinensischen Gemeinden Niedersachsen die Lage. Ein umstrittenes Seminar zur Situation in Palästina hat die Hochschule in Verruf gebracht und ihr den Vorwurf des Antisemitismus eingetragen. Kritik an Israel müsse möglich bleiben, hieß es hinterher, doch die Brisanz der Diskussion gehe weit über die Hochschule und das Seminar hinaus.

Im ausfürlichen Bericht auf der Seite 4 heißt es dann:

²⁷ Das ist ein weiter Begriff. Siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Philosemitismus

²⁸ Da ich dazu die Quellen nicht mehr parat habe, habe ich ins Netz geschaut und bin dabei auf folgenden Bericht gestoßen: "Warum immer die Juden?" von Peter Stiegnitz: http://derstandard.at/1358304734914/Warum-immer-die-Juden

²⁹ Israelische Atomwaffen: https://de.wikipedia.org/wiki/Israelische Atomwaffen

Seit Wochen tobt ein Streit um die Frage, ob die Hildesheimer Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) möglicherweise eine Brutstätte für Antisemitismus sein könnte. Anlass für Anwürfe bot ein umstrittenes Seminar zur "sozialen Lage der Jugendlichen in Palästina". Das hat Hochschulpräsidentin Christiane Dienel letzte Woche gekippt, nachdem ein Sprecher des israelischen Außenministers die HAWK als "Hass-Fabrik" bezeichnet hatte. …

Das erweckt doch den Eindruck, Israel bestimme, was an deutschen Hochschulen gesagt und gelehrt werden kann. Das ist schlicht weg ein Förderprogramm für Antisemitismus. Nach dem Bericht sollte das Seminar aus zwei Teilen mit zwei Referentinnen bestehen.

... Die Hannoveranerin Rebecca Seidler, selbst Absolventin der HAWK und promovierte Sozialpädagogin, war von ihrer alten Hochschule gebeten worden, ein Seminar über jüdisches Leben und jüdische Sozialarbeit anzubieten – als Pendant zum palästinensischen Part, den die Hildesheimer Gymnasiallehrerin Ibtissam Köhler seit Jahren anbietet. Als sie die Seminarunterlagen ihrer Kollegin angesehen habe, sei sie entsetzt und völlig perplex über die Einseitigkeit und Unwissenschaftlichkeit gewesen, sagte Seidler einer Hildesheimer Zeitung. Einsprüche seien von der HAWK abgebügelt worden, deshalb habe sie die Übernahme des Teil-Seminars abgelehnt. ...

Da ich den Beitrag von Ibtissam Köhler nicht kenne, will ich gar nicht die Einseitigkeit des Inhaltes anzweifeln. Aber Rebecca Seidler hätte ja die Einseitigkeit in dem zweiten Teil, den sie bringen sollte, korrigieren können. Und wenn ich mich bemühe, die Berichte über Israelis und Palästinenser zu vergegenwärtigen, dann ist der Eindruck da, dass die Waage der Einseitigkeiten sich zu Gunsten Israels neigt. Und ist es nicht so, dass die Nah-Ost-Politik Deutschlands von der Schuld gegenüber den Juden geprägt war und ist und dadurch das Elend der Palästinenser mit verursacht hat? Das ist zwar ein notwendiges aber ein unerfreuliches Thema. Da ist ein anderer Bericht aus der HAZ vom 2. Juli 2016, Seite 6, mehr nach meinem Herzen:

"Wir wollen, dass Wort und Taten zusammenpassen"

Rolf Verleger und Yazid Shammout über das Bündnis zur Beendigung der israelischen Besatzung – das heute in Hannover gegründet wird

Sie rufen am heutigen Sonnabend in Hannover eine Initiative ins Leben, die die Zwei-Staaten-Lösung zwischen Israel und Palästina befördern soll. Hat es bisher an Nahostinitiativen gemangelt?

Rolf Verleger: Nein, aber wir richten uns gezielt an die deutsche Politik, die immer noch einseitig für die israelische Politik Stellung nimmt, trotz alltäglicher Menschenrechtsverletzungen an Palästinensern durch das Besatzungsregime.

Yazid Shammout: Mich bewegt vor allem die Diskrepanz dieser Einseitigkeit gegenüber dem Bekenntnis der deutschen und der europäischen Politik zur Zwei-Staaten-Lösung und gegen die Besatzung. Das passt nicht zusammen mit bedingungslosen Waffenlieferungen an Israel oder mit der Hinnahme von Importen aus den illegalen Siedlungen in die EU. Wir wollen einfach, dass Wort und Taten in Berlin und Brüssel zusammenpassen.

Wer gehört zu den Initiatoren des Bündnisses zur Beendigung der israelischen Besatzung?

Verleger: Am Anfang standen Impulse des Theologen Martin Breidert und des Menschenrechtsaktivisten Rupert Neudeck, mit dem es noch wenige Wochen vor seinem Tod gemeinsame Planungstreffen gab. Dabei sind Palästinenser wie Ghaleb Natour und die Israelin Nirit Sommerfeld und als Beirat auch Horst Teltschik, der langjährige Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz ...



Rolf Verleger, Jahrgang 1951, Psychologieprofessor an der Uni Lübeck, ist Sohn von Auschwitz-Überlebenden. Er war bis 2006 Vorsitzender der Jüdischen Gemeinschaft Schleswig-Holstein. Wegen Kritik am militärischen Vorgehen Israels im Libanon verlor er dieses Amt. In der von ihm gestarteten Petition "Berliner Erklärung" hat er 2006 mehr kritische Distanz der Bundesregierung gegenüber der israelischen Politik gefordert.

Yazid Shammout, Jahrgang 1960, lebt seit 38 Jahren in Deutschland und ist seit 2004 Vorsitzender der Palästinensischen Gemeinde in Hannover. Geboren ist er in Beirut, wohin seine aus Jaffa stammenden Eltern vor israelischen Truppen geflohen sind. Er machte in Deutschland Abitur, promovierte an der Berliner Humoldt-Universität über die Geschichte der Ölindustrie und ist Geschäftsführer der Dana-Senioreneinrichtungen.

Anfang der 70er Jahre hatte ich Kontakt zu Joseph Abileah von der Gesellschaft für Nah-Ost Konföderation in Haifa (Israel). Diese Vereinigung strebte die Zweistaatenlösung als Zwischenlösung an, um im nächsten Schritt um dann eine Föderation zwischen Israel, Palästina und Jordanien anzustreben. In einem der Texte heißt es:

Der erste Beitrag ist von Dr. Hugh Schoenfield, ein hervorrangender Bibelforscher und Schriftsteller, der abwechselnd, in London und in Malta lebt. Er ist der Initiator und Mitbegründer der Mondcivitan Republic (Republik der Weltbürger), die er jetzt als Allgemeiner Botschafter vertritt. Seine Vorschläge gehen auf eine Schrift zurück, die er im Jahre 1945 veröffentlichte und

die einen Plan entwickelt, durch welche 3 intern autonome Staaten Israel, Palästina und Jordanien, in ein föderales Verhältnis mit einer gemeinsamen Hauptstadt in Jerusalem gelangen sollen. Er schlägt jetzt vor, dass Vertreter von Israel, der Palästinenser und Jordanien's erste Verhandlungen führen sollen, da es in erster Linie diese Leute angeht. Die zweite Phase der Verhandlungen soll dann zwischen den arabischen Staaten und "der Konföderation" stattfinden.

 $\frac{\text{http://www.tristan-abromeit.de/pdf/18.2.2\%20Agenda\%20N.\%20Teil\%20I\%20Anhang\%20S.53-75\%20Form\%208.06.pdf}$

5. Teil: <u>Zum Transatlantischen Handelspakt TITIP, Brexit,</u> <u>Bodenrecht, Populisten, Volksgesetzgebung</u>

Gabor Steingart schrieb am 11. August 2016 im Handelsblatt Morning Briefing:

Kanzlerin Merkel geht in der Debatte über das geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP weiter auf Distanz zur Wirklichkeit. Das Gutachten des Wirtschaftsministeriums, das auf 25 Seiten den ernüchternden Verhandlungsstand referiert, lässt sie unbeeindruckt. Es sei nach wie vor das Ziel, "die Verhandlungen bis zum Jahresende abzuschließen", sagte eine Merkel-Sprecherin. Wie das nach drei Jahren erfolgloser Verhandlungen gelingen soll, verriet die Sprecherin nicht. Merkel hat sich offenbar einen Ausspruch des bekennenden Zynikers Rudolf Augstein zu eigen gemacht: Die Hand, die den Wechsel fälscht, darf nicht zittern.

In der HAZ las ich in den letzten Tagen ebenfalls, dass der Zeitplan für das Abkommen nicht eingehalten werden kann. Auf der Titelseite der ZEIT vom 21. Juli steht der Artikel:

Abschied tut weh

Warum ein Ende des Handelsabkommens TTIP den weltweiten Rückzug ins Nationale beschleunigen würde von Uwe Jean Heuser

. . .

Die Globalisierung wird zurückgedreht

Sigmar Gabriel und seine SPD wollen das transatlantische Handelsabkommen schon begraben, während die EU noch mit den Amerikanern darüber verhandelt. Sie setzen damit ein Zeichen: TFIP ist am Ende. Selbst wenn die Verhandler aus Brüssel und Washington sich nach drei Jahren und 14 Gesprächsrunden überraschend noch auf mehr einigen als den Abbau von ein paar Zöllen: Wer kann sich vorstellen, dass ein in sich gekehrtes Amerika und alle Parlamente im globalisierungskritischen Europa dem ambitioniertesten Freihandelsprojekt der Geschichte zustimmen werden?

TTIP war ein Zeichen der Hoffnung in einer Welt, in der die Globalisierung längst zurückgedreht wird. Staaten schränken den Rohstoffhandel ein, wenden sich gegen ausländische IT-Produkte und sorgen dafür, dass öf-

fentliche Stellen bei heimischen Unternehmen einkaufen. Zwischen Mitte 2014 und Ende 2015 haben allein die großen Länder der Welt rund 200 neue Barrieren errichtet und in derselben Zeit nicht einmal 20 alte Hürden entfernt. ...

... Lange tat man so, als sei TTIP nur Routine - ein Handelsabkommen wie Hunderte zuvor. Da hatte die Finanzkrise längst die Wut auf die Globalisierung geschürt. Außerdem übersahen die Politiker: Mit dem Abbau von Zöllen an den Außengrenzen kommt man im Westen nicht mehr weit, weil es kaum noch welche gibt. Deshalb soll TTIP Regeln im Herzen der Gesellschaft vereinheitlichen - bei technischen Standards oder im Verbraucherschutz. Was da geschieht und warum, hätten die Verhandler von Anfang an offenlegen und erklären müssen.

Vor allem haben sie vergessen, das Kleingedruckte bei Ricardo zu erwähnen. Zwar lässt der Freihandel den Wohlstand einer Nation insgesamt wachsen, aber nicht den aller Bürger. Bauern können ihre Existenz verlieren, Arbeiter ihren Job, Verbraucher ihr lieb gewonnenes Produkt. Die Politik muss sich das eingestehen und von vornherein versuchen, den Verlierern zu helfen.

Das zaudernde Europa hat gezeigt, wie man es nicht macht. Wer heute noch Globalisierung will, muss schon geschickter vorgehen. Und Tollkühnheit gehört auch dazu.

Ich denke "geschickter vorgehen" kann bei diesem Vorhaben auch heißen, "besser täuschen". Gegen den Verdacht, dass getäuscht werden soll, hat sich der Protest ja gebildet. Nun wollte ich schreiben, "nicht Tollkühnheit sondern Kühnheit erfordert das Projekt". Aber aus der Bedeutungsbestimmung im Duden kommen die Differenzen zwischen diesen Begriffen nicht klar heraus.

Obwohl ich für den Freihandel bin, wäre ich enttäuscht, wenn die Menschen das geplante Abkommen einfach ignoriert oder kommentarlos hingenommen hätten, wie den Verrat des Demokratieprinzips und das Grundgesetz im Vereinigungsprozess der deutschen Republiken. Wenn ich den Protestaufruf trotzdem nicht unterschrieben habe, dann einfach, weil mir ein Nein nicht genügt. Ich konnte nicht sehen, dass die Protestbewegung nicht selber etwas durchzusetzen versucht, was ich nicht wollte. Die Menschen sind auch wirtschaftlich international aufeinander angewiesen, also muss man Regeln oder Verfahren entwickeln, wie man den Austausch von Gütern und Leistungen zum Nutzen aller gestalten will. Nicht jede Ausarbeitungen von Regeln wird mit größerer Zahl der Mitwirker besser. Aber es kann Verfahren geben, wo stufenweise von allen Betroffenen oder wenigstens von den Interessierten der Zu- oder Widerspruch erkundet wird. Es kann in einer Demokratie nicht angehen, dass man das Volk für alles und immer für zu dumm hält. Die Strukturen und Verfahren müssen –

wenn die Idee von der Demokratie nicht als unbrauchbar zu den Akten gelegt werden soll – so gestaltet werden, dass ein Mensch mit durchschnittlicher Intelligenz auch ohne spezielles Studium sie versteht. Eine internationale Standardisierung von Verfahren und Waren kann durchaus von Nutzen sein, sie darf aber nicht so weit gehen, dass alle nationale Eigenheiten von außen unmöglich gemacht werden können. Die Veränderung oder Anpassung muss aus der Mitte der Gesellschaften kommen. Und hier kann man durchaus vom positiven Anpassungsdruck des Marktes sprechen. Wenn zum Beispiel Verbraucher oder Anwender metrische und nichtmetrische Schrauben in Geräten mit gleicher Funktion akzeptieren, ist das kein Problem. Wird im Markt eine Sorte bevorzugt, wird der benachteiligte Produzent sich anpassen müssen, wenn sein Absatz nicht weiter absacken soll. Solche Anpassungen sind also von Vorteilsüberlegungen bestimmt, werden aber nicht als Bevormundung der Bürokratie (auch in Parlamentsform) empfunden. Von dem Verfahren, das unsere Bundeskanzlerin bei TITIP gewählt hat, kann man nicht sagen, das es im Westen unsere Republik unüblich ist, aber vom Grundsatz her gesehen passt es besser in die DDR, die es nicht mehr gibt. Aber – wenn ich so nachdenke – erscheint mir das Verständnis von politischer Gestaltung gar nicht grundverschieden von dem, was man in der DDR und heute auf europäischer Ebene hat. Danach sind die Bürger einfach zu dumm und die Bürokraten haben eben den besseren Überund Durchblick. Diese Haltung hat ja den Protest gegen TITIP und auch den Brexit ausgelöst. Die Ironie der Geschichte liegt darin, dass die Mehrzahl der Protestler vom gleichen Geist beseelt ist. Wenn sich die Gelegenheit ergibt, sind sie selber mehrheitlich ohne sich verbiegen zu müssen im bürokratischen Staat, der für den Bürger denkt, sorgt und ihnen die Mündigkeit vorenthält, gedanklich zu Hause.

00000 – Einschub 3 – 00000

Ein E-Mail von Mehr Demokratie e.V. vom 3. August 2016

Sehr geehrter Herr Abromeit,

seit heute Morgen sind wir sechsstellig: 100.000 Vollmachten liegen gestapelt in Erfurt. Ein Kraftakt für alle, die über CETA geredet und die Klage-Idee bekannt gemacht haben. Und richtig viel Arbeit auch für die bis zu 27 Mitarbeitenden, die seit Wochen im Christophoruswerk Erfurt zehntausende Briefe öffnen, die Vollmachten alphabetisch sortieren und erfassen.

Das ist ein großer Moment: 100.000 Bürgerinnen und Bürger werden gemeinsam gegen CETA vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Das wird die größte Bürgerklage in der Geschichte der Bundesrepublik!

Der Sache ist das durchaus angemessen, denn dieses Freihandelsabkommen ist einer der größten Angriffe auf die Demokratie. Hierüber wird noch zu reden sein, auch im Deutschen Bundestag und im Bundesrat. **Aber Achtung, CETA soll noch in diesem Herbst vorläufig zur Anwendung kommen, und zwar komplett.** Damit werden Tatsachen geschaffen, haben beispielsweise ausländische Konzerne Sonderklagerechte, obwohl CETA noch von keinem Mitgliedstaat ratifiziert wurde.

Damit soll CETA jahrelang gelten, auch wenn es später abgelehnt wird. **Das geht gar nicht!** Genau diese Aussage erhoffen wir uns vom Bundesverfassungsgericht. Gemeinsam mit Campact und foodwatch – und mit (!) 100.000 Bürgerinnen und Bürgern - ziehen wir nach Karlsruhe. **Wir sammeln weiter Vollmachten bis kurz vor der Einreichung im Herbst.**

Hier können Sie die Vollmacht herunterladen!

Das ist auch ein politisches Signal und es unterstreicht die Forderung an die Bundesregierung: **CETA darf nicht vorläufig zur Anwendung kommen!** Aus dem Kanzleramt und dem Wirtschaftsministerium verlautet allerdings anderes. Deshalb kämpfen wir, deshalb bereiten wir die Klage vor.

14 Meter lang ist die Reihe der Aktenordner bereits, in denen die 100.000 Vollmachten alphabetisch sortiert abgeheftet werden. **Wird die Klage in Karlsruhe eingereicht, werden wir einen LKW brauchen.** Bis dahin aber sprechen wir weiter Menschen an, diese große Klage, die größte, zu unterstützen.

Diesen Sommer gibt es keine politische Pause.

Wir werden nicht nachlassen, gegen CETA und TTIP zu kämpfen.

Heute aber haben wir einen Grund zum Feiern: die 100.000te Vollmacht!

Herzlich grüßt Sie

Ralf-Uwe Beck

Vorstandssprecher von Mehr Demokratie

Rail. we seel

P.S.: Neben der Klage bereiten wir derzeit auch die nächsten Großdemonstrationen gegen CETA und TTIP und für einen gerechten Welthandel vor – für den 17. September in sieben Großstädten: Berlin, Leipzig, Stuttgart, Köln, Frankfurt/Main, Hamburg und München.

<u>ooooo – Einschub 3 Ende ooooo</u>

Nach meiner Einschätzung hat der Brexit und die Auflehnung gegen TITIP die gleiche Ursache, nämlich der etatistisch-interventionistische Stil der Regierungskunst, der auf Europa übertragen wurde, aber von den Protestlern selber mit geschaffen oder wenigstens zu lange erduldet wurde. Das hat wieder seine Ursache darin, dass die Ursachen für ökonomischen Bedrückungen nicht erkannt wurden und dadurch die Hoffnungen geweckt wurden, Vater

Staat könne für sie die Probleme lösen. Dieser Weg wurde zu einer Sackgasse und keine politische Partei von Bedeutung hat ihnen einen Ausweg anzubieten. Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner tut so, als hätte er ein Angebot, mit dem der Ausweg gezeigt würde, aber in Wirklichlichkeit läuft er herum wie ein gerupfter Hahn ³⁰, der sich präsentiert, als habe er bei der Hahnenschau den ersten Preis gewonnen. Ich betone wiederum, mir geht es hier nicht um eine Herabsetzung von Personen, sondern um die Mangel an Inhalten und da wo sie gezeigt werden, an den Mängeln in ihnen. Ich lasse Ausschnitte aus einem Interview von Dieter Wonka mit Christian Lindner folgen. (HAZ 14. Juli 2016)

"Der Brexit hat gezeigt, dass Populisten nur zerstören können" FDP-Chef Christian Lindner über das Irrationale in der Politik, Steuererleichterungen – und die Chance seiner Partei bei der nächsten Wahl

Herr Lindner, die FDP plant für den Wahlkampf 2017 genauso viel Geld ausgeben zu können wie 2013. Wer investiert noch bei der FDP? Unsere über 50000 Mitglieder und viele Überzeugungstäter, denen eine liberale Stimme im Bundestag fehlt. Außerdem haben wir in unserer Partei das gemacht, was wir auch dem Staat dringend empfehlen: mit weniger Geld besser umgehen.

Sie wollen zurück in den Bundestag. Wie kommen Sie darauf, dass die FDP deutlich zulegen kann, obwohl der AfD die Zweistelligkeit zugetraut wird?

Unsere Chance ist, dass im Bundestag momentan ausschließlich sozialdemokratische Parteien vertreten sind. Die AfD ist für verantwortungsbewusste Menschen keine Option. Der Brexit hat gezeigt, dass Populisten nur zerstören können. Wir stehen also im Wettbewerb zu den anderen demokratischen Parteien. Und gemeinsam gegen die völkische und autoritäre AfD. Mir ist wichtig, dass die kritische Beschäftigung mit dem Islamismus nicht nur den Radikalen überlassen bleibt. Denn die Liberalität wird im Staat des Grundgesetzes sowohl vom Rechtspopulismus der autoritären AfD als auch durch den Islamismus herausgefordert. Alle staatstragenden Parteien müssen sich dazu stellen. Die Bürger erwarten von uns das Bekenntnis, dass nicht wir uns anpassen müssen, sondern diejenigen, die mit ganz anderen Werten und Moralvorstellungen zeitweise zu uns kommen.

Sind AfD und Islamisten zwei Seiten einer Medaille?

Die Linksextremisten gehören auch noch dazu. Religiösen und politischen Irrationalismus sehe ich als Gefahr. Alle drei Bewegungen wollen ein anderes Deutschland, Wir wollen, dass Deutschland weltoffen, tolerant und frei bleibt.

^{30 &}quot;Gerupftes Huhn" passt ja nicht.

Sie halten 8 Prozent für die FDP für möglich?

Wir wollen keinen Zahlenwettbewerb, sondern einen Wechsel bei den politischen Prioritäten. Heute wird Wohlstand nur verteilt. Wir brauchen die richtigen Rahmenbedingungen, um auch in Zukunft Wohlstand zu erwirtschaften. Die Orientierungslosigkeit der Regierung zeigt sich doch, wenn Sigmar Gabriel sich nicht um ein Gigabit-Netz kümmert, sondern sich mit einem falschen Markteingriff bei der Tengelmann-Übernahme eine Klatsche vor Gericht holt. Außerdem müsste der Anschlag auf die Arbeitsplätze im Mittelstand durch das von der Großen Koalition geplante Gesetz zur Erbschaftssteuer gestoppt werden.

Das Interview – auch der Teil, der hier nicht wiedergegeben wird, kann für mich kein Anlass sein, die FDP zu wählen, obwohl ich von der grünen Partei enttäuscht bin und fast ein Jahrzehnt Mitglied der FDP war. Die FDP vertritt einen rudimentären Liberalismus, der die Politik noch mehr in den interventionistischen Etatismus treibt. Die FDP-Liberalen sind deshalb nicht besser als die Neoliberalen (zweiter Prägung), die einen partiell blinden Liberalismus vertreten. Ich habe es mir nie so leicht gemacht, dass ich einfach nur die Sachverhalte und politischen Haltungen, die mir nicht passten, verurteilt habe. Ich füge ein paar Links ein, die zu Texten von mir führen, anhand derer meine Aussage überprüft werden kann.

Herrn Prof. Dr. Maihofer
Vorsitzender der Programmkommission der FDP
4800 Bielefeld Cranachstr. 10 a
Offener Brief zum Thema Parteiprogramm
September 1971

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.4%20FDP%20OB%20zum%20PP%20Sept.%201971.pdf

PIÄDOYER

für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen 18.02.1978

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedoyer%201978.pdf

Mein Abschied von den GRÜNEN (Vor einer Wahl ohne Chancen für eine bessere Politik) Text 75.1 / Ergänzung / Ich habe meinen Wahlszettel verbrannt! 21. 09. 98

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.1%20Abschied%20Gruene%20Ergaenzungen.pdf

Mein Abschied von den GRÜNEN (Vor einer Wahl ohne Chancen für eine bessere Politik) (Haupttext) August 2009

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/75.0%20Abschied%20von%20den%20GRUENEN.pdf

Nun ein paar Anmerkungen zu Lindners Äußerungen. Der Begriff Populist ist so unscharf, dass er gut geeignet ist, politische Gegner damit niederzuknüppeln, wie mit anderen Totschlagwörtern. Es macht sich nie gut, eine andere Partei herabzusetzen, um die eigene im guten Licht erscheinen zu lassen. So wie die AfD heute, so wurde die grüne Partei ebenfalls in den Anfangsjahren negativ von den Medien und den Altparteien beurteilt. Außerdem gibt es neue politische Kräfte wie – "Rechts-Populismus", "Identitäre Bewegung" "AfD" und "Islamismus" nur, wenn die alten politischen Kräfte durch die Unzufriedenheit der Bürger mit den Ergebnissen der Politik, der herrschenden Parteien Raum dafür geschaffen haben. Die FDP gehört aber zu den alten Kräften, die ihre Chance zur Gestaltung einer freien Gesellschaft nicht genutzt hat, weil sie diese Möglichkeit aufgrund ihrer unscharfen Brille gar nicht gesehen hat. Lindner beklagt also etwas, was seine Partei mit geschaffen hat. Wenn dies als Einsicht bei der FDP erkennbar würde, könnte man ja noch die Hoffnung haben, dass sie zu etwas Besserem beitragen könnte. Es ist aber nicht erkennbar, dass ihr Rauswurf aus dem Bundestag bei ihr einen Erkenntnisschub ausgelöst hat. Der folgende Satz von Lindner klingt ja gut (Ich wiederhole das Zitat):

Wir wollen nicht Ängste schüren, sondern den Menschen Mut machen. Deshalb ist Bildung bei uns ganz vorne, steuerliche Entlastung und Abbau von Bürokratie gehören dazu und auch der Ausbau von Infrastruktur und Digitalisierung. Zu den schlimmsten Dingen gehört die Verschwendung von Lebenskraft im Stau oder bei Wartezeiten auf den Ämtern.

Leider lässt er sich so und so interpretieren: Der Hinweis auf Bildung und Entbürokratisierung sind Gemeinplätze, die inzwischen als Pflichtpunkte in jedem "guten" Programm erwähnt werden müssen. In der Bildungspolitik bieten die Parteien nur Variationen von Bildungskommunismus. Siehe dazu mein Schreiben vom 5. 1. 1972 an die Mitglieder des Landefachausschusses für Kultur- und Bildungspolitik der FDP in Niedersachsen. In der "Dokumentation 11" zum Offener Brief vom 1. Mai 2001 an den Nieders. Landtag / Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil / Mai 2001 / Dokumentation 11, Seite 1 bis 45 (eigene Texte im Zusammenhang mit der Bildungspolitik)

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.11%20OB%20Lt.%20Doku%2011.pdf

Der Ausbau der Infrastruktur ist auch so ein Gemeinplatz. Hillary Clinten hat das als Präsidentschaftskandidatin auch auf ihre Fahne geschrieben. Aber schon Winston Churchill wusste, dass sich jede öffentliche Investition als Ertragssteigerung von Grundstückseigentümern

³¹ Das hat mit einer Sympathie für die AdF nichts zu tun, sondern mit der Beobachtung wie neue politische Mitspieler beschrieben und behandelt werden.

Ich habe überlegt, ob ich hier nicht einen Hinweis auf Äußerungen zum Bodenrecht von Friedrich Naumann – nach dem eine Bildungs-Stiftung der Liberalen benannt ist – bringen sollte. In den Zeitungen ist das Thema unterbelichtet. Es kommt neuerdings etwas vor, wenn es um Ackerland geht (HAZ vom 14. Juli 2016) oder um die Wohnungsnot in den Städten (HAZ vom 29. 7. 16). Ich habe aber nicht den Eindruck, dass die Journalisten den Zusammenhang von den hier zu beklagenden Missständen mit dem Bodenrecht sehen. Folglich sind auch die Berichte über die nicht zielführenden Maßnahmen, die die Politik ergreifen will, dürftig. Ich fand nun nicht das Zitat von Naumann in dem Buch von Adolf Damaschke "Die Bodenreform". ³³ Da ich mich aber erinnerte, es in dem von mir aus Anlass der Weltausstellung 2000 erstellten Textsammlung "Das Boden(un)recht" verwendet zu haben, habe ich dort erfolgreich gesucht. Ich fand nicht nur das Zitat ³⁴, sondern auch Äußerungen aus der FDP zum Thema. Ich bringe die Meldungen aus der FDP als Einschub. In meinem Text zum Bodenrecht ist auch eine bedeutende Aussage von Konrad Adenauer zu finden, die ebenfalls aus Damaschkes Buch übernommen wurde.

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.1%20Das%20Boden(un)recht%20Teil%20I.pdf
Das Bodenrecht ist bei uns eine Ursache der ungleichen Vermögens- und Einkommensverteilung und weltweit eine wesentliche Ursache für Kriege, Hungertote und für Flüchtlingsströme. Die Verdrängung des Themas aus der Politik hat einen x mal größeren Schaden angerichtet, wie ihn Links- und Rechtsextreme anrichten konnten. Als mildernde Umstände kann man höchstens die unsachliche und unmenschliche Behandlung der Bodenfrage im ehemaligen Sowjetblock anrechnen. Aber wenn ich das richtig sehe, kann man heute noch ein Studium von Jura, Wirtschaftswissenschaft oder einer anderen Sozialwissenschaft absolvieren, ohne mit diesem Weltthema, das das Leben jeden Erdenbürgers prägt, in Berührung zu kommen. Für mich ist das mit ein Anlass von der Ideologisierung der Handlungswissenschaften

³² Siehe "Vergessener Faktor Boden / Marktgerechte Bodenbewertung und Raumordnung, Martin Pfannschmidt, 1990, mit einem Vorwort von Prof. Gustav Bohnsack

³³ Ich habe ein Exemplar der 20. Auflage von 1923. Das soll ein Hinweis sein auf die Größe der Bodenreformbewegung am Beginn des 20. Jahrhundert. In den ersten Jahrzehnten brannte in der SPD noch ein kleines Licht, welches dies wichtige Anliegen für Wohlfahrt und Frieden beleuchtete. Aber die Parteien haben es geschafft, dieses wichtige Thema zu verdrängen.

³⁴ In meiner Textsammlung auf der Seite 243 und bei Damaschke auf der Seite 105.

³⁵ Ein Begriff, den ich in einem Text von Prof. Maihofer aufgegriffen habe.

00000 - Einschub 4 - 00000

Aus der Frankfurter Rundschau vom 2. 4. 1971:

"FDP will Boden kommunalsieren // Die Thesen eines nächtlichen Beschlusses im Wortlaut / Private Häuser auf öffentlichem Grund als Ziel / In zehn Sitzungen vorbereitet Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Frankfurt hat am Dienstagabend, eine Viertelstunde vor Mitternacht, mit der knappen Mehrheit von 58 gegen 49 Stimmen die Kommunalisierung von Grund und Boden gefordert. Die FR hat in einem Teil ihrer Donnerstagausgabe bereits darüber berichtet. Da dieser Beschluß auch als Frankfurter Antrag beim nächsten Landesparteitag der hessischen FDP eingereicht werden soll, ist ihm ein bundesweites Interesse sicher. Wir bringen die Thesen des nächtlichen FDP-Beschlusses im Wortlaut:

'Das seit 1949 geltende Grundgesetz mit seiner Eigentumsgarantie in Artikel 14 und die sonstigen gesetzlichen Regelungen haben es trotz der darin enthaltenen Sozialbindung nicht vermocht, untragbare Verhältnisse und zahlreiche Mißbräuche mit dem privaten Eigentum an Grund und Boden zu verhindern. Hinzu kommt, daß das private Eigentum an Grund und Boden in seiner historischen und naturrechtlichen Grundlage zweifelhaft ist.

Als Form der Herrschaftsgewalt über Grund und Boden kann das private Eigentum in seiner jetzigen rechtlichen und wirtschaftlichen Gestalt nicht mehr aufrechterhalten werden. Grund und Boden müssen in öffentliches Eigentum überführt werden. Das Privateigentum an Gebäuden wird dadurch nicht berührt. Die Überführung von Grund und Boden in öffentliches Eigentum ist alsbald in Angriff zu nehmen und sollte im Laufe von ein bis zwei Jahrzehnten abgeschlossen sein. Sie erfolgt gegen Entschädigung. Diese Entschädigung muß unter Beachtung des Grundsatzes wohlerworbener Rechte, aber ohne Berücksichtigung von Planungsund Spekulationsgewinnen nach Billigkeit festgesetzt werden.

Der in öffentliches Eigentum überführte Grund und Boden soll auch in Zukunft gegen Zahlung eines angemessenen laufenden Entgeltes zur Nutzung an Privathand überlassen werden. Die Überlassung von Grund und Boden zur Nutzung muß jedoch auf Zeit und unter der Bedingung erfolgen, daß sie aus Gründen des Gemeinbedarfs widerrufen werden kann. Die auf dem Grundstück getätigten Investitionen sind in diesem Falle abzugelten.

Bei der institutionellen Regelung der Verwaltung und Verteilung von Grund und Boden sind Sicherungen gegen die Einflußnahme durch Interessengruppen vorzusehen.'

Soweit der Wortlaut des Beschlusses, den der Arbeitskreis 'Eigentumspolitik' der Frankfurter FDP in zehn Sitzungen in der Zeit vom 17. Dezember 1970 bis 4.März 1971 vorbereitet hatte "

00000

"FDP-Gruppe fordert Bodenspekulationssteuer Schwerin (dpa/mv) Die Gruppe von FDP-Politikern um Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaftsminister Conrad-Michael Lehment und die Landesvorsitzenden von Schleswig-Holstein und Berlin, Wolfgang Kubicki und Carola von Braun, haben sich für die Erhebung einer sogenannten Bodenwertzuwachssteuer ausgesprochen. Mit dieser Steuer sollten Grundstücke belegt werden, die als Bauland ausgewiesen seien, mit denen aber nur spekuliert würde, hieß es in einer Erklärung am Wochenende."

Ostsee Zeitung 24. 8. 92

Im Text Boden(un)recht ab Seite 106.

ooooo - Einschub 4 Ende - oooooo

Anmerkung zum Thema Bodenrecht: Da oft eine Unsicherheit über den Begriff Freiland herrscht und er auch schon böswillig als "Landnahme durch eine Herrenrasse" gedeutet wurde, weise ich auf den nachfolgend benannten Beitrag von mir hin. Er ist entstanden als Reaktion auf einen Artikel in der Zeitschrift Humane Wirtschaft. Er gibt Auskunft über die Geschichte des Begriffes und die Definition durch Gesell.

"Bodenlose Ungerechtigkeit

Privateigentum an Boden gehört neben dem Zinssystem zu den häufig übersehenen Wurzeln sozialer Ungerechtigkeit" Ein Beitrag von Roland Rottenfußer in der HW 04/2008, S. 2.f.

http://www.humane-wirtschaft.de/bodenlose-ungerechtigkeit-roland-rottenfusser/

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/60.BodenloseUngerechtigkeit.pdf

Weiter mit dem Thema Volksgesetzgebung und Populisten

Für den Volks- oder Bürgerentscheid gibt es Befürworter und Gegner. Meistens wird von Gegnern angeführt, dass der Bürger über komplexe Themen nicht abstimmen könnte, weil er nicht genügend Sachverstand hätte. Wenn das richtig wäre, dürfe man den Bürger auch nicht um eine Wahlentscheidung bitten, das ist nämlich eine hochkomplexe Angelegenheit, da kann es völlig falsch sein, jene Partei zu wählen, deren Wahlplakate am meisten ins Auge springen oder jene zu wählen, die man schon immer gewählt hat. Dann kommt oft der Hinweis auf Hitler. Hitler ist nicht durch einen Volksentscheid an die Macht gekommen, sondern durch eine Wahl. Und gewählt wurde er nicht, weil die Deutschen plötzlich mehrheitlich Rassisten und Antisemiten geworden waren, sondern weil sie nach dem Strohhalm griffen, der sie aus dem Zustand des Ertrinkens retten sollte, der von den demokratischen Parteien er-

zeugt worden war. Es folgt dann der Hinweis auf die Verführung durch Populisten. Die Gefahr von Populisten ist in problematischen Gemengelagen der Politik immer gegeben mit und ohne Bürgerentscheide. Auch hat die Wahlwerbung der Parteien populistische Züge.

Der Volksentscheid ist kein Instrument der Regierung, um Parlamente auszuhebeln wie auch nicht umgekehrt, damit das Parlament die Regierung schachmatt setzen kann. Der Volksentscheid ist dafür da, um dem Monopol des Gesetzgebers Grenzen zu setzen und als Korrektiv zu wirken, wenn Regierung und Parlament nicht für das Volk wirken, sondern gegen das Volk.

Oliver Seitz, Redakteur unserer örtlichen Anzeigen-Zeitung *Neustädter Zeitung* schrieb aufgrund örtlicher Auseinandersetzung um einen Rathausbau, in der eine Bürgerbefragung gestartet wurde, die wohl nicht den geltenden Regeln entsprach:

Wie viel haben Bürgerentscheide mit Demokratie zu tun? Für meinen Geschmack nicht genug. Ich habe mal anders gedacht, der Brexit war jetzt aber nur so etwas wie die letzte Bestätigung. Die Tatsache, dass in mehreren Ländern Europas gerade die nach Volksabstimmungen schreien, die es sonst mit der Demokratie auch nicht so haben - Marie Le Pen in Frankreich oder die AfD bei uns -, ist mir Warnung genug. Den Populisten möchte ich in Neustadt nicht das Feld überlassen, die etablierten Parteien und die Verwaltung haben das aber in der Rathausfrage ebenso getan wie Politiker in Großbritannien. Der eigentliche Initiator des Bürgerbegehrens, Dirk Salzmann, gehört auf jeden Fall ins Lager derer, die gern mit markigen Sprüchen arbeiten und in ihrer politischen Laufbahn oft durch Ränkeschmieden aufgefallen sind. ... (Ausgabe der NZ vom 29. Juni 2016, S. 5)

Man kann ein politisches Entscheidungsverfahren nicht danach beurteilen, ob das Ergebnis nach eigener Mütze ist oder nicht. Wenn heute bei uns und anderswo politische Haltungen wieder zum Vorschein kommen, die man unter "rechts" in die Schublade sortieren kann, dann spiegeln sie nur die Fehler wider, die die Kräfte gemacht haben, die man als mittig oder links in die Schublade sortieren kann.

Die direkte Demokratie ist ein Korrektiv der repräsentativen Demokratie. Beide Verfahren benötigen klare Regeln aber auch Grenzen gegenüber der Einwirkungsmöglichkeit auf das Individuum. Auf Landes- und kommunaler Ebene bestehen in der Regel schon Verfahren der Bürgerbeteiligung. Sie sind - so kann man es lesen – zu oft unzulänglich und müssen aufgebessert werden. Die Politiker sträuben sich häufig, weil sie befürchten, dass ihre Arbeit da-

durch noch schwieriger wird. Aber hier kann man schon sehen, dass Verfassungsfragen nicht von Regierungs- und Parlamentsmitgliedern beschlossen werden sollten. Im Grundgesetz Artikel 20 steht unter Ziffer (2) "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt." Der Begriff Abstimmungen kann sich logischerweise nur auf eine direkte Mitbestimmung der Bürger auf die Verfassung und auf Gesetzgebung beziehen. Die Verfassungsgebende Versammlung hat in diesem Fall versäumt eine Verfahrensregel zu beschließen und der Bundestag in Folge hat in Bezug auf den Artikel 20 GG die Verfassung missachtet, weil er den Mangel nicht in der Zeit der Geltungsdauer des Grundgesetzes mit einem Beschluss über eine Verfahrensregel beseitigt hat. ³⁶ Ich gebe zwei Stellungnahmen zu den Fähigkeiten des Menschen als Bürger wieder und füge dann zwei Links zum dreigliedrigen Verfahren über die Volksgesetzgebung ein.

"Es ist eine Irrlehre, dass es Fragen gibt, die für normale Menschen zu groß oder zu kompliziert sind", so der 1986 ermordete schwedische Ministerpräsident Olof Palme. "Akzeptiert man einen solchen Gedanken, so hat man einen ersten Schritt in Richtung Technokratie, Expertenherrschaft, Oligarchie getan." Die direkte Demokratie gibt erst den Anstoß, komplexe Sachverhalte verständlich darzustellen.

https://www.mehr-demokratie.de/argumente-gegen-volksentscheide.html

"Ich kenne keinen sichereren Aufbewahrungsort für die gesellschaftliche Macht als das Volk. Wenn wir das Volk für zu unwissend halten, müssen wir es bilden, aber nicht ihm seine Rechte nehmen." - Thomas Jefferson (1820), dritter Präsident der Vereinigten Staaten und Verfasser der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung

https://www.mehr-demokratie.de/debatte.html

https://de.wikipedia.org/wiki/Dreistufige Volksgesetzgebung

- I. Mit 100.000 Unterschriften für eine Volksinitiative kann dem Bundestag ein Vorschlag vorgelegt werden.
- II. Lehnt der Bundestag die Volksinitiative ab, kann ein Volksbegehren eingeleitet werden. Dann sind eine Million Unterschriften erforderlich, damit es zu einer Volksabstimmung kommt.
- III.- Bei der abschließenden Volksabstimmung entscheidet wie bei Wahlen die Mehrheit. Jeder Haushalt bekommt zuvor eine Abstimmungsbroschüre mit wichtigen Informationen und Argumenten.

http://muenster.org/mehr-demokratie/volksabstimmung.htm

³⁶ Wenn bei uns tatsächlich demokratische Prinzipien gelten sollen, kann der Mangel nur durch das Volk in einer neuen Verfassung behoben werden. Aber von unseren staatstragenden Parteien ist diese demokratische Korrektheit nicht zu erwarten.

Zum Brexit:

Den Brexit empfinde ich nicht als Schaden für die Einheit Europas, sondern als notwendiges Signal vor einer weiteren Fehlentwicklung. Proteste, Loslösungen und nationalistische Bewegungen sind nicht die Ursachen der Störungen, sondern die Folgen einer blinden Zentralisierung wirken sich hier aus. Die Ursache liegt im Verständnis von Politik und dessen, was das Handeln des Staates ausmacht. Überall ist zu erkennen, dass der Marktwirtschaft als dezentrales Verteilungssystem nicht getraut wird. Jedes Förderungsprogramm ist eine Störung der Lenkungsfunktion, die der Preis in der Marktwirtschaft hat. Wenn ich an die Förderungsprogramme denke, fallen mir die Bezugsscheine aus der Kriegs- und Nachkriegszeit ein und die Energiepolitik assoziiere ich schon lange mit den Plakaten "Kohlenklau" aus der Kriegszeit, mit der die Bevölkerung zum Energiesparen angehalten werden soll. Wenn ein Gut in der Marktwirtschaft knapp ist, dann muss das im Preis zum Ausdruck kommen. Wenn echte Preise für viele Haushalte nicht tragbar sind, hängt das ja damit zusammen, dass der Staat als ordnende Gestaltungsmacht die Marktwirtschaft nicht entstört, sondern hier nur flickschustert oder mit einem anderen Bild beschrieben - wie in der Nachkriegszeit Löcher im Fahrradreifen mit Flicken überzieht. Es ist Schwachsinn oder ein bewusstes Täuschungsmanöver, wenn ich hier bei uns an einem Steg oder an einer Aussichtsplattform lesen muss, "gefördert durch die EU". Wenn in der Region irgendetwas mit 1000, 10.000 oder 100.000 Euro gefördert wird, bedeutet das doch, dass wenigstens die doppelte Summe aus der Region abgezogen wurde, weil die Hälfte von den zwangsweise erhobenen Geldern die Umverteilungsbürokratie verschluckt. Es ist auch nicht erforderlich, dass die EU den Ländern Vorschriften über Glühbirnen und Brückengeländer macht. Aber diese Neigung kann man nicht nur der EU anhängen. Die EU-Beamten, die aus den Mitgliedsländern kommen, bringen diese Neigung ja aus den Mitgliedsländern mit. Es ist ein Ausdruck des deformierten Denkens, dass offensichtlich in den Hochschulen gelehrt wird. Der Unmut über die EU ist auch ein Unbehagen über den Politikstil in den Mitgliedsländern. Diese Ursache für den Unmut an die EU ist vermutlich noch nicht in das Bewusstsein der Bürger eingedrungen, aber hat schon mit zur Politikverdrossenheit beigetragen.

Europa kann man sich auch ganz anders denken und damit gestalten. Wenn ich hier auf Gesell zurückkomme, dann nicht aus Verehrung seiner Person und auch nicht aus einer geistigen Abhängigkeit von ihm – ich kann von einer anderen geschichtlichen Person genauso eine Aussage übernehmen, wenn sie mir einsichtig ist – wie von Gesell. Ich habe vermutlich

nicht einmal 10 % dessen gelesen, was er schriftlich hinterlassen hat. Wenn ich bezüglich eines Themas bei ihm nachschaue, stelle ich meistens eine Übereinstimmung meiner Schlussfolgerung mit den seinen fest. Gesell ist eben für jene gut, die sich trauen, selber ihren Denkapparat zu nutzen und er ist ein guter Stichwortgeber. Es lohnt sich, kurze Aussagen von ihm in der schon genannten Werkauswahl zu lesen. Ein Beispiel:

"Ich habe den klingenden Beweis in der Tasche, dass ich ein befähigter Kaufmann bin resp. war. Mit 100 Frs Schulden und etwas Kredit etablierte ich mich vor 10 Jahren und mit 100.000 Frs in der Tasche zog ich mich zurück. Jetzt bin ich Grundbesitzer, lebe von Zins und Rente und beschäftige mich in meinen Mußestunden damit, den Ast abzusägen, auf dem ich jetzt mit ungewohnter Behaglichkeit sitze, indem ich auf Abschaffung von Zins und Rente arbeite."

Brief an Michael Flürscheim vom 15.2.1900 aus Les Hauts Geneveys, in: Band 18, S. 31.

Ich kann da mit Gesell nicht mithalten und muss mich in dieser Beziehung eher Marx zuordnen, der im bürgerlichen Sinn ja auch nie etwas Ordentliches geworden ist. Der Vergleich ist kein Anspruch auf eigene Größe, sondern ein Hinweis auf Übereinstimmung bestimmter Eigenschaften.

Ich habe nun im Register der Gesammelten Werke von Gesell nachgeschaut, ob er das Thema Europa bearbeitet hat. Gefunden habe ich "Die Weltkraftzentrale 'Vier' und ihre Verfassung", im Band 8 (Beiträge von 1913 – 1918); "Die Statuten der Vereinigten Staaten von Europa" im Band 15 . 1924 – 1925 und der Vereinigte Unsinn von Europa. Gegen den europäischen Zollverein" im Band 16 . 1926 -1927. Als Motto hat er hier gewählt: "Natürlichem genügt das Weltall kaum, was künstlich ist, verlangt geschlossenem Raum." (Faust) Gesell hält den Zoll generell als eine Kriegserklärung an die Länder auf dessen Waren ein Zoll erhoben werden soll.

Bei der Suche entdeckte ich auch den Text "Physiokratische Friedensdiktate zum freundlichen Gebrauch für den Sieger, wer auch immer es sei." Gesell hat den Beitrag im Ersten Weltkrieg geschrieben, er geißelt darin die Lüge, die Unterschlagung versöhnlich wirkender Ereignisse durch die Hetze, die als Instrumente von Regierungen und der Diplomatie benutzt werden.

... Mit diesem Gesetz würden wir alle Hetzer ins Herz treffen und vollkommen entwaffnen. Denn Hetze ist Lüge. Die Hetzer unterschlagen alle versöhnlich wirkenden Ereignisse, und Unterschlagung bzw. Totschweigen ist gleichbedeutend mit Lüge. Die wirksamste Angriffs-

waffe der Hetzer fällt also unter 1 des Friedensdiktates – Wer lügt, wird gehängt. Die Volksmassen sind friedliebend, vom Krieg, einerlei wie er auch ausfallen mag, können sie nichts als Unzucht, Ungeziefer und Hunger erwarten. Wenn sie aber jetzt alle mit den Zähnen fletschen und uns zerreißen wollen – so ist das nur der Lüge, dem systematischen Lügenfeldzug der Hetzer zuzuschreiben. Darum: "Die Lügner, die Hetzer werden gehängt". Der Gott, der den Hanf wachsen ließ – der wollte keine Lügner!

Sonne, Licht und Wahrheit allein können die Menschheit höheren Zielen zuführen und den ewigen Völkerfrieden verbürgen. Darum soll auch das erste und oberste Gesetz **aktiver Friedenspolitik** dem Schutze des Lichtes und der Wahrheit dienen.

Das Friedensbureau soll befugt und verpflichtet werden in allen Ländern der Welt die Lügner zu greifen, vor sein Tribunal zu ziehen und das Urteil zu vollstrecken. Ob das Urteil nun gerade durch den Strick zu vollstrecken sein wird – darüber werden die im Haag selbstherrlich bestimmen. Es gibt ja noch andere wirksame Mittel. Wird zum Beispiel eine Zeitung verurteilt, jede von ihr gebrachte Lüge 10 oder 100 Mal auf der ersten Seite im Wortlaut zu wiederholen und zu dementieren, so wäre das, was den Erfolg anbetrifft, ungefähr mit dem Hängen des Sünders gleichbedeutend. Über die Mittel, wie man die Hetzer und die Lüge ausrotten soll, wird man sich verständigen. Die Hauptsache ist, daß in dieser Beziehung sofort nach Friedensschluß mit größter Entschlossenheit vorgegangen werde, daß das Friedensbureau mit den weitgehendsten hoheitlichen Vollmachten ausgestattet werde. Namentlich soll das Friedensbureau auch inquisitoriale Vollmachten den auswärtigen Ämtern gegenüber erhalten, denn gerade dort wird gelogen, verheimlicht, totgeschwiegen. Der Generalinguisitor soll die Hausschlüssel aller auswärtigen Ämter der Welt besitzen. Dieser Krieg ist zum Teil der Geheimniskrämerei zuzuschreiben, die in den auswärtigen Ämtern betrieben wird. Wenn die auswärtigen Ämter unter öffentlicher Kontrolle ständen, dann wäre es sicher nicht so weit gekommen. Die Gesandschaften müssen abgeschafft werden. Was eine Regierung der anderen zu sagen hat – kann durch die Presse geschehen. In wichtigen Angelegenheiten kann das Parlament eine Kommission in das Nachbarparlament schicken, wo sie vor der breiten Öffentlichkeit ihre Anträge oder Klagen vorbringt. Zu überlegen wäre, ob die auswärtigen Angelegenheiten nicht besser Frauen-Parlamenten zu übertragen wären. Aber vor allen Dingen: Völlige Öffentlichkeit, keine Geheimnisse, keine Geheimverträge. Geheimverträge sind Lügen und Lüge ist Krieg.

Das sei also Nr. 1 der Friedensdiktate: Abschaffung aller Geheimverträge, Einführung breitester Öffentlichkeit in allen auswärtigen Angelegenheiten und ihre Kontrolle durch inquisitoriale Vollmachten für das Friedensbureau im Haag. Souveräne Machtbefugnisse für dieses Bureau zum Zwecke der Verfolgung, Aburteilung und Strafvollstreckung der Lügner und Hetzer in allen Staaten der Welt. ... (Silvio Gesell, Gesammelte Werke, Bd. 8 1913 – 1916)

Gesell bleibt nicht bei dem Appell an die Moral stehen, sein Text zeigt aber auch, dass er im Krieg Weltbürger bleibt. Ich schätze, Gesell wollte sich mit der Niederschrift seinen Kummer und Groll über den unsinnigen Krieg von der Seele schreiben. Er hat wohl immer die Konflikte, die zu Kriegen führten, genau beobachtet und hat den Schluss gezogen, dass kein Krieg naturnotwendig ist. Er hat mehrfach betont, dass der Völkerfrieden vom Altar des Bürgerfriedens zu holen ist. Dass aber der Bürgerfrieden nicht für nichts zu haben ist, sondern dass dafür Privilegien geopfert werden und die Fehlstrukturen, die immer wieder zum Streit führen, korrigiert werden müssen. Die Presse hat er – nach der besonderen Strafe, die er für sie ausgedacht hat, zu urteilen – zu seiner Zeit vermutlich häufig als ein Organ der Desinformation erlebt. Dass er die auswärtigen Angelegenheiten Frauen-Parlamente entscheiden lassen wollte, wundert mich nicht, da er auch die abgeschöpfte Bodenrente den Müttern zukom-

men lassen will, damit diese von den Vätern ihrer Kinder finanziell unabhängig würden. Ich habe keine Einwände dagegen, wenn Frauen ein Parlament für Auswärtiges füllen würden, wenn man nach einer gründlichen Debatte zum Schluss kommen würde, dass das zweckmä-Big ist und der Beschluss dazu, von dem Souverän, dem Volk getroffen wird. 37 Aber nur Zuständigkeiten zu Gunsten von Frauen zu ändern, bringt nicht viel. Wenn in der Ökonomie und der politischen Maschinerie alles so bleibt wie bisher, dann können Frauen, die mit Macht ausgestattet werden, nur die besseren Männer werden. Und das ist ein fragwürdiger Gewinn. Ich habe drei Zeitungsberichte vor mir liegen, in denen Frauen in der Rolle als Politikerin ein Rolle spielen. In der HAZ vom 14. Juli geht es um die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ("Bundeswehr soll Ausländer reinlassen"), in der Zeit vom 21. Juli geht es um die Wettbewerbs-Kommissarin Margrethe Vestager ("Diese Frau sucht die EU-Formel") und in der Beilage der HAZ "Sonntag" vom 23. / 24. Juli (Zeit für ein neues Netzwerk) geht es um Theresa Mai, die neue britische Premierministerin, um Angela Merkel, die deutsche Bundekanzlerin, um Hillary Clinton, die Präsidentschaftskandidatin in den USA. Weiter geht es um die IWF-Direktorin Christine Lagarde und die UN-Repräsentantin Christina Figueres. "Der Einfluss der Frauen auf der Weltbühne kennt kaum noch Grenzen." So heißt es in dem letztgenannten Artikel von Mathias Koch. Die Frauen mögen anders fühlen (auch anders ihre Macht genießen) als Männer, aber besser könnte die Welt doch nur werden, wenn sie ein anderes Politikverständnis und andere Vorstellungen von der Gestaltung der Nationen und der Welt hätten. Das kann ich nicht erkennen. Also ist es egal, ob die Rollen, die sie innehaben, von Männern oder Frauen eingenommen werden.

Ich komme zu der "Weltkraftzentrale 'vier' und ihre Verfassung". Ich übernehme dafür die Erläuterungen von Werner Onken aus seiner Einführung in den 8. Band !1913 – 1916) der Gesammelten Werke Gesells, weil diese über Gesell hinausführt.

Wie Silvio Gesell sich die staatliche Neuordnung Deutschlands und seiner Nachbarländer nach dem Ersten Weltkrieg dachte, umriß er in der letzten, im 12. März 1916 erschienenen Ausgabe des "Physiokrat" in seinem Aufsatz "Die Weltkraftzentrale VIER und ihre Verfassung". Neben den Weltmächten England, Amerika und Rußland stellte er sich als eine vierte "Kraftzentrale" eine auf bedingungslosem Freihandel, einem naturgemäß geordneten Geldwesen und der Anerkennung bürgerlicher Freiheitsrechte beru-

³⁷ Ich bin durch den Gedanken des Frauen-Parlamentes an Johannes Heinrichs und seine "Revolution der Demokratie" erinnert worden. Er sieht in seinem Demokratiemodell 4 Parlamente vor: 1. Wirtschafts-,
2. Politik-, 3. Kultur- und 4. Grundwerteparlament.
https://de.wikipedia.org/wiki/Johannes Heinrichs (Philosoph)

hende Föderation der einzelnen kontinentaleuropäischen Staaten ohne eine Zentralregierung vor. Der Eintritt in diesen Staatenbund und der Austritt aus ihm sollten auf Freiwilligkeit beruhen. Jeder einzelne Staat sollte in dieser europäischen Föderation Souveränität und seine "... volle Individualität erhalten und entwickeln." ³⁸ Mit dieser Vorstellung einer europäischen Föderation knüpfte Gesell bewußt oder unbewußt an das Werk von Bismarcks großem Gegenspieler Constantin Frantz an. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hatte Constantin Frantz zunächst als Warner vor der deutschen Reichsgründung und dann als ihr Kritiker unermüdlich für seine Überzeugung gekämpft, daß es nicht der "deutsche Weltberuf" sei, in Mitteleuropa einen "großen zentralistischen Staatskörper" zu schaffen. Sowie sich Gesell die "Weltkraftzentrale VIER" nicht als einen supranationalen Zentralstaat, sondern als einen Bund der verschiedensten souveränen Einzelstaaten dachte, so hatte vor

ihm bereits Constantin Frantz die Vorstellung eines "mitteleuropäischen Bundes" als Grundlage einer europäischen Friedensordnung entwickelt. Dieser Bund sollte ähnlich dem mittelalterlichen Heiligen Römischen Reich deutscher Nation ein über den einzelnen Staaten stehendes Gebilde sein, das politisch, kulturell und ethnisch ganz unterschiedliche Glieder bei völliger Wahrung ihrer Selbständigkeit zu einem höheren Ganzen vereint.³⁹ Als Hauptantriebskraft zur Bildung einer solchen europäischen Föderation und als diesen Bund dauerhaft zusammenhaltende Kraft stellte sich Silvio Gesell die wirtschaftlichen Vorteile vor, die sich bei einer Verwirklichung des "echten Freihandels" für die einzelnen Mitgliedsstaaten ergeben: "Das Prinzip der Ewigkeit liegt in ihm ... Die Freiheit ist, lebt, unangetastet, absolut – oder sie ist es nicht. Ein Zoll von 1% ist von der Handelsfreiheit ebenso weit entfernt wie ein Zoll von 100%. Zwischen 0 und 1% liegt ebenso viel Stumpfsinn, Unfreiheit, Gewalt, Hadergeist, Munition und Kanonen, wie zwischen 0 und 100%. Denn 1% ist ja der Wegweiser für 100%, wie der Dieb von 1 Mark moralisch auch für einen Diebstahl von 100 Mark vorbereitet ist ... Der Freihandel, die Ehre, die Gerechtigkeit können nur absolut betrachtet werden. Der Differentialzoll, der Zollverein ... ist ein Fehlgriff. Er nimmt von vornherein der neuen Kraftzentrale alle Entwicklungsmöglichkeiten." 40

Mit diesen Gedanken hat Gesell die Vision eines wirtschaftlich geeinten Europas also um Jahrzehnte vorweggenommen. Inzwischen sind auf anderen geistigen und politischen Grundlagen vielfältige Bemühungen um eine Einigung Europas unternommen worden. Jedoch stehen ihnen auf der schiefen Ebene kapitalistischer Interessenpolitik große Hindernisse im Weg.⁴¹ (Werner Onken in "Zum Geleit", Silvio Gesell – Gesammelte Werke, Bd.8, 1990, S.12)

^{38 (}Fußnote aus dem Original) Der Aufsatz ist mit "Hans-Joachim" unterzeichnet, dem Vornamen seines im Juli 1915 von Jenny Blumenthal geborenen Sohnes.

^{39 (}Fußnote aus dem Original) Vgl. hierzu Manfred Ehmer, Constantin Frantz – Die politische Gedankenwelt eines Klassikers des Föderalismus, Rheinfelden 1988, S. 77 ff.

^{40 (}Fußnote aus dem Original) Silvio Gesell, Die Weltkraftzentrale VIER und ihre Verfassung, in: SGW Band 8, S. 300.

^{41 (}Fußnote aus dem Original) Dirk Löhr, Europäische Zentralbank – Europäische Währungsunion: Das Ende der Stabilitätskultur, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 93. Folge (1992), S. 3-20. – Vgl. außerdem die den Euro kritisch beurteilenden Beiträge von Karl-Albrecht Schachtschneider, Renate Ohr, Dirk Löhr und Thomas Betz in der 117. Folge (1998) der Zeitschrift für Sozialökonomie.

1924 oder 1925 greift Gesell das Thema "Weltkraftzentrale 'vier' und ihre Verfassung" unter dem Titel "Statuten der Vereinigten Staat von Europa" wieder auf. Er versteht hierin Europa als eine Zweckgemeinschaft souverän bleibender Einzelstaaten. Das, was diese Staaten zusammenhält, ist ihr Streben nach Vorteilen aus dem Verbund:

... Was andere Staaten durch Taten, durch Arbeit, auf dem Wege schwerster Opfer und diplomatischer Purzelbäume meistens erfolglos, wenn nicht sogar kontraproduzent erstreben, das geschieht ganz einfach in Vier. Und das verbürgt seinen Bestand. Kein Reich ist jemals so fest gefügt gewesen, wie unser Vier, denn alle Staaten haben bisher den Fehler begangen, über ihren Speck hinaus zu streben, und wer strebt, irrt. Wirtschaftliche Dinge aber sind verständliche Dinge, rein menschliche Angelegenheiten, die sich restlos verstehen lassen und über verständliche Dinge kann man sich immer verständigen. Der Streit beginnt dort, wo persönliche, innere Angelegenheiten zu Tage treten. Religion, Philosophie, Kunst, Weltanschauungen, überhaupt alles Schwankende, Werdende, Breiartige geben den Grund zum Streit unter Staaten. Denn das andere kann sie nur zusammenführen. sie versöhnen. Hinter den genannten Dingen, im untersten Grunde verborgen, dem Blicke des Alltagsmenschen entrückt, findet man ja auch wieder den wirtschaftlichen Kern. Enthüllte man diesen Kern, läge er offen da, nackt, dem Blöden sichtbar, so würde man sich nicht mehr darüber streiten. Der Streit wäre längst, endgültig entschieden. Die Streithähne mit der ganzen Rasse, Brut und Sippe erschlagen und vergessen. Würde man sich wohl heute noch über Schutzzoll und Freihandel zanken, wenn der Kern der Frage, die Grundrente, nicht so tief in den Brei unserer national-ökonomischen Lehrsätze herabgezerrt worden wäre? Räume man die aus wüsten philosophischen, patriotischen, religiösen, rassezüchterischen Irrlehren bestehende Borke, die die Grundrenten schützen soll, weg und jeder wird sofort den Freihandel als die natürliche, jedem Zweifel enthobene Wirtschaftsverfassung erkennen. Da, wo niemand recht zu sagen weiß, was er will, was er meint, was er erstrebt, da suche man die Wurzel des Streites und des Krieges. Aus der Verfassung Viers müssen diese Wurzeln aufs peinlichste ausgerodet werden. ... (Bd. 15, S. 98 f.)

... Was Vier zusammenballt, können nur Dinge sein, die keiner Verwaltung, keiner Regierung, keiner Gesetzgebung, keiner Politik bedürfen. In Vier steht alles auf eigenen Füßen, unumstößlich, wie Naturkräfte. Sobald wir in Vier nicht ohne Zentral-Regierung auskommen, haben wir auch schon den Beweis, daß irgendwo dem Richtgedanken dieser Weltkraftzentale entgegengehandelt worden ist, daß Fremdstoffe in seine Blutbahn eingespritzt wurden. Wie ein planetarisches System, so muß Vier ohne irgend welches Zutun bestehen. Dabei braucht auch die Initiative zu den Dingen, die das Wesen Viers ausmachen, nicht von ihm abzugehen. Vier braucht niemand, die anderen, die Strebenden, die Hilfebedürftigen, die Einzelteile Viers brauchen ihn, und ergreifen die Initiative.

Doch ist letzten Endes diese Initiative auf die von Vier ausströmende Kraft zurückzuführen. Der Kraftprofit, den die Masse über ihre Komponenten voraus hat, gibt den Anstoß zu allen einigenden Bestrebungen. Sobald alle, die an die neue Kraftzentrale sich angeschlossen haben, über eine neue Frage einig geworden, und ihr Gegenstand in der Kontroverse blitzblank gescheuert worden ist, geht dieser stillschweigend in die Masse Viers über. Jeder Massenzuwachs vermehrt aber wieder die Anziehungskraft Viers und reizt zu weiteren Anstrengungen und evtl. auch zu Opfern, um sich diesen neuen Kraftzuwachs dienstbar zu machen. So vermehrt der Zuwachs der Masse zugleich ihr spec. Gewicht. Vier wächst nach außen und nach innen, so daß sich die Anziehungskraft Viers niemals bis zum Ausgleich verbrauchen kann. Sie läuft allen Einigungsresultaten immer voraus. Als gemeinsame Grundlage der neuen Weltkraftzentrale käme vorläufig folgendes in Betracht:

Freihandel – Geldwesen – Freizügigkeit.

Bürgerrecht für alle Einwohner Viers.

Daneben der bekannte Kleinkram: metrisches Maßsystem, Esperanto (Ido) als offizielle Sprache, gemeinsamer Posttarif usw.

Daß nur der Freihandel, und zwar der echte Freihandel, der Freihandel nach außen sowohl wie nach innen, der Zentrale genügend Kräfte zuführen kann, um sie zusammenzuballen und zusammenzuhalten, ist klar. Außerdem kommt auch nur dieser echte Freihandel ohne staatliche Einmischung, ohne Arbeit, ohne Verträge, ohne Tinte und Papier aus, und das ist eine Grundbedingung für alles, was Vier aufgebürdet werden soll. Es ist unmöglich, die sich kreuzenden, widersprechenden Interessen der Einzelbürger in einer Zollformel anzugleichen. Sobald überhaupt das Wort "Zoll" fällt, geht den Menschen das Gefühl für Recht und Unrecht verloren. Sie wissen nicht mehr, was oben, was unten ist, wie Krebse, denen das Kieselsteinchen aus dem Ohr entfernt worden ist. Mein und Dein wird durcheinandergeworfen. Dabei sind die Interessen, die der Zoll berührt, an sich keine festen Größen. Alles schwankt, alles ist hier stetig in Fluß, und stellt immer wechselnde Ansprüche an den Zoll, an den Staat. … (Bd. 15, S. 99. f.)

... Das Geld in Vier ist selbstverständlich von Papier gemacht, weil nur allein das Papiergeld eine zielbewußte, vernünftige Währungspolitik zuläßt. Mit dem Papiergeld kann man irgend einem Ziele zustreben. In den Staaten Viers wird man einem gemeinsamen Ziel in Währungsangelegenheiten zustreben und zwar mit Hilfe einer in allen Einzelstaaten als richtig anerkannten Währungspolitik. Diese Politik will im Innern der Einzelstaaten die dauernde Erhaltung der Warenprobe auf gleicher Durchschnittshöhe, und nach außen (also für alle Staaten Viers) die Erhaltung fester Wechselkurse. Durch genaue, scharfe Anpassung der Geldausgabe an die Warenpreise ist namentlich mit Hilfe des sogenannten Freigeldes das erste Ziel ohne Schwierigkeiten zu erreichen, während das zweite Ziel sich als Nebenprodukt des ersten einstellt, denn zwischen Ländern mit festen Warenpreisen sind die Schwankungen der Handelsbilanzen minimale und deren Saldo leicht durch Stundungen oder sonstige Kreditoperationen anzugleichen. Nichts steht übrigens auch dem entgegen, daß einzelne oder mehrere (oder auch alle) der sich in Vier vereinigenden Staaten durch besondere Geldkonventionen dem Papiergeld interstaatliche gesetzliche Zahlungskraft verleihen, wodurch der Ausgleich nach allen Richtungen hin sich automatisch einstellen würde. (Man vergleiche unseren Vorschlag der Ivanote.) Das ... Bürgerrecht. Hierunter ist das interstaatliche Bürgerrecht Viers zu verstehen. Jeder Bürger eines Staates Viers genießt volle Bürgerrechte in all den anderen. Civis romanus sum sagte der Gallier, der Germane, der Jude. So ist das aber hier nicht gemeint, denn Vier ist als solcher kein souveräner Staat, das sind und bleiben allein die Einzelstaaten. Schutz als Bürger Viers hat man nur als Bürger eines Einzelstaates. Aber dadurch, daß ein Staat den Bürgern der Einzelstaaten Viers Bürgerrecht verleiht, dabei den Freihandel einführt und sein Geldwesen in Übereinstimmung bringt mit dem der anderen Vierstaaten, tritt er dem Bund bei, bildet einen integrierenden Bestandteil Viers – integrierend darum, weil sein Beitritt gleich die Masse der Kraftzentrale verstärkt.

Warum wir für Vier dieses weitgehende Bürgerrecht fordern, soll hier erklärt werden. Was geschieht mit den Kohlen in Vier? Nach welchen Gesichtspunkten wird Preußen das Kohlenmonopol verwalten? Nach monopolistischen Gelüsten? Zu welchen Preisen wird in Vier die Schweiz ihre Gletscher der Betrachtung der Touristen preisgeben? (der Preis kann in den Eisenbahntarifen erhoben werden). Und wie stehts mit den Kalisalzen, dem rumänischen Petroleum, dem Antwerpener Hafen, den serbischen Pflaumen, den bulgarischen Rosen, der dänischen Milch und tausend anderen kleinen und großen Monopolen? Wenn wir diese Frage nicht befriedigend beantworten, so legen wir den Schwindsuchtsbazillus gleich in die Wiege Viers. Den Kraftprofit, den alle Teile von Vier erwarten, den setzen wir bei den inneren Reibungen, zu denen jene Monopole Anlaß geben, wieder zu und der Profit allein soll ja das Ganze zusammenhalten. Diesen Schwierigkeiten kann nur das genannte Bürgerrecht siegesgewiß entgegentreten. Sehen wir zu.

Nehmen wir an, Rumänien beutet seine Petroleumschätze wucherisch aus und es vermag infolge solcher erhöhten Petroleumeinkünfte (die wir der Einfachheit wegen als Staatsdomäne betrachten) unter die Bürger eine Dividende zu verteilen (evtl. in Form eines Steuererlasses), die den Arbeitsertrag in Rumänien höher stellt als in den anderen Staaten Viers. Was geschieht? Nun jeder, bei dem dieses Mehr ausschlaggebende Bedeutung hat, erinnert sich seines Bürgerrechtes und zieht hin nach Rumänien. Rumänien wird überschwemmt; alle Züge dorthin sind überfüllt, namentlich Leute mit sehr geringer Arbeitskraft, Krüppel, Orgeldreher, Wahrsagerinnen, Bärenführer, all das fahrende Volk zieht hin in das Land, wo Dividenden aus wucherisch ausgebeuteten Monopolen verteilt werden Ich ziehe auch mit. Die Zahl der Dividendenberechtigten schwillt und die Dividenden gehen infolgedessen herab, schließlich so weit herunter, daß den Bärenführern der Umzug nach Rumänen nicht mehr lohnend erscheint. Was aber hat dann das rumänische Volk noch von seinem Petroleummonopol? Nicht viel mehr als Ungeziefer. Darum wird sich Rumänien in der Folge davor hüten, sein Petroleum zu höheren Preisen als zur Deckung der Produktionskosten nötig ist, zu verkaufen. So wird man also als direkte Wirkung des genannten allgemeinen Bürgerrechtes in ganz Vier unerhört billiges Petroleum brennen.

Würden wir uns in Preußen, die den Vorgang in Rumänien scharf beobachten, nicht für das billige Petroleum den Rumänen gegenüber mit ebenso billigen Kochsalzen und Steinkohlen bedanken – wenn nicht aus Dankbarkeit so doch aus Scheu vor einer ähnlichen Völkerwanderung? (Bd. 15, S. 102 f.)

Man kann leicht erkennen, dass die Vereinigung Europas bei Gesell (ohne England, da dieses damals noch als eine eigenständige Weltmacht behandelt wurde) entgegengesetzt verlaufen wäre, wie das Europa, was nach dem Zweiten Weltkrieg angestrebt wurde und das jetzt mit viel Getöse zum Austritt Englands geführt hat. Wer Europa als Einheit erhalten will, sollte Gesells Ansatz durchdenken und überlegen, ob da nicht Bausteine entwickelt wurden, die den Zusammenbruch von Europa verhüten könnten. Man darf aber nicht vergessen, dass sich Gesell währungspolitisch gedanklich vom Gold als Währungsmetall gelöst hatte und aufgrund neuer Einsichten in der Lage war, eine Währung anzubieten, die die Preisniveaustabilität mit Vollbeschäftigung und steigendes Arbeitseinkommen zu Lasten anzubieten. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, dass die Bodenrente abgeschöpft wird und die Rente aus den Bodenschätzen allen Bürgern (durch Verteilung der Rente oder über kostendeckende Preise) Europas zu gute kommen. Mit dem Petroleum-Beispiel Rumänien sind schon die Schwierigkeiten beschrieben, die wir bei Freizügigkeit und einem attraktiven sozialem Sicherungssystem zu tun haben. Auch die Notwendigkeit einer Verständigungssprache für alle Europäer benennt Gesell. Dass er hier eine Kunstsprache benennt, liegt sicher daran, dass er die Konflikte und die verzerrten Wettbewerbsbedingungen für den Fall voraussah, dass eine Nationalsprache als allgemeines Verständigungsmittel gewählt würde.

Das Gesells Sprachstil nicht immer den heutigen Ansprüchen an politischer Korrektheit (die häufig ein verlogenes Herrschaftsmittel und ein Versteck für Heuchelei ist) entspricht, finde ich nicht zum Nachteil. Gesell dachte auch nicht statisch, sondern außer der Gegenwart hatte er auch die Vergangenheit und die Zukunft im Blick und er versuchte den Menschen so zu sehen, wie er ist und nicht so, wie er nach irgendwelchen Vorstellungen sein sollte. Wir, die wir uns zum Westen zählen, sollten uns bei den Themen Terrorismus und Flucht die zeitliche Mehrdimensionalität angewöhnen, um die Ursachen und Wirkungen dieser Ereignisse zu erfassen. Ich habe nicht die Neigung, Deutschland für alle Übel dieser Welt verantwortlich zu machen, das gleiche gilt auch für die Europäer. Mir fällt bei der Formulierung dieses Gedankens eine Geschichte über den Sklavenhandel ein, der seinen Ausgangspunkt in Afrika hatte. Es wurde dort gesagt, dass dieser Handel gar nicht ohne Beteiligung afrikanischer Herrscher hätte stattfinden können. Aber trotzdem gilt, was Europa in der Vergangenheit in Afrika und

im arabischen Raum gesät hat, muss es heute ernten. Europa durfte auch aufgrund der geistigen Vorleistungen der Länder, die heute indirekt oder direkt eine Bedrohung darstellen, einen großen Entwicklungsschub machen. Dieser Entwicklungsschub wurde aber nicht genutzt, um die ganze – jeweils bekannte – Welt zu befrieden, sondern das Ansinnen dieser Staaten war (und ist es latent noch heute), sich die Welt - untereinander konkurrierend oder auch koperierend - zu unterwerfen und dazu wurde Jesus auch noch umfunktioniert und als Bannerträger missbraucht.

6. Teil: "Woher kommt der Hass?"

Die HAZ vom 30. Juni 2016 hatte auf der Titelseite ein I Phone (eine Bildmontage) abgebildet, wo in dem Display zu lesen ist:

Woher kommt der Hass? / Im Internet gibt es für viele Nutzer keine Hemmschwellen mehr, Facebook und Co. Werden zu Arenen des Hasses. Warum gelten im Digitalen andere Regeln als in der echten Welt? Warum glauben Nutzer, im Internet ihre ganze Wut loswerden zu können? Und warum hängen die Strafverfolgungsbehörden hinterher?

Die Fragen sind eine Ankündigung des Themas auf den Seiten 18 und 19 dieser Ausgabe. In der Ausgabe der HAZ vom 8. Juli gab es dann auf der Seite *Hannover* für das Interview von Gunnar Menkens die Schlagzeilen:

"Dann wird es gefährlich für die Demokratie" / Beleidigungen, Häme, Hass: SPD-Regionschef Matthias Miersch und CDU-Stadtchef Dirk Toepfer über die massiv zunehmenden Anfeindungen gegen Politiker

Ich gebe nachfolgend die Eröffnungsfrage, die dazugehörenden Antwort und die drei Schlussfragen wieder:

Herr Toepffer, Herr Miersch, Sie beide sind Juristen, haben aber Politik zu Ihrem Beruf gemacht. Zuletzt mussten Sie erfahren, dass die Stimmung aggressiver wird im Land. Was erleben Sie im Alltag?

Mierch: Der Tonfall wird drastischer, viele Menschen wirken geradezu aufgeheizt. Ich habe eine Mail bekommen, in der der Absender schrieb, es wäre schön, wenn ich an der Laterne vor meiner Wohnung baumeln würde. Oder ein anderes Beispiel: Als ich bei einer Demonstration von TITIP-Gegnern in Hannover auf der Bühne stand, sah ich in viele von Hass erfüllte und hämische Gesichter. Dabei habe ich die Organisatoren seit Jahren als Anwalt vertreten. Aber die Masse dachte nur: Der Miersch ist in der SPD, der denkt so

wie der Gabriel. Ich kam nicht dazu, auch nur einen Satz zu sagen, ich wurde sofort ausgepfiffen. Es wird überhaupt nicht mehr differenziert. Das ist schon bitter.

Toepfler: Auf der kommunalen Ebene ist es nicht anders. Im Wahlkampf gehen meine Leute normalerweise auf Passanten zu, aber was sie sich an den Ständen inzwischen anhören müssen, das schreckt viele zurück. Ich habe so etwas noch nicht erlebt, so verächtlich und voller Beleidigungen, ich will das hier gar nicht wiederholen. Das ist eine neue Qualität. Oder nehmen wir die Kandidatenaufstellung für Kommunalwahlen, ohnehin ein schwieriges Geschäft. Bei uns haben Mitglieder ihre Kandidatur zurückgezogen, weil sie nicht öffentlich dokumentieren wollten, dass sie in der CDU sind, um sich weitere Beschimpfungen zu ersparen. Und dann wird es gefährlich für die Demokratie: wenn wir für Räte und Bezirksräte keine Leute mehr finden.

Miersch: Das ist ein interessantes Phänomen. Es gilt mitunter als etwas Schmutziges, wenn man sich zu einer Partei offen bekennt.

...

Sie beschreiben eine Abwendung vieler Menschen von der Demokratie. Was ist Ihre Antwort darauf?

Miersch: Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander geht. Es geht um Gerechtigkeit, sonst entziehen wir der Demokratie den Nährboden.

Dass diese Schere nicht weiter auseinander klaffen darf, ist doch eines der Sprachklischees, die die Menschen seit Jahren aus der Politik hören. Tatsächlich klafft sie immer weiter auseinander. Geht da nicht Glaubwürdigkeit verloren?

Miersch: Sicher darf man das nicht nur plakativ behaupten und dann nichts tun. Wir als SPD arbeiten aber beharrlich am Thema soziale Gerechtigkeit, dem Identitäts- und Markenkern unserer Partei.

Toepffer: Man kann es positiv formulieren: Wir haben einen unglaublichen Wohlstand. Ich komme gerade aus Spanien, die haben echte Probleme, aber dort gibt es keine starke rechte Bewegung. Je mehr Wohlstand wir produzieren, umso mehr steigt bei vielen das Gefühl von Neid und der Eindruck, abgehängt zu werden.

Ist diese Anti-Politik-Haltung eine Mode, beschleunigt durch soziale Medien und schnell abgeschossene Maus? Oder bricht ein Bodensatz von antidemokratischer Stimmung durch, den es in der Bevölkerung zu Teilen ja immer gegeben hat?

Miersch: Ich habe noch nicht erlebt, dass ein Bundespräsident angegriffen wird wie Joachim Gauck in Sachsen. Dass ein Kollege von mir nicht wagt, nach 20 Uhr mit dem Zug von Barsinghausen nach Halle in Sachsen-Anhalt zu fahren, weil er rassistische Übergriffe fürchten muss. Dazu die Tonlage,

mit der Politikern begegnet wird. Das alles muss ein deutlicher Weckruf sein.

Toepffer: Ich denke, wir haben es mit beidem zu tun, obwohl der Begriff Mode nicht angemessen ist. In meinen Augen ist es eine gefährliche Kettenreaktion, denn die digitale Kommunikation erleichtert ungehemmte Wutausbrüche und ermutigt mit der Flut an verbalen Entgleisungen auch diejenigen, die ihren Frust bisher verschwiegen haben. Diese Entwicklung müssen wir wirklich ernst nehmen.

Die am 14. Juli veröffentlichten Leserbriefe dazu tragen folgende Überschriften:

"Bürgerbefragungen zu wichtigen Themen fehlen", "Ursachen der Häme liegen nicht nur in der Politik", "Steigt herab aus euren Wolkenkuckucksheimen!", "Es gibt einen Grund für die Wut der hoffnungslosen Bürger". Dieser Leserbrief ist von Hans-Georg Tillmann. Er leitet wie folgt ein:

"Nihil sine ratione – Nichts ist ohne Grund." Das ist eine der wichtigsten Erkenntnisse des Philosophen Leibniz.

Und der kürzeste Leserbrief ist von Joachim Hasche. Er lautet:

Politiker sollten bei sich selbst anfangen Eine Hetze gegen Politiker ist auf jeden Fall zu verurteilen. Bei der Frage allerdings, warum es eine immer größer werdende Stimmung gegen Politiker gibt, sollten die Damen und Herren mal bei sich selbst suchen. Aber sie werden es nie lernen und nur dadurch gerät die Demokratie in Gefahr.

Das ist erst einmal ein innerdeutsches Stimmungsbild, das natürlich von Europa und dem, was von der Welt zu uns eindringt, beeinflusst ist. Ich denke aber, die Stimmungen in den europäischen Nachbarländern variieren nur davon. Unsere Situation ist nicht vergleichbar mit der Republik von Weimar, aber ich halte sie nicht für weniger gefährlich. Das gemeinsame von damals und heute ist, dass das Ziel und der Weg verloren gegangen sind. Dabei hapert es nicht an dem guten Willen der Politiker weiblichen und männlichen Geschlechts. Der gute Wille ändert aber nichts daran, dass unsere Gesellschaft oder ganz Europa ohne Kompass im Nebel wandert.

Matthias Miersch weist zu recht auf die Gerechtigkeitslücke in unserer Gesellschaft hin, die sicher eine der Ursachen der Unruhe ist, von der man nicht weiß, wo sie hinführt. Wenn er aber sagt: "Wir als SPD arbeiten aber beharrlich am Thema soziale Gerechtigkeit, dem Identitäts- und Markenkern unserer Partei.", dann braucht man das Markenbewusstsein der SPD nicht anzzuweifeln, aber die Wähler sprechen ihr zunehmend die Kompetenz ab, die Fähigkeit zu haben, ihrem Wollen Resultate folgen zu lassen. Ein Leser des Artikels moniert, dass

Dirk Toepffer die Verteilung des Wohlstandes nicht im Blick hat. Eine Gesellschaft kann statistisch reich sein und trotzdem können Teile von ihr hungern. Es gibt einen Grad der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, ab wo er zum Sprengstoff wird. Nun las ich in der HAZ vom 15. Juli 2016, S.2 das Interview von Marina Kormbaki mit dem grünen Mitglied des Bundestages Brigitte Pothmer. Die Überschrift "Geld allein schließt nicht alle Gerechtigkeitslücken" klang für mich vielversprechend. Ich dachte schon an den Bibelspruch ""Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von einem jeglichen Wort, das durch den Mund Gottes geht." Dieser Spruch hat dann wohl die weltliche Endung: "..., sondern sein Geist will auch ernährt sein." Aber das meint Brigitte Pothmer nicht. Ihr geht es – wie der Mehrzahl der Politiker – die sich sozial engagieren – um mehr Betreuung der Armen, - politisch korrekt – um die Benachteiligten durch den Staat. Es ist nichts von der Erkenntnis zu spüren, dass der Mensch seine Würde auch dadurch erhält, dass er sich selber helfen kann. ⁴² Das, was wir als Unruhe spüren und was als Hass geäußert wird, hat doch viel damit zu tun, dass die Menschen nicht nur Gegenstand von Verwaltungsakten sein wollen. Ich bringe zwei Zitate zum Thema Gerechtigkeit, die ich schon in einem andern Text verwendet habe:

Obwohl Gerechtigkeit eigentlich ein undefinierbares Ding ist, wie alle Grundbegriffe der Kulturen - Zeit, Raum, Kraft, Seele und so weiter, wissen wir alle, was sie bedeutet. Es gibt einen Teil von uns selbst, der Gerechtigkeit heißt und sich bemerkbar macht. Der Gerechtigkeitsbegriff ist der Aufstand menschlichen Moralbewußtseins gegen die Raubtierklauen. Das heißt, die Raubtierklauen sind das Symbol dessen, was unserem Gerechtigkeitsgefühl diametral entgegengesetzt ist. Der Mensch hat entdeckt, daß Gerechtigkeit eine erfülltere Lebensform ist als Ungerechtigkeit, und deshalb gehen seine Bestrebungen in diese Richtung. Soll man dann das Schwache nicht auslöschen? fragen die Leute. Doch, gewiß; aber nicht nach Art des Raubtiers, das denen, die einen schwereren Stand haben, Gewalt antut, sondern auf wissenschaftliche Art und Weise, indem man entweder denen, die einen schwereren Stand haben, unter die Arme greift, oder verhindert, daß Untermaß entsteht. Der qualitative Unterschied zwischen dem Starken und dem Schwachen ist ein Thema für endlose wissenschaftliche Dispute, doch gegenüber der Gerechtigkeit sind alle Menschen vollkommen. <

Halldór Laxness in "Das Volksbuch – Über Island und Gott und die Welt", S.113 f.

Obgleich oft durch Gewohnheit, Aberglauben und Selbstsucht auf das ärgste verzerrt, bildet das Gerechtigkeitsgefühl doch die Grundlage des menschlichen Geistes, und welcher Streit immer die Leidenschaften erregen mag -

⁴² Von den Impulsen, die zur Gründung der Partei DIE GRÜNEN geführt haben, ist hier auch nichts mehr zu erkennen. Diese Impulse waren auch ausgerichtet auf Unabhängigkeit – von wirtschaftlichen Machtkomplexen wie auch vom Staat und das geht nur, wenn die ökonomischen und politischen Barrieren, die das behindern, abgebaut werden.

der Konflikt wird sich nicht so sehr um die Frage: »Ist es weise?« drehen, wie um die Frage: »Ist es recht?«

Die Neigung der Erörterung des Volkes, eine ethische Form anzunehmen, hat ihren Grund. Sie entspringt einem Gesetze des menschlichen Geistes; sie beruht auf einer vagen und instinktiven Anerkennung dessen, was vielleicht die tiefste Wahrheit ist, die wir zu erfassen vermögen. Weise ist nur, was gerecht ist; dauernd ist nur, was recht ist.

Henry George 43

Das Gefühl, dass es nicht gerecht zugeht in unserem Staate, kann eine Weile dadurch kompensiert werden, dass die Partei gewählt wird, von der man annimmt, dass sie die Verhältnisse gerechter gestalten will und es auch kann. Aber dieses Vertrauen der Wähler ist wohl allen Parteien abhanden gekommen, folglich setzt Enttäuschung ein, die sich steigern kann in Entrüstung, Zorn und Hass. Die für alle heilsame Medizin der Verfassungsgebung durch das Volk aus eigenem Willen und eigener Kraft ohne Sieger im Nacken, hat man aus kleinkariertem, parteipolitischem Kalkül nicht zugelassen. Das Verhältnis zu den USA, das als Partnerschaft oder Freundschaft ausgeben wird, steht dazu auch noch im Verdacht, dass diese Charakteresierung in Wirklichkeit unsern Status als Protektorat der USA vertuscht, ist zusätzlich eine Quelle des Verdrusses. Aber auch wenn diese Deutung verneint werden kann, bleibt das Gefühl der doppelten Abhängigkeit unserer Politiker von den USA. Einmal wäre da die tatsächliche Abhängigkeit (die nie thematisiert wird) und einmal die eingebildete Abhängigkeit, ohne die das Ideengebäude der Regierenden zusammen fällt wie ein Luftballon, dem die Luft entweicht. Auch ist es für jemanden, der sich den demokratischen Gedanken wirklich angeeignet hat, nicht hinnehmbar, dass ein Mensch aus einem größeren Land mehr Rechte hat, als einer aus einem kleineren Land. Die Anerkennung eines solchen Demokratieverständnisses in der Realpolitik ist eine Sabotage der Allgemeinen Menschenrechte und gleichzeitig ein Förderprogramm für politische Extrempositionen. 44 Es kommt hinzu, dass über Jahrzehnte hinweg die großen Parteien so getan haben, als gehöre Deutschland (BRD-West und vereinigte Republiken) nicht den Deutschen, sondern den Parteien, sozusagen als Deutschland AG. Die Wahlkämpfe sind in diesem Bild dann ein Ringen um möglichst viele Aktien dieser AG. Außerdem: Deutsche Unternehmen machen gerne und viel Geschäfte mit China, und unsere Politiker sorgen bei den kommunistischen Diktatoren für gutes Wetter für die Geschäfte. Bundesbürger mit den gleichen Leitideen wie die kommunistische Regierung

⁴³ Zitat von Henry George aus der Zeitschrift "Fragen der Freiheit", Hrsg.: www.sfo.de , Heft 245, Okt.-Dez. 1997 mit dem Generalthema "Fortschritt und Armut – Leben und Werk Henry George"

⁴⁴ Das ist natürlich keine Verneinung von wirklicher Freundschaft zwischen US-Amerikanern und Deutschen und gleichzeitig eine Mahnung für uns, unser Verhältnis zu kleineren Staaten zu überdenken.

werden bei uns aber unter Beobachtung des Verfassungsschutzes gestellt. Das passt nicht zusammen. An dem Spruch "Wandel durch Handel!" ist viel Richtiges dran. Wenn Grenzen für Waren durchlässiger werden, werden sie auch für Menschen durchlässiger. Die starke Stellung des deutschen Außenhandels wurde in der Zeit des fixierten Wechselkurses mit einer unterbewerteten DM geschaffen. Weil die Exporteure (und die ausländischen Investoren) für ihre Erlöse in Dollar mehr erhielten, als sie im Kaufkraftvergleich mit der DM hätten erhalten müssen. Da aber nichts von nichts kommt, mussten die Sparer mit einer Entwertung ihrer Guthaben dafür bezahlen, denn der Zwangsankauf von Devisen durch die Bundesbank mit einem fixierten zu hohem Kurs des Dollars inflationierte die DM. Man sieht, der Vorteil durch den Wandel ist selten gleichmäßig verteilt. Der Vorteil des vom Maschinenbau dominierten Außenhandels und der Gegenzug in Form billiger Ware musste von den Binnenmarktproduzenten und deren Arbeitnehmern durch Konkurse und Produktionseinstellungen bezahlt werden. Das freiwirtschaftliche Instrument der Geldumlaufsicherung, das diese Umstellung auch bei Vollbeschäftigung ermöglicht hätte, wurde ignoriert oder aktiv abgelehnt, weil es nicht in das ideologische Weltbild der die Politik bestimmenden Köpfe rein passte. Man kann doch bei der Beurteilung der Lage die Jahrzehnte dauernde hohe Arbeitslosigkeit und ihre Auswirkungen auf jene Menschen, die in einem Arbeitsverhältnis standen (und stehen) nicht außer Betracht lassen. Man muss auch die Dauer der Einwirkungszeit der Fehlentwicklungen berücksichtigen.

Als ich im Zusammenhang mit diesem Text nach einer Stellungnahme für ein FDP-Gremium suchte, kam mir eine Arbeit mit dem Titel

Über die Ursachen des Unbehagens in der Gesellschaft und den Unternehmen und über Maßnahmen zu ihrer Beseitigung

vor die Augen. Zuerst konnte ich mich gar nicht an diesen Text ohne Datum erinnern. Aber anhand einer Kopie und der benutzten Zitate konnte ich feststellen, dass ich den Text in der zweiten Hälfte von 1972 für das Nord LB Journal verfasst habe. Er wurde aber nicht veröffentlicht. An dieser Stelle soll der Text nur dazu dienen, um zu zeigen, wie lange die Politik schon das Unbehagen in der Gesellschaft verwaltet. Der erste Text von mir, den ich auf meiner Internetpräsentation veröffentlicht habe, hat den Titel:

ARBEITSLOSIGKEIT - URSACHEN - WIRKUNGEN - LÖSUNGEN - Und ein Vorschlag zur Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung Ein ordnungspolitischer Beitrag / Ende 1977 http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.1%20Arbeitslosigkeit%201977.pdf

⁴⁵ Ich arbeitete damals als Darlehnssachbearbeiter bei der Nord LB, Abteilung Landesbausparkasse. Ich stelle den Text in den Anhang.

Ich beanspruche nicht, mit dieser Schrift ein Meisterwerk der Sozialökonomie vorgelegt zu haben. Er enthält aber genug Hinweise auf die wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit. Im Grunde referiere ich nur, was hundertemal von anderen schon geschrieben oder gesagt wurde. Meine Anmerkungen zur Arbeitslosenversicherung könnten eine Anregung gewesen sein, die Hartz IV-Regelung zu entwickeln. Bei allem Verständnis für die Schwierigkeit, in der Ökonomie-Literatur den Spreu vom Weizen zu trennen, muss gesagt werden, die Zeitgenossen, die sich in den Ämtern und Forschungsstellen für die Lösung der Probleme haben bezahlen lassen, haben zu Lasten der Arbeitnehmer und der durch die Unterbeschäftigung in Bedrängnis gekommenen Unternehmen einfach eine schlampige Arbeit abgeliefert und zu der Situation beigetragen, die den Verdruss an der Demokratie und den Terror gebiert.

Bevor ich zu einer anderen Ebene des gleichen Problems wechsele, noch ein Hinweis auf Reaktion der jüngsten Attentate in Deutschland. Die Einschränkung des Handels mit Waffen und eine größere Kontrolle des illegalen Handels klingen rational, sind aber im Hinblick der Zerstörung- und Möglichkeiten in den heutigen Gesellschaften einfach irrational. Schon das Attentat mit dem Lastwagen in Nizza zeigt, dass man zum Töten von Menschen keine Waffen benötigt. Man kann die Zahl der Polizisten verdoppeln und hoch bewaffnet die Straßen kontrollieren lassen, die Sicherheit der Bürger wird dadurch nicht größer. Die Vermutung, dass jedes Attentat für Sicherheitspolitiker und Sicherheitstechnikausrüster – die in der Regel eine Tötungstechnik ist – ein Fest ist, weil es ihre Pläne fördert, ist der Wahrheitskern nicht ganz abzusprechen. Gesell sagt ganz richtig: Man kann eine Gesellschaft ganz abrüsten, wenn die Probleme nicht vorher gelöst werden, bringen sich die Menschen dann mit ihren Händen gegenseitig um.

Der Aufruf an die Bürger wachsam zu sein und Auffälligkeiten von Personen mit psychischen Problemen, die sich als eine "Karriere" eines künftiger Attentäter deuten lassen, zu melden, kann sehr schnell dazu führen, dass jeder jeden verdächtigt. Die Idee einer Gesellschaft der Freien wäre sehr schnell ausgeträumt. Ich denke, ganz egal wie eine Gesellschaft gestaltet wird, eine Mindestzahl von Irrläufern, die Schreckliches anrichten, wird es immer geben. Die Zahl der gewalttätigen Irrläufer kann aber durch die Art der Gestaltung wohl beeinflussen. Es ist zu vermuten, dass es in einer Gesellschaft, in der sich die meisten Menschen wohl fühlen, die Zahl der Irrläufer, die ein Attentat ausführen, am geringsten ist. Die Abwehr von psychisch kranken Attentätern ist die bessere Gesellschaftsgestaltung und nicht

die Verabschiedung weiterer sogenannter Gesetze zur Sicherheit, die Vergrößerung des Polizei-Bestandes und des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren

Ich komme zu zwei weiteren Artikeln, der erste ist aus der ZEIT vom 21. Juli 2016 und der andere aus der HAZ vom 6. August 2016. Der erste Artikel ist von Herfried Münkler, er lehrt laut Angabe der Redaktion als Politikwissenschaftler. Der zweite Autor ist Prof. Dr. Joachim Krause, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel und Vorstandsvorsitzender der Stiftung Wissenschaft und Demokratie.

Die Falle ist gestellt

In Nizza und Würzburg ist eine neue Form des Terrors sichtbar geworden: Jeder kann Opfer werden. Und jeder Täter. VON HERFRIED MÜNKLER

Früher traf es die Elite / Heute trifft es alle

Es wird darüber diskutiert, ob der Mann, der auf der Strandpromenade von Nizza mit einem gemieteten Lastwagen 84 Menschen tötete, tatsächlich ein »Soldat des IS« gewesen sei oder doch nur ein psychisch schwer gestörter Amokläufer - als ob das eine das andere ausschlösse. Die Herausforderung durch die jüngsten Formen des Terrorismus besteht gerade darin, dass er ohne Weiteres beides gleichzeitig gewesen sein kann und das eine das andere unterstützt und befördert hat. Wenn das zutrifft - und es spricht vieles dafür -, dann haben wir es nicht nur mit einem neuen Typ von Terrorist zu tun, sondern auch mit einer neuen Form der terroristischen Bedrohung. Darüber muss man gründlicher nachdenken, als das bislang der Fall war.

Der klassische Terrorismus, der in seiner sozialrevolutionären wie nationalseparatistischen Variante bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht, war durch zwei Imperative charakterisiert: Er zielte mit seinen Gewaltakten auf herausgehobene Personen der politischen Klasse und der gesellschaftlichen Elite, und er konzipierte seine Anschläge gegen sie als Botschaft an einen >zu interessierenden Dritten<, der durch den in der Elite verbreiteten Schrecken zu Widerstand und Aufruhr motiviert werden sollte. Bombenanschläge und Attentate sollten in der klassischen Strategie des Terrorismus als Initialzündung für eine tiefgreifende Umwälzung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung dienen. Eine solche Strategie hatte Folgen für die Auswahl der taktischen Ziele: Die Gewalt musste gezielt gegen die Repräsentanten des Systems gerichtet werden, und aus den Reihen des »zu interessierenden Dritten«, ethnischer Minderheiten oder sozialer Klassen, durfte keiner zu Schaden kommen. Die Konseguenz war, dass die Terrorgruppen ihre Ziele genau auswählen und die Durchführung der Anschläge präzise planen mussten. Derlei wurde in den Führungszirkeln der terroristischen Organisationen beraten und entschieden, bevor die Anweisung an die mit dem Vollzug des Anschlags beauftragte Gruppe erteilt wurde.

Unter diesen Umständen war klar, wie die Terrorabwehr zu funktionieren hatte: Man musste die potenziellen Ziele der Terroristen schützen, um den Anschlag entweder zu verhindern oder seine Durchführung so kompliziert und aufwendig zu machen, dass Polizei und Geheimdienst von seiner Vorbereitung erfuhren und die Terrorgruppe zerschlagen konnten.

. . . .

Nun zeichnen sich die jüngsten Anschläge terroristischer Akteure dadurch aus, dass sie nicht mehr gegen bestimmte Politiker oder Angehörige der gesellschaftlichen Elite gerichtet sind, sondern ihnen buchstäblich jeder und jede zum Opfer fallen kann. Konnte man bei dem Angriff auf die Redaktion des Satiremagazins Charlie Hebdo noch meinen, bestimmte Texte und Karikaturen hätten den Anschlag provoziert und es gebe insofern eine Verbindung zwischen Tätern und Opfern, so war dies bei den Anschlägen auf den Musikclub Bataclan und die Besucher von Cafés und Restaurants im November 2015 in Paris schon nicht mehr der Fall, ebenso wenig bei den Bombenanschlägen auf den Brüsseler Flughafen und eine U-Bahn-Station und schon gar nicht bei dem jüngsten Massaker auf der Strandpromenade von Nizza. Hier ging es nur darum, möglichst viele Menschen zu töten, um größtmögliche Aufmerksamkeit zu erreichen und so allgemein Angst und Schrecken zu verbreiten. Es gibt in den großen europäischen Städten im Prinzip niemanden mehr, der nicht Opfer terroristischer Angriffe werden könnte. Das unterscheidet den neuen grundsätzlich vom herkömmlichen Terrorismus, und es hat Folgen, die sorgfältig bedacht werden müssen.

. . .

Aber hat der IS auch einen strategischen Plan, der mehr ist als die wahllose Verbreitung von Angst und Schrecken? Das ist unter den Bedingungen eines Franchise-Systems schwer herauszubekommen, da jeder, der todeswillig und tötungswütig ist, sich nach eigener Präferenz und Gelegenheit Ziele und Opfer aussuchen kann. Unter diesen Umständen greift die Strategie terroristischer Reaktionsprovokation, was heißt, dass die Pointe der Anschläge nicht in den Plänen und Absichten der Angreifer, sondern in der Reaktion der angegriffenen Gesellschaften beziehungsweise Staaten liegt. Was durch die Anschläge provoziert werden soll, ist - vermutlich - die in Reaktion auf solche Untaten vollzogene De-facto-Feinderklärung des Westens gegen alle Muslime, insbesondere gegen die, die in den westlichen Gesellschaften leben. Ist sie erst einmal erfolgt, kann der IS auf Millionen von Unterstützern rechnen, und er wäre damit seinem Ziel einer großen und umfassenden Konfrontation zwischen Islam und Westen einen entscheidenden Schritt näher gekommen. Es gibt ihn also auch in den neuen Formen des Terrorismus, den »als interessiert unterstellten Dritten«. Aber er wird nicht mehr direkt adressiert, sondern soll durch die Reaktion der Angegriffenen erst geschaffen werden. Es bedarf einer klugen, langfristig angelegten und für alle nachvollziehbaren Gegenstrategie, um nicht in diese Falle hineinzutappen.

Hier möchte ich erst nur mal festhalten: Der Terrorismus ist keine Neuerscheinung, er hat seine Strategie geändert, der IS bietet sich als Plattform für Einzeltäter und Gruppen an, die aus eigenen Motiven mit eigenen Taten sich dem IS verbunden fühlen. Der IS nimmt die

Taten der unabhängigen Täter gerne für sich in Anspruch, weil es seine Stärke suggeriert (oder tatsächlich demonstriert). Ein Plan oder eine eindeutige Strategie des IS ist nicht oder nicht ohne weiteres erkennbar. Eine Ursache des Terrorismus wird nicht benannt.

Der neue Totalitarismus

Die deutsche Terrorismus-Debatte ist kurzsichtig. Sie hängt sich an Nebenfragen wie der Vorratsdatenspeicherung und dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren auf, anstatt eine umfassende Strategie gegen den Weltherrschaftsanspruch des politischen Islams zu entwickeln.

VON PROF. DR. JOACHIM KRAUSE

Politische Debatten in Deutschland über "den Terrorismus" haben stets das gleiche Muster. Immer wenn ein Terroranschlag stattgefunden hat, gibt es einen Hype des Alarmismus, dann ebbt alles wieder ab. Politiker bringen tiefe Betroffenheit und trotzige Trauer zum Ausdruck und hoffen insgeheim, dass sich alles wieder beruhigen wird. Wer so denkt, begreift nicht die strategische Dimension der Herausforderung durch den gewalttätigen politischen Islam.

Die Politisierung der Religion des Islams gibt es seit dem 19. Jahrhundert. Sie hat ihren Ursprung in Ägypten (Muslimbrüder), Saudi-Arabien (Wahabismus) und Indien (Deobandi). Einst als antikoloniale Ideologie von Intellektuellen und Theologen und als Herrschaftsideologie des Hauses Saud entstanden, gibt es heute eine Vielzahl revolutionärer, gewalttätiger Varianten des politischen Islams. Allen ist gemein, dass sie die politischen Probleme der Moderne durch eine Orientierung am frühen Islam lösen wollen. Die schlimmste ist die des dschihadistischen Salafismus, einer extrem rückwärtsgewandten Ideologie, die zum bewaffneten Kampf gegen alle Ungläubigen auffordert und diesen Kampf global führt. Ziel ist die Errichtung einer islamischen Staatlichkeit, die sich an Regeln aus der Zeit des Propheten Mohammed orientiert. Wir nehmen die Gewalt des dschihadistischen Salafismus nur als "Terrorismus wahr, tatsächlich ist das Ziel die Errichtung eines neuen totalitären Systems. Al-Kaida und der "Islamische Staat" (IS) sind die Hauptvertreter dieser Variante des politischen Islams. Beide zielen auf die Gründung eines großen Kalifats ab - die einen heute, die anderen etwas später.

Diese totalitäre Ideologie spricht nur einen sehr kleinen Teil der Muslime an. Sie hat aber argumentative Schnittmengen mit den Parolen des breiteren politischen Islams und entsprechend steigt die Zahl der Anhänger. Geht man zurück ins Jahr 2001, dann hatte Al-Kaida etwas mehr als 1000 Mitglieder, die mit kleineren Gruppen in unterschiedlichen Ländern zusammenarbeiteten. Ihr wichtigster Verbündeter war die radikalislamistische Taliban-Miliz in Afghanistan. Heute gibt es nicht nur Al-Kaida mit regionalen Unterorganisationen im Jemen, in Somalia, in der Westsahara sowie in Syrien, sondern auch den Islamischen Staat", der zudem in Nigeria, Pakistan und Libyen aktiv ist. Des Weiteren gibt es viele autonome, radikalislamistische Mili-

zen (in Syrien, Afghanistan und Pakistan), die mit Al-Kaida oder dem IS zusammenarbeiten. Zusammen dürften weltweit alle radikalislamistischen (meist salafisti-schen) revolutionären Milizen bis zu 200 000 Mann unter Waffen haben. Das ist keine terroristische Herausforderung mehr, das ist eine strategische Herausforderung durch einen neuen Totalitarismus. ...

... 2. Zur Abwehr einer Bürgerkriegsgefahr gehören effektive Maßnahmen, um gegen die Unterstützerszene des IS vorzugehen, die in Deutschland etwa 7000 politische Salafisten umfasst. Die entscheidende Frage ist: Gilt das Religionsprivileg des Grundgesetzes auch für politisch-religiöse Bewegungen, die die freiheitliche Grundordnung abschaffen wollen? Warum kann man nicht salafistische Predigten genauso verbieten wie rechtsradikale Volksverhetzung? Hier muss die Politik ran und nicht an nachgeordnete Probleme. ...

Auch hier wird gesagt, das der Terrorismus (der mit dem Islam gerechtfertigt wird) im 19. Jahrhundert entstanden ist. Aber Joachim Krause sagt auch, dass er gegen den Kolonialismus gerichtet war. Da kommen wir der Sache schon näher. Aber salafistischen Predigern das Reden zu verbieten, dient nur dem Bestreben, die Meinungsfreiheit noch mehr einzuengen. Wie wäre es mit Aufklärung, wenn den sexuell verhungernden jungen Männer gesagt wird, dass die Belohnung mit den 72 Jungfrauen, die sie im Himmel bekommen, ein Märchen, oder vielmehr ein Trick von Anführern ist, um sie für einen sinnlosen Opfertod gefügig zu machen. 46 47 Oder schließt der Respekt vor Religionen ein, jedes Glaubenssegment zu tolerieren, auch wenn es den Tod unbeteiligter Menschen verursacht. Es kann natürlich sein, das Feigheit und politische Korrektheit es erfordern, dass wir die Wahrheit nicht mehr aussprechen dürfen. Bei aller Rücksicht auf religiöse Gefühle von Mitbürgern darf nicht vergessen werden, dass der Atheist und Agnostiker auch von dieser Freiheit geschützt ist und offen sagen dürfen, was sie von der Gottesvorstellung und bestimmten Annahmen religiöser Menschen oder Geistlichen (die sich manchmal als Herrscher der Gläubigen aufführen) halten.

Strategien zur Bekämpfung von Terrorismus muss bei den Wurzeln des Terrorismus – dieser menschenfeindlichen Art politischer Auseinandersetzung - ansetzen. Im gleichen Atemzug muss auch gesagt werden, dass das auch für die militärische Art der Durchsetzung von Politik gilt. Ich füge dem Anhang noch den erweiterten Sonderdruck der Zeitschrift für Sozialökonomie mit dem Titel "Wirtschaftlich Triebkräfte von Rüstung und Krieg" von Helmut Creutz an. Es ist ein Ammenmärchen, dass Staaten mit einer demokratischen Regierung das

⁴⁶ https://wikiislam.net/wiki/72 Jungfrauen

⁴⁷ Zwei Anmerkungen: 1. Es gibt ja auch Mitbürger, die halten das alte Testament für eine Anleitung zum Terrorismus. 2. Der Missbrauch religiöser Werke fand und findet ja auch im Christentum statt, wenn Sterbenden gesagt wurde und vielleicht noch wird, wenn sie ihrer Kirche bei ihrem Erbe bedenken, so würde das der Aufnahme im Paradies förderlich sein.

militärische Instrument sauber handhaben. Hier sterben auch Menschen für einen Märtyrertod. Die Aufklärung fällt hier allen Parteien sehr schwer, weil sie aus unterschiedlichen Gründen bekennen müssten, selber Dreck am Stecken zu haben.

Ich verstehe mich ja als einen politischen Pazifisten, das heißt, ich bin überzeugt, dass Gewalt – auch in Form des Militärs – nicht die Probleme lösen kann, die es lösen soll, sondern statt dessen immer neues Leid und neue Probleme zeugt. Das heißt aber nicht, dass ich der Meinung bin, jeder Mensch oder Staat müsse Angriffe duldend hinnehmen.

Wenn ich über den Terrorismus nachdenke, der zur Zeit zur Diskussion steht, dann ist doch ersichtlich, dass er in der Vergangenheit ein Kind besonders europäischer Staaten war und in der neueren Geschichte zusätzlich auf die Politik der USA zurückzuführen ist. Ich bringe dazu ein Zitat aus einer Quelle, die ich vorhin entdeckt habe:

Konturen einer imperialen Außenpolitik

Noch nie seit Ende des Zweiten Weltkrieges war der nationalistisch-egozentrische Einfluß imperial gesinnter Intellektueller auf die Strategie der Vereinigten Staaten so groß wie gegenwärtig (Helmut Schmidt in Die Zeit,1.8. 2002). ...

... Diese Intellektuellen verachten die Vereinten Nationen und multilaterale Institutionen und betreiben eine Politik der Spannungen. Sie verlangen die Kontrolle des eurasischen Kontinents durch die "einzige Weltmacht" und fordern einen langandauernden weltweiten Krieg gegen den "islamischen Terror" - aus dem angemaßten Recht der us-amerikanischen "Primacy" - ohne internationale Völkerrechtsbegrenzung. Diese Politik hat offenkundig die Spannungen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Zentralasien nicht reduziert. Sie hat nicht zuletzt in der europäischen wie der nahöstlichen Öffentlichkeit zu einer schweren Vertrauenskrise geführt. Mit der gänzlich unkalkulierbaren Wirkung eines großen Irakkrieges droht weltweit eine Atmosphäre der Spannungen, vor allem im Nahen und Mittleren Osten.

Aus: "Der amerikanische Weg: hegemonialer Nationalismus in der US-Administration" von Hajo Funke, 2003. Der war oder ist Prof. für Politik und Kultur- und Konfliktforschung. Er lehrte und forschte in Israel (1986) und den Vereinigten Staaten (Havard 1987 und Berkeley1989 – 1992)

Die Vorhersage ist voll eingetroffen. Den USA gebührt die Kostenrechnung für den Schaden, den sie angerichtet haben und eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof für das Leid der Menschen, was sie (mit)verursacht haben. Ich weiß, dass sich das heute nicht durchsetzen lässt. Es muss aber offen gesagt werden, damit die verantwortlichen Politiker jenseits

des Atlantiks nicht annehmen, wir würden das alles kommentarlos schlucken. Aus meinen Äußerungen können deutsche Arschkriecher der USA wie bei jeder Kritik an deren Politik einen Antiamerikanismus stricken. Das wäre aber Unsinn. Ich würde mir eine Antihaltung hier schon nicht erlauben, weil sie auf uns Deutsche selbst zurückfallen würde. Wir waren zu lange duckmäuserische Schüler der US-Politik und weil 30% der US-Amerikaner sich als deutschstämmig bezeichnen – las ich vor einiger Zeit. ⁴⁸ Bei einem Antiamerikanismus würden wir uns also selbst verleugnen, von uns selbst distanzieren. Außerdem haben die USA soviel an interessanten Menschen und Landschaft zu bieten, dass sich der Erwerb der gegenseitigen Freundschaft auf gleicher Augenhöhe lohnt. Dieser Erwerb dauert aber seine Zeit.

<u>00000 - Einschub 5 - 0000</u>

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde.

wir laden Sie herzlich zu unserem Fachgespräch: 15 Jahre "Krieg gegen den Terror" - Lehren + Perspektiven am 9. September 2016 von 9:00 Uhr bis 13:00 Uhr im Deutschen Bundestag in Berlin ein.

Die Anschläge vom 11. September 2001 waren ein dramatischer Wendepunkt in der internationalen Politik. Die damalige amerikanische Regierung von George W. Bush rief den "Krieg gegen den Terror" aus. Damit wurde der Kriegsbegriff erstmals großflächig gegen nichtstaatliche Akteure angewandt, mit weitreichenden Konsequenzen. Außenpolitisch wurde der Einsatz militärischer Mittel massiv ausgeweitet, was grundlegende menschen- und völkerrechtliche Fragestellungen aufwirft. Schließlich kam es durch die Erhöhung sicherheitsrelevanter Budgets zu weitreichenden institutionellen Veränderungen, die das Kräftegleichgewicht in der Außen- und Sicherheitspolitik langfristig verändert hat.

15 Jahre nach den Anschlägen vom 11. September hält nun eine neue Welle des Dschihadismus nicht nur den Nahen Osten in Bann, sondern trifft Länder wie Frankreich und Bangladesch gleichermaßen. Diese neue Bedrohung unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von der durch Al-Qaida. Dennoch hat sie dazu geführt, dass sich der ursprünglich als Ausnahmezustand dargestellte "War on Terror" perpetuiert und auch in Europa immer mehr zum festen Bestandteil von Politik und politischer Rhetorik wird. Er wird immer mehr zu einer schematischen Antwort auf die Herausforderung des Terrorismus, was dessen Vielfalt und seine lokalen Bedingungen auf fatale Weise verkennt.

http://www.fnp.de/nachrichten/wissenschaft/Die-Vereinigten-Staaten-sind-deutsch;art746,636648 Viele verweigerten auch lange die Integration.

⁴⁸ Ich habe nachgeschaut: "Als **Deutschamerikaner** (engl. German Americans) werden <u>US-amerikanische Staatsbürger</u> bezeichnet, die selbst oder deren Vorfahren aus Deutschland bzw. aus Siedlungsgebieten <u>deutscher Minderheiten</u> außerhalb Deutschlands in die <u>Vereinigten Staaten von Amerika</u> eingewandert sind. Über 50 Millionen US-Amerikaner gaben in der 2010 durchgeführten Volkszählung "German" als ihre Hauptabstammung an. Damit sind die Deutschamerikaner die mit Abstand größte Bevölkerungsgruppe in den Vereinigten Staaten." https://de.wikipedia.org/wiki/Deutschamerikaner Siehe auch hier:

Angesichts dieser enormen Herausforderung gilt es, eine außenpolitische Bilanz der Anti-Terror-Politik der letzten 15 Jahre zu ziehen. Wir wollen mit Ihnen diskutieren, wo es den größten Handlungsbedarf gibt und wie dabei die Menschenrechte angemessen gewahrt werden.

Die näheren Angaben über Programm, Zeit, Ort, ReferentInnen und Anmeldeformalitäten finden Sie in unserem Internetangebot.
Bitte nutzen Sie die Möglichkeit der Online Anmeldung bis zum 8. September 2016.
Mit freundlichen Grüßen
Infoservice der Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Platz der Republik 1
11011 Berlin
GRUENE-BUNDESTAG.DE/

oooooo - Einschub 5 Ende - ooooo

Ich möchte hier im Anschluss an dieen Ausschnitte der Beiträge von Herfried Münkler und Joachim Krause ein paar Fragen formulieren:

- 1. Haben nicht die meisten Ideen von Gott und der Welt einen Anspruch auf weltweite Geltung? Und ist dieser Anspruch nicht eine Form eines totalitär geformten auf Anspruch von geistiger Herrschaft aus der eine konkrete Herrschaft abgeleitet wird? Und dass dieser Anspruch sich nur teilweise durchsetzen lässt, hängt das weniger mit einer Selbstbeschänkung als viel mehr damit zusammen, dass jede Idee mit anderen Ideen konkurrieren muss. Folgt daraus nicht, nicht bestimmte Ideen von denen man annimmt, sie seien destruktiv zu verbieten, sondern sie stärker dem Wettbewerb mit konstruktiven Ideen auszusetzen? ⁴⁹
- 2. Wurde und wird die christliche Religion nicht genauso missbraucht, um politische Anliegen mit und ohne totalitären Zügen durchzusetzen?
- 3. Ist der Kampf von Unterdrückten gegen die vermeintlichen oder tatsächlichen Unterdrücker nicht nach unserem Wertekanon lobenswert? Und wenn das so ist, muss die Einschätzung nicht auch dann gelten, wenn wir oder der Staatenverbund, innerhalb dessen wir agieren, die Unterdrücker sind?
- 4. Ist es den Unterdrückten und dem christlichen Westen anzulasten, dass für Befreiungs- oder Verteidigungskämpfe, die im Laufe der Geschichte immer mal wieder fällig werden, keine gewaltlosen Befreiungs- oder Verteidigungsstrategien entwickelt, trainiert und tradiert wurden und werden?
- 5. Haben wir nicht die Neigung, jene die für ihre Sache kämpfen (oder zu kämpfen gezwungen werden) als Feinde oder Terroristen zu benennen und ihre Grausamkeiten zu Recht als Verbrechen einstufen, aber jene, die für unsere Sache in den Krieg ziehen,

⁴⁹ Die Ideen mit dem Weltgeltungsanspruch unterscheiden sich aber dadurch, ob sie für die Menschen einen befreienden oder einen unterdrückenden Charakter haben.

töten und zerstören als Helden auszuzeichnen?

- 6. Es ist doch offensichtlich so, dass der Mensch, der Menschen töten will, erst den zu tötenden Anderen, den selbst beanspruchten Status des Menschseins, aberkennen muss, um in töten zu können? (Der andere Mensch wird zum Feind, Verbrecher oder Terrorist erklärt, für den die eigenen Normen nicht mehr gelten.) Lässt sich die Aufspaltung der Ethik für das Ich und für den Feind verhindern? Ist die Feindesliebe nur eine unverbindliche Floskel für sonntägliche Erbauung oder eine unerfüllbare Forderung? ⁵⁰ https://de.wikipedia.org/wiki/Feindesliebe
- 7. Könnte es sein, dass die Bereitschaft, in den Kampf mit dem Makel des Terrorristen zu ziehen, gar nicht in der Lust auf Gewaltanwendung liegt, sondern im Gefühl wurzelt, in dieser Welt der Gerechtigkeit etwas mehr Raum zu verschaffen?
- 8. Ist es nicht heuchlerisch, wenn der Westen den Terrorismus erst ab dem Zeitpunkt beklagt, wo er in seinen eigenen Grenzen auftritt, aber vorher und auch noch jetzt finanziell und waffentechnisch unterstützt?
- 9. Wenn wir den Terrorismus der eines der Gesichter des Kapitalismus ist und weniger Ausdruck einer religiös motivierten Mission wirklich bekämpfen wollen, müssen wir dann nicht zu allererst jene eigenen Fehler bekämpfen, die einen den Terrorismus fördernden Charakter haben? ⁵¹

⁵⁰ In der HAZ vom 22. 9. 2007 war unter der Schlagzeile "Auf der anderen Seite von Auschwitz" zu lesen: "Es ist ein verstörender Fund: 116 Fotos, die ein US-Offizier 60 Jahre aufbewahrt hat, zeigen die unbeschwerte Freizeit der Täter von Auschwitz." Diese Unbeschwertheit in der Nachbarschaft von selbst ausgelöstem Tod und Verderben wäre gar nicht möglich, wenn der Mensch anderen Menschen ihr Menschsein nicht aberkennen könnte. Die verinnerlichten Normen hätten wenigstens eine Bremswirkung, wenn sie nicht eine Blockade auslösen würden.

⁵¹ Heute (19.8.2016) wird unter "Der Vergangenheitsverrechner" über den Tod von Ernst Nolte, der eine Schlüsselfigur des Historikerstreits war, berichtet. Einmal wird hier deutlich, wie der Geist der Verwalter der öffentlichen Meinung wird, wenn sich einer außerhalb der definierten Wahrheit über die Nazi-Vergangenheit äußert. Ich denke, es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Nationalsozialismus und dem Sowjet-Kommunismus, der ist aber anders, als Nolte ihn gesehen hat. Fred, mein jüdischer Ex-Parteifreund, sagte und schrieb, dass die Deutschen nur noch die Wahl gehabt hätten zwischen der Hoffnung, dass ihnen die Kommunisten oder die Nationalsozialisten aus ihrem Elend herausführen würden. Er habe die Kommunisten gewählt. Aber vor den Kommunisten hatten zu viele Bürger Angst, weil die Schreckensmeldungen aus Russland nicht an der Grenze halt machten. Damals wurde das von der KPD als Propaganda abgetan. Heute wissen wir, dass es mehr als Propaganda war. Wäre die KPD eine wählbare Alternative gewesen, wäre die NSDAP mit großer Wahrscheinlichkeit ein Wahlverlierer gewesen. Der Zusammenhang zwischen Kommunismus, Nationalsozialismus und heutigem Terrorismus besteht darin, dass sie die Fehlentwicklungen, die der Kapitalismus und der daraus folgende Imperialismus den Menschen immer wieder bescheren als Voraussetzung haben.

7. Teil: > <u>Der Euro hat Europa gespalten</u> <

Vorspann: Die Unterzeile lautet in der ZEIT vom 21. 6. 2016 auf der Seite 24: "Wenn es um Europa und Flüchtlinge geht, ist oft unklar, ob Sahra Wagenknecht links oder rechts ist. Ein gezeichnetes Interview zeigt ihren Aufstieg zur umstrittenen Politprominenten". Mir erscheint Sahra Wagenknecht manchmal als die einzige Progressive in einem Bundestag, der von lauten Konservativen mit unterschiedlicher Prägung besetzt ist. Ich schaue sie mir gerne an und finde auch interessant, was sie sagt. Das Schauen ist aber nicht der begehrliche Blick eines Mannes, sondern mir kommt es vor, als sei sie ein lebendig gewordenes Frauenbildnis, das ich vor über 50 Jahren in Bremen in der Kunsthalle oder im Paula Modersohn-Becker-Museum gesehen habe. 2 Was mich aber wirklich für sie begeistert, ist, dass sie sich politisch-inhaltlich entwickelt hat und hoffentlich weiterentwickelt und nicht den politischen Standort ihres Mannes Oskar Lafontaine als Ende ihrer eigenen Entwicklung ansieht. 3 Jedenfalls finde ich gut, dass sie ihre Begabung nicht wie Jutta Ditfurth an falschen Objekten vergeudet. Siehe:

Text 8.16
Jutta Ditfurth,
Du schöne Dienerin kapitalistischer Macht,
Du Desinformatin im Kleide der Aufklärung,
Du Priesterin einer materialistischen Religion,
Du begabte, tragische, sich selbst bekämpfende Frau
von TA, Januar 1995
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/8.16%20Jutta%20Ditfurth.pdf

Am 12. 8. 2016 hatte ich folgende Nachricht auf dem Rechner:

Der Countdown läuft: Mitte Oktober wird zum zehnten Mal der deutsche Wirtschaftsbuchpreis vergeben. Nominiert sind prominente Sachbuch-Autoren wie Hans-Werner Sinn, Christoph Keese, Robert Shiller, Paul Mason und nicht zuletzt Sahra Wagenknecht. Alle Titel, so viel kann ich als Jury-Mitglied jetzt schon verraten, lohnen die Lektüre. Für sie gilt das Motto: Lesen gefährdet die Dummheit.

Gabor Steingart / Handelsblatt Morning Briefing

⁵² Die Erinnerung an das Bildnis wurde geprägt durch ein Programm des Museums, wo es als Titelblatt diente. Ich habe es jahrelang aufgehoben, wie etwas ideell Wertvolles.

⁵³ Ich will damit nicht sagen, dass O.L. sich nicht weiterentwickeln kann und bei seinem Keynesianismus hängen bleibt. Damit sage ich nichts gegen Keynes.



Das Bild von Sahra Wagenknecht in der ZEIT gibt meinen Eindruck besser wieder als das Portrait im Handelsblatt Morningbriefing. Ich habe mich daher für das Bild aus der ZEIT entschieden. Ich kenne Sahra Wagenknecht nur aus Fernsehsendungen und aus Beiträgen in den Druckmedien und habe noch kein Buch von ihr gelesen. Aber hier kann man einen Beitrag von mir zu ihr lesen:

"Der Flirt der Linken mit der Marktwirtschaft"

Ein Artikel des Handelsblattes über das Denken und Wirken von Sahra Wagenknecht, herausragende Gestalt der Partei DIE LINKE, die einst die Marktwirtschaft abschaffen wollte.

Ein Leser-Kommentar mit Ergänzungen auch über den Ursprung der Sozialen Marktwirtschaft von TA, Februar 2014 / Text 120

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/120.Handelsblatt.Wagenknecht.Marktwirtschaft.pdf

Start: Schon als wir 1980 *DIE GRÜNEN* und vorher die *SPV Die Grünen* gründeten und davor mit der Grüne Liste Umweltschutz (GLU) experimentierten, war den meisten der grün Bewegten klar, dass mit den alten politischen Orientierungsmarken "links" und "rechts" die Probleme unserer Zeit nicht mehr geklärt werden können. Darum hieß es damals: "Wir sind nicht links, wir sind nicht rechts, sondern wir sind vorne!" Wenn es heute eher von den Grünen heißen muss: "Wir sind hinten!", dann ist das eine bedauerliche Entwicklung, deren Hauptursache darin begründet ist, dass die für die neue Position erforderliche Liberalität von den marxistischen und sozialdemokratischen Grünen nicht aufgebracht werden konnte. Was die freiwirtschaftlichen Gründer der grünen Partei einbringen wollten, kann hier nachgelesen werden: http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Gruene%201980%20neu%2012.%202003.pdf Wenn Sahra Wagenknecht, "vorne" bleiben will, das heißt hier – einen konstruktiven Beitrag

für die Politik in Deutschland und Europa zu liefern -, dann sollte sie sich nicht um das Bedürfnis der Journalisten und ihrer Konkurrenz kümmern, die immer noch Schubladen benötigen, um das Denken und Wirken einer politischen Person beurteilen zu können. Ich greife nun einzelne Stichworte aus dem Gespräch von Uwe Jean Heuer und Jens Tönnesmann mit Sahra Wagenknecht auf, um meine Anmerkungen zu machen. Bemerkenswert ist schon, dass Sahra Wagenknecht, die gar keinen knechtischen Eindruck macht, im Teil *Wirtschaft* der ZEIT zu Wort kommt. Das heißt doch wohl, dass ihre Aussagen zur Ökonomie inzwischen ernst genommen werden.

DIE ZEIT: Frau Wagenknecht, ist der Brexit eine Gefahr für Europa? **Sahra Wagenknecht**: Er könnte ein Weckruf sein. Jedem müsste jetzt klar sein, dass wir etwas ändern müssen, wenn wir nicht wollen, dass Europa weiter zerfällt.

Das Dumme ist nur, dass die Politik in Berlin und Brüssel den Brexit nicht als Weckruf verstehen will, sondern als politische Panne der britischen Regierung. Der Wecker muss wohl noch mehrmals klingeln, bis diejenigen, die den Gedanken des vereinten Europas deformiert haben, wach werden.

ZEIT: Was läuft schief in Europa?

Wagenknecht: Die großen Versprechen des geeinten Europa waren Frieden, Demokratie und Wohlstand für alle. In den EU-Verträgen dagegen haben die Kapitalfreiheiten Vorrang vor sozialen Grundrechten. Seit Jahren erleben wir die Entfesselung von Märkten, Sozialabbau, die Prekarisierung von Arbeit, wachsende Ungleichheit. Es ist nicht erstaunlich, dass sich immer mehr Menschen von einem solchen Europa abwenden.

Dieser Aussage fehlt es noch an analytischer Schärfe. Und solche Aussagen können nicht klarer werden, so lange die Begriffe Kapitalismus und Marktwirtschaft als Synonyme verwendet werden. Der Kapitalismus benutzt die Marktwirtschaft, hemmt und zerstört sie im Extremfall, wenn er dem Kapital nicht eine genügend hohe Rendite vermittelt. Der Kapitalismus löst sich in Luft auf, wenn es gelingt, dem Geldkapital und dem Sachkapital die Fähigkeit zu nehmen, einen Zins bzw. eine (ökonomische) Rente zu erzwingen. Wenn S.W. lieber Ordoliberale zitiert als Marx, dann sollte sie beim Lesen auch bemerkt haben, dass dort nie ein soziales Sicherungssystem mit Strukturen der Zentralverwaltungswirtschaft gefordert werden. Das Soziale wurde mehr als ein integraler Bestandteil der Marktwirtschaft gedacht. Die Freiwirtschaftler innerhalb der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) wollten dazu die notwendigen Bausteine liefern, wurden aber aus der ASM – die sie selber

gegründet hatten - heraus gedrängt. (Das Projekt Soziale Marktwirtschaft ist schon im Gründungsstadium gescheitert und damit auch die Gestaltungskraft der Ordoliberalen.) Ohne die partiellen Blind- und Verbohrtheit der unterschiedlichen Politiker, die sich als *links* verstehen, hätte der falsche Kurs der Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa nicht über Jahrzehnte durchgehalten werden können. Und wenn es nicht so aufwändig wäre, könnte man Marx ohne marxistische Brille immer noch als Aufklärungshilfe benutzen. Der tödlich verunglückte Dieter Suhr, Prof. für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie, hat sich diese Mühe mit nachfolgend benannter Arbeit gemacht: "Der Kapitalismus als monetäres Syndrom / Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie", 1988. http://userpage.fu-berlin.de/roehrigw/suhr/kms/

ZEIT: War der Euro auch ein Fehler?

Wagenknecht: Ja, er hat Europa gespalten. Er führt zu immer größeren Ungleichgewichten. Deutschland hat riesige Exportüberschüsse, Südeuropa wird deindustrialisiert, und Millionen sind arbeitslos.

Europa hätte sich besser aufstellen können mit Silvio Gesells Modell der Internationalen Valuta Assoziation (IVA). Dieses Modell hätte allen europäischen Ländern erlaubt, ihre eigene Währung zu behalten und sie hätten trotzdem mit der IVA-Einheit⁵⁴ handeln können, als hätten sie eine Einheitswährung. Die Wirtschaftswissenschaft und damit die Politikberatung haben das verschlafen, wenn nicht gar boykottiert. Es wurden vor der Einführung des Euro auch nicht die Ausführungen zur Kenntnis genommen, die Karl Walker in seinen Büchern "Neue Europäische Währungsordnung", 1962 und "Das Weltwährungs-System", 1979 (Autor ist am 5.12.1975 verstorben) vorgelegt hat. Wenn man die Exportüberschüsse als Ursache der ökonomischen Ungleichgewichte außerhalb des Euroraumes benennt, dann sollte man etwas genauer hinschauen. Die Einführung des Euro hat damit unmittelbar wenig zu tun, es ist vielmehr der Systemfehler in der Währungsordnung, der übernommen wurde. Auf Deutschland bezogen dürfte die hohe Qualität deutscher Ingenieurskunst der Anreiz sein⁵⁵, deutsche Exportgüter zu kaufen. Aber ist die Qualität der Waren ⁵⁶ die Ursache des Ungleichgewichts? Das Ungleichgewicht entsteht doch dann, wenn der Im- und Export im Land A) sich nicht

⁵⁴ Keynes hat ein anderes Modell, den BANCOR entwickelt.

⁵⁵ Aber die Mehrwertsteuerrückerstattung kann auch eine Rolle spielen, wenn das Land X einen MWSt-Satz von 10% und das Land Y (also des Konkurrenten von Y) einen von 20% hat, dann hat der Exporteur aus Y die Möglichkeit, 10% beim Preisnachlass mehr zu bieten als X. Y steht trotzdem nicht schlechter da, wie X.

⁵⁶ Die Dienstleitungen sind hier mitgedacht, wenn ich von Waren spreche. Beide Sorten von Gütern lassen sich in Arbeitsleistungen auflösen. Und letztlich sind es die Arbeitsleistungen und die ökonomischen Renten, die nach Bewertung durch denMarkt, die im Binnenmarkt und im Im- und Export gehandelt werden.

die Waage halten.⁵⁷ Bei der Analyse ⁵⁸ muss der Außenhandel mit den Ländern im Euroverbund anders beschrieben werden, als der Handel mit den Nicht-Euro-Ländern, weil z. B. der Handel Deutschlands mit Frankreich steuerrechtlich ein Import-Export-Geschäft ist, aber währungstechnisch handelt es sich bei dem Handel der Länder im Euro-Verbundbund um einen Binnenhandel. Von einem echten Außenhandel können wir nur zwischen den Euro-Ländern und Nicht-Euro-Ländern sprechen. Die unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungen innerhalb der Euroländer müssen wir so betrachten wie die unterschiedlichen Entwicklungen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Nur jener Teil der Probleme, die auf einen Mangel am Fließen des Geldes zurückzuführen sind, können währungstechnisch gelöst werden.

Für beide Sorten des Außenhandels, des echten und des - währungstechnisch gesehen – un echten gilt, dass in einem Land Deutschland mit einem Überschuss im Ex- und Import-Geschäft der Gegenzug zum Export zu gering ausgefallen ist. Der nachfolgende Titel ist daher kein Bluff:

23.03.2015

Neuer Exportüberschuss-Rekord Deutschland wird zum weltweiten Risiko http://www.manager-magazin.de/politik/konjunktur/exportueberschuss-deutschland-wird-zum-risiko-fuer-die-welt-a-1025014.html

Der Gegenzug zum Export, der Import, muss dabei nicht unmittelbar so erfolgen, dass das exportierende Land unmittelbar in dem Land wieder einkauft, wo es seine Ware verkauft hat, sondern es kann auch bei Drittländern sein, die dann wieder bei dem ursprünglichen Land einkaufen, wo der Exporterlös erzielt wurde. Für alle Märkte (Außenhandel, währungstechnischer unechter Außenhandel und für den Binnenmarkt) gilt: Die Erlöse aus dem Handel in Währungseinheiten ausgedrückt sind Einkommen, die wieder zur Nachfrage werden müssen, damit die Märkte von jenen Waren geräumt werden, die das Einkommen ursprünglich erzeugt haben. Das ist nur möglich, wenn das Geld – das den Austausch der Waren ermöglicht hat – voll im Kreislauf bleibt. Bleibt aber der Gegenzug zum Verkauf (Export) aus, wird aus den Erlösen (Einkommen) des Exporteurs der Sorte I und II oder des Binnenmarkthändlers keine Nachfrage. Wenn das Einkommen aber nicht zur Nachfrage wird, dann verliert das

⁵⁷ In dem Fall, dass der Importeur von Land A den Import mit einem Kredit dem Land B des Exporteurs finanziert, verschuldet sich das Land A des Importeurs gegenüber dem Land B des Exporteurs. Im obigen Fall gehe ich davon aus, dass der Importeurs die Rechnung aus den Erlösen von Lieferungen an den Markt bezahlt.

⁵⁸ Dies ist der dritte Versuch, diesen Abschnitt klar und lesbar zu formulieren. Hier schreibt also nicht ein Besserwisser, sondern einer, der sich beim Schreiben selber Klarheit verschafft.

Saysche Theorem ⁵⁹ - das besagt, dass mit der Produktion ein Angebot entsteht, das seine eigene Nachfrage erzeugt - seine Gültigkeit. Das Einkommen ist nicht zur Nachfrage geworden. Die Nachfrage - repräsentiert durch den Euro - räumt nicht den Markt, sondern wird gehortet. Das ist kein neues Phänomen, sondern es tritt in der Regel auf, wenn nach einer Phase der hohen Kapitalbildung der Kapitalertrag in den Keller geht. John Maynard Keynes und vor ihm Silvio Gesell haben den Mechanismus beschrieben. Das Rezept, das von Keynes Erkenntnissen abgeleitet wurde, hat in der Praxis zur Staatsverschuldung und Geldentwertung geführt. Der Keynesianismus musste nicht ohne Grund seine Führungsrolle an den Neoliberalismus der Chicagoer Schule abgeben. (Das wir damit nicht glücklich geworden sind, ist ein anderes Thema, aber kein Grund für Hassausbrüche und auch nicht dafür, das eigene Denken aufzugeben.) Gesells Idee ist, dass dem Geld Beine gemacht werden müssen, damit der Geldkreislauf wieder geschlossen wird (und dann bleibt) und die Vollbeschäftigung der Volkswirtschaften möglich wird. 60 Die Maßnahme heißt dann Umlaufsicherung des Geldes. (Welche Technik dabei angewandt wird, ist für die Einsicht in die Funktion der Maßnahme nebensächlich.) Nach meiner Einsicht würde die Wirkung auch in allen Ländern eintreten, die die Euro-Einheitswährung bei sich eingeführt haben.

Die nachfolgende Meldung aus der HAZ vom 26. August zeigt die Unsicherheiten, die in diesem Bereich herrschen:

Kommentar / Wirtschaft auf schmalem Grat / Von Lars Ruzic

Wer die schlechte Stimmung der deutschen Exportwirtschaft erklären will, muss gar nicht die politischen Krisenthemen Brexit oder Türkei bemühen.

^{59 &}quot;Say schrieb 1803 in seinem Werk Traité d'economie politique: Wenn der Produzent die Arbeit an seinem Produkt beendet hat, ist er höchst bestrebt es sofort zu

verkaufen, damit der Produktwert nicht sinkt. Nicht weniger bestrebt ist er, das daraus eingesetzte Geld zu verwenden, denn dessen Wert sinkt möglicherweise ebenfalls. Da die einzige Einsatzmöglichkeit für das Geld der Kauf anderer Produkte ist, öffnen die Umstände der Erschaffung eines Produktes einen Weg für andere Produkte. "https://de.wikipedia.org/wiki/Saysches_Theorem

⁶⁰ Für jene Leser, die an dem Thema weiterarbeiten möchten, einen Ausschnitt aus einer E-Mail-Liste vom 24.08.2016 von Beate Bockting vom Vorstand der INWO (www.INWO.de): Hallo in die Runde,

habe gerade bei meiner Arbeit an dem Bericht über die Brookings-Konferenz festgestellt, dass das Hutchins Center die Website aktualisiert hat und nun dort sehr schön Negativzinsen erklärt, mit Verweis auf Gesell:

https://www.brookings.edu/blog/up-front/2016/04/11/the-hutchins-center-explains-negative-interest-rates/Liebe Beate.

schönen Dank für Deinen Hinweis. Da Herr Gauke heute ohnehin mit Internetarbeiten beschäftigt war, hat er diesen Hinweis gleich auf der neugestalteten Gesell-Website im Bereich http://www.silvio-gesell.de/englisch.html eingefügt. Da sind nun alle wichtigen neueren englischsprachigen Veröffentlichungen über Gesell & Negativzins chronologisch aufgelistet. Und wir werden die Liste fortlaufend ergänzen. Herzliche Grüße Werner

Es fehlt insgesamt an Wachstumsmotoren in der Weltwirtschaft. Südamerika liegt am Boden, Russland leidet unter Embargos, der China-Hype ist lange vorbei, und Indien ist über den Status eines vielversprechenden Nachwuchstalents bis heute nicht hinausgekommen.

Bleiben die traditionellen und bis heute wichtigsten Märkte für Deutschland: die EU-Nachbarn und die USA. Während Letztere im Wahlkampf stecken, pumpt und pumpt und pumpt in Europa die Zentralbank Geld in die Märkte – ohne dass es in der Realwirtschaft ankäme.

So langsam schwant vielen Entscheidern in den Unternehmen: Es ist ein Alarmzeichen für den Zustand der europäischen Wirtschaft, dass sie trotz Nullzinsen, niedriger Ölpreise und akzeptabler Wechselkurse kaum aus dem Quark kommt. Die Unsicherheit wächst – und führt zu Investitionszurückhaltung und geringer Kreditnachfrage.

In Deutschland wird das alles noch überdeckt von einer florierenden Binnenkonjunktur. Damit kann es jedoch schnell vorbei sein, wenn die Industrie aus dem Tritt kommen und Kapazitäten zusammenstreichen sollte. Deutschlands Wirtschaft wandelt auf einem schmalen Grat.

Auch für Meldungen wie die folgende gäbe es keinen Grund mehr, wenn Europa und Amerika eine Umlaufsicherung des Geldes einführen würden. ⁶¹ Das hat folgende Gründe: Es ist unwahrscheinlich, dass in den Steueroasen (Bar-)Geld gebunkert wird, sondern es geht um Giralgeld, das sind Forderungen auf Geld oder kurzfristiges Kapital. Wenn durch die Umlaufsicherung des Geldes die Haltung von Geld (nur das Bargeld ist Geld) mit Kosten belastet ist, dann überträgt sich diese Kostenbelastung automatisch auf das Giralgeld, mit dem spekuliert wird und das die großen Konzerne strategisch einsetzen. Die automatische Belastung des Giralgeldes kann jetzt schon bei den Geschäftsbanken beobachtet werden, die dazu übergehen, den negativen Zinssatz, den die Geschäftsbanken bei den Notenbanken (bei uns die EZB) für ihre Einlagen zahlen müssen, an ihre Kunden weiterzureichen. Die Kostenbelastung des Giralgeldes bewirkt, dass die kurzfristigen Einlagen in langfristige Anlagen umsteigen – die keine Belastung, Nullzinsen oder eine geringe Verzinsung mit sich bringen -, die Folge wäre, für die Spekulation und für die Strategien der Großunternehmen stünde keine Masse mehr in Form von Giralgeld zur Verfügung.

Kaum kümmert sich die **EU-Kommission** um die in **europäischen Steueroasen** gebunkerten Milliarden von US-Konzernen wie Apple, da meldet sich das **Finanzministerium in Washington** zu Wort. Wenn Europa nicht weiterhin wegschaut, droht man mit **Investitionszurückhaltung**. Dabei wäre es klüger, Europa und Amerika würden gemeinsam ihre Unternehmen zur **Steuerehrlichkeit** erziehen. Wenn man die Wahl-Versprechungen von

⁶¹ Aber auch das kleinste Land würde von dem reformierten Geld einen großen Nutzen haben.

Trump und **Clinton** ernst nimmt, wird der **amerikanische Fiskus** bald viel Geld brauchen – warum nicht auch aus Irland.

Gabor Steingart im Handelsblatt Morning Briefing vom 26. 08. 2016

Die ganze Debatte um den Euro ist auch deshalb so frustrierend und wenig ergiebig, weil sie mit der Verschuldung von Staatshaushalten verkoppelt wurde. Der Wert einer Währung hängt aber nicht vom Verschuldungsgrad der Staatshaushalte ab. Damit ist nicht gesagt, dass die Staatsverschuldung kein Problem ist, sondern nur, dass die Währungsstabilität nicht davon abhängt. Griechenland könnte man den Befreiungsschlag "Konkurs" gönnen. Die Entmündigung der demokratischen Gremien Griechenlands durch die Troika als Vertretung der EZB, EU und IWF hätte man den Griechen ersparen können, ohne dass der Euro dadurch gefährdet worden wäre und zwar solange nicht, wie die EZB - wie zur Zeit - keinen Währungsfusch betreibt. Die Preisniveaustabilität in einem Währungsbereich hängt einfach davon ab, dass die umlaufende Geldmenge im Gleichgewicht mit den Gütern im Markt bleibt. 62 Wenn die ausgegebene (emittierte) Geldmenge größer ist als die umlaufende Geldmenge, dann stellt der Überhang das Inflationspotential dar und kann anderseits die Ursache für den Nachfrageausfall und damit Ursache der Arbeitslosigkeit sein. Hier muss auch noch der Streit über die Frage genannt werden, was denn nun Geld ist und was nicht. Auch die Bundesbank ist da nicht hilfreich, denn sie zählt Geld und Forderungen auf Geld zusammen, weil sie sich beide Begriffe unter dem Oberbegriff Zahlungsmittel zusammen zählen lassen. Birnen und Äpfel kann man auch als Obst zusammenfassen. Dabei werden die Birnen aber keine Äpfel und umgekehrt. Der Streit darüber mutet an, als solle die Frage geklärt werden, ob es einen Gott gibt oder nicht. Es geht bei Geld aber nicht um Metaphysik, sondern um Logik.

Eine weitere Unklarheit macht die Verständigung im Währungsbereich so schwierig. Es besteht der ernsthafte Vorwurf, die Geschäftsbanken könnten Kredit oder Geld aus dem Nichts schöpfen. Das wird von Gegnern dieser Aussage zwar für Unsinn gehalten, aber die Vorstellungen der "Kreditschöpungsanhänger fließen trotzdem in die Politik ein. Die Eingliederung der Bankenaufsicht in die EZB ist sonst gar nicht zu verstehen. Wenn es aber richtig wäre, was da behauptet wird, dann hätten die Banken die Fähigkeit, sich Ansprüche auf Güter im

⁶² Dabei ist zu bedenken, dass das Geld einen Kreislauf bildet und die Güter eine Stromgröße ist. Die Ware, die erst künftig angeboten wird und die, die den Markt schon durchlaufen haben, spielen für die kaufmännische strategische Kalkulation eine Rolle, nicht aber für die Preisniveaustabiltiät. Da die Stromgröße nicht unmittelbar beeinflussbar ist, muss das Gleichgewicht zwischen Strom und Kreis durch die Anpassung der Geldmenge erfolgen. Eine exakte Steuerung des Geldvolumens ist aber nur möglich, wenn nicht Teile der Geldmenge sich in Horte ihrer Funktion des Transportes der Güter vom Anbieter zum Käufer entziehen können.

Markt anzueignen ohne eine Gegenleistung dafür erbringen zu müssen. Das ist vergleichbar mit dem Zugang zu einem Warenhaus mit dem Recht, sich – ohne bezahlen zu müssen – dort frei bedienen zu können. Es ist ein unverzeihliches Versäumnis der Wirtschaftswissenschaft, die tatsächlichen Vorgänge bis heute nicht eindeutig geklärt zu haben. Wenn die Kreditschöpfung bestünde, müssten 1. die Staatsanwälte in Marsch gesetzt werden und zweitens müssten alle Geschäftsbanken Filialen der Notenbank werden.

ooooo - Einschub 6 - ooooo

Am 25. 8. 2016 erhielt ich von einem Anonymus Post, die in den Briefkasten meiner anderen Familie gesteckt wurde. Er hat die Seiten 17 und 18 aus meinem Text 144.0 "Wir müssen die Freiheit zu Ende denken, damit der Wohlstand und die Sicherheit für alle möglich wird / Die Suche nach einer tragbaren Ordnung im Chaos der Gegenwart / Ein Offener Brief an den Herausgeber des Handelsblattes, Gabor Steingart" (http://www.tristan-abromeit.de/pdf/144.0.Freiheit.zu.Ende.denken.Offener.Brief.Steingart.pdf) ausgedruckt und durch drei Seiten - vermutlich aus einer eigenen Arbeit mit Datum Juli 2016 - und eine Doppelseite über den Wechsel beigefügt.

"Wenn also die Geschäftsbanken Geld schöpfen könnten, könnten sie sich Eigentumsanteile aneignen ohne eine Gegenleistung dafür zu erbringen. Sie wären dann in der Rolle eines Geldfälschers und es wäre dann unsinnig, mit hohem Aufwand den echten Geldfälschern auf die Spur zu kommen, weil die Summe des Geldes, die die Geldfälscher in den Umlauf bringen im Verhältnis zu den Mengen, die man glaubt, dass sie von den Banken geschöpft werden, unbedeutend sind. Eine Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken würde die ganze Eigentumsordnung auf den Kopf stellen." (S.17 f.)

Er oder sie hat in dem zweiten Satz "wäre" gestrichen und durch "sind" ersetzt und Geldfälscher durch Geldvermehrer. Und dann den Satz "Eine Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken würde die ganze Eigentumsordnung auf den Kopf stellen." mit einen Einfügungskreuzehen versehen und am Rand geschrieben "genauso ist der Fall".

In der Bewertung des Vorganges der Geldschöpfung der Banken bin ich also mit dem Anonymus einig. In der Frage, ob sie möglich ist, besteht die Einigkeit nicht. Ich hätte nun gern auf die ganze Arbeit, die als Beweisführung des Anonymus dient, verwiesen, das kann ich leider nicht. Und die zwei Seiten aus dem übermittelten Text plus einem Piktogramm hier einzufügen, halte ich auch für keine gute Idee. Mit ein paar Zeilen will ich aber verdeutlichen, dass der Autor der "Kritik der <u>Giralgeldschöpftung durch die Kreditvergabe</u> einer Geschäftsbank" es sich nicht leicht gemacht hat. Es heißt dort:

Wenn Kritiker der Giralgeldschöpfung von "Geld aus dem Nichts" sprechen, so kann das irreführend sein. Dieser Ausspruch bedarf meines Erachtens einer Verdeutlichung; wobei ich Kritik an der jetzigen Praxis der Giralgeldschöpfung teile. Es kommt dabei auf den jeweiligen Kritikpunkt an:
Die Praxis beweist, dass Geld als Katalysator für den WD-Austausch und die Weiterleitung der WD vom Anbieter/Produzenten zum Nutzer/Konsumenten frei von jedem (ihm innewohnenden) materiellen Wert sein kann; selbst eine physische Gestalt ist nicht erforderlich. Ein **Geldbetrag** ist nur die **Zahl** (bezah-

lung) einer **Teil-Menge** aus der Gesamt-Menge der jeweils gültigen Währungseinheiten eines Währungsraumes und wechselt als Buch- oder Bargeld seinen Besitzer oder Eigentümer mittels eines Buchungsvorganges bzw. physischen Übertragung, wobei das Buchgeld den weitaus größeren Anteil hat. ...

... Die Kreditvergabe einer Geschäftsbank, wenn sie nicht durch Spareinlagen ihrer Kunden gespeist ist, stellt zweifellos eine Giralgeldschöpfung für die Dauer der Kreditlaufzeit da.

Weil Buchgeld komplett substanzlos ist, kann es selbstverständlich leicht "aus dem Nichts" erschaffen werden von einer Geschäftsbank, die wie üblich per Gesetz dazu befugt ist.

Den Wert, den das neue Geld augenblicklich mit seiner Entstehung "repräsentiert" ist ihm vom bestehenden Geld zugeflossen (Inflationseffekt).

Bei diesem Vorgang bleibt die Summe der **Werte** (Waren und Dienstleistungen im Gegensatz zur Geldmenge) konstant.

"Aus dem Nichts" entstehen keine Werte (zumindest seit dem Urknall nicht mehr) - auch dann nicht, wenn im Gegensatz dazu Geld "aus dem Nichts" entsteht.

Am 18. 8. 2016 war in der HAZ folgendes zu lesen (Auszug):

Griechen bunkern Bargeld

Banken versuchen mit höheren Zinsen endlich wieder Einlagen anzulocken VON GERD HÖHLER

Trostlos: Die Auszahlungen an den griechischen Geldautomaten sind immer noch begrenzt. Foto: AFP

Athen. Für die griechischen Geschäftsbanken war die Schulden- und Finanzkrise des Landes ein einziger Aderlass. Seit Beginn Ende 2009 haben die Institute fast die Hälfte ihrer Einlagen verloren. Jetzt hoffen sie auf eine Infusion: Mit Sonderkonditionen werben die Banken um neue Depositen. Wer jetzt Geld einzahlt, bekommt einen Zins von durchschnittlich 1,3 Prozent. Das ist deutlich mehr als die 0,8 Prozent, mit denen bestehende Sparguthaben verzinst werden.

Die Institute sind dringend auf frisches Geld angewiesen. In den Krisenjahren schmolzen die Bestände von 237 Milliarden auf 123 Milliarden Euro. Teils floss das Geld in Sachwerte, teils ins Ausland. Ein großer Teil dürfte aber gebunkert sein: als Bargeld unter Matratzen, in Wäscheschränken, Schließfächern, Truhen oder anderen Verstecken. ...

Ich habe die Meldung mit folgenden Worten an eine E-Mail-Liste weitergereicht:

Im Anhang findest Du (und die Mitleser) einen Bericht aus der HAZ über Griechenland. Es geht um das Werben der Banken um Einlagen und um das Horten von Geld der Haushalte.

Ich war schon geneigt zu spotten und den deutschen Kreditschöpfungstheoretikern zu empfehlen als Entwicklungshelfer nach Griechenland zu gehen und den Bankmanager zu lehren, wie sie ihre Liquiditätsprobleme mit der

Kreditschöpfung lösen können. Denn davon scheinen die griechischen Banken keine Ahnung zu haben. Aber Spott scheint mir nicht angebracht zu sein, weil er den Graben, der sich durch die Geldreformer zieht, nur vertieft. Man geht davon aus, dass 20 Milliarden Euro in Griechenland gehortet werden. Da aber viele Griechen aus Misstrauen gegenüber den Banken auf Bargeldzahlungen zurück gekehrt sind, dürfte die gehortete Menge an Bargeld geringer sein. Aber ohne Zwischenschaltung des Giroverkehrs dürfte die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes geringer sein. Es ist aber schon betrüblich, dass wir nicht in der Lage sind, den Griechen zu vermitteln, dass durch das Horten des Geldes eintritt, was sie befürchten, nämlich eine Verschlechterung ihrer Lage.

Noch eine Anmerkung zu dem Begriff Geldfälscher, den der Anonymus durch Geldvermehrer ersetzt hat. Der Geldfälscher vermehrt das Geld durch einen nicht autorisierten Nachdruck und schafft so einen Anspruch an den Markt für den keine Güter vorhanden sind. Wenn Banken die unterstellte Geldvermehrung (oder Kreditschöpfung, was in diesem Fall egal ist, denn ein Kredit, der nicht zum Geld führt, ist kein Kredit) möglich wäre, wäre sie illegitim und hätte die Wirkung, die auch Geldfälscher erzielen, folglich ist gegen die Verwendung des Begriffs Geldfälscher in Bezug auf die unterstellte Geldschöpfung der Banken nichts einzuwenden. ⁶³

Kurz zum Wechsel: Ich kann mich gar nicht erinnern, dass ich den Begriff im Zusammenhang mit der vom Anonymus zitierten Arbeit verwendet habe. In folgendem Satz habe ich ihn gefunden: "Das Geld, der Scheck, der Wechsel und die Buchführung sind aus den Erfahrungen der Menschen mit dem Wirtschaften entstanden." Karl Walker hat den Handelswechsel als Instrument der Notenbank thematisiert, weil bei ihm die Wertschöpfung und Geldschöpfung gekoppelt werden kann. Aber der Vorgang tritt erst ein, wenn die Geschäftsbank den Wechsel bei der Notenbank zum Diskont eingereicht wird. Das Verfahren spielt zur Zeit keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Solange der Wechsel die Notenbank nicht erreicht hat, ist er ein Kreditsicherungsmittel und kann bis zur Einlösung ein vorläufiges Zahlungsmittel sein. Beispiel: Wenn der Händler einem Großhändler für eine Warenlieferung statt Geld einen Wechsel über den geschuldeten Betrag gibt, dann gibt der Großhändler dem Händler einen Kredit für die Laufzeit des Wechsels. Der Großhändler kann – wenn er selber flüssig ist – den Wechsel in sein Wechselportfolio übernehmen, wenn nicht, kann er ihn als Zahlungsmittel gegenüber seinem Geschäftspartner einsetzen – wenn diese ihn akzeptieren – oder er reicht ihn bei seiner Bank zum Diskont ein, das heißt, der Großhändler bekommt von seiner Geschäftsbank einen Kredit. Die Zinsen (den Diskont) werden gleich einbehalten. Der Wechsel kann also als Zahlungsmittel eingesetzt werden, wird aber – solange ihn die Notenbank nicht diskontiert – niemals Geld. Zum Diskont siehe auch:

http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/diskont.html

ooooo - Einschub 6 Ende - ooooo

⁶³ Wenn eine Bank einen Rechtsanwalt beauftragt, sie in irgendeiner Angelegenheit zu verteidigen, dann ist eine Zeile in der Verteidigungsschrift nicht unter 100 Euro zu haben. Die Geldreformer bemühen seit Jahren die Sachverhalte zu klären, die die Banker belasten. Ich habe noch nie gehört, dass eine Bank diese Arbeit, die Zeit und Geld kostet, auch nur mit 100 Euro gesponsert hat. Aus dieser Sicht ist geradezu schwachsinnig, sich mit diesen Fragen zu belasten. Sollen die Banken den erworbenen Ruf, die Betrüger der Nationen zu sein, behalten. Leider gibt es da noch einen Aspekt, der über die Banken hinausführt.

((Weiter mit: **ZEIT**: War der Euro auch ein Fehler? / **Wagenknecht**: Ja, er hat Europa gespalten.))

Was würde passieren, wenn der Euro, die Einheitswährung mehrerer Länder, mit einer Umlaufsicherung ausgestattet würde. (Ich beschreibe hier nur eine Wirkung.) Der Euro würde trotz unterschiedlicher Verschuldung und unterschiedlicher Belastung mit Steuern und Sozialabgaben dort vermehrt Nachfrage halten, wo er den größten Gegenwert erzielt. Anders als bei der vermuteten und verloren gegangenen Möglichkeit der Wechselkursmanipulation könnten die unterbeschäftigten Länder durch die Preisgestaltung für Arbeit und Waren Nachfrage auf sich ziehen / lenken. Das würde solange und so oft zu einer Anpassung der Kaufkraft in den verschiedenen Euroländern führen, bis die Differenzen so klein sind, dass keine Wirkung mehr haben für Ausgleichsströme der Nachfrage nach Waren und Arbeit haben. Nebenbei würde die Umlaufsicherung des Geldes eine bessere Wirkung auf das Börsengeschehen haben, als die Tobin- oder Transaktionssteuer, weil sie einfach die Spekulationskassen die in der Hauptsache aus Giralgeld (das sind Forderungen auf Geld) bestehen – belasten würden. (Dazu habe ich mich weiter oben schon geäußert.)

Zum starken **Export Deutschland** möchte ich noch folgendes anmerken. Wobei ich den ersten Teil schon weiter oben benannt habe. Zu Zeiten des fixierten Wechselkurses (Bretton Woods System) ⁶⁴ war die DM unterbewertet, das heißt die inländischen Exporteure (und die ausländischen Investoren) bekamen für die Dollars aus ihren Erlösen mehr DM als die Dollars nach ihrer Kaufkraft wert waren. Der Vorgang hatte die Wirkung einer Exportprämie (Subvention). Da bekanntlich nichts von nichts kommt, bewirkte der Vorgang in Verbindung mit dem Zwangsankauf von Devisen durch die Bundesbank eine Geldvermehrung im Binnenmarkt und damit Inflationsraten, die zu Lasten all derer ging, die Geldforderungen hatten. Vor allem waren es die Sparer, aber auch die Arbeitnehmer, deren Tarife nicht schnell genug angepasst werden konnten. Mit dem Übergang zum System flexibler Wechselkurse ist diese Förderung weggefallen. Seit das Mehrwertsteuersystem eingeführt, wurde gibt es durch den darin enthaltenen Vorsteuerabzug eine neue Exportförderung, die wieder andere bezahlen müssen. Was dem Staat durch den Vorsteuerabzug verloren geht, muss er durch höhere MWSt-Sätze ausgleichen. Und die höheren Mehrwertsteuersätze bewirken dann eine höhere Exportförderung.

64 https://de.wikipedia.org/wiki/Bretton-Woods-System

Karl Walker ⁶⁵ hat 1972 sein Buch "Milliarden-Vergeudung durch Mehrwertsteuer – Ein Gutachten, das nicht bestellt wurde" vorgelegt, nachdem er seine Überlegungen schon vorher verantwortlichen Politikern zugesandt hatte. Er schreibt:

Mit Kabinettsbeschluß vom 11. 6. 1971 war u. a. auch der Chef des Bundeskanzleramtes, Minister Ehmke, beauftragt, bis zum 1. Oktober 171 Vorschläge zum Abbau von Steuervergünstigungen vorzulegen. Unter Bezugnahme auf diesen Auftrag habe ich dem Herrn Minister Prof. Ehmke am 31. August 1971 dieses Gutachten mit 2 Kopien - für den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Minister Schiller - eingereicht. In meinem Begleitbrief habe ich - da ja immerhin eine solche Einreichung nicht alltäglich ist - noch quasi entschuldigend erklärt: ...

... Leider muß ich sagen: Ich habe gute Gründe, anzunehmen, daß weder der Herr Bundeskanzler, noch der Herr Minister Schiller meine Einsendung auch nur in Händen hatte. Spätestens bei Text-Ziffer 10 (s. S. 15) hätten der Kanzler und der Minister erkennen können (das darf man beiden zutrauen), daß das ganze Steuerreform-Programm, das sich jetzt mehr und mehr zu einem hoffnungslosen Debakel auswächst, auf eine andere Linie gebracht werden muß.

Walker rechnet vor, dass 1974 bei einem Steuersatz von 12 % 26,17 Mrd DM mehr in der Kasse sein müssten, wie sie tatsächlich waren. Hier fände eine Umverteilung über das Steuersystem statt, die nicht gerechtfertigt ist. Für den Außenhandel würde das einen neuen Protektionismus bedeuten.

Ein neues Instrument des Protektionismus?

Im Hinblick auf die allgemeine internationale Handhabung des Mehrwertsteuer-Systems muß damit gerechnet werden, daß die in den genannten Steuerungs-Praktiken zutage getretenen Überlegungen auch anderweitig aufkommen dürften, resp. bereits aufgekommen sind. Daraus ergibt sich eine allgemeine Tendenz zur Steigerung der Steuersätze. Je höher der Steuersatz, desto wirksamer die Exportförderung und Importhemmung Dieser Entwicklungstrend befindet sich gegenwärtig noch im Anfangsstadium; aber schon jetzt sind Steuersätze mit offener Bezugnahme auf die Notwendigkeit der Exportförderung erhöht worden (Dänemark, Holland). - Es kommt anstelle der alten Zollpolitik ein neues Instrument zur Herbeiführung von Handelshemmnissen auf. Ganz gewiß darf man annehmen, daß der Lernprozeß bezüglich der Handhabung des neuen protektionistischen Instruments unter den verschiedenen Staaten - wenn das System in seiner heutigen Form weiterbestehen bleiben sollte - noch Fortschritte machen wird.

Auf der Seite 56 unter Text-Ziffer 118 heißt es dann:

⁶⁵ Zu Walker siehe. "Gedenkschrift zum Tode von Karl Walker"
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/20.7%20Die%20Landlosen%20Walker.pdf und https://de.wikipedia.org/wiki/Karl Walker

Diese Schwerpunkte der Fehlentwicklungen liegen nicht direkt bei den Steuerbefreiungen des § 4 - nicht einmal primär bei der Steuerbefreiung der Exporte -, sondern sie liegen bei dem Kernstück des Mehrwertsteuer-Systems: beim Vorsteuerabzug.

Eine Reform, die Erfolg haben will - und auch die steuerliche Gerechtigkeit (endlich) herzustellen hätte - kann nur so vorgehen, daß die neuen Bestimmungen auf fiskalpolitisch realistischere Fundamente aufgebaut werden, als in den bisherigen "Verbrauchsteuer"- und "Abwälzungs"-Theorien gegeben waren. Diese Theorien waren es, die dem legalen Mißbrauch des Vorsteuerabzugs alle Wege geebnet haben.

Natürlich ist es möglich, dass Walker falsch gedacht und gerechnet hat. Aber bei den Summen und den Wirkungen, die zur Debatte stehen, kann es doch nicht angehen, dass Minister, Beamte in den zuständigen Ministerien und Wissenschaftler einfach die Kritik als Spinnerei abtun und sich weiter dem Tagesgeschäft oder ihrer Karriere widmen. Der genannte Personenkreis hat doch den Eid geschworen, Schaden vom Volk abzuwenden und den Nutzen zu mehren.

Karl Walker hat bei den Feierabend-Geldreformern wenig Unterstützung gefunden, nicht aus Gleichgültigkeit, sondern weil man schon mit Kernthemen überfordert war, sogar das wichtige Thema Bodenrecht konnte nur stiefmütterlich behandelt werden. Ich konnte mich damals auch nicht in das Thema vertiefen. Ich habe aber trotzdem eine ganze Reihe von Leuten – von denen ich glaubte, sie seien von Amtswegen an dem Thema interessiert, angeschrieben oder das Gutachten zugestellt. Als Walker – der die Arbeit ohne Lohn gefertigt und auf eigene Kosten hat drucken lassen – gestorben war, landete die Restauflage bei mir. Ich habe sie an die Bibliotheken der Universitäten in Norddeutschland auf eigene Rechnung verteilt. Die einzige Reaktion kam – wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt - von der Uni in Kiel, die verlangten von mir, dass ich die überbrachten Exemplare wieder abhole, was ich nicht gemacht habe.

Bei dieser Sachlage, kann man schon an dem eigenen Wollen und der eigenen Wahrnehmung irre werden. Als ich jetzt ein Exemplar von Walkers Arbeit zur MWSt in die Hand nahm, kam eine Meldung der HAZ vom 24. Sept. 1975 zum Vorschein. Nachfolgend der Wortlaut:

EG warnt vor Protektionismus Jetzt auch US-Dumpingverfahren gegen Stahllieferanten

Von unserem Korrespondenten wm. Brüssel

Das US-Schatzamt hat auf Antrag der amerikanischen Stahlindustrie eine Antidumpinguntersuchung gegen die europäischen Stahlexporteure einge-

leitet. Die Europäische Kommission in Brüssel hat diesen Schritt der US-Regierung bedauert und darauf hingewiesen, daß jetzt ein Fünftel der europäischen Exporte in die USA von Handelsbeschränkungen und Vergeltungszöllen bedroht ist. Sie sehe darin eine große Gefahr, daß sich der Protektionismus im internationalen Handel immer mehr ausweite, zumal die von der US-Stahlindustrie besonders kritisierte Rückerstattung der Mehrwertsteuer beim Export international anerkannte Praxis sei und auch in den Regeln des Intenationalen Handels- und Zollabkommen (GATT) ausdrücklich erlaubt werde.

Das US-Schatzamt hatte im August dieses Jahres bereits ein Antidumpingverfahren gegen die europäische und japanische Automobilindustrie eröffnet. Ein gleiches Verfahren läuft auch gegen den Export von Büchsenschinken nach den USA. Antidumpingmaßnahmen gegen europäisch Käselieferungen konnte die Brüsseler Kommission im Frühjahr dieses Jahres nur dadurch verhindern, daß sie für die wichtigsten Käsesorten auf Exporterstattungen verzichtete und die Ausfuhr in die USA damit praktisch unterband. Eine Entscheidung des amerikanischen Schatzamtes über die Berechtigung der Dumpingklage der Stahlindustrie ist, ebenso wie im Automobilbereich, nicht vor sechs Monaten zu erwarten.

Auch wenn das Gatt die Mehrwertsteuerrückerstattung gestattet, bleibt sie binnenwirtschaftlich ein Problem, weil sie binnenwirtschaftliche Unternehmen und die Konsumenten belastet und die Exportunternehmen begünstigt. Es ist zwar richtig, dass der Endverbraucher die MWSt letztlich tragen muss. Die binnenwirtschaftlich tätigen Unternehmen werden insofern belastet, weil die Höhe des Preises ihrer Produkte oder Dienstleistungen ihre Grenze einschließlich der MWSt finden. Ohne oder bei einer niedrigeren MWSt wäre ihr Ertrag höher oder sie könnten sich bei dem Preiskampf, den sie bestehen müssen, länger im Geschäft bleiben.

Außenwirtschaftlich ist die MWSt-Rückerstattung auch ein Problem für Länder, die kein MWSt-System haben und der Export daher nicht mit der MWSt-Rückerstattung subventioniert wird. Da die Exportförderung durch die MWSt-Rückerstattung um so höher ist, je höher der MWSt-Satz ist, kommt es leicht zu einem "Wettbewerb" der Erhöhung dieser Steuer in den verschiedenen Volkswirtschaften. Karl Walker nannte dafür 1972 schon Beispiele.

Zum nächsten Ausschnitt des Interviews von der ZEIT mit Sahra Wagenknecht, dass heißt erst einmal zu den Interviewer der Zeit. Zu lesen ist von ihnen folgendes:

ZEIT: Sie sind im Sozialismus ohne echte Demokratie groß geworden.

Dieser Satz schließt nach meinem Textverständnis ein, dass Sahra Wagenknecht jetzt in einer echten Demokratie lebt. Ich schließe das aus und halte den Bundestag, die Bundesregierung und selbst das Bundesverfassungsgericht in der jetzigen Form für demokratie- und verfas-

sungsfeindliche Institutionen. Ich bewerte dabei die Summe der jeweiligen Amtsinhaber, weil ich – wenn ich das einzelne Mitglied beurteilen wollte, auch jedes einzeln dahingehend überprüfen müsste, ob eine Nachlässigkeit mit der Verfassung und dem Ur-Gedanken der Demokratie vorliegt oder ein bewusster Verstoß, um einen Vorteil für die Partei oder sich selbst herauszuholen. Hier wird deutlich, dass in einer wehrhaften lebendigen Demokratie nicht nur die Institutionen Urteile über Bürger fällen können, sondern auch Bürger über die Institutionen.

Bevor ich das begründe, will ich erst eine Anmerkung zur DDR machen. Schon 1967 habe ich mich als Vorstandsmitglied der kurzlebigen Liberal Sozialen Partei dafür ausgesprochen, die DDR als Staat anzuerkennen, was damals von der offiziellen Politik noch abgelehnt wurde. Damit war aber keine inhaltliche Bejahung des DDR-Systems verbunden. Ich habe Kontakt zu Personen gehabt, die vom dortigen Regime (und vorher von der in der Ostzone herrschen Sowjetmacht) wegen abweichender Meinungen lange in der SBZ oder Sibirien eingesperrt wurden. Einen solchen Text wie diesen zu Zeiten der DDR in der DDR zu schreiben und dann noch zu versuchen, ihn zu veröffentlichen, war die Garantie für den Aufenthalt in Bautzen oder anderswo. ⁶⁶ Als Beispiel sei Hans Hermann Traugott Strung genannt, als der 1958 in Westberlin seine Manuskripte "Friede auf dem Erdboden" und "Religion der Wahrheit" drucken lassen wollte, wurde er verhaftet. Seine berufliche Existenz und seine Familie wurden zerstört. Das ist hier (noch) nicht zu erwarten, allenfalls muss ich mit politischer Schelte und Häme rechnen.

In der Beilage *Sonntag* der HAZ vom 23. Juli 2016 gibt es unter dem Titel "Ziemlich unwahrscheinliche Freunde" ein Doppel-Interview von Dieter Wonka mit Ole Beust, Ex-Bürgermeister von Hamburg und Hans Modrow, einst Vorsitzender des Ministerrats der DDR. Dieter Wonka fragt:

Wollen wir mal festhalten, es gab ein verbrecherisches System in Deutschland-Ost und es gab ein demokratisches System in Deutschland-West. In dem einen konnte man die Führung abwählen, um das andere war eine Mauer.

Modrow: Den Begriff "verbrecherisches System weise ich ganz entschieden zurück. Das verbrecherische deutsche System war das faschistische

⁶⁶ Um an eine aktuelle Situation anzuknüpfen: Hier eine alternative Formulierung:
In der Türkei würde die Inanspruchnahme dieses Rechtes – das wir mit Meinungsfreiheit benennen – sicher wenigstens eine Inhaftierung zur Folge habe. Aber noch haben wir keine türkischen Verhältnisse, also hält sich mein Risiko, das ich mit meinem Urteil eingehe, in Grenzen.

Deutschland, für das ich noch 1945 mit 17 Jahren bereit war, in den Krieg zu ziehen. Übrigens war Helmut Schmidt da ein Oberleutnant der Wehrmacht.

In diesem kurzen Ausschnitt zeigt sich schon, dass die Menschen mit Begriffen ganz unterschiedliche Inhalte oder Erwartungen verbinden. Während Wonka schon die Abwählbarkeit einer Regierung eine Demokratie hält, wehrt sich Modrow dagegen, die DDR als ein verbrecherisches System bezeichnen zu lassen und verortet das Verbrecherische in der Zeit des faschistischen Deutschlands. Als man führende Nationalsozialisten nach ihren Verbrechen gefragt hat, haben diese wahrscheinlich erstaunt zurück gefragt: "Welche Verbrechen?" Ich schätze, dass der Mensch mit seiner Moral in Übereinstimmung mit der Wirklichkeit leben will. Da er die Wirklichkeit selten umformen kann, formt er eben seine Moral um, damit er den Konflikt als Unruhestifter seiner Seele los wird. Im Fall Modrow ist das für unsere Gesellschaft unproblematisch, weil er nur den Wahrheitsgehalt der Vergangenheit verzerrt. Im Fall der Journalisten ist das bedenklich, weil seine Bewertung in der Rolle als Mitglied der Presse macht, die als Wachhund der Demokratie gehandelt wird, aber zunehmend ihre Glaubwürdigkeit verliert. Wer die gegebene Verfassungswirklichkeit als den Maßstab für maximale erreichbare Form der Demokratie sieht, verliert den Blick für ihr Mängel in ihrer gegenwärtigen Gestalt und kann diese daher in seiner Arbeit auch nicht reflektieren.

Ich bin froh, dass es die DDR nicht mehr gibt, aber ich stimme Hans Modrow zu, man kann nicht so tun, als habe es die DDR nicht gegeben. Man kann die DDR auch nicht nur auf ihre Menschenrechtsverletzungen reduzieren. Sie ist auch nicht nur der Versuch dem Nazi-Regime etwas Neues folgen zu lassen, sondern sie ist der gescheiterte Versuch, mit Anleihen bei Karl Marx dem Kapitalismus zu überwinden. Für mich war Ende 1989 der Zeitpunkt gekommen, wo mit Hilfe der DDR auch in der BRD die Demokratie und die Ökonomie auf eine höhere Stufe hätte gehoben werden können. Dazu wäre notwendig gewesen, dass die Menschen in der DDR ihren Bürgerstatus entdeckt hätten, um die DDR neu zu erfinden, um danach für die Vereinigung mit der BRD gerüstet zu sein.

In meinem Text "**Darauf kommt es an!** Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie …" vom Dezember 1989 ⁶⁷ heißt es dazu:

⁶⁷ Der Text umfasst einschließlich Anhänge 100 Seiten und wurde von mir erst als Kopien zahlenmäßig in einen ungenügenden Umlauf gebracht und dann in gedruckter Form im Januar 1990 von der INWO (www.inwo.de) versucht, sie in die Arena der Meinungsbildung, die schon gefüllt war mit Propaganda aller

Die Verfassung

Als in der Bundesrepublik das vierzigjährige Bestehen der Verfassung gefeiert wurde, habe ich immer darauf gewartet, daß eine Bestandsaufnahme unserer Verfassung, die wegen gesamtdeutscher Vorbehalte "Grundgesetz" genannt wird, vorgenommen würde. Ich habe nur Lobhudeleien, wie bei einer Ordensverleihung oder Beerdigung, vernommen. Dies ist bedauerlich, denn eine offene Diskussion hätte die Stärken, aber auch die Schwächen unserer Verfassung herausarbeiten können. Da nach meinem Verständnis von einer freien Gesellschaft der Staat nur ein Zweckverband der Gesellschaft für Sonderaufgaben sein kann, kann auch die Verfassung nicht etwas "Heiliges" sein, sondern nur eine Satzung. Satzungen müssen in Frage gestellt werden können, ja, sie müssen sogar ständig unter Wettbewerbsdruck stehen, der von anderen Satzungsentwürfen ausgeht, damit festgestellt werden kann, ob sie noch optimal für die betreffende Gesellschaft sind. Es ist auch eines freien Menschen unwürdig, daß er seine Verfassung nur erben und nicht selbst erarbeiten (und sei es nur durch eine bewußte Bestätigung) können soll. Der Begriff Verfassungsfeind hat einen manipulierenden Charakter, er will den Bürgern das Recht rauben, Gegner der jeweils bestehenden Verfassung zu sein. Nicht weniger problematisch ist der Verfassungsschutz. Die Verfassung kann nicht durch einen Geheimdienst, der herausfinden soll, wer jeweils gegen die geltende Verfassung wirkt, geschützt werden, sondern nur dadurch, daß sie das leistet, was man sich von ihr verspricht, nämlich Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in einer Gesellschaft. Ich denke, daß unsere Verfassung in der BRD von der Exekutiven und Legislative mehr ausgehöhlt und gefährdet wurde, als von allen politischen Extremgruppen zusammen.

Wenn nun in der DDR eine Chance für einen Neubeginn besteht und diese nicht dadurch vertan werden soll, daß nur eine Variante der bisherigen Gesellschaftsgestalt(ung) gewagt wird, dann muß natürlich auch die Verfassung der DDR auf den Prüfstand. Ich denke, daß es nicht dabei bleiben kann, den Führungsanspruch "der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei" im Artikel I zu überprüfen, sondern daß die Verfassung Satz für Satz durchgearbeitet werden und neu vom Volk in der DDR beschlossen werden muß. Es dürfte dabei ein schlechtes Verfahren sein, daß nur Änderungsvorschläge von jenen politischen Kräften eingebracht, beraten und beschlossen werden können, die die alte Verfassung geprägt und willkürlich angewendet haben.

6. Empfehlung:

a) Sowohl die auf Erneuerung drängenden Mitglieder der SED, wie auch opponierende Einzelpersonen, Gruppen und Massendemonstrationen sollten darauf drängen, daß vor Neuwahlen eine verfassungsgebende oder -verändernde Versammlung nach demokratischen Spielregeln einberufen wird. Diese Versammlung sollte aber nur die neue Verfassung erarbeiten. In den Passagen, wo keine Einigkeit erzielt werden kann, sollten die betreffenden

Art, zu werfen. Sie hat wie andere Schriften von Freunden zur Neuausrichtung der Ökonomie in Russland und den anderen ehemaligen Staaten des Sowjetblocks, die Bande der Arena nicht überwunden.

Artikel alternativ zur Abstimmung kommen. Die Inkraftsetzung der Verfassung sollte durch einen Volksentscheid erfolgen, der nach Möglichkeit eine Zustimmung oder Verwerfung einzelner Artikel zuläßt.

- b) Die Massenmedien veröffentlichen zu Vergleichszwecken ein Dutzend Verfassungen und Verfassungsentwürfe mit kurzen Abrissen der jeweiligen Entstehungsgeschichte und Hinweise auf Stärken und Schwächen, damit sich jede Bürgerin und jeder Bürger der DDR, der interessiert ist, selber einen Überblick und damit eine Urteilsbasis schaffen kann.
- c) Dezentral sollten sich Gruppen bilden, und zwar auch konkurrierend, die Verfassungsfragen intensiv bearbeiten und das Recht erhalten, bei der verfassungsgebenden Versammlung Eingaben zu machen, die diese zu prüfen hat. Weiter wäre es Aufgabe der dezentralen Verfassungs-Gruppen, die Diskussion vor und nach Beschlußfassung der Verfassungsvorlage der verfassungsgebenden Versammlung vor Ort mit den Bürgern anzuregen und zu organisieren, so daß vor dem Volksentscheid ein hoher Informationsstand erreicht wird. Diese Gruppen sollten natürlich nicht nur die unter b) empfohlenen Veröffentlichungen durcharbeiten, sondern auch jene, die in den Bibliotheken der DDR und der BRD zugänglich sind. In meinem Bücherregal steht zum Beispiel das "Bollwerk der Republik Eine Biographie der Amerikanischen Verfassung" von Burton J. Hendrick (1937, deutsch 1953, Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg), das Buch scheint mir im Themenzusammenhang interessant zu sein.

Die Grund- oder Menschenrechte

Wenn ich die Menschenrechte unter dem Stichwort "Verfassung" nicht erwähnt habe, dann aus folgendem Grunde: Die Menschenrechte können dem einzelnen Menschen nicht durch einen Staat verliehen werden, sondern er erwirbt sie mit der Geburt. Sie sind Bestandteil seiner Person und des Begriffes Mensch. Diese Aussage wird auch dadurch nicht entkräftet, daß manche Menschen sich ihrer Grundrechte noch nicht oder nicht mehr bewußt sind, daß sie ihnen vorenthalten oder scheinbar geraubt wurden. Trotzdem hat es einen Sinn, wenn die Grundrechte in den Verfassungen erscheinen, auch wenn sie dort nur einen deklamatorischen Charakter haben. Denn durch ihre Benennung werden Passagen oder Artikel, die im Widerspruch zu ihnen stehen, leichter sichtbar.

7. Empfehlung

- a) Veröffentlicht die Menschenrechte, wie sie 1948 in der Deklaration der Vereinten Nationen formuliert wurden. Veröffentlicht auch die Europäische Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten, wie auch die Grundrechte nach dem Grundgesetz der BRD. Vergleicht, welche Grundrechte sich in der Verfassung der DDR wiederfinden und mit welchen Artikeln sie im Widerspruch stehen.
- b) Verlest vor jeder größeren Versammlung und Demonstration die Menschenrechte. Das macht Mut und weist den Weg.

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/6.1%20Darauf%20kommt%20es%20an%21%20HT.pdf

 $\underline{http://www.tristan-abromeit.de/pdf/6.2\%20Darauf\%20kommt\%20es\%20an\%21\%20Anhang.pdf}$

Die Geschichte ist bekanntlich anders gelaufen. Eine Traurigkeit darüber, dass die DDR-Bürger damals nicht die Kraft hatten, für einen wirklichen Neuanfang und nur in das System BRD flüchteten und nicht sehen konnten, dass eine Revision dieses Systems genauso erforderlich war, wie das ihre, das zusammengebrochen war, ist immer noch vorhanden. Aber ebenso der Groll über die West-Politiker, die Schwächer der DDR und Ostländer schamlos oder gedankenlos, was die gleiche Wirkung hatte - nutzten, um ihre Schrottgedanken und unbrauchbare Strukturen als das Nonplusultra des "freien" Westens zu verkaufen oder zu empfehlen. Die Schwierigkeiten, die wir heute mit Russland haben, gehen auf die Politik- und Ökonomieberatung des Westens zurück, die in diesem Geist nach dem Fall des Eisernen Vorhanges geführt wurden.

Ich habe damals aber nicht einfach resigniert, sondern weiter für eine neue Demokratie argumentiert. Vorher hatte ich schon mit den Beiträgen wie "Glasnost und Perestroika auch in der Bundesrepublik" (Texte 4.0 /4.1/4.2) und "Glasnost auch in der Währungspolitik" (Texte 5.0 / 5.1 / 5.2 / 5.3/5.4 / 5. 5) bemüht. Die Titel nach "Darauf kommt es an!" kopiere ich nachfolgend ein ⁶⁸:

9.0 Die Verfassungs-Piraten

Arbeitsmappe für:

- parlamentarische Verfassungskommissionen
- Bürgerrechtsvereinigungen
- mit dem Thema befasste Einzelpersonen und Institutionen *November 1991* (68 Seiten / 4625 KB)

9.1 Die Verfassungs-Piraten

Anschreiben und Eingangsbestätigungen (13 Seiten / 274 KB)

10.0 **Verfassungsbeschwerde**

über die Entmündigung bei der Formulierung und Verabschiedung der fälligen neuen Verfassung und Antrag auf einstweilige Anordnung der Unterlassung der Ratifizierung der Maastrichter Verträge zur europäischen Währungsunion durch den Deutschen Bundestag

Oktober 1992 (40 Seiten / 2147 KB)

⁶⁸ Ich habe in Erinnerung, dass einer der Texte unvollständig ist, weil ein Teiltext durch einen Defekt der Festplatte verlorengegangen ist. Ich weiß nicht mehr, welcher Text betroffen ist.

- 10.1 Die Antwort
 und andere Rückmeldungen (15 Seiten / 459 KB)
- 11.0 Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf!

 Eine Mahnung und Warnung bzw. eine Anklage als Offener Brief an die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages, des Bundesrates und des Bundestages April / Mai 1993
- 11.1 Die Korrespondenz

Hier geht es ja nicht darum, eine ausführliche Verfassungsdiskussion zu führen, sondern nur darauf aufmerksam zu machen, dass hier eine wesentliche Ursache für das Unbehagen und für die Fehlentwicklungen in unserer Republik und auch im Verhältnis zu Europa und zu den Flüchtlingen liegen. Ich will nur ein paar Grundsätze der Demokratie in Erinnerung rufen, dabei steige ich mit einem Zitat der CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt aus einem Interview von Dieter Wonka in der HAZ vom 19. Juli 2016, S. 3 ein.

HAZ: Was gehört für Sie zu dieser grundgesetzlichen Leitkultur? Christlich sein? Die Lederhose auch?

Zur Leitkultur gehören beispielsweise die freiheitliche Selbstbestimmung des Einzelnen, Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Jede erwähnte Freiheit ist es wert, erörtert zu werden. Ich sehe sie durch die Politik eher gefährdet als gefördert. Mir geht es hier nur um die Meinungsfreiheit. Man kann sie als Bestandteil der Leitkultur der Deutschen beschreiben. Ich betrachte sie hier als Voraussetzung
einer freien Gesellschaft und der Demokratie. Eine Einschränkung der Meinungsfreiheit ist
eine Einschränkung der Demokratie. Da, wo die Meinungsfreiheit zur Lüge oder zur Beleidigung wird, mag es Einschränkungen geben, solche Gesetze dürfen aber nicht mit grober Nadel gestrickt werden. Im Zweifelsfall muss bei einem Missbrauchsurteil die Entscheidung für
die Meinungsfreiheit fallen.

Ich wollte nun Rosa Luxemburgs Spruch *Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden* in Anspruch nehmen, um zu zeigen, wie er immer missbraucht wird, um den Anspruch auf die eigene Meinung zu untermauern und entgegen der Aussage von Luxemburg die der anderen als unstatthaft zu klassifizieren. Da werden Parteischiedsgerichte bemüht, um Abweichler

aus der Partei ausschließen zu lassen und die Parteien oder Verfassungsorgane bemühen das Verfassungsgericht um andere Parteien von ihm als verfassungswidrig erklären zu lassen. Ich kam nun auf den Gedanken, den Ausspruch von Rosa Luxemburg auf den Ursprung hin zu überprüfen. Ich stieß dabei auf den nachfolgend benannten Beitrag:

Rosa Luxemburg und die Freiheit der "Andersdenkenden"?

Von Loki45 27.07.2009, 12.37 Uhr

Wie Mythen entstehen!

http://community.zeit.de/user/loki45/beitrag/2009/07/27/rosa-luxemburg-und-die-freiheit-der-quotandersdenkendenquot

Rose Luxemburg erscheint da gar nicht mehr so großartig, denn sie hatte mit ihrem Ausspruch nur die Abweichler im eigenen Gedanken-Käfig im Visier. Ich meine, man sollte ihr die Großartigkeit in Bezug auf den Ausspruch belassen, denn man kann ihren Einsatz ja mit universeller Bedeutung lesen und so verinnerlichen.

Bevor der Mensch sich für die Demokratie entscheiden kann, muss er sich ein Bild bzw. eine eigene Meinung über Staatsformen machen, um eine Entscheidung treffen zu können. Vor der Entscheidung für die Demokratie muss er sich mit den Ausformungen und der Entstehung des Begriffes "Demokratie" beschäftigen. Als das Grundgesetz formuliert und in Kraft gesetzt wurde, sind die Bürger mit ein paar Schlagworten abgefüttert worden. Für die Situation 1949 war das Verfahren noch verständlich und verzeihlich, nicht aber für die Situation 1990.

Auch wenn der, der sich entscheiden will, die folgende Definition von Demokratie Definition liest.

Der Begriff *Demokratie* kommt aus der griechischen Sprache und bedeutet "Herrschaft des (einfachen) Volkes". Die antiken "Demokratien" in Athen und Rom stellen Vorläufer der heutigen Demokratien dar und entstanden wie diese als Reaktion auf zu grosse Machfülle und Machtmissbrauch der Herrscher. Doch erst in der Aufklärung (17./18. Jahrhundert) formulierten Philosophen die wesentlichen Elemente einer modernen Demokratie: Gewaltentrennung, Grundrechte / Menschenrechte, Religionsfreiheit und Trennung von Kirche und Staat.

https://demokratie.geschichte-schweiz.ch/definition-demokratie.html,

ist er noch nicht am Ende der Meinungsbildung. Denn er muss sich eine Meinung darüber bilden, was denn das genau heißt "Herrschaft des (einfachen) Volkes". Sollen alle über alles und über jeden herrschen dürfen oder nur eine Auswahl. Wenn eine Auswahl herrscht, ist es

dann noch Demokratie? Oder soll die Herrschaft ganz ausgeschaltet werden, was das Wort Anarchie eigentlich ausdrückt. Dann bleibt nur noch, wenn die Demokratie nicht verneint werden soll, die Möglichkeit diese als ein gemeinsames Gesetzeswerk zu verstehen, das die Beziehungen in einer Gesellschaft regeln soll. Aber hier ist noch nichts darüber gesagt, wie das Gesetzeswerk geschaffen und neuen Gegebenheiten angepasst werden soll. Dies kann dann erst im Verfassungsgebunsgsverfahren erarbeitet und im Beschluss über die Verfassung durch das Volk entschieden werden. Das Volk (die Gesellschaft) der Deutschen hat sich aber noch nie eine Verfassung geben können und lebt daher auch nicht in einer Demokratie. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes waren sich des Mangels des GG auch bewusst. Deshalb schrieben sie in das Grundgesetz in die Präambel

Präambel

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem Vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

und formulierten den Artikel 146 wie folgt:

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Vom Gedanken her, dass alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht < Art. 20(2) GG >, ist es unlogisch, dass ein Verfassungsorgan wie der Bundestag, das seine Befugnisse durch die Verfassung erhält, das Recht hat, die Gültigkeitsdauer seiner Rechtsgrundlage zu verlängern. Das, was die Bundestagsmitglieder im Vereinigungsprozess gemacht haben, war schlicht ein Verfassungsverrat. Im Artikel 23 GG steht nun in Bezug auf den Gültigkeitsbereich des Grundgesetzes der Satz:

In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen. Dieser Fall kann nach der Präambel und dem Art. 146 nur für den Beitritt des Saarlandes (wenn man Österreich ausschließt) gedacht gewesen sein. Rechtstechnisch mag das die

⁶⁹ Auch, dass der Bundestag einzelne Artikel des GG ändern darf, ist ein Widerspruch zum Art. 20 (2). Das Verfassungsgebungsrecht liegt beim Volk oder wir haben es nicht mit einer Demokratie zu tun.

Schamblöße der Verräter noch bedecken. Verfassungsphilosophisch war der Vorgang ein Betrug. Das Volk als Träger der Staatsgewalt wurde entmündigt.⁷⁰

Aber die Fehldeutung von Demokratie geht noch weiter. Wenn ein Volk – von dem alle Staatsgewalt ausgeht - sich mit einer Mehrheit – die wenigstens bei zweidrittel liegen sollte – für die Demokratie entscheiden sollte, dann bedeutet das nicht, dass jedes Mitglied seine Meinungsfreiheit über die beste oder geeignetste Staatsform verliert. Er muss weiterhin für jede andere Staatsform werben dürfen, auch für einen Hitler oder Stalin als Leitfigur. Diese Konkurrenz um die Staatsform muss auch bleiben, um diejenige Form der Demokratie, die sich an irgendeinem Zeitpunkt durchgesetzt hat, unter Leistungsdruck zu setzen und ihre Reformbereitschaft zu erhalten. Mir wäre lieb, wenn eine Partei wie die NPD keine Mitglieder und keine Wähler mehr finden würde. Aber das Verfahren des Bundesrates, sie per Bundesverfassungsgerichtsbeschluss zu einer Zwangsauflösung zu zwingen, ist selbst ein Akt der Antidemokratie und trägt den Geruch der Haltet-den-Dieb-Methode. Wenn bei uns die Menschen demokratiemüde werden, weil sich die Probleme unserer Republik häufen und nicht gelöst werden, dann sind die Abgeordneten der Bundestagsparteien die Ursache und nicht die links- und rechtsextremen politischen Kräfte. Es ist außerdem eine Illusion, das Abgleiten in ein anderes Regierungssystem durch Verbote von Parteien, Symbolen und den Einsatz des Verfassungsschutzes verhindern zu können. Und wer alles beim Alten belassen möchte, fördert nur die Herrschaft der Toten über die Lebenden (Thomas Jeffersohn):

Die Macht der Toten über die Lebenden

Verfassung mit Verfallsdatum? Lehren für die Grundlage der Europäischen Union

14.01.2009, von Andreas Funke und Bernd J. Hartmann

Die Zeiten ändern sich. Was bedeutet das für Verfassungen? Welche Lehren lassen sich aus der alten Konstitution der Vereinigten Staaten von Amerika und dem jungen Grundgesetz für den "ungeborenen" Verfassungsvertrag für Europa ziehen?

Im Jahr 1789 schrieb Thomas Jefferson einen langen Brief an James Madison. In einem Gedankenexperiment kombinierte er Geburts- und Sterblichkeitsraten mit der Idee politischer Selbstbestimmung: Weil jede Generation das Recht habe, ihre Angelegenheiten frei zu entscheiden, müsse eine Verfassung (wie jedes Gesetz) von selbst außer Kraft treten, und zwar nach 19 Jahren. Die amerikanische Verfassung erfüllt diese Bedingung nicht, im Gegenteil: Sie gilt unbefristet, und ihr Artikel fünf erlaubt eine Verfassungsänderung nur unter strengen Voraussetzungen wie der Zustimmung von drei Vierteln der Staaten. Es wundert also nicht, dass die amerikanische Bun-

⁷⁰ Manche Aussage wiederholen sich. Ich lasse diese zur Unterstreichung des Gesagten stehen.

desverfassung aus dem Jahr 1787 viel seltener Änderungen erfahren hat als das Grundgesetz von 1949, das sich unter anderem mit einer Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat begnügt. Sieht man von den ersten zehn Amendments über die Grundrechte aus dem Jahr 1791 ab, gab es im Schnitt alle zwölf Jahre eine Ergänzung der amerikanischen Verfassung. Das Grundgesetz dagegen wurde etwa ein Mal pro Jahr geändert.

Einwände gegen Verfassungen mit Verfallsdatum liegen auf der Hand: Jede Verfassung ist ein ins Werk gesetzter Versuch, politische Herrschaft rechtlich zu begründen und zu begrenzen. Ein Verfall opferte auch solche Teile der Verfassung, die niemand ändern will. Eine Verfassung sollte also unbefristet gelten - auch wenn sie ihrer Ablösung durch eine neue Verfassung ins Auge sehen darf, wie es das Grundgesetz in Artikel 146 tut.

Wie ändern sich Verfassungen?

Die Gründe, die Jefferson bewegten, verdienen gleichwohl Beachtung. Eigentlich ist es ganz einfach: Die Erde gehöre, so Jefferson, nicht den vergangenen Generationen. Nur ein Verfallsdatum könne ausschließen, dass die Toten Macht über die Lebenden gewinnen. ...

http://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/gastbeitrag-die-macht-der-toten-ueber-die-lebenden-1756106.html

Ich habe Sahra Wagenknecht nicht aus meinen Augen oder in meinen Gedanken verloren, sondern im Hinblick auf ihre besondere Rolle im Bundestag und im Medien- und Politikbetrieb diese niedergeschrieben. Kommen wir zum nächsten Abschnitt im ZEIT-Interview, bei dem ich eine Anmerkung machen will:

ZEIT: Hat der Sozialismus Sie unglücklich gemacht?

Wagenknecht: Ich war nicht mit dem Sozialismus unglücklich, sondern mit dem, was sich in der DDR Sozialismus nannte. Ich habe mit 16 Marx gelesen und gemerkt, wie wenig die DDR mit seinen Idealen zu tun hat. Also habe ich Kritik geübt: Ich wollte einen attraktiven Sozialismus, der keine Mauer braucht, damit die Menschen dableiben - sondern zu dem jeder hinwill. Und ich wollte offene Debatten statt versteinerter Rituale.

Ich habe hier drei Dinge in Erinnerung. Der Begriff Sozialismus wurde ursprünglich so verstanden, dass er einen ökonomischen Zustand meinte, in dem die Arbeit ihren vollen Arbeitsertrag erhielt. Von Rudolf Bahro – der sich ja intensiv mit dem Marxismus auseinander gesetzt hat - habe ich in Erinnerung, dass er sagte, der Zentralismus im Kommunismus wäre nicht die Idee von Marx. Von Rudolf Rocker ⁷¹ ist folgende Aussage zugänglich:

⁷¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf Rocker

Rudolf Rocker - Absolutistische Gedankengänge im Sozialismus

I. Unser Bild über die tieferen Ursachen der heutigen Weltkatastrophe wäre nicht vollständig, wenn wir die Rolle übersehen würden, welche der zeitgenössische Sozialismus und die moderne Arbeiterbewegung in der Vorbereitung zu der gegenwärtigen Kulturtragödie gespielt haben. In dieser Hinsicht sind die geistigen Bestrebungen der sozialistischen Bewegung in Deutschland von besonderer Bedeutung, infolge ihres jahrzehntelangen Einflusses auf die sozialistischen Arbeiterparteien Europas und Amerikas.

Der moderne Sozialismus war im Grunde genommen nur eine natürliche Fortsetzung der großen liberalen Gedankenströmungen des 17. und 18. Jahrhunderts. Der Liberalismus hatte dem System des fürstlichen Absolutismus den ersten tödlichen Schlag versetzt und das gesellschaftliche Leben auf neue Bahnen gelenkt. Seine geistigen Träger, die in dem Höchstmaß der persönlichen Freiheit den Hebel jeder kulturellen Neugestaltung erkannten und die Betätigung des Staates auf die engsten Grenzen beschränken wollten, hatten damit der Menschheit ganz neue Ausblicke ihrer zukünftigen Entwicklung eröffnet, die unbedingt zu einer Überwindung aller machtpolitischen Bestrebungen und zu einer sachkundigen Verwaltung gesellschaftlicher Dinge hätte führen müssen, wenn ihre wirtschaftliche Einsicht mit ihrer politischen und sozialen Erkenntnis gleichen Schritt gehalten hätte. Das aber war leider nicht der Fall. ...

https://www.anarchismus.at/texte-anarchismus/anarchismus-und-marxismus/6293-rocker-absolutistische-gedankengaenge-im-sozialismus

Ich wollte nun den Gegensatz von Marx und J.P. Proudhon mit einem kurzen Zitat belegen. Marx wollte den Staat zur Überwindung des Kapitalismus einsetzen, Proudhon war strikt dagegen, weil der Freiheitsimpuls, der dem Sozialismus erhalten werden müsste, dabei verloren ginge. Ich habe dazu in vertretbarer Zeit nichts gefunden. Ich stieß aber auf einen Text "Die Überwindung des Kapitalismus unter Beibehaltung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs" von Karl Walker. Walker zitiert dort aus der Kritik von Marx an Proudhon, die wenig erfreulich ist. Mir fiel dann ein, dass der Text auch Teil meiner Internetpräsentation ist. ⁷² Ich füge Links für beide Quellen ein:

Proudhon und Karl Marx

Die vorausgeschickte Auffassung von der Sache ist keineswegs neueren Datums. Sie bildete bekanntlich schon die Grundvorstellung der Konzeptionen von J. P. Proudhon, den freilich Karl Marx - aus dem totalen Unvermögen heraus, den Bannkreis seiner eigenen Theorien noch zu verlassen - mit verletzender Agressivität, mit Beleidigungen und ätzendem Hohn überschüttete. Man muß diese gegen Proudhon gerichteten Auslassungen von Karl Marx, hauptsächlich in der Schrift "Das Elend der Philosophie", wirklich lesen, um ein wenig von der Tragik zu begreifen, die darin liegt, daß

⁷² Später kommt Walker wieder auf Marx zurück, als er sich im Zusammenhang mit der Währungstheorie mit der Arbeitswerttheorie auseinander setzt.

unzweifelhaft wesentliche Wegweiser zu einer befriedigenden Ordnung von dem Ungestüm niedergewalzt wurden, mit dem sich der Irrtum des Marxismus seine Bahn brach. Da wird Proudhon mehr als 200 Seiten lang Seite für Seite abgekanzelt, er "bildet sich ein", "ist naiv", bringt "abgeschmackte Theorien", ist ein " "reaktionärer Kleinbürger" usw. Seine Vorstellung, daß das zinstragende Kapital die Hauptform des Kapitals sei, ist nach Marx "eine spießbürgerliche Phantasie".

http://www.meinepolitik.de/marktsoz.htm

http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.21%20Walker %20Ueberwindung%20Kap..pdf

Wenn Sahra Wagenknecht wirklich die Bedingungen des Systems der Zentralverwaltungswirtschaft ⁷³ durchdenkt, dann wird sie feststellen, dass es ohne Mauern und mit Freiheit nicht zu haben ist. Wenn sie tatsächlich einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz ⁷⁴ will, dann bleibt ihr nichts anderes übrig, als den Weg dort hin im System der Marktwirtschaft zu suchen. Im übrigen können wir den Mauerbau, der die Fluchtbewegung verhindern soll, auch bei uns beobachten. Die Mauer besteht aus Gesetzen, Klagen und die Übernahme der intoleranten Ausdrucksweise, die jene haben, die in Gruppen und Parteien des rechten politischen Spektrums fliehen. Natürlich sind bei dieser Fluchtbewegung die Fliehenden die Bösen und die Politiker, die die Fluchtbewegung verursachen, sind die Guten. Das wird sie aber längerfristig genauso wenig schützen, wie die reale Mauer das SED-Kader der DDR geschützt hat.

Wagenknecht: Ich war eine gute Schülerin - trotzdem bekam ich keinen Studienplatz, sondern sollte als Sekretärin arbeiten. Aber ich hatte schon begonnen, Aristoteles, Leibniz, Kant und Hegel zu lesen. Ich wollte weiterkommen und habe das dann auch getan, im Selbststudium.

ZEIT: Wie sollen wir uns das vorstellen?

Wagenknecht: Meine Stelle als Sekretärin habe ich gekündigt und meinen Lebensunterhalt dann mit Nachhilfeunterricht verdient. Ansonsten habe ich den ganzen Tag gelesen. Um etwa Hegel zu verstehen, wurde Georg Lukacs mein virtueller Dozent. Hegel wiederum half mir, die alten Griechen zu begreifen. Aber ohne jede Chance auf Austausch und Diskussion mit anderen ist so ein Studium natürlich sehr schwierig.

S.W. sollte mal darüber nachdenken, ob sie die geworden wäre, die sie geworden ist, wenn sie ein normales Studium in der DDR hätte machen dürfen. Das Ergebnis sollte sie dann in die Beurteilung von Bildungssystemen einbringen.

⁷³ Diese ist unabhängig von der Ideologie, mit der sie begründet wird.

⁷⁴ Das ist kein Begriff, den S.W. an dieser Stelle benutzt. Wenn ich mich recht erinnere, wurde er im Umfeld des Prager Frühlings kreiert. Ich habe mich vergewissert: https://de.wikipedia.org/wiki/Prager_Fr %C3%BChling und https://de.wikipedia.org/wiki/Demokratischer Sozialismus#Tschechoslowakei

ZEIT: Der Mauerfall war gut für Sie. Sie konnten Philosophie studieren, in den Niederlanden.

Wagenknecht: Das stimmt. Der Kapitalismus hat mir damals ein besseres Leben gebracht. Aber heute bedeutet er für viele Menschen ein Leben in großer sozialer Unsicherheit und mit extrem ungleich verteilten Chancen.

ZEIT: Was stört Sie besonders?

Wagenknecht Es ist inakzeptabel, wenn Menschen in so einem reichen Land wie Deutschland einen Zweit- oder Drittjob brauchen, um überleben zu können, oder dass vielen selbst nach einem langen Arbeitsleben Altersarmut droht. Es gibt keinen Grund, sich mit solchen Verhältnissen abzufinden. **ZEIT:** Immerhin ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland so niedrig wie seit *25* Jahren nicht.

Wagenknecht Ja, aber mehr Menschen als je zuvor haben prekäre Jobs, von denen sie nicht leben können: schlecht bezahlt, befristet, Teilzeit oder Minijob. Nach wie vor sind gut vier Millionen Erwerbsfähige auf Hartz IV angewiesen.

Das sind in der Tat unakzeptable Zustände, mit denen sich keiner, dem Gerechtigkeit und Demokratie am Herzen liegen, abfinden sollte. Aber die Partei Die Linke, deren Vertreterin in verschiedenen leitenden Positionen Sahra Wagenknecht war und ist, ist nun mal kein Garant für Veränderungen dieser Verhältnisse, sondern mit ihrer rückwärtsgewandten Marxismus-Orientierung eher ein Hemmschuh.

ZEIT: In Deutschland sind die Menschen gerade in der Flüchtlingsfrage hinund hergerissen. Sie haben sich schon vor Monaten für Obergrenzen von Flüchtlingen ausgesprochen.

Wagenknecht: Wer in seiner Heimat politisch verfolgt wird, muss Asyl bekommen, da wäre jede Obergrenze zynisch. Aber natürlich sind Kapazitäten nicht unbegrenzt und eine sehr hohe Zuwanderung führt am Arbeitsmarkt und auf dem Wohnungsmarkt zu stärkerer Konkurrenz. Das betrifft vor allem Ärmere, die sich von der herrschenden Politik ohnehin seit Jahren im Stich gelassen fühlen. Wenn wir ihre Ängste nicht ernst nehmen, treibt das nicht wenige nach rechts

ZEIT: In die Arme der AfD.

Wagenknecht Angela Merkels planlose Politik hat viel Unsicherheit erzeugt. Ohne sie hätte die AfD ihren Höhenflug nicht erlebt. Merkel hat mit ihrer Überheblichkeit natürlich auch eine Mitverantwortung für den Brexit und den erstarkenden Nationalismus andernorts. Das »deutsche Europa«, von dem Kauder einst schwärmte, ist etwa für Franzosen ein Albtraum und Wasser auf die Mühlen von Le Pen.

ZEIT: Sie haben auch gesagt: Wer Gastrecht missbraucht, verwirkt es. Spricht da die Stimme der Vernunft oder die Populistin?

Wagenknecht: Ich habe den Satz nicht wiederholt, weil er als Absage an das Asylrecht missverstanden wurde. Ich meinte lediglich: Wenn wir Menschen aufnehmen und ihnen Schutz bieten, dann können wir auch erwarten, dass sie unsere Regeln achten.

Am 28. Juli 2016 brachte die HAZ einen Beitrag von Matthias Koch unter dem Titel "Merkel will sich nicht wegbomben lassen." Ein Bild der Bundeskanzlerin (in Sicht von oben) wird eingerahmt mit Bildern von Alexander Gauland, Gerd Wilders, Marion Maréchal-Le Pen und Sahra Wagenknecht und jeweils einem Zitat der Abgebildeten. Ich halte das für eine journalistische Fehlleistung. Aussagen von Politikern sollten von Journalisten auf ihren Informations- und Wahrheitsgehalt hin überprüft und auch gebracht werden, aber nicht zur Bedienung von Rechts-Links-Assoziationen missbraucht werden. Es liegt auch an den Berichterstattern, ob das Publikum nur noch mit nichtssagendem Politikersprech – mit nichtssagenden Geplapper - bedient werden können, weil die Politiker jedes Risiko für sich, ihre Fraktion und Partei vermeiden wollen und der Leser so nichts mehr von dem erfährt, was der einzelne Politiker wirklich denkt. Angela Merkel ist in der Rolle, die sie jetzt innehat, nicht zu beneiden. Das kann aber nicht heißen – auch wenn es um Flüchtlinge geht -, dass jegliche Kritik unangebracht ist und als rechtslastig eingestuft wird. Und eine unterdrückte Kritik aufgrund von Abhängigkeit oder aus Loyalität ist genauso schlimm wie eine möglicherweise entgleiste Kritik. Von beiden Sorten Kritik wird in Bezug auf Wagenknecht in der HAZ-Ausgabe nicht berichtet. Sie wird mit folgenden Worten zitiert:

Die Ereignisse der letzten Tage zeigen, dass die Aufnahme und Integration einer großen Zahl von Flüchtlingen und Zuwanderern mit erheblichen Problemen verbunden und schwierig ist, als Merkels leichtfertiges 'Wir schaffen das' uns im letzten Herbst einreden wollte.

Was ist an der Aussage falsch? Oder habe ich Matthias Koch falsch verstanden, wollte er Wagenknecht gar nicht in die rechte Ecke rücken und vielmehr sagen, dass alle Kritiker von links und rechts Recht haben? Es geht bei dem Thema nicht nur um das Leid der Flüchtlinge und die berechtigten Hoffnungen von Menschen, bei uns bessere wirtschaftliche Bedingungen zu finden als zu Hause ⁷⁵, sondern es geht auch darum, dass unsere Gesellschaft nicht soweit gespalten wird, dass sich dadurch die Spannungen soweit aufbauen, um in einem nationalen oder europäischen Bürgerkrieg zu enden. Die politischen Positionen "Flüchtlinge weiter rein lassen" und "Grenzen zu" stehen im demokratischen Sinne gleichberechtigt nebeneinander. Die Vertreter der jeweiligen Gegenposition zu diffamieren ist nicht angebracht. Ich habe mit Beginn der Flüchtlingswelle gedacht, handelt die Bundeskanzlerin aus dem Mitgefühl für Menschen in Not heraus oder war es eine kalkulierte Aktion, um eine lästige Diskussion um ein Einwanderungsgesetz zu umgehen? Die Frage ist auch, hat die Bundeskanzlerin

⁷⁵ Aus gleichen Gründen ist ein Bruder meines Großvaters in die USA ausgewandert und mein Vater und Geschwister sind nach dem Ersten Weltkrieg vom Memelland aus nach Berlin, Oldenburg und Rheinhausen gezogen.

auch rechtens gehandelt. Nach Art. 65 bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik. Was heißt das in diesem konkreten Fall? Nach der Idee der Gewaltenteilung exekutiert die Regierung das, was die Legislative beschließt. Folglich hätte das Parlament erst um Zustimmung gefragt werden müssen. Da aber offene Grenzen in dieser Situation bedeuten, dass die Republik umgestaltet wird, reicht nach meinem Demokratieverständnis auch die Kompetenz des Bundestages für eine solche Entscheidung nicht aus. Eine Abstimmung des Volkes wäre notwendig gewesen. Nun kann dagegen argumentiert werden: "Dafür war keine Zeit!" Ich habe mich mehrmals mit dem Thema Flüchtlinge befasst. In dem Text 139 "Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik - Eine Information und Meinungsäußerung zum Weiterreichen vom 17. 8. 2015 heißt es:

Am 1. Mai 2001 schrieb ich:

Was ist z.B., wenn sich die Hungernden in den verschiedenen Erdteilen organisieren und von Einpeitschern animieren lassen, gen Norden zu ziehen? In dem geplanten Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven würden keine Güter gelandet, sondern Menschenmassen, die ungefragt zu uns kämen: Zehntausende, Hunderttausende dann in Millionenschüben. Mit welchem Recht? Mit dem gleichen Recht, das sich der weiße Mensch nahm, als er sich mit Landnahme, Mord, Versklavung und Mission die Welt in Besitz nahm und ihr seinen kulturellen Stempel aufdrückte. Nicht nur die Deutschen würden mit Entsetzen den Vorgang erleben, aber wir wären zusätzlich durch den auf uns lastenden Holocaust gelähmt, um uns mit Gewalt dagegen wehren zu können. Es ist ein Entwicklungsmodell, was wir nicht ernsthaft fördern können, was uns aber ernsthaft bedroht, wenn wir so weitermachen wie bisher.

(Der Gedanke geht auf eine Diskussion mit einem Freund in den 80er Jahren zurück. Mehr darüber in dem Text "Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil", S. 67/68.)

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1%20Offener%20Brief%20Nds.Landtag%20II.pdf

In den 80er Jahren konnte der entstehende Druck auf Deutschland durch Zuwanderung von Bürgern ohne besondere politische Funktion oder berufliche Kompetenz schon wahrgenommen und diskutiert werden. Vermutet wurde damals noch ein anderer Weg der Zuwanderung. Ich kann mir schlecht vorstellen, dass der Bundestag und die Bundesregierung trotz Nachrichtendienste und diverser zuarbeitenden wissenschaftlichen Instituten von dieser Möglichkeit nichts geahnt haben. Mir erschien das so, als habe man diese Situation bewusst herbeigeführt, um Fakten zu schaffen. Wenn das so ist, dann ist das ein Verrat demokratische Prinzipien und verdient auch die Bezeichnung *verbrecherisch*. Nun habe ich zwischenzeitlich den großen Rekonstruktions-Bericht "Die Nacht, in der Deutschland die Kontrolle verlor" in "DIE ZEIT" vom 18. August gelesen.

Als Mitglieder des Autorenteam werden benannt: Georg Blume, Marc Brost, Tina Hildebrandt, Alexej Hock, Sybille Klormann, Angela Köckritz, Matthias Krupa, Mariam Lau, Gero von Randow, Merlind Theile, Michael Thumann, Heinrich Wefing.

Laut diesem Rekonstruktions-Bericht des Geschehens ist das Signal > grün, die Bahn / Straße ist frei < eindeutig von Deutschland ausgegangen. Ich gebe die Schlussspalte des großen Berichts von Seite 9 wieder:

Am 15. September wird Viktor Orbn die Schließung der Südgrenze seines Landes verkünden. Anfang November wird Schweden wegen der Flüchtlingskrise wieder Grenzkontrollen einführen, weil die »Rekordzahl« eintreffender Flüchtlinge eine »Gefahr für die öffentliche Ordnung« darstelle. Und Österreich wird Ende Januar 2016 die Einführung einer »Obergrenze« beschließen, was einem Ende der Aufnahmepolitik gleichkommt. Am 9. Mai 2016 wird Bundeskanzler Werner Faymann seinen Rücktritt erklären.

Hat Merkel also einen Fehler gemacht, als sie die Flüchtlinge nach Ungarn einreisen ließ?

Wenn man das heute Beamte, Manager, Politiker fragt, die an dem Wochenende dabei waren, auf den Straßen, den Bahnhöfen, in den Einsatzstäben, dann lautet die Antwort fast durchweg: Nein.

Münchens Oberbürgermeister Reiter etwa sagt im Rückblick: »Angesichts der Bilder vom Budapester Bahnhof hätte ich in dem Moment genau so entschieden wie Bundeskanzlerin Merke! Ich finde nach wie vor, dass sie in der damaligen Situation richtig entschieden hat. Ich glaube auch nicht, dass Merkel durch irgendwelche Signale oder freundliche Selfies viele Flüchtlinge erst zum Kommen ermutigt hat. Das kann ich mir nicht vorstellen.«

Und Christian Kern, damals als ÖBB-Chef entscheidend am Krisenmanagement beteiligt, mittlerweile zum österreichischen Bundeskanzler aufgestiegen, erklärt im Gespräch mit der *ZEIT-* »Das ist alles sehr spontan geschehen, das hatte gar nichts Generalstabsmäßiges. Wir mussten innerhalb von Minuten entscheiden: Wir stellen jetzt Busse und Sonderzüge zur Verfügung. Die Entscheidung hatte zwei Aspekte: Zum einen war es ein Akt der Humanität. Zum anderen bewegten uns ganz pragmatische Gründe: die Menschen wären ohnehin entlang der Gleise gelaufen.«

Gleichwohl steht außer Frage, dass Fehler gemacht wurden. Nur sieht fast jeder, mit dem man spricht, andere Fehler.

Merkels Fehler sei es gewesen, sagt ein deutscher Spitzenpolitiker, immer auf eine gemeinsame europäische Lösung der Flüchtlingsfrage gesetzt zu haben. Dabei habe sich lange vor der Ungarn-Entscheidung abgezeichnet, dass ihre europäischen Kollegen das gar nicht wollten.

»Unser Fehler«, sagt ein ungarischer Top-Diplomat, »war nicht, dass wir den Zaun gebaut haben. Unser Fehler war, dass wir damit erst so spät angefangen haben.«

"Orbáns Fehler sei es nicht gewesen, einen Zaun zu bauen, sagt ein deutsches Kabinettsmitglied. Sein Fehler sei gewesen, dass er den Zaun-Bau mit »großem Tamtam« angekündigt habe. »Es gibt auch anderswo Zäune

in Europa, in Spanien, zwischen Bulgarien und der Türkei, zwischen Griechenland und der Türkei. Die stören niemanden.«

Merkels historische Entscheidung, das zeigen die Recherchen von *ZEIT* und *ZEIT ONLINE*, war kein spontaner humanitärer Impuls, kein emotionaler Affekt, auch keine moralische Selbstüberhöhung. Merkel musste entscheiden, unter hohem Druck, innerhalb von kaum drei Stunden, nachdem es Viktor Orbán gelungen war, sie in eine fast alternativlose Lage zu bringen.

Womöglich werden Historiker einmal nachweisen können, dass diese dramatische Situation nur entstehen konnte, weil innerhalb der Europäischen Union die Kommunikation kollabiert war, weil sich Brüssel, Berlin und Budapest in wechselseitigen Schuldzuweisungen ergingen, statt Solidarität zu üben, weil jeder darauf beharrte, recht zu haben, obwohl dieses Recht längst seine Ordnungsfunktion verloren hatte.

Mit einiger Sicherheit aber lässt sich heute schon eines sagen: Hätten sich die Flüchtlinge am Morgen des 4. September nicht entschlossen, zu Fuß vom Budapester Hauptbahnhof Richtung Wien zu marschieren, wäre die Geschichte Europas an diesem Wochenende anders verlaufen.

Einnen Augenblick habe ich gedacht, der ganze Bericht könnte ja auch eine Auftragsarbeit mit dem Ziel sein, den Deutschen eine glaubhafte Legende des Ablaufs der Flüchtlingsflut zu präsentieren, die beweist, dass kein böser oder nachlässiger Wille der Politik im Spiel war bzw. ist. Dann habe ich mich aber geweigert, solchen Gedanken nachzugehen, weil es ein Beweis wäre, dass wieder einmal in Deutschland alles verloren wäre und ich gleich die Löschtaste auf meinem Rechner bedienen könnte. Aber wäre, wenn der Bericht den Ablauf des Geschehens einigermaßen richtig wiedergibt und unter Berücksichtigung des Vorlaufs, nicht der Rücktritt von Angela Merkel als Bundeskanzlerin fällig gewesen? Im Artikel 65 GG steht auch, dass der Kanzler auch die Verantwortung für die Politik trägt. Bevor ich noch einmal versuche zu erklären, dass es politisch und sachlich dumm ist, die

Haltungen *pro* und *kontra* zum Flüchtlingsproblem einfach in das Schema links und rechts einzusortieren, will ich kurz die eigene Haltung andeuten. Ich habe in anderen Arbeiten zu diesem Thema Gesell angeführt, der unter Punkt 2. und 3. in der Beschreibung des Sinns des Wortes Freiland sagt:

Vom Sinn des Wortes Freiland

2. Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen – ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. Und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle

sind Altangesessene dieser Erde.

3. Der Begriff Freiland läßt keinerlei Einschränkungen zu. Er gilt unbeschränkt. Darum gibt es der Erde gegenüber auch keine Völkerrechte, keine Hoheitsrechte und Selbstbestimmungsrechte der Staaten. Das Hoheitsrecht über den Erdball steht dem Menschen, nicht den Völkern zu. Aus diesem Grunde hat auch kein Volk das Recht, Grenzen zu errichten und Zölle zu erheben. Auf der Erde, die wir uns im Sinne von Freiland nur als Kugel vorstellen können, gibt es keine Waren-Ein- und Ausfuhr. Freiland bedeutet darum auch Freihandel, Weltfreihandel, die spurlose Versenkung aller Zollgrenzen. Die Landesgrenzen sollen nur einfache Verwaltungsgrenzen sein, etwa wie die Grenzen zwischen den einzelnen Kantonen der Schweiz. Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung, Auflage von 1949, S. 92

Ohne die Geichberechtigung der Menschen in Frage zu stellen, mache ich für mich die Einschränkung, dass man die Grenzen nur zwischen Staaten gleichen Entwicklungsstandes fallen lassen kann und wenn die soziale Sicherung privatrechtlich organisiert ist. Für einen zweiten Orientierungspunk habe ich "Das Grundgesetz vom Aufstieg" von Peter Kafka ⁷⁶, 1989, in Anspruch genommen, denn wenn er sagt, die Vielfalt, Gemächlichkeit, Selbstorganisation sind die wirklichen Wege zum Aufstieg, dann leuchtet mir das unmittelbar ein. Dieses "Gesetz" schließt aber ein willkürliches Durcheinanderwürfeln von Gesellschaften und die Zentralisierung ihrer Organisation aus. Und man muss den Einheiten Zeit lassen um herauszufinden, was tauglich und was untauglich ist. Der Zeitfaktor spielt eine große Rolle, man wird z. B. nicht dadurch Pole, Deutscher oder Franzose, dass man über die Grenze geht, nicht einmal dadurch, wenn man den betreffenden Pass erhält, sondern durch einen langen Prozess, in dem sich bis dato Einheimische und Fremde gegenseitig formen. Auf diese Weise sind ein Gemisch von Menschen aus unterschiedlichen Völkern Deutsche geworden. Wenn dieser Prozess durch politische Willkür beschleunigt werden soll, so kann das nicht gut gehen. Aber die Vielfalt ist nicht denkbar, wenn nicht jede Einheit – sei sie groß oder klein seine Identität hat. Aber wie ich anhand eines Fernsehbeitrages und eines Lexikoneintrages feststellen konnte, ist die Beschreibung der eigenen Identität und der Wunsch, daran festhalten zu können, auch schon wieder mit dem politischen Begriff rechts belegt worden. Dabei ist doch klar, wenn ein individuelles, soziales oder gesellschaftliches Bedürfnis nicht links oder mittig befriedigt werden kann, dann weicht es nach rechts aus, um zu seinem Recht zu kommen. Auf diese Weise können politischen Kräfte links von der Position rechts ihren Einfluss auf die Gesellschaftsgestaltung auch minimieren oder letztlich ganz verlieren. Jeder kann mal in sich hineinhorchen, wie er reagiert, wenn ihm eine falsche Identität zugeordnet wird. Es ist auch eine Illusion, dass man den Flüchtlingen durch einen Integrationsprozess

⁷⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Peter Kafka

eine neue Identität verschaffen kann (z.B. wie bei kriminologischen Schutzprogrammen). Das wäre auch töricht. Hier kann es nur um eine Erweiterung der Identität gehen.

Interessant ist hier auch das Getto. Es wird immer als ein Ausschluss der Juden geschildert, dabei ist zumindest auch eine gewollte autonome Entscheidung für die Absonderung der Bewohner der Gettos gewesen. Bei Nahum Goldmann in "Mein Leben …" ist zu lesen:

Auch das Ghetto ist, wie viele Historiker behaupten, von den Juden freiwillig geschaffen worden. Die Ghettos von Venedig und anderen Städten wurden von den nichtjüdischen Autoritäten nur bestätigt und legalisiert. Die jüdische Sonderexistenz war für die Juden eine psychologische Notwendigkeit, um an ihrem Glauben als auserwähltes Volk festhalten zu können, was ihnen kaum hätte gelingen können, falls sie zerstreut inmitten der anderen Völker gelebt hätten. Hauptsächlich aus freiem Willen lebten also die Juden sozusagen am Rande der Weltgeschichte. Kriege, Revolutionen, Dynastiewechsel in der nichtjüdischen Welt interessierten sie nur vom Standpunkt ihrer Rückwirkung auf ihre eigene Situation. (S. 18)

Bei Franz Oppenheimer habe ich ähnliches gelesen. Man muss die Aussage mal auf Nichtjuden übertragen, seien sie türkischer, syrischer oder deutscher Herkunft. Wenn man die Macht hat, kann man ein Land beliebig mit den unterschiedlichsten Menschen besiedeln, aber man kann sich nicht die Ergebnisse beliebig aussuchen.

Die Position Gesell und Kafka kann man dann auf einen Nenner bringen, wenn die Probleme der Wirtschaft als Ursache für Flucht, Krieg und Wanderbewegungen behoben sind. (Seinen möglichen Beitrag dazu zu leisten, hat der Bundestag versäumt.) Soviel ich vom Menschen verstanden habe, ist er unter guten bis erträglichen Umständen ein am Revier gebundenes Lebewesen. Er richtet sich auf die Verhältnisse ein, indem er groß geworden ist. Es ist nur eine Minderheit, die nach neuen Ufern und dem Land jenseits der Grenzen drängt. Und diese Minderheit wird auch in der Regel willkommen sein, weil sie in der Gesellschaft, in der sie sich niederlassen, das Moment der Erneuerung, der Anregung bringen.

Zur Identität gehört auch die Sprache. Im eigenen Land spricht man die Sprache, die man versteht, mit der man aufgewachsen ist. Das hat erst einmal nichts mit Nationalismus oder ähnlichem zu tun. Es wird von der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft auch betont, dass zum Integrationsprozess die Aneignung der deutschen Sprache gehört. Aber ob das so einfach wäre? Einmal ist es so, dass die Erlernung einer anderen Sprache nicht jedem gegeben ist (Ich kenne mich da aus, weil ich selber keine Fremdsprache spreche und mich

manchmal wie ein Fremder fühle, wenn die Kinder und die Ehefrau auf Englisch palavern.), zum andern wird die Deutsche Sprache vom Englischen zunehmend verdrängt. Da wäre es doch rationaler, die Flüchtlinge gleich in Englisch zu unterrichten. Ich finde die Seite aus der HAZ nicht, wo zu lesen war, dass Berlin Englisch spricht. Aber in dem Interview von Wonka (HAZ, 23. Juli) mit von Beust und Modrow, das ich schon erwähnt habe, sind zwei Passagen, die hier hinpassen. Von Beust spricht auch die Globalisierung als Identitätsverlust an und Modrow die Veränderung in den östlichen Bundesländern nach der Vereinigung:

Dieter Wonka: Erleben wir wirklich gerade Weimarer Verhältnisse? **von Beust:** Im Gegensatz zu damals geht es der Mehrheit wirtschaftlich relativ gut. Sowas kann aber auch schnell kippen. Man weiß nicht, wie stabil die Situationen sind. Es gibt aber das Gefühl: Wir da unten zeigen es denen da oben mal, und am besten hören sie uns zu, wenn rassistische Parolen kommen. Ein großer Teil der Bevölkerung fühlt sich offenkundig mit der Globalisierung überfordert. Vom Großen bis zum Kleinen. Die Übersichtlichkeit ist weg, das Gefühl, man könne selbst was regulieren. Die Leute sind inzwischen schon genervt von Kleinigkeiten. In Berlin zum Beispiel gibt es Lokale, da können sie nur noch auf Englisch und nicht mehr auf Deutsch bestellen. Da braucht sich keiner zu wundern, dass viele sagen: Ja, wo lebe ich denn eigentlich? Globalisierung weckt Ängste. Und die großen Parteien sagen als Antwort immer nur, Globalisierung ist gut. Im Ergebnis verlieren viele den Anschluss an die Gesellschaft.

. . .

Dieter Wonka: Ist es Zufall, dass sich das insbesondere im Ostteil Deutschlands manifestiert? (Die Frage bezieht sich auf die Rechtstendenzen und AFD. TA)

Modrow: Ich glaube nicht, dass das ein Zufall ist. Im Osten Deutschlands haben 16,3 Millionen Menschen gelebt, als die DDR der BRD beitrat. Jetzt sind es zwei Millionen weniger. Da sind ganze Dörfer leer geworden. Da ist die Wirtschaft weg. Da gibt es keine Arbeit. Wir haben doch eine Situation, wo die Politik seit zwanzig Jahren versagt. Zwei Drittel der Regierenden sind West-, ein Drittel Ost-Deutsche. Bei der Bundeswehr gibt es keinen General, der ein Ostdeutscher ist.

Das Leid der Flüchtlinge ist die eine Seite, die beachtet werden will. Unser Staat hat sich mit der Friedens-, Wirtschafts- und Außenpolitik dafür einzusetzen, dass dieses Leid gar nicht erst entsteht und wenn es entstanden ist, nachhaltig auf jene einzuwirken, die es verursachen bzw. verursacht haben, auch dann, wenn darunter Militärbündnispartner sind. Die andere Seite ist, dass eine Regierung vorrangig die Interessen des Volkes zu beachten hat, von dem es den Regierungsauftrag hat. Die Regierung kann die Bürger zur Solidarität mit Flüchtlingen aufrufen, aber Solidarität zu üben ist nicht die Aufgabe der Regierung, sondern ein freiwilliger Akt der Bürger. Die Regierung selbst muss sich an das Gesetz halten und wenn das

in bestimmten Situationen nicht eindeutig oder ausreichend ist, das Parlament um eine Anweisung bitten oder das Volk als ganzes Befragen. Im vorliegenden Fall hätte es weniger Abwehr gegen die Aufnahme von Flüchtlingen gegeben, wenn gesagt worden wäre: "Deutschland nimmt eine Zahl von xxx Flüchtlingen für ein, zwei oder drei Jahre auf, bereitet sie in dieser Zeit auf die Aufbauarbeit in ihrem Land vor und setzt sich intensiv für die Beendigung des Krieges oder des misslichen Zustandes in ihrem Land ein. Ich denke, die Hilfe in der Not war vom Umfang und der Dauer in der Geschichte der Menschheit immer begrenzt, also ist es unredlich, den Menschen Inhumanität vorzuwerfen, die eine Begrenzung der Hilfe fordern.

Es werden andere Fakten übersehen. Die Infrastruktur und das soziale Sicherungssystem wurde nach dem Krieg von mehreren Generationen in erster Linie aus dem Arbeitseinkommen der Bürger – durch Zwangsabgaben an den Staat – finanziert. Infrastruktur und soziales Sicherungssystem stellen ein Kollektiveigentum dar. Die Politiker haben sich so schon angewöhnt, nach ihren Tageseinfällen in diesen Eigentumsansprüchen der Bürger einzugreifen, dass ihnen das gar nicht mehr auffällt. Den Flüchtlingen in einer Höhe von einer Million und mehr die Nutzung dieses Eigentums ohne Gegenleistung zu gewähren und dann noch die Kosten des gegenwärtigen Lebensunterhalts zu bezahlen, fällt vielen – abgesehen von jenen, die glauben, die Kosten auf andere abwälzen zu können - schwer. Das christliche Teilen hat sich auch nach 2000 Jahren nicht durchgesetzt. Zu berücksichtigen ist auch noch, dass im Einigungsprozess unberücksichtigt blieb, dass die DDR-Bürger ihre Zwangsersparnisse in den Staatsunternehmen hatten und dieses Eigentum zu Schleuderpreisen an Unternehmen aus dem Westen verkauft wurde. Die westdeutschen Arbeitnehmer hatten die Ehre, den Hauptteil der Kosten der Vereinigung zu tragen. Modrow in dem HAZ-Interview:

Das Eigentum der DDR ist zu 85 Prozent das Eigentum westdeutscher Unternehmen geworden. Ganze fünf Prozent sind bei ostdeutschen Eigentümern geblieben.

Die Situation der Einwanderer, die einfach ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollen, hängt wesentlich von der wirtschaftlichen Lage des Landes ab, in dem sie aufgenommen werden möchten. Hier gibt es Berichte über großzügige finanzielle Zuwendungen wie auch solche, wo Einwanderer über Jahre die Kosten ihrer Einwanderung tilgen mussten. In der Regel haben die Einwanderungsländer nach eigenen Bedürfnissen über die Einwanderung entschieden und nicht nach den Bedürfnissen derer, die einwandern möchten. Wer diese Zu-

Wer aber wirklich den Konflikt um die Flüchtlinge entschärfen und das Abdriften großer Teile der Bürger in problematische politische Strömungen verhindern will und nicht nur den moralischen Zeigefinger hebt, der sorgt endlich dafür, dass die Hemmnisse beseitigt werden, die eine Vollbeschäftigung ermöglichen, damit das Argument, "Die Flüchtlinge nehmen uns die Arbeit weg!", nicht mehr zählt. Das kostenträchtige passive Verharren der Flüchtlinge in dem Wartestand, ist eine Zumutung für die Flüchtlinge aber auch für die Bürger, die kämpfen müssen, um wirtschaftlich über die Runden zu kommen und die Zuwendung nicht erhalten, die den Flüchtlingen zu Teil wird.

Ein weiterer Punkt aus dem Sündenregister des Bundestages muss auch (aber nicht nur) im Hinblick auf die Flüchtlinge erwähnt werden und das ist das Bodenrecht. Das Bodenrecht ist eine wesentliche Ursache der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung. Da der Boden knapp ist, hat seine Nutzung – je nach Standort und Nutzungsart – einen Knappheitspreis, der Grund- oder Bodenrente genannt wird. Der Zuzug von Flüchtlingen in größerer Zahl hat einfach die Wirkung, dass die Bodenrente steigt. Dieser Anstieg der Bodenrente fließt an die Eigentümer, muss aber von allen bezahlt werden. Eine Mietpreisbremse oder der Soziale Wohnungsbau ändert daran gar nichts. Die politischen Parteien, der Bundestag und die Bundesregierung verdrängen das Problem seit Jahrzehnten. Die Ursachen sind sicher Unverständnis für die Zusammenhänge, erfolgreiche Lobbyarbeit der Nutznießer der jetzigen Situation, auch das abschreckende Beispiel der Kommunisten mit dem Umgang des Bodenrechtes, die Subsummierung von Boden und Sach- wie Geldkapital durch die Wissenschaft zu einer Einheit und auch hier und dort eine ideologische Befangenheit im Umgang mit dem Thema. Um den Christdemokraten den Zugang zum Problemkreis zu erleichtern, lasse ich Konrad Adenauer zu Wort kommen:

Ich zitiere aus "Die Bodenreform", Adolf Damaschke aus der 20. Auflage von 1923.

"Oberbürgermeister Dr. Adenauer = Köln, der Präsident des Preußischen Staatsrates, führte aus:

'Wir sind die erste deutsche Generation, die Großstadtleben wirklich durchlebt hat. Das Ergebnis kennen Sie alle. Wir leiden nach meiner tiefsten Überzeugung in der Hauptsache in unserem Volke an der falschen Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfange des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter denen wir leiden.

Die Stadt Köln hat ja auch schwer unter der Vergangenheit zu leiden. Sie

wissen, daß wir über hundert Jahre Festung gewesen sind und daß daher auch beim besten Willen, und selbst wenn früher ein größeres Verständnis gewesen wäre, doch manches nicht hätte gebessert werden können. Der Festungsgürtel ist jetzt gefallen. Wir haben einmal und zum letzten Male die Gelegenheit,für viele Generationen, die nach uns kommen, wirklich ein bodenpolitisches Werk ersten Ranges zu vollbringen. Ich meine die Anlage des äußeren Festungsrayons. Die Gegner des Plans sind auf dem Posten aber die Freude des Plans lassen einige wenige für sich arbeiten und beschränken sich darauf, vielleicht später die Früchte zu genießen. Das ist natürlich ein unmöglicher Zustand.

Die bodenreformerischen Fragen sind nach meiner Überzeugung Fragen der höchsten Sittlichkeit. Es nützt Ihnen alles nichts, was Sie sonst machen, im Schulwesen, mit Kultur - mit dem Wort wird ja solch furchbarer Miß-brauch getrieben - die ganze Volkskunst, Volksbildung, alles das nutzt Ihnen nichts, wenn sie nicht das Übel an der Wurzel fassen!' " (S. 476)

Das Bodenrecht – dazu gehören die Bodenschätze, der Luftraum, die Gewässer, die Meere und ihre Schätze – ist tatsächlich entscheidend für den allgemeinen Wohlstand und in jetziger Form die Hauptursache für Bürger- und Völker-Kriege. Das lässt sich schon erkennen, wenn man sich nur oberflächlich mit dem Thema befasst. Aber wie sehr das Thema verdrängt wurde, kann auch an den spärlichen Beiträgen ermessen, die die Presse liefert. Man muss schon richtig suchen, um einen Artikel zu finden. Am 20. 8. 2016 bekam ich über eine Mailingliste, der ich angeschlossen bin, von Prof. Dr. Dirk Löhr folgende Nachricht:

Liebe ListenteilnehmerInnen,

von Werner Onken ⁷⁷ bekam ich den Abdruck auf ZfSÖ 76/1988 zum Gedächtnis von Prof. Dr. Wolfgang Zeidler, dem ehemaligen Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Diese sind nachfolgend dokumentiert und kommentiert:

https://rent-grabbing.com/2016/08/20/eigentum-als-waffe-wolfgang-zeidler-zum-gedachtnis/

Die Ausführungen von Zeidler sind aktueller denn je. Seitdem hat sich die Diskussion in Deutschland nicht fortentwickelt. Schade.

Beste Grüße

D. Löhr

Ich habe dann den ganzen SPIEGEL-Artikel im Netz-Archiv gesucht und gefunden:

http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13511243.html

Danach erhielt ich vom Vorsitzenden der INWO Deutschland (<u>www.inwo.de</u>), Vlado Plaga, folgende Mitteilung:

⁷⁷ Dipl. Ökonom Werner Onken ist Hrsg. Der Gesammelten Werke Gesells, Redakteur der Zeitschrift für Sozialökonomie und Betreuer des Archivs für Boden- und Geldreform, das in der Uni Oldenburg untergebracht ist.

Zufällig habe ich übrigens folgenden alten SPIEGEL-Artikel gefunden, "Wucher mit dem Quadratmeter" (von 1969):

http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45547972.html



Zum Abschluss dieses Themas füge ich auch noch einen Link zu einer eigenen Arbeit ein:

Das Boden(un)recht / Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit / Eine Sammlung fremder und eigener Texte von Tristan Abromeit mit eigenständigen Beiträgen von:

Fritz Andres, Roland Geitmann, Elisabeth Meyer-Renschhausen u.a. / Teil I mit Übersicht / Oktober 2000

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.1%20Das%20Boden(un)recht%20Teil%20I.pdf

Ich bin immer noch im "7. Teil: > <u>Der Euro hat Europa gespalten</u> <" Interview mit Sahra Wagenknecht. Ich ergänze oder kommentierte die nächsten Fragen und Antworten:

ZEIT: In Ihrem Buch skizzieren Sie Wege, die Armut bekämpfen sollen. Sie wollen Großbanken durch kleinere Gemeinwohlbanken und auch sonst Aktiengesellschaften durch neue Gesellschaftsformen ersetzen; Braucht es dafür eine Revolution?

Wagenknecht: Nein, demokratische Entscheidungen. Den Kapitalismus zu überwinden bedeutet eben nicht Vollverstaatlichung und Planwirtschaft. Mit den von mir vorgeschlagenen Unternehmensstrukturen funktionieren die Märkte nicht schlechter, sondern besser. Wir ersetzen nicht die Leistungsanreize, sondern schaffen sinnvolle.

Wenn diese demokratischen Entscheidungen ausbleiben, kommt es irgendwann zur Revolution. Aber ob eine Revolution Vollverstaatlichung und Planwirtschaft bringen würde, ist völlig offen. Denn der Ablauf und das Ergebnis einer Revolution sind nicht planbar. Ansonsten ist das eine erfreuliche Auskunft, ob die Fraktion und die Partei Die Linke diese schon nachvollziehen kann?

ZEIT: Stellen Sie sich vor, Sie werden Kanzlerin. Was passiert dann?

Wagenknecht: Es gibt existenzielle Bereiche, die sollte man tatsächlich aus dem Markt herausnehmen: etwa das Bildungs- und das Gesundheitswesen. Wir brauchen öffentlichen Wohnungsbau und eine Wiederherstellung des Sozialstaates.

Mir fällt es schwer bei meinen Ergänzungen die Sahra nur mit Wagenknecht zu benennen. Ein Vorfahre mag ja ein Wagenknecht gewesen sein, sie ist doch heute mehr in der Rolle des Wagenlenkers (natürlich Wagenlenkerin). Inhaltlich spricht sie hier noch in alten Bildern. Sie hat die Marktwirtschaft gedanklich noch nicht konsequent vom Kapitalismus befreit. Wäre sie im Selbststudium und beim nicht-institutionellen Lernen geblieben, wäre sie weitergekommen. Wenn Sie keinen Staat der Untertanen, keine abhängigen Wohlfahrtsempfänger will, dann muss sie lernen, den Markt als freiheitliches und demokratisch wirtschaftliches Koordinations- und Kooperations-Instrument nicht nur zu akzeptieren, sondern als Befreiungsinstrument zu begrüßen.

Die Vermittlung von Lehrinhalten und auch die Leistungen im Gesundheitswesen sind ökonomischer Natur. Alles was zwischen den Menschen ausgetauscht wird, hat eine kulturelle, eine rechtliche und eine ökonomische Dimension. Warum soll das Gesundheitswesen und die Bildung vom Markt – in dem es nicht mehr um die Rendite, sondern um die Kostendeckung und einen angemessenen Lohn geht, der genügend Anreize gibt – ausgeschlossen werden? Es geht im Bildungswesen doch um die Überwindung des Institutionsabsolutismus (so der Staatswissenschaftler Erich Reigrotzki), um die Entschulung der Gesellschaft (Ivan Ilich), gegen die Zentralisierung der Bildung ⁷⁸ und damit gegen die Herrschaft der Politik über die Inhalte der Köpfe der Bürger und letztlich auch um die Vermeidung einer Fehlallokation des Wissens, wenn es keine Konkurrenz der Bildungswege und Bildungsinhalte im genügenden Ausmaß gibt. In der Gründungszeit der grünen Partei konnte man das noch diskutieren. ⁷⁹ 80

^{78 &}quot;Ein Lehrplan für ganz Deutschland", HAZ vom 29. Juli 2016, S. 14

^{79 &}quot;Thesen zur grünen Bildungspolitik", 1984 In: "Anhang Anmerkungen und Dokumentation zum ersten Teil des Offenen Briefes vom Oktober 1999 von Tristan Abromeit an den Niedersächsischen Ministerpräsidenten Herrn Gerhard Glogowski, ab Seite 23. http://www.tristan-abromeit.de/pdf/18.2.1%20Agenda%20N.%20Teil%20I%20Anhang%20S.%201-52%20Form%208.06.pdf

^{80 &}gt;> Vor ein paar Jahren habe ich mit Freunden überlegt, wer denn wohl zuerst die Idee mit der Finanzierung der Bildung durch Bildungsguthaben hatte. Wir kamen auf den verstorbenen Nobelpreisträger Milton Friedman, stießen dann auf John Stuart Mill (1806 – 1873 / "Über die Freiheit"). Aber Eckehard Behrens (vom Seminar für freiheitliche Ordnung und Bildungspolitiker in der FDP) vermeldete dann: "Aber ich habe gerne bei einem mir seit langem – auch persönlich - bekannten Wissenschaftler, Ulrich van Lith, Der Markt als Ordnungsprinzip des Bildungsbereichs (Habilitationsschrift, veröffentlicht München 1985) nachgelesen. Er

Im Gesundheitswesen gilt es, die Herrschaft der Sozialpolitiker, der Verbandsfunktionäre der Krankenkassen und Ärzte und die hier stattfindende Entmündigung der Bürger als Versicherte und Kranke zu beenden. Es gilt aber auch, die Vollkasko-Mentalität der Versicherten als einen die Kosten treibender Faktor zu überwinden. Ebenso gilt es, die Ausbeutung der Kassen (der Versicherten) durch die Pharmaindustrie, die zum Teil Mondpreise für neue Medikamenten kassieren, zu überwinden. Das ist nicht möglich mit einem System, das nach dem Muster der Zentralverwaltung gestrickt ist. Der Versicherte muss wieder Vertragspartner von Ärzten und Apothekern und somit Subjekt des Geschehens werden.

Der soziale Wohnungsbau kann die Probleme, die er lösen soll, nicht Lösen. Das liegt daran, dass die Sachkosten bei den Wohnungen die geringeren Kosten verursachen. Wenn der durchschnittliche Kostenanteil für Zinsen in den Preisen bei 40% liegt ⁸¹, so liegt er bei den Mieten über 60%. Wenn zur Zeit durch das niedrige Zinsniveau eine Entlastung eintreten mag, so wird diese Tendens aber durch steigende Renten, mit denen der Boden belastet ist, wieder aufgehoben. Siehe auch meine Hinweise auf das Bodenrecht und die als Fußnote angezeigten Hinweise auf einen Spezialisten zu Fragen der ökonomischen Renten. ⁸² In der Bauausführung kann man gar nicht so viel sparen, dass die Wohnungen für geringer Verdienende bezahlbar werden. Wenn man das Übel nicht an der Wurzel behandelt, läuft der soziale Wohnungsbau darauf hinaus, dass er zu Lasten Nichtbegünstigter von deren Arbeitseinkommen subventioniert werden muss, denn auch beim sozialen Wohnungsbau werden Zinsen und die Bodenrente fällig.

Der Staat wird nicht dadurch zum Sozialstaat, in dem der kapitalistischen Abteilung eine "sozialistische" Abteilung hinzugefügt wird. Aus den Texten aus der Startphase der Sozialen Marktwirtschaft habe ich entnommen, dass das Kapitaleinkommen nur noch eine rudimentäre Größe sein sollte, so dass aus dem Arbeitseinkommen genügend Mittel für den Einzelnen übrig bliebe, damit jeder sich gegen ökonomische Ausfälle und Krankheiten in beliebig gebildeten Versicherungskollektiven absichern kann. Das Soziale bezog sich auch darauf, dass das Problem der Ar-

schreibt (Seite 184), dass die Idee auf Thomas Paine zurückgehe, The Rights of Man, 1791/92, auf deutsch: Die Rechte des Menschen, hersg. Von Stemmler, Frankfurt 1973, Seite 289 und 294. John St. Mill war dann einer der Zwischenträger dieser über 200 Jahre alten Idee." <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/84.1%20Bildungssystem%20Anhang1.pdf

⁸¹ Helmut Creutz - 40% Zinsanteil in den Preisen - eine Diskussion

http://www.humane-wirtschaft.de/pdf_z/creutz_zinsanteil-in-preisen_diskussion.pdf

Und hier gibt viele grafische Darstellungen zur Zinslast: http://www.helmut-creutz.de/grafiken.htm

^{82 &}lt;a href="http://www.metropolis-verlag.de/Prinzip-Rentenoekonomie/1013/book.do">https://de.wikipedia.org/wiki/Dirk_L%C3%B6hr https://rent-grabbing.com https://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/vorstand-kontakte.html

beitslosigkeit als gelöst angesehen wurde und die Geldwertstabilität als gesichert galt. (Beides kann man haben, wenn man will, aber Politik und Wissenschaft machen den Eindruck, dass sie das nicht wollen.)

Es gibt für mich einen gebräuchlichen Begriff, der die realexistierende Soziale Marktwirtschaft⁸³ demaskiert und der heißt *Schwarzarbeit*. Schwarzmärkte – egal ob für Gemüse oder Arbeit – sind ein Zeichen für totalitäre Regime und für falsch gestaltete Wirtschaftsordnungen. Ich habe im Fernsehen Einsätze von Zollbeamten auf Baustellen gesehen und dabei empfunden, als sei ich aus Versehen in einen Dokumentarfilm über das NS-Regime gelandet. Da ich sagen will, dass eine Gesellschaft, in der die Arbeit nicht frei ist und keine marktwirtschaftliche Ordnung hat, bleiben Assoziationen mit den von den Nazis missbrauchten Spruch "Arbeit macht frei" nicht aus. (Und man gestattet immer noch den toten Nazis über die Art des Gebrauchs unserer Sprache zu herrschen, indem wir Worte oder Redewendungen vermeiden müssen, um nicht als Nazi eingestuft zu werden.) Da ich aber das Gefühl hatte, dass der Spruch schon weit vor der Nazizeit geprägt wurde, habe ich mal in Wikipedia nachgeschaut. Dort ist zu lesen:

Heinrich Beta verwendete die Formulierung 1845 in der Schrift *Geld und Geist*: "Nicht der Glaube macht selig, nicht der Glaube an egoistische Pfaffen- und Adelzwecke, sondern *die Arbeit macht selig, denn die Arbeit macht frei.* Das ist nicht protestantisch oder katholisch, oder deutsch- oder christkatholisch, nicht liberal oder servil, das ist das allgemein menschliche Gesetz und die Grundbedingung alles Lebens und Strebens, alles Glückes und aller Seligkeit."[3] (Hervorhebung im Original).

Sie ist auch 1849 in der <u>Literaturzeitschrift</u> Neues Repertorium für die theologische Literatur und kirchliche Statistik zu finden, wo in einer Rezension der deutschen Übersetzung der Schrift L'Europe en 1848 von <u>Jean-Joseph Gaume</u> argumentiert wird: "Das Evangelium und, auf seine ursprüngliche Wahrheit zurückgehend, die Reformation wollen freie Menschen erziehen und nur die Arbeit macht frei, ist daher auch nach den Begriffen der Reformatoren etwas Heiliges."

Wie es in <u>nationalsozialistischen</u> Kreisen zu einer <u>Affinität</u> zu diesem Spruch kam, ist noch nicht abschließend geklärt. Sicher ist, dass ein Bezug zur Arbeitspflicht der Lagerordnung gegeben ist. Mit "Arbeit" war dabei fast ausschließlich schwere körperliche Arbeit gemeint. ...

https://de.wikipedia.org/wiki/Arbeit_macht_frei

Diese Deutung der Arbeit will ich gar nicht benutzen oder widersprechen. Was ich aber sagen will, ist etwas anderes, nämlich dass in einer freien oder marktwirtschaftlichen Gesellschaft der Zugang zur Arbeit frei sein muss und nicht genehmigungspflichtig. Aber genauso

⁸³ Analog zu: "realexistierender Sozialismus" = ein Ersatz für das eigentlich Gedachte oder Gemeinte.

verständlich muss sein, dass jeder Mensch 84, der bei uns arbeiten will, auch eine Arbeit findet. Dieses Grundrecht wird aber seit Jahrzehnten durch unsere politische Klasse dadurch blockiert, dass die Störungen in der Marktwirtschaft, die die Vollbeschäftigung verhindern, nicht beseitigt werden. Und weil die Regierenden in der Vergangenheit die Unruhen in der Arbeitnehmerschaft fürchteten, die aufgrund der gesellschaftlichen Verwerfungen, die der Kapitalismus verursachte, wurden unter Bismarck der Arbeiterschaft gegen ihren Willen soziale Zwangskollektive verordnet, von denen man eine beruhigende Wirkung erwartete. Zwei Weltkriege haben aber gezeigt, dass die beruhigende Wirkung sehr begrenzt ist. Und heute hält man an diesen Zwangskollektiven immer noch fest, weil eine Minderheit der politischen Klasse für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus immer noch ein Ausgleichsmittel benötigen, weil sie die berechtigte Angst hat, dass es ihnen ohne diese Beruhigungspille für die Arbeitnehmerschaft, diese ihnen an den Kragen gehen könnte. Die anderen Vertreter der politischen Klasse halten an die Zwangskollektive fest, weil sie sichtbar etwas verkörpern, was ihnen als positives Erscheinungsbild des Sozialismus gelehrt wurde. Und auf "sozialistische" Errungenschaften verzichtet man nicht, egal ob es den Betroffenen dabei gut oder schlecht geht. Übersehen wird, dass das ganze System aus dem Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer finanziert wird. Und es wird nicht thematisiert, dass wir es hier mit der Zwangsverwaltung eines wesentlichen Teils des Einkommens der Arbeitnehmer zu tun haben. Und diese Zwangsverwaltung ist eine Teilentmündigung der Arbeitnehmer, die auch die Wähler jener Kräfte sind, die die Zwangsverwaltung aufrechterhalten. Ein Grund dafür, dass die Arbeitnehmer nicht aufmucken, ist, dass ihnen gesagt wird, die staatliche Altersversorgung sei sicherer als eine private 85. Es wird dabei nur vergessen zu sagen, dass die Unsicherheit privatrechtlicher Vorsorge, durch den Staat verursacht wird, der die Währungen immer wieder zerstört und die Kosten der staatlichen Altersversicherungen nach dem Zusammenbruch einfach durch eine steuerliche Umlage finanziert. Ich blende jetzt eine Selbstauskunft des Zolls ein, in dem dieser seine Aufgabe im Bereich Arbeit beschreibt:

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung vernichten dauerhaft legale Arbeitsplätze, erhöhen damit die Arbeitslosigkeit und bringen den Staat um Steuern und die Sozialversicherungen um Beiträge. Über 6.700 Zöllnerin-

⁸⁴ Im Hinblick auf das ökonomische Ungleichgewicht auf Arbeitsmärkten der Welt, ist akzeptabel, wenn statt der Formulierung "jeder Mensch" gesagt wird, "jeder europäische Bürger, der aus einem Land kommt, das eine marktwirtschaftliche Vollbeschäftigungspolitik betreibt." ...

⁸⁵ Bei "privat" ist nicht unbedingt an eine Aktiengesellschaft zu denken, das kann auch eine Genossenschaft oder eine noch andere Gesellschaftsform sein. Auch wenn da Anklänge an den Neoliberalismus chicagoer Art vermutet werden, ist es die Aufgabe der Wissenschaft und der Politik unvoreingenommen die verschiedenen Modelle zu prüfen und nicht eigene ideologieverdächtige Modelle zu konservieren.

nen und Zöllner gehen bundesweit gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung vor.

http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Bekaempfung-der-Schwarzarbeit-und-illegalen-Beschaeftigung/bekaempfung-der-schwarzarbeit-und-illegalen-beschaeftigung_node.html

Bei der Zahl von Zollbeamten, die hier eingesetzt sind, kann man das System natürlich nicht ändern, hier gilt wie bei den Rüstungsbetrieben, der Erhalt der Arbeitsplätze verbietet es, über sinnvolle Beschäftigungen für diese Arbeitnehmer nachzudenken. Ich bitte um Verzeihung für den sarkastischen Ton. Aber ich muss mich auch mal über die Irrläufer in der Politik aufregen dürfen, um im ruhigen Ton, an dem Thema weiterarbeiten zu können.

Die Schwarzarbeit hat ja ihre Gründe.

- a) Die Steuerbelastung der Arbeit: Nach meiner Einschätzung sind die Menschen im Grunde willige Steuerzahler, wenn die Steuerlast nicht zu groß wird. Der moderne Staat ist aber maßlos bei dem, was er von den Bürgern verlangt. Den Grund dafür kann ich hier vermutend nur andeuten: 1. besteht die Vorstellung, man könne mittels Steuerrecht die kapitalistische Einkommens- und Vermögensverteilung korrigieren. 2. herrscht auch noch die Vorstellung, man könne mit der Fiskalpolitik die Konjunkturschwankungen ausgleichen. 3. hält sich in der Bevölkerung immer noch die Vorstellung, die Staatsknete würde wie Manna vom Himmel fallen. 4. besteht unter den Abgeordneten und den planenden und Verfügungsberechtigten Staatsdienern offensichtlich die Vorstellung, sie seien bedeutungslos, wenn sie nicht über das Geld der Bürger, das sie nicht verdient haben, nicht verfügen dürften. 5. haben wir keine politisch-ökonomische Kultur, die den Bürger anregt, sich zu einem Menschen zu entwickeln, der für sich selbst verantwortlich ist . Für mich besteht der Verdacht, der Bürger wird bewusst oder unbewusst in einer Abhängigkeit vom Staat gehalten, damit die, die im Staat eine Funktion erhalten haben, ihre Bedeutung von dem Einsatz für die Hilfsbedürftigen ableiten können. 6. gibt es auch noch die politische Großmannssucht, die die Spendierhosen für Auslandseinsätze der Bundeswehr usw. anzieht, ohne wirklich, an den Problemen, die das Hilfsangebot auslösen, im Sinne einer Behebung interessiert oder befähigt sind. Das die Steuerbelastung der Arbeit bis auf Null reduziert werden können, zeigen jene Ökonomen, die die ökonomischen Renten - die in der Staatstätigkeit ihren Ursprung haben - , für die Infrastruktur etc. einsetzen wollen. 86
- b) Im kleinen Umfang hat die Schwarzarbeit auch ihre Ursache in der Vermeidung eines bürokratischen Aufwandes, bei Arbeitseinsätzen mit geringen Umfang.
- c) Wenn ein Mensch mit geringem Einkommen, das nicht zum Leben reicht, dieses Einkommen aufbessern will, dann kann man ihm nicht verübeln, dass das Zusatzeinkommen nicht an anderer Stelle oder durch steuerliche Abgaben gekürzt wird. Wie soll da auch ein Unrechtsbewusstsein aufkommen, wenn beim nächsten Einkauf die Tributzahlung an den Staat nicht vermeidbar ist. Da ist doch der Eindruck, man habe doch seinen Anteil an der Steuer

⁸⁶ Ähnliche Gründe gibt es auch für die Schwarzkonten, auf denen Teile des Kapitaleinkommens transferiert werden. Die Leute haben hier das Gefühl, sie haben die Erträge mit legalen Mittel erworben und versuchen diesen Erwerb vor einer Ausplünderung durch den Staat zu vermeiden. Die Politiker, die den Ankauf von Steuer-CDs, auf denen die Steuersünder verzeichnet sind, sich wie Helden vorkommen und sich mit geschwellter moralischer Brust präsentieren, sind die eigentlichen Sünder, denn sie lassen es zu, dass sich mit Nicht-Arbeit so große Einkommen erzielen lassen.

aufgebracht, nicht total daneben.

- d) Wenn man einem Ausländer (sei es ein Flüchtling oder nicht) der keine Arbeitserlaubnis hat, aus guten Gründen eine Verdienstmöglichkeit schaffen will, dann ist doch die Schwarzarbeit die einzige Möglichkeit, die es heute gibt.
- e) In der Schwarzarbeit können viele abhängig Beschäftigte mit einem eingeschränktem Betätigungsfeld zeigen, welche Fähigkeiten in ihnen stecken. In der Regel werden diese Arbeiten aber keinen so großen Umfang haben, der es lohnend erscheinen lässt, die Mühen und Hindernisse auf sich zu nehmen, um als Selbständiger "weiß" zu arbeiten.
- f) Die Vermeidung von Sozialabgaben spielen bei der Schwarzarbeit keine geringe Rolle. Das hängt auch damit zusammen, dass die Kosten der Sozialversicherungen deshalb so hoch sind, weil sich die "Prämien" für die Sozialversicherungen nicht an den individuellen Risiken des Versicherten bemessen, sondern an dem Umfang der Leistungen und den Kreis der Berechtigten. Fast im Vier-Jahres-Rhytmus definiert die Politik den Umfang der Leistungen und den Kreis der Berechtigten neu. Wenn bei uns ein Mensch ein steuer- und sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis hat, dann hat er keinen Vorteil davon, wenn ihm für ein zweites Arbeitsverhältnis weitere Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgezogen werden. Auch ist für die Arbeitgeber der Aufwand für ein kurzfristiges sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis zu hoch. Da ist es doch nicht abwegig, wenn der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich die gesparten Kosten teilen.

Schlussfolgerungen: Wenn die Menschen sich im störenden Maß nicht an gesetzliche Vorgaben halten, dann stimmen die gesetzlichen Vorgaben nicht. Die Lösungen liegen in der Änderung dieser Vorgaben und Anpassung an die natürlichen Eigenschaften der Menschen. Die Maßnahmen: 1. Die Umsteuerung der Steuererhebung von der Arbeit auf den Ressourcenverbrauch. 2. Die Bedingungen für die Vollbeschäftigung schaffen, die einen großzügigen Umgang mit Arbeitsgenehmigungen ermöglicht. 3. Die Umgestaltung der Sozialversicherungen besonders der Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung dahingehend, dass der Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungen an den Arbeitnehmer mit ausgezahlt werden. Der Arbeitgeberanteil ist keine fortlaufende soziale Tat, sondern es handelt sich bei diesen Beträgen um Lohnkosten in anderer Form. Folglich ist es auch möglich, ohne die Unternehmen zu belasten, dass die Arbeitnehmer diesen Anteil ebenfalls mit dem üblichen Abzug zusammen an die Arbeitnehmer auszahlen, damit diese in eigener Verantwortung und nach

eigener Wahl an eine Versicherung zahlen, mit der sie vorher den Umfang des Versicherungsschutzes ausgehandelt haben. Die Gewerkschaften hätten hier ein echtes Aufgabenfeld und bräuchten sich nicht wie bisher mit den Streikritualen zu Lasten Dritter in Szene setzen. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer würde entkrampft. Die Neueinstellung von Arbeitnehmern und auch deren Wechsel in die Selbständigkeit würde erleichtert. Nur für die Beamten des Zolls müsste man eine neue Aufgabe suchen.

Noch eine kurze Anmerkung zum gegebenen Sozialversicherungssystem im Zusammenhang der Fluchtbewegungen auf dieser Erde, die nicht von Gott gewollt, sondern von den Menschen verursacht sind und zu einer Bedrohung der nationale oder europäische Sicherheit werden können.

Aber vorweg für diejenigen, die gerade an dieser Stelle lesend in meinen Text einsteigen. Den Flüchtlingen in aller Welt muss so geholfen werden, dass die wenigen Wohlstandsinseln auf dieser Welt sich nicht zusätzlich zu den Ländern entwickeln, die jetzt Anlass zur Flucht geben. Die Wohlstandsinseln ohne Krieg werden benötigt, um Strategien – unter Einschluss von jenen Volksgruppen, die von Hunger, Gewalt und Perspektivlosigkeit bedroht sind – zu entwickeln, die in Eigenverantwortung bedrohten Völker auch mit Hilfe von außen umgesetzt werden können. Dabei muss klar sein, dass z.B. nicht nur den Amerikanern, den Chinesen, den Russen oder den Deutschen die Erde zur Nutzung zu Verfügung steht, sondern dass die Erde für alle Menschen die Existenzgrundlage ist und folglich alle Menschen die gleichen Rechte an unserem Erdball haben. Aber nicht alle Menschen haben das Recht dort zu ernten, wo andere gesät haben. Eine solche Auffassung der Verfügungsrechte über Güter und Lebenschancen, würde Elend nicht verkleinern, sondern vergrößern, weil es garantiert weitere Kriegsfelder produzieren würde. 71 Jahre ist es her, dass der Zweite Weltkrieg zu Ende ging und alle Welt geschworen hat, nie wieder Krieg und nie wieder Rüstung. Die Anstrengungen ,Kriege zu einem Relikt der Vergangenheit und die Rüstung überflüssig zu machen, waren im Vergleich zu denen, neue Kriege anzuzetteln und die Rüstung auf ein höheres Niveau zu bringen, gering. Wenn es ein Tribunal für die Friedensverhinderer gäbe, wie jenes historische in Nürnberg, wo über Führungskräfte des Dritten Reiches geurteilt wurde, dann würden nicht viele Plätze in den demokratischen Regierungen und in den Parlamenten besetzt bleiben, weil sie sich vor dem Tribunal gegen die Anklage wegen der Verletzung von Menschenrechten verteidigen müssten (Womit nicht gesagt werden soll, dass hier die alleinigen Schuldigen zu suchen sind. In einem solchen Verfahren würden selbst Vertreter der Friedensbewegung zu Angeklagten, weil sie ebenfalls versagt haben.) Wer also über Sozialsysteme und Entwicklungszustände auf dieser Welt nachdenken will, muss die Zusammenhänge von unterschiedlichen Perspektiven betrachten können. Und daher ist es auch erforderlich, darüber nachzudenken, wie soziale Sicherungssysteme auf nationale Verteidigungssysteme wirken. Zu beobachten ist, dass sich die Flüchtlingsströme danach ausrichten, in welchen Staaten es die höchsten oder besseren staatlichen Hilfsleistungen für Flüchtlinge gibt. Im Verbund mit dem Asylrecht und Abkommen über die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden, hat das doch zu einer Handlungseinschränkung der Regierung geführt, die eine Bedrohung unserer Republik darstellte, an der die teure Bundeswehr nichts ändern konnte. Die Kernaufgabe der Bundeswehr ist aber doch, die Republik vor einem unerwünschten Eindringen von Massen von Fremden zu schützen. Wenn aufgrund der Gesetzeslage die Bundeswehr ihren Schutzauftrag gar nicht ausüben kann, dann kann man sie auflösen. Die Alternative ist, das soziale Sicherungssystem wird umgebaut von dem öffentlich-rechtlichen auf ein privatrechtliches System, auf das Flüchtlinge keinen unmittelbaren rechtlichen Anspruch haben. Aber das sind nur trübe Gedanken der Verteidigung. Unser Augenmerk und unser Trachten muss auf die bessere Gestaltung dieser Welt ausgerichtet sein.

Es mag sein, dass nachgewiesen werden kann, dass bestimmte Einsätze der Bundeswehr (oder Verbände anderer Nationen) für einzelne oder viele Menschen lebensrettend war. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Haupthandwerk des Militärs die Rolle des Henkers ist, in der die Drohung oder Ausführung von Zerstörungsgewalt das Werkzeug ist. Es sind nicht diese Werkzeuge, die eine Besserung der Lage in den bedrohten Gesellschaften bringen, aber die Gefahr in sich bergen, dass die Rüstungsspirale und die Zahl der Toten und Kriegskrüppel weiter wächst. Die folgende Nachricht dokumentiert den neuen Trend, an dem die Politik der Bundesrepublik nicht unbeteiligt ist:

Ende des Pazifismus Japans sicherheitspolitischer Paradigmenwechsel

Die japanische Regierung unter Premierminister Schintzo Abé hat beschlossen, die pazifistische Nachkriegsverfassung neu zu interpretieren: Künftig soll Japan an der Seite von Verbündeten wie den USA Krieg führen können, selbst wenn das eigene Land nicht direkt angegriffen wird.

Von Jürgen Hanefeld

(Bilduntertitel: Bild vom Protest nicht übernommen. TA)

Proteste gegen Ministerpräsident Shinzo Abe, der sagt: "Japan beteiligt sich nicht an einem Krieg, um ein fremdes Land zu verteidigen"

Angeblich waren es 40.000, die am Vorabend der Entscheidung vor dem Amtssitz des Premierministers demonstriert haben, vielleicht auch nur die Hälfte. Doch für ein Land, dessen Bürger als besonders brav und zurückhaltend gelten, waren es viele, die der Regierung noch einmal klarmachen wollten, dass sie die Kehrtwende Japans in der Militärpolitik ablehnen.

Es sind überwiegend ältere Leute, die gegen die Aushöhlung des Artikels 9 der japanischen Verfassung protestieren, "Verfassungsschützer" im Wortsinne, die sich noch an die Trümmer erinnern, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hat, an die seelischen und materiellen Verwüstungen im einzigen Land der Welt, das mit Atombomben zur Raison gebracht wurde.

Heute geht es den meisten gut, was sie aber auch auf den Frieden zurückführen, der seit Ende des Krieges in Japan Verfassungsrang hat. Artikel 9 ist einmalig unter den Grundgesetzen der Welt:

"Das japanische Volk verzichtet für alle Zeiten auf den Krieg als souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt als Mittel, um internationale Konflikte zu lösen."

Pazifismus gilt als überholt

Wie jede demokratische Verfassung kann natürlich auch diese verändert werden. Zum Beispiel, weil man den Pazifismus, der hier zum Ausdruck kommt, für überholt hält. Schließlich haben sich sowohl Japan als auch die geopolitische Lage in den zurückliegenden rund 70 Jahren radikal gewandelt. Dies ist das wichtigste Argument derer, die das Vorgehen von Regierungschef Shinzo Abe verteidigen - wie Politikprofessor Ken Jimbo:

"China wird immer stärker, und der Schutz Japans durch die USA nimmt im Vergleich dazu ab. Das bedeutet, Abe muss die strategischen Beziehungen neu knüpfen - nicht nur mit den USA, auch mit Australien, Indien und Südostasien, mit der NATO und der EU und sogar mit Russland."

Tatsächlich ist der Druck aus China nicht nur auf Japan, sondern auf die gesamte Region, massiv. China beansprucht ein Seegebiet, das von den eigenen Küsten zwar ziemlich weit entfernt liegt, aber sozusagen bis an die Strände der Nachbarn reicht. Betroffen sind in erster Linie die Philippinen und Vietnam, aber auch Japan. Die unbewohnten Senkaku-Inseln, die Tokio zum japanischen Territorium erklärt hat, sind ein weithin bekannter Zankapfel. ...

(Deutschlandfunk, Informationen am Mittag,01.07.2014) Eine aktuelle Aussage in der Zeitung finde ich nicht mehr. TA

http://www.deutschlandfunk.de/ende-des-pazifismus-japanssicherheitspolitischer.799.de.html?dram:article_id=291003

00000 – Einschub 7 – 00000

Konferenz "Macht.Geld.Politik." in Bielefeld am 1. Oktober 2016

Link, um diese Information auf twitter/facebook zu verbreiten: http://www.sven-giegold.de/2016/macht-geld-politik/

Liebe Freundinnen und Freunde,

sehr gerne lade ich Euch ein zu unserer Konferenz "Macht.Geld.Politik." in Bielefeld, die Britta Haßelmann MdB, Matthi Bolte MdL und ich gemeinsam organisieren.

Ort: Neue Schmiede, Handwerkerstraße 7, 33617 Bielefeld

Zeit: 11.00 - 17.15 Uhr

Anmeldung: http://gruenlink.de/187w

Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Gerade der Europäischen Union, aber auch der nationalen und regionalen Politik, wird immer häufiger unterstellt, dass mächtige Interessensgruppen einen übermäßigen oder gar unlauteren Einfluss auf die Politik ausüben und der Rechtsstaat nicht gegenüber allen gleichermaßen seine Zähne der Grundrechte und des Gemeinwohls zeigt.

Uns Grünen ist die Stärkung der Demokratie wichtig: Mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, mehr Transparenz und Dialogorientierung in Politik und Verwaltung sind nötig.

Im Jahr 2017 stehen wichtige Landtags- und Bundestagswahlen an. Dies nehmen wir zum Anlass, um im Dialog mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu diskutieren: Wie kann sich unsere Demokratie verbessern, um transparenter, rechenschaftspflichtiger und integrer zu werden? Für welche Positionen sollen wir Grünen in den Parlamenten und in der Öffentlichkeit streiten?

Deshalb laden wir zur Konferenz ein und bitten um Anmeldung unter: http://gruenlink.de/187w

Mit herzlichen europäischen Grüßen
Sven Giegold

Unser Programm:

11 Uhr Eröffnung durch Sven Giegold MdEP

11.10 Uhr Keynote von Harald Schumann (Journalist): "Demokratie mit Schlagseite - die (un)heimliche Macht des Geldes"

11.30 Uhr Panel I: Was darf Geld in der Politik? Mit Timo Lange (LobbyControl), N.N., Britta Haßelmann MdB Moderation: Matthi Bolte MdL

14.00 Uhr

Panel II: Transparenz im digitalen Zeitalter! Mit Edda Müller (Transparency International), Alexander Trennheuser (Mehr Demokratie e.V.), Matthi Bolte MdL Moderation: Britta Haßelmann MdB

15.30 Uhr

Panel III: Gegengewichte zu mächtigen Interessensgruppen Mit Renate Künast MdB, Markus Grill (Journalist, correctiv.org), Olivier Hoedeman (Corporate Europe Observatory, angefragt), Moderation: Sven Giegold MdEP

16.45 Uhr Fazit: Michael Kellner (Bundesgeschäftsführer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Britta Haßelmann MdB

17.15 Uhr Ende

<u>ooooo – Einschub 7 Ende - ooooo</u>

Zu den nächsten Punkten von Sahra Wagenknecht:

ZEIT: Wollen Sie die Banken sozialisieren?

Wagenknecht: Im Finanzsektor sind alle marktwirtschaftlichen Prinzipien außer Kraft gesetzt. Private Institute kassieren enorme Gewinne, wenn es gut lauft - und der Staat, einschließlich der Zentralbank, steht jederzeit als haftender Dritter und kostenloser Rückversicherer bereit. So wird ein Geschäftsmodell ermöglicht, das auf einem freien Markt nicht funktionieren würde. Es hätte doch heute niemand mehr einen Euro auf einem Konto bei der Deutschen Bank, wenn man nicht wüsste, dass der Staat sie nie pleitegehen lassen würde.

Eine kluge Geschäftsführungsstrategie einer Bank ist es, ihren Kunden den Haftungsumfang und ihr Haftungsvermögen sichtbar zur Kenntnis zu bringen. Auch ist es vertretbar, dass der Gesetzgeber den einzelnen Banken einen Haftungsverbund mit anderen Banken – egal ob öffentlich-rechtlich, genossenschaftlich oder nach einer anderen Form des Gesellschaftsrechts gebildet – vorschreibt. Die EU hat aber unnötig einen Widerstand gegen sich erzeugt, als sie einen Haftungsverbund über die nationalen Grenzen hinaus verlangte. In der Privatwirtschaft ist vorrangig eine Aufgabe der Unternehmen, für ihre eigene Haftungsfähigkeit zu sorgen. Wenn ihm diese Haftungsfähigkeit bei einer Überprüfung nicht mehr gegeben erscheint, könnte man vom Staat allenfalls verlangen, dass er das Prüfungsergebnis veröffentlicht. Auf keinen Fall hat der Staat aber die Haftung für eine insolvente Bank zu übernehmen, auch

nicht, wenn viele Wähler der Regierung Konten bei der betreffenden Bank haben. Die Übernahme der Risiken von Geschäftsbanken durch die Zentralbank ist völlig daneben. Die einzigen legitimen Aufgaben einer Notenbank sind, den Geldkreislauf und den Warenstrom im Gleichgewicht zu halten, damit die Preisniveaustabilität gesichert ist. Dazu hat sie die Geldmenge zu steuern, was sie exakt nur kann, wenn sie für einen ungestörten Kreislauf des Geldes sorgt. Das Geld muss fließen, wenn es seine Funktion als Tauschvermittler ausüben soll. Die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes ist damit nicht vereinbar.

ZEIT: Was wäre die Alternative zum Euro?

Wagenknecht: Etwa ein System, wie es Keynes schon vor Jahrzehnten vorschlug. Der Euro wäre eine Ankerwährung, die nationalen Währungen würden von einer europäischen Währungsbehörde stabilisiert. Bei größeren Ungleichgewichten müsste ein Land seine Währung auf- oder abwerten. Wenn es solche Reformen im Euro-Raum nicht gibt, werden ihn einzelne Länder irgendwann verlassen.

Das Thema war auf diesen Seiten schon mal dran. Vor der Einführung des Euro hatte man die Entscheidungsfreiheit, den Euro neben den Nationalwährungen zu installieren. Es wäre aber erforderlich gewesen, bei flexiblen Wechselkursen zu bleiben. Flexible Wechselkurse können aber auch stabile Wechselkurse sein, wenn die Vergleichswährungen stabil sind oder im Gleichschritt inflationiert oder deflationiert werden. Wenn ein System der Doppelwährung mit fixierten Wechselkursen verbunden würde, käme es zu Spannungen, weil dann bald bei einem Teil der teilnehmenden Volkswirtschaften die Kaufkraftparität nicht mehr mit dem Wechselkurs übereinstimmen würde. Bei einer nachträglichen Einführung müssten - um die Kaufkraft des Euro zu erhalten - die nationalen Notenbanken soviel Euro im Wert bei der EZB abliefern , wie man dem Geldkreislauf an neuem Geld hinzufügen würde.

Wie der Bancor nach Keynes und Schumacher funktionieren sollte, kann man in Wikipedia lesen. Ich gebe die Einführungssätze wieder:

Bancor ist der Name einer von den englischen Ökonomen John Maynard Keynes und Ernst Friedrich Schumacher[1] entworfenen Weltwährung, die im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg im Rahmen einer neu zu schaffenden International Clearing Union (ICU) entstehen sollte. Der im April 1943 veröffentlichte Entwurf sah die Einführung des Bancor als internationale Verrechnungseinheit vor, an die die teilnehmenden Währungen gekoppelt werden sollten. Der Wert des Bancor selbst sollte durch Gold gedeckt werden. ... https://de.wikipedia.org/wiki/Bancor

Es gibt keinen Grund, nicht bessere Modelle zu entwickeln. Das Ziel muss sein: Leichte

Handhabe, Transparenz, keine nicht gewollte Manipulation.

Gesells Modell der Internationalen Valuta Assoziationen benötigt kein Gold, es erscheint mir einfacher in der Handhabung und übersichtlicher. Das Thema taucht in den Gesammelten Werken von Gesell mehrfach auf. Ich füge hier die Darstellung aus Band 12 ein. Sie ist wohl identisch mit jener in dem Buch "Die Natürliche Wirtschaftsordnung", Ausgabe 1946, S. 306 f. Im Band 12 folgt der Darstellung folgender Titel: "Ein Beispiel der Internationalen Valuta-Assoziation in Tätigkeit."

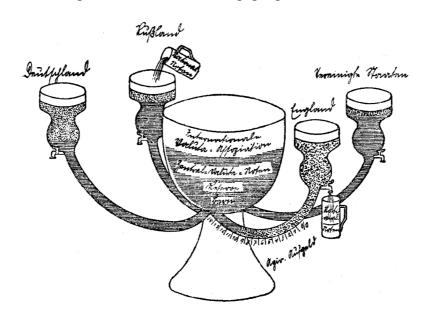
Gesell Anfang

Programm für die Internationale Valuta-Assoziation.

- 1) In den Staaten, die sich der Internationalen Valuta-Association anschließen wollen, wird als Währungseinheit die Iva eingeführt.
- 2) Diese neue Währungseinheit (Iva) ist nicht statisch (als Stoff), sondern dynamisch (als Tat), als Produkt einer fortlaufenden Handlung, der Währungspolitik, zu verstehen und kann demnach nur so lange eine genau bestimmte Größe bleiben, als sie durch die Währungspolitik in dieser erhalten wird.
- 3) Die Währungspolitik in den I.V.A.-Staaten ist auf die absolute Währung der Iva eingestellt.
- 4) Die zur absoluten Währung gehörigen statistischen Arbeiten werden nach einheitlichen Richtlinien geführt und ihr Ergebnis in einem besonderen, internationalen, statistischen Büro ständig verglichen und nachgeprüft.
- 5) Die auf die absolute Währung gerichtete aktive Währungspolitik beruht auf der Quantitätstheorie, d.h. auf der Erkenntnis, daß durch Mehrung oder Minderung des Geldangebots das allgemeine Preisniveau immer wieder auf den Ausgangspunkt zurückgeführt werden kann, so oft es sich davon auch zu entfernen strebt und zwar unter allen Umständen auch im Krieg.
- 6) In den I.V.A.-Staaten wird somit das Geldwesen national bleiben, jedoch nach einheitlichen, an sich gesunden, für alle Verhältnisse, alle Entwicklungsstadien gültigen Grundsätzen verwaltet.
- 7) Mit der oben gekennzeichneten einheitlichen nationalen Währungspolitik wird schon die Hauptursache der Handelsbilanzstörungen und der aus ihnen hervorgehenden Valutaschwankungen beseitigt.
- 8) Doch sind Störungen des Gleichgewichts in der Handelsbilanz in kleinerem Umfange aus mancherlei Ursachen (z.B. schwankende Erntefälle) nicht ausgeschlossen.
- 9) Um auch die Wirkung dieser Einflüsse auf die Valuta gänzlich aufzuheben, wird eine besondere internationale Valutanote geschaffen, für die alle I.V.A.-Staaten solidarisch haften, die unbehindert ein- und ausgeführt werden kann und gesetzliche Zahlkraft *pari* mit dem nationalen Geld haben soll.
- 10) Diese Iva-Valutanoten werden in einer Zentralstelle der Iva-Verwaltung unter Aufsicht aller beteiligten Staaten hergestellt und diesen gegen Erstattung der Herstellungs- und Verwaltungskosten, sonst aber kostenlos ausgeliefert.
- 11) Die Menge dieser Valutanoten wird ausschließlich durch ihren regulatorischen Zweck

bemessen werden. Etwa 20 Prozent des nationalen Notenumlaufes dürften genügen.

- 12) Die Iva-Verwaltung (Bern?) erhält für die gelieferten Valutanoten Wechsel ausgestellt, die dann fällig werden, wenn durch fehlerhafte nationale Währungspolitik die Handelsbilanz andauernd passiv bleibt, dadurch die Valutanoten gänzlich über die Grenze vertrieben werden und für dieselbe ein Agio auftritt. Von diesem Tage an wird auch für die fälligen Wechsel ein Zins berechnet.
- 13) Die Valutanote wird zweckmäßig in der Stückelung hergestellt, die besonders für den Kleinverkehr in Frage kommt, so daß jeder Mangel oder Überfluß sich sofort fühlbar macht, wodurch die nationale Währungspolitik der öffentlichen Kontrolle unterstellt wird. Diese Stückelung dürfte zweckmäßig nicht durch nationale Noten gleicher Stückelung ersetzt werden.
- 14) Die I.V.A.-Staaten betrachten es als in ihrem Interesse liegend alles Nötige zu tun, damit die Valutanote stets *pari* mit dem nationalen Geld umläuft.
- 15) Das erreichen sie dadurch, daß sie bei andauerndem Einströmen von Valutanoten den Umlauf des eigenen nationalen Geldes vermehren und umgekehrt bei Abströmen der Valutanoten nationales Geld einziehen.
- 16) Sollte diese im Interesse der Valutanote betriebene internationale Währungspolitik in erheblichem Umfang und anhaltend zu einer Diskrepanz mit den Forderungen der absoluten Währung führen (s. § 3), so wird durch eine vom internationalen statistischen Büro (s. § 4) geleitete Untersuchung die Ursache der Erscheinungen erforscht und die nötigen Anweisungen an alle Iva-Staaten zur Beseitigung des Übelstandes gegeben werden.
- 17) Damit die Kosten der Ein- und Ausfuhr von Valutanoten den Parikurs derselben nicht beeinflussen, werden diese Kosten von der Zentralstelle getragen werden.
- 18) Die Verwaltungskosten werden auf die Iva-Staaten *pro rata* [im Verhältnis] der Einwohnerzahl verteilt.
- 19) Der I.V.A. kann sich jeder Staat, auch außereuropäische, ohne weiteres anschließen. Es genügt dazu die Erfüllung der Bedingung 1 und die Führung der nationalen Währungspolitik nach den Grundsätzen der absoluten Währung. (s. § 3.)
- 20) Der Austritt aus der I.V.A. kann ebenfalls jeder Zeit durch Einlösung der unter § 12 erwähnten Wechsel erfolgen.
- 21) Die Auflösung der I.V.A. erfolgt durch Inkasso der Iva-Verwaltung gezeichneten Wechsel und Vernichtung der auf diese Weise eingegangenen Iva-Noten.



Erklärung zu unserem Bilde.

Ähnlich wie in einem System kommunizierender Röhren der Stand des Wassers nach jeder Störung von selbst auf die gleiche Höhe zurückfällt, so wird in den Staaten, die ihr nationales Geldwesen der Iva-Valuta-Note angeschlossen haben, der allgemeine Preisstand der Waren überall auf gleicher Höhe bleiben, bezw. automatisch nach jeder Störung dahin zurückstreben, sofern nur in jedem dieser Staaten die nationale Währungspolitik auf die absolute Währung eingestellt wird.

Verstößt ein Land gegen die Grundsätze der absoluten Währung und achtet nicht genügend auf die Warnungszeichen, – Aus- und Einfuhr von Valutanoten – so kann es vorkommen, daß das Land mit Valutanoten überschwemmt wird (V. St.) oder, daß die Valutanoten völlig aus dem Land verdrängt werden (E). An der Überschwemmung durch Valutanoten hat aber kein Land Interesse, des Zinses wegen, den das Land an den Valutanoten verliert. Die völlige Verdrängung der Valutanoten kann einem Land aber noch weniger gleichgültig sein, des Agios wegen, das dann auftritt und sich sehr unliebsam im Handel bemerkbar macht. Fig. D. zeigt den normalen Zustand. Die untere Ausbuchtung, die die einströmenden Valutanoten aufnimmt, ist zur Hälfte gefüllt. Sie kann noch mehr aufnehmen, aber auch welche abgeben.

In Fig. R. dagegen ist das Reservoir der Valutanoten überfüllt. Durch eine kräftige Dosis nationalen Geldes wird dieser Überschuß bald abgestoßen sein, wie auch umgekehrt (s. Fig. E.) das Agio durch Rückfluß von Valutanoten schnell beseitigt sein wird, wenn, wie es geschieht, der Überschuß an nationalem Geld (s. den Ablaßhahn) eingezogen wird.

Silvio Gesell Gesammelte Werke Band 12 / NWO Ausgabe 1949 Seite 306 - 308

Gesell Ende

ZEIT: Trotz so massiver Kritik sind Sie heute richtig etabliert. Erschreckt Sie das?

Wagenknecht- Was heißt etabliert? Ich glaube, ich habe mehr Akzeptanz als früher, aber das ist etwas anderes.

Sahra Wagenknecht hat sich die Akzeptanz erarbeitet und ich gönne sie ihr. Es kommt aber noch etwas hinzu. Kinder und Erwachsene haben in der Mehrzahl etwas Gemeinsames. Sie hören gerne immer wieder die gleichen Geschichten mit den gleichen Figuren von den gleichen Erzählern. Hat in den Medien einer es geschafft als guter Geschichtenerzähler wahrgenommen zu werden, dann wird er auch immer wieder von den Redaktionen und den Lesern / Hörern als Geschichtenerzähler gewählt. Für die Redaktionen ist das bequem, weil das ihre Arbeit in vielfacher Weise erleichtert. Leider hat die Geschichte auch eine Kehrseite und die besteht in der Gefahr, dass Vieles was in der Gesellschaft sonst noch mit Bedeutung gesagt wird, in den Medien kein Echo findet.

ZEIT: Haben Sie Wirtschaftsthemen gezielt besetzt?

Wagenknecht: Von der Wirtschaft hängt ab, wie sich eine Gesellschaft entwickelt, wie viel Wohlstand sie ermöglicht. Für mich ist es deswegen eine zentrale Frage, wie unsere Wirtschaftsordnung zugleich produktiv und innovativ sein kann, ohne zu wachsender Ungleichheit zu führen. Antworten habe ich auch bei Ordoliberalen wie Walter Eucken und Alexander Rüstow gefunden: Die waren überzeugt, dass einzelne Konzerne nie zu viel Macht auf sich konzentrieren dürfen.

Zitate von und Hinweise auf Ordoliberale

Professor Dr. Alexander Rüstow:

WIRTSCHAFT ALS DIENERIN DER MENSCHLICHKEIT

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 15. Tagung unserer Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft und heiße Sie alle herzlich willkommen. Ihr zahlreiches Erscheinen beweist schon, daß Sie mit uns der Meinung sind, daß es Dinge gibt, die "wichtiger sind als Wirtschaft", und daß Sie mit uns von der Wichtigkeit dieser Dinge durchdrungen sind. Seit unsere Aktionsgemeinschaft besteht, ist ihr und dem von ihr vertretenen Neoliberalismus immer wieder der Vorwurf gemacht worden, wir überschätzten die Wirtschaft, wir hielten die Wirtschaft und den Markt für das eigentliche Zentrum menschlicher Dinge, wir seien der Meinung, daß der Mensch im wesentlichen ein Wirtschaftsmensch sei. Dieser Vorwurf ist, wie wir im einzelnen noch sehen werden, denkbar ungerecht und unberechtigt. Aber auch die unberechtigtsten Vorwürfe haben natürlich irgendwelchen Grund, sind natürlich auf irgendeine Weise entstanden. Bei diesem Vorwurf ist der Nachweis der Entstehung relativ leicht.

Der Paläoliberalismus, d. h. jener Wirtschaftsliberalismus, der in der Mitte des 18. Jahrhunderts entstand und das 19. Jahrhundert weitgehend beherrschte, hatte in der Tat Strömungen und Vertreter, auf die dieser Vorwurf zutraf. Da nun leider heutige Vertreter jenes Paläoliberalismus sich neoliberal nennen, obwohl unser Neoliberalismus ja gerade im Gegensatz und in Abgrenzung gegen jenen Altliberalismus, gegen jenen Paläoliberalismus entstanden ist, trägt das natürlich sehr dazu bei, eine Verwechslung zu begünstigen. Das hat den Effekt, daß die Vorwürfe, die gegen den alten Liberalismus berechtigt sind und die gerade wir als die ersten gegen den Paläoliberalismus erhoben haben, ja, auf Grund deren wir die Abgrenzung gegen den Paläoliberalismus zur Grundlage unseres Neoliberalismus gemacht haben, - daß diese Vorwürfe zu Unrecht gegen uns erhoben werden. Die Vorwürfe, die die Kirchen gegen den Paläoliberalismus erheben, die Vorwürfe, die überhaupt idealistisch eingestellte Menschen mit Recht gegen den Paläoliberalismus erheben, sind, wie Sie im einzelnen noch sehen werden, genau dieselben Vorwürfe und dieselben Kritiken, die für uns den Ausgangspunkt unserer Scheidung gegenüber dem alten Liberalismus, gegenüber dem Paläoliberalismus, bilden. ...

Weiter unter: http://www.tristan-abromeit.de/pdf/28.1%20MdB%20Gruene%201.5.03%20Anhang%20I.pdf

Hinweise:

Ernst Winkler zu Walter Eucken in: Von der Verantwortung der ZEIT-Redaktion für Krieg und (Bürger-)Frieden

ein Brief mit Anmerkungen zu ZEIT-Artikeln und vier Anhängen von Tristan Abromeit vom Februar 2003 an DIE ZEIT

Anhang III: **Zur Ideengeschichte der Sozialen Marktwirtschaft** und Gründung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) http://www.tristan-abromeit.de/pdf/27.3%20Zeit%20Anhang%20III%20Winkler%20ASM.pdf

> Bildet Kartelle! <

Ein Zusammendenken von ökonomischen Zuständen und Flüchtlingselend

von

Tristan Abromeit
1. September 2015
www.tristan-abromeit.de
Text 140.0

Text 140.2

2. Anhang

Marktwirtschaft am Scheideweg Drei Artikel aus: DIE ZEIT, Jahrgang 1953 Kommentar dazu von TA, Sept. 2015 Flugblatt

der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. (13. und 15. Tagung) Zur moralischen und politischen Seite des Osthandels mit Beiträgen

von Wilhelm Röpke, Wolfgang Frickhöfer und Alexander Rüstow Kommentar dazu von TA, Sept. 2015

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/140.2.Marktwirtschaft.am.Scheideweg.2..pdf

Rückschau auf die Ausgangslage 1949

WÄHRUNG und WIRTSCHAFT

Unabhängiges Forum für Wirtschafts-Wissenschaft, -Praxis, -Politik
Herausgeber
LUDWIG ERHARD / ERVIN HIELSCHER / MAX SCHONWANDT
unter Mitwirkung von
WILHELM KROMPHARDT / OTTO LAUTENBACH

Deutschlands Verwirrung ... - 166 - Text 146.0 TA / Aug. 2016

1 Heft 1949

GELEITWORT

Beste Ergiebigkeit der Arbeit freier Menschen in einer echten SozialOrdnung ist das Ziel jeder wirtschaftlichen Betätigung und Organisation (oder sollte es doch sein). Diesem Ziel näherzukommen erfordert das Zusammenwirken der in gutem Sinn akademischen aber wirklichkeitsnahen Wissenschaft mit allen in Praxis und Politik Tätigen.

Das gilt besonders für die Grundfragen der Wirtschaft überhaupt, mit denen die Arbeit jedes Einzelnen ebenso wie die Höhe seiner Lebenshaltung zusammenhängen. Sie dürfen nicht von Parteipolitik und kurzsichtigen Gruppeninteressen verdunkelt und beherrscht werden. Sie gehen auch nicht nur die Politiker, Journalisten, Syndici und Sekretäre an sondern jedermann.

Die Herausgeber haben seit Kriegsende ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, die deutsche Wirtschaft aus ihrer Lähmung zu befreien. Sie waren und sind der festen Überzeugung, daß trotz aller ungünstigen Gegebenheiten das Sozialprodukt wesentlich gesteigert werden und jedem Schaffenden und Bedürftigen zugute kommen kann, wenn wir alle mit Gewissenhaftigkeit und Ernst den Problemen auf den Grund gehen.

Die Erfahrungen seit der Geld-Umstellung vom Juni 1948 haben gezeigt, wie ausschlaggebend die Funktionen der Wirtschaft (und nicht nur die sogenannten "realen Voraussetzungen") sind und wie sehr Leistung und Anpassungsfähigkeit von der Währung abhängen, mag nun ein Land "arm" oder "reich", .sein.

Die "Währung" ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der "Wirtschaft" hätte. Sie ist "nur" eine Hilfseinrichtung, vergleichbar dem Steuerruder eines Schiffes oder den Steuerungsstoffen der Organismen. Aber "RICHTIGES GELD" ist die Voraussetzung der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung.

Zur Voll-Leistung der Wirtschaft mit angemessener Beteiligung aller entprechend ihrer Mitwirkung gehört noch mehr. Genannt seien nur: ein ausgeglichenes Lohngefüge, ein angemessenes Lohn-Preis-Verhältnis und vor allem die Gewißheit eines jeden, daß arbeiten und wagen sich lohnt.

Schlagworte und unklare Vorstellungen (z.B. über "Inflation und Deflation", aber auch über "Des-Inflation" und "Re-Deflation") richten hierbei nur Schaden an. Wir rufen dazu auf, sie zu vermeiden oder doch zu klären. Das wird nur gelingen, wenn gleicherweise in echtem Eifer nach wissenschaftlicher Vertiefung wie in unmittelbarer Verbundenheit zur wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit das gesucht wird, was richtig und heute nötig ist. Das Richtige und Nötige werden wir nur in freier Aussprache und in hartem Ringen miteinander finden (und auch dann nur Schritt für Schritt). Dafür das noch fehlende Forum zu bieten, ist Hauptaufgabe dieser Zeitschrift. Sie wird mit verantwortlicher Kritik alles prüfen, was für Währung und Wirtschaft von Bedeutung ist und selbst die Grundfragen erforschen und Vorschläge machen. Die ausgeprägten Anschauungen jedes einzelnen Herausgeber über die Zusammenhänge der Wirtschaft und Gesellschaft und über das, was heute getan werden sollte, werden zwar zum Ausdruck kommen, aber nicht weniger oft und gern jede noch so scharfe Kritik an den Auffassungen und Handlungen der Herausgeber und der Schriftleitung - vorausgesetzt nur, daß diese Kritik mit diskussionsfähigen (wenn vielleicht auch nicht richtigen) Gründen versehen ist. Jeder, dessen Ansichten, Äußerungen oder Taten kritisiert worden sind, wird an gleicher Stelle und in gleichem Umfang mit sachlichen Gründen ohne vermeidbare Wiederholung antworten können. Es ist selbstverständlich, daß Herausgeber und Schriftleitung nicht die gleichen Ansichten haben und jeder nur die von ihm gezeichneten Beiträge zu vertreten hat.

Was uns besonders wichtig ist, wollen wir schon hier hervorheben: Alle Schaffenden sind dazu berufen, im Zusammenwirken den bestmöglichen Wirtschaftsertrag ihrer Arbeit und daraus ein ungemindertes Realeinkommen zu erzielen. Das ist der Kern aller wirtschaftlichen Fragen, und auch die Lö-

sung aller sozialen Fragen hängt davon ab; es ist wichtig für Selbständige und Unselbständige, für Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, für alle Berufe und alle Parteien, für Einheimische und Vertriebene. Deshalb wenden wir uns mit dieser Zeitschrift nicht an den engen Kreis sogenannter Fachleute. Vielmehr ist jeder angesprochen, der sich verantwortlich fühlt und mitdenkt.

Wir werden unser Bestes tun, ebenso wissenschaftlich wie anschaulich und verständlich zu sein, um die Aufmerksamkeit und Mitarbeit aller zu wecken.

Für dieses Programm, dagegen nicht für die einzelnen Aufsätze (auch nicht für die der Schriftleitung), für das Gesicht und für die Erfüllung des hohen Anspruchs stehen die Herausgeber ein.

Ludwig Erhard / Erwin Hielscher / Wilhelm Kromphardt Otto Lautenbach / Max Schönwandt

Hier übernommen aus:
Drei Fragen:
Sind Bankkaufleute Mörder?
Sind Banken Geldfälscherbanden?
Haben Bankkauffrauen und -männer eine falsche Ethik?
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/41.1%20Bankkaufleute%20Haupttext.pdf

Wieder beim Interview Zeit: Sahra Wagenknecht

ZEIT: Konvertieren Sie heimlich zur Liberalen?

Wagenknecht: Die Begrenzung wirtschaftlicher Macht ist auch zentrales Anliegen der Linken. Das Gleiche gilt für Werte wie gleiche Startchancen und Leistungsgerechtigkeit.

Frage: Wenn ein Mensch auf der Suche nach Gerechtigkeit in Freiheit mit seinen Erkenntnissen eine Entwicklung durchmacht und zu neuen Einsichten kommt, kann man das dann konvertieren nennen? Jahrzehnte hat der Konservatismus der Linken aller Sorten verhindert, das unsere Republik und die Welt einen wirklichen gesellschaftlichen Fortschritt gemacht hat. Und wo sich ein Kopf davon befreit hat, soll er gleich vom rechten Glauben abgefallen sein? Natürlich hätten die Konservativen anderer Prägung es gerne, wenn die Linken ihre alte Rolle weiterspielen würden, sie könnten dann weiterhin ihre Aggressionen auf die Linken projizieren und sich zu den Fortschrittlichen zählen, was sie aber nicht sind. Als ich die Frage zur Konvertierung las, fiel mir spontan folgender Spruch ein:

Der Sozialismus wird frei sein oder er wird nicht sein!

Ich wusste aber nicht mehr, wer ihn geprägt hat. Die Suche im Netz ergab folgende Quelle:Des letzten Rätsels Lösung: Rudolf Rocker, Theoretiker des freiheitlichen Sozialismus https://www.direkteaktion.org/189/der-sozialismus-wird-frei-sein-oder-er-wird-nicht-sein

Deutschlands Verwirrung ... - 168 - Text 146.0 TA / Aug. 2016

ZEIT: Leistungsgerechtigkeit ist ein linker Wert?

Wagenknecht: Natürlich. Und die Neoliberalen treten ihn mit Füßen. In Deutschland gibt es viele Menschen, die sehr viel leisten - Krankenschwestern, Pflegekräfte - und dafür miserabel bezahlt werden. Und es gibt Leute, die im Investmentbanking oder als Berater für Steuertricks unfassbar viel Geld mit Geschäften verdienen, die die Allgemeinheit schädigen.

Wenn man bedenkt, dass Sozialismus ursprünglich einfach die Forderung war, den vollen Arbeitsertrag zu erhalten, also dem Kapital nicht mehr tributpflichtig zu sein, dann ist das logisch. Aber viele Linke haben im Laufe der Zeit den Eindruck erweckt, sie suchten nur mit Hilfe des Staates einen anderen Weg als die Kapitalisten, um anderen von ihnen definierte Bürger ins Portemonnaie greifen zu können. Mit dem Begriff Neoliberale sollte Sahra Wagenknecht sorgfältiger umgehen, nicht nur, weil es verschiedene Sorten von Neoliberalen gab und gibt, sondern auch, um ihren intellektuellen Anspruch, den Dingen auf den Grund zu gehen, nicht aufzugeben. Sie selbst hat doch einst durch ihr Selbststudium festgestellt, dass zwischen dem realisierten Sozialismus und den Werken von Karl Marx ein großer Widerspruch herrschte. Es ist doch möglich, dass es diesen Widerspruch zwischen den Theoretikern des Neoliberalismus Chicagoer Schule und der daraus abgeleiteten Politik auch gibt. Ich denke, dass man z. B. bei Milton Friedman keine Textstelle findet, die rechtfertigt, dass Pflegekräfte miserabel bezahlt werden sollen, und dass es gut ist, wenn Zeitgenossen mit Steuertricks viel Geld verdienen. Wichtiger, als Theoretiker aller Ökonomie-Schulen für ein unerwünschtes Ergebnis ihrer Lehren zu beschimpfen, ist doch - entsprechend der Empfehlungen von Karl R. Popper - die Theorien nach ihren Fehlern abzuklopfen, damit bei der Umsetzung einer Theorie übersehene Fehler kein unerwünschtes Ergebnis erzielen. Es lohnt sich, das Buch "Kapitalismus und Freiheit" von Milton Friedman, deutsche Ausgabe 1971, zu lesen. Der Titel weist schon auf einen Fehler in dem lesenswerten Buch hin. Wer die Begriffe Marktwirtschaft und Kapitalismus als Synonyme begreift, ist zum Scheitern verurteilt, weil der Kapitalismus die Ergebnisse der Marktwirtschaft immer wieder verfälscht. Ich habe die Liste der mir möglichen Zitate von Friedman, die hier hinpassen würden, bis auf eines gestrichen, nämlich jenes im Vorwort zur deutschen Ausgabe, wo er auf den Zeitfaktor für die Veränderungen in der Wirtschaftspolitik verweist.

... Die Zeit hat freilich auch eine wichtige Funktion erfüllt: Das Buch erscheint heute viel weniger radikal, viel weniger aus dem Rahmen der herkömmlichen Ansichten fallend als beim Ersterscheinungstag. Ich würde die-

se Entwicklung sehr gern als Ursache und Wirkung interpretieren; ich wünschte, ich könnte glauben, daß die Analyse, die ich in diesem Buch gegeben habe, die Veränderungen in den internationalen Vereinbarungen auf monetärem und finanziellem Sektor hervorgerufen haben (die ich gleich noch diskutieren werde); daß die Argumente, die dieses Buch bringt, der Grund dafür waren, daß die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft wird; daß in den Schulen mit dem von mir vorgeschlagenen Gutscheinsystem gearbeitet wird und daß es eine negative Einkommensteuer gibt - um nur die wichtigsten Beispiele in den Vereinigten Staaten zu nennen. Jedenfalls ist all das nicht mehr halsstarriges, unrealistisches Räsonieren, es sind praktikable politische Entwicklungen geworden.

So gern ich mir diese Veränderungen in der Praxis und in der vorherrschenden Meinung gutschreiben möchte: Der Lauf der Dinge war selbst viel wirksamer als die Überzeugungskraft meiner Argumente. Der Status quo hat große Autorität. Und die Leute sind nur dem Neuen aufgeschlossen, wenn die bestehenden Einrichtungen nicht funktionieren. In all den erwähnten Bereichen haben die bestehenden Einrichtungen nicht funktioniert - und also kam es dazu, daß man nach neuen Lösungen Umschau hielt. Wenn sich die Leute für eine neue Lösung entscheiden, nehmen sie meist das, was gerade vor ihnen liegt. Und daher bin ich mehr und mehr davon überzeugt, daß die Rolle von Büchern, wie diesem hier, in erster Linie darin liegt, Alternativen für bestehende Einrichtungen aufzuzeigen und lebendig zu halten, bis das Klima für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesen Alternativen durch die Gemeinschaft im großen ganzen günstig ist. Weniger liegt die Rolle dieser Bücher darin, Veränderungen der Zustände allein durch ihre Überzeugungskraft zu bewirken.

. . .

Wenn ich mein Buch nunmehr der deutschen Öffentlichkeit vorstelle, hoffe ich, daß es sie ein wenig ermutigt, das Experiment erfolgreich fortzusetzen, daß es ihre Widerstandskraft gegen die Sirenenklänge stärkt, die ihr einreden wollen, daß man alles dem Staat überlassen soll - und daß es ihren Widerstand nicht nur in bezug auf die Wechselkurse stärkt, sondern auch in bezug auf alle anderen Lebensbereiche, die von den Fangarmen der Bürokratie bedroht sind.

Chicago, Illinois, 28. Mai 1971 Milton Friedman (15 Jahre nach entsprechenden Vorlesungen, 10 Jahre nach der Erstveröffentlichung. TA)

ZEIT: Trauen Sie der Marktwirtschaft zu, das zu ändern, wenn man die richtigen Regeln setzt?

Wagenknecht: Der Marktwirtschaft ja, dem Kapitalismus nicht. Märkte sind für eine moderne Wirtschaft unersetzlich. Aber wir brauchen keine Unternehmen als Cashkühe für Finanzinvestoren oder Erbendynastien.

Da ist Sahra Wagenknecht einsichtiger, als Milton Friedman 1956, 1961 und 1971 es war.

ZEIT: Wie würde die junge Sahra Wagenknecht, die 1992 den Essay Marxismus und Opportunismus verfasst hat, Ihr neues Buch lesen?

Wagenknecht: Damals habe ich noch gedacht, dass wir eine tendenziell geplante Wirtschaft mit Staatseigentum brauchen. Aber eins hat sich nicht geändert: Ich war damals überzeugt und bin es heute noch, dass die Menschheit eine bessere Ordnung als den Kapitalismus verdient hat.

Mit der Ansicht im ersten und dritten Satz stand Sahra Wagenknecht doch in Übereinstimmung mit den Linken der BRD seit dem Zweiten Weltkrieg (und schon vorher). Das Modell der Zentralverwaltungswirtschaft (umgangssprachlich Sozialismus, Kommunismus oder sozialistische Planwirtschaft genannt) konnten die meisten Intellektuellen denkend nachvollziehen und unter Ausblendung der unerwünschten Wirkungen und Folgen bejahen. Die meisten, die sich um Ökonomie-Systeme kümmerten, hatten keinen Zugang zu den Funktionsweisen der Marktwirtschaft. Und da sie auch eine Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus vornahmen, konnten sie sich und ihren Adressaten auch keine bessere Ordnung, als sie der praktizierte Staatskapitalismus des Ostens oder der Privatkapitalismus mit beigeordneten sozialen Zwangskollektiven des Westens, anbieten. Auf diesem Weg wurden die am Marxismus geschulten Kritiker die besten Konservatoren des Kapitalismus.

ZEIT: Als junge Frau waren Sie richtig arm. Wirkt das heute noch nach?

Wagenknecht: Ja. Es ist mir bis heute zuwider, Geld zu verschleudern. Ich würde nie 1000 Euro für eine Handtasche ausgeben, weil ich das bekloppt finde. Wenn man Geld nicht mehr achtet, dann hebt man ab - und das will ich nicht.

Die Einstellung ist löblich, denn wer das Geld nicht mehr achtet, kann auch die Arbeit nicht mehr achten, die zu seinem Erwerb erforderlich ist. (Bei den Beziehern ökonomischer Renten sieht die Begründung anders aus.)

ZEIT: Wie kann man so glücklich sein, wenn man so bekümmert über den Zustand der Welt ist?

Wagenknecht: Privat bin ich glücklich. Das ist die Kraftreserve, die ich brauche und die mir in meiner politischen Arbeit auch über Ärger, Anfeindungen und Intrigen hinweghilft.

Wenn man über Hunger in der Welt schreibt, sollte man wissen, was Hunger ist, aber nach Möglichkeit keinen knurrenden Magen haben, weil der das Ergebnis der Analyse verfälschen könnte.

Das Gespräch führten Uwe Jean Heuser und Jens Tönnesmann (Es wurden nicht alle Gesprächsabschnitte übernommen. TA)

8. Schlussteil

Ich will zu Ende kommen. Ich lasse zahlreiche Seiten, die ich mir für meine Leserkommentare zurechtgelegt hatte, unberücksichtigt und fühle mich dadurch erleichtert. Bevor ich die erste Zeile zu diesem Text geschrieben habe, war mir klar, dass ich am Ende auf das Buch "Die Welt wird jung / Der gewaltlose Aufstand der neuen Generation" (The Greening of America) von Charles Reich, deutsch 1971, zurückkommen müsste, um zu zeigen, dass bessere Gesellschaftsformen oder -zustände sich nicht von selbst einstellen, auch nicht, wenn das gesellschaftliche Bewusstsein die Reife dafür bekommen hat. Wenn wieder einmal die Zeit reif ist für den Wandel – und sie ist in der Regel lange reif, bevor sie sich mit einer Re volution die Bahn bricht – dann muss schon die Blaupause für die wesentlichen Werte, Institutionen und Strukturen vorliegen, sonst laufen die Erneuerungsimpulse ins Leere und die Gesellschaft wurschtelt auf dem Stand der Entwicklung weiter, wo sie sich ermattet nach neuen Ufern sehnte. Charles Reich, der laut Klappentext 1928 in New York geboren wurde und damals Professor für Rechtswissenschaften an der Yale-Universität war, kommt 1970 in seiner Untersuchung zu dem Schluss, dass das gesellschaftliche Bewusstsein der US-Amerikaner nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Er beschreibt drei Bewusstseinszustände für die Gesellschaft, in der er lebt und lehrt. Von dem Bewusstsein III, das nach seiner damaligen Beobachtung die Jugend entwickelte, erwartet er, dass dieses Bewusstsein eine humanere Gesellschaft hervorbringt. Bei aller Sympathie für das Werk dieses Autors, ist mein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass bereits vor oder mit Beginn des Erneuerungsprozesses einer Gesellschaft – der ja ein Jahrzehnt oder mehr dauern kann – Vorstellungen da sein müssen, wohin die Reise gehen soll, sonst landet man eben dort, wo man in den Zug der Zeit eingestiegen ist. In diese Aussage fließen auch eigene Erfahrungen ein. Ich bin 1934 in das Hitlerregime hineingeboren worden. Der Start soll nicht glücklich gewesen sein. 1945 nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg (damals war das noch für eine Minderheit eine Befreiung) torkelte ein betrunkener Mann durch die Straßen unseres Dorfes und lallte laut - sich immer wiederholend - vor sich hin: "Wir sind betrogen worden." Die Jahrgänge, die sich nach dem

Krieg wirklich einen Neuanfang erhofft haben, müssten – im gleichen Zustand wie der Mann von 1945 – lallen: "Wir haben uns selber betrogen, weil wir zugelassen haben, dass unsere Vorstellung von der neuen Zeit und Wirklichkeit unserer Gesellschaft nicht mehr zur Deckung zu bringen sind." Das Zitat von Milton Friedman, dass etwas weiter oben gebracht habe, hatte ich bei diesen Überlegungen zu Beginn meines Textes nicht im Kopf, aber es sagt ja das Gleiche. Wenn die Zeit für Veränderungen gekommen ist, müssen die Alternativen vorliegen. Für mich liegt die Alternative zu Keynesianismus und Neoliberalismus in der Freiwirtschaft oder versöhnlich gesagt: Gesell ist im gewissen Sinne – obwohl er vor den beiden andern Begründern von Ökonomie-Schulen in die ewigen Jagdgründe eingegangen ist - die Vereinigung von Keynes und Friedman und bei ihm braucht man die Klassiker der Ökonomie nicht auszugrenzen, sondern kann sie als Bereicherung empfinden. Aber wer weiß das schon, die Wirtschafts-Journalisten wissen das nicht – besonders dann nicht, wenn sie Ökonomie studiert haben - und darum wird in den Medien nicht darüber berichtet. Da die Medien nicht darüber berichten, wissen es die Bürger nicht. Und so kommt es dazu, dass diese Alternative nicht wirksam werden kann, sie nicht bekannt ist. Aber nicht jedes Jahrzehnt wird eine Idee geboren, an denen sich die Menschen aufrichten können. Und ohne Alternativen, die ökonomische Gerechtigkeit in Freiheit bieten, werden wir wieder in einer Form der Diktatur landen

Ich habe das Buch von Charles Reich Anfang der 70er Jahre im Amerikahaus in Hannover entdeckt. Und ich habe mir immer gewünscht, dass so ein kritisches Buch über unser eigenes Land auch in deutschen kulturellen Auslandsvertretungen zu finden ist.

Bei der Vielzahl der Fähnchen, mit denen ich mögliche Zitate markiert habe, fällt es mir schwer, ein passendes auszuwählen. Ich war schon geneigt, den Klappentext einzuscannen, dann entdeckte ich, dass ich schon bei einer anderen Gelegenheit eine Reihe von Zitaten aus Charles Reichs Buch auf meinen Rechner gebannt habe. Ich werde sie ergänzen und als <u>Anhang 3</u> mit diesem Text auf meiner Internetseite präsentieren. Ich halte sein Buch auch heute noch (oder gerade heute) für nützlich, weil damit geprüft werden kann, ob sich auch unsere Gesellschaft in seinen Beschreibungen von der us-amerikanischen Gesellschaft vom Ende der 60er Jahre spiegelt. Auch wenn man bejaht, dass Bewusstseinsänderung in der Gesellschaft eine Voraussetzung für ihre Weiterentwicklung ist, sind wir – sofern unser Veränderungswillen nicht nur leeres Stroh ist, das wir dreschen – gezwungen, herauszufinden, was eine stärkere Wirkkraft hat als ein neues Bewusstsein, denn die Bewustseinsstufe III, die

Charles Reich beschreibt, hat die USA – wie mir scheint – nicht im positiven Sinne vorangebracht. Bei uns ist der Aufbruch der Sozialdemokraten erst zu Kaisers Zeiten, dann in der Weimarer Republik, und nach dem Zweiten Weltkrieg im politischen Morast – bestehend aus Kompromissen und falschen Annahmen - stecken geblieben; die Nationalsozialisten haben uns Deutsche und andere Völker in die Katastrophe geführt; die Liberalen haben ihren Auftrag immer wieder vergeigt oder vertagt; für die Christdemokraten, die ihre Schutzmauerfunktion gegen den "Kommunismus" schon Jahrzehnte verloren haben und den Kapitalismus als Soziale Marktwirtschaft verkauft haben, fällt mir keine kurze Charakterisierung ein; und die Grünen, die um ein wärmendes Lagerfeuer, das sich aus neuen Ideen und Aufbruchstimmung speiste, versuchen mit nassem Holz, das nur Rauch und keine Wärme mehr entwickelt, vergeblich Eindruck zu schinden und die Linken – die Konservativen des Ostens – können ihrer Aufgabe nur gerecht werden, wenn sie ihre Rolle als Aufklärer, die Linke am Beginn ihrer Geschichte hatten, wieder entdecken. Die neuen politischen Gruppierungen sind das Ergebnis des Versagens, der Parteien, die die Bundesrepublik (alt und neu) geprägt haben.

Aber diese Aussage sollte auch nicht als ein Abkanzeln der vielen Mitglieder in Parteien verstanden werden. Wir in Niedersachsen haben ja im September Kommunalwahlen. Und da ich den engagierten Einsatz der Mitglieder der verschiedenen Parteien mitbekomme, sehe ich auch die Leistung und das Opfer an Freizeit und mehr, die sie dabei einbringen. (Auch hier spreche ich aus eigener Erfahrung in der Vergangenheit.) Ich habe also keine Neigung, diesen Einsatz abzuwerten, will aber nicht verschweigen, dass ich das Parteiensystem inzwischen eher als eine Gefährdung als eine Förderung der Demokratie sehe.

Im Art. 21 GG steht. "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit." Das steht nicht, dass sie ein Monopol haben sollen und auch nicht, dass sie durch Sperrklauseln vor neuer Konkurrenz schützen dürfen. Auch ist dort nicht zu lesen, dass sie sich aus der Staatskasse finanzieren dürfen. Das Wort Fraktion kommt im Grundgesetz nicht vor. Fraktionen sind Meinungskartelle und Kartelle sind in der Politik genauso schädlich, wie in der Wirtschaft. Wenn nur das Wohlverhalten der Abgeordneten in ihrer Fraktion eine Wiederwahl ermöglicht, dann ist der Satz in Art. 38 (1), wo steht, dass Abgeordnete nicht an Aufträge und Weisungen nicht gebunden sind, illusorisch. Dort steht aber auch, dass die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes sind und nicht die der Parteien. Die Parteien gebär-

den sich aber häufig so, als hätten sie "ihre" Abgeordneten mit einem imperativen Mandat ausgerüstet. Wenn Parteien dieses Recht nicht haben, dann können sie auch die Abgeordneten, die über ihre Listen gewählt wurden, nicht auf Parteiprogramme verpflichten, um die vorher so heiß gekämpft wurde. Am schlimmsten ist, dass die Parlamente auf Bundes- und Landesebene mehr oder weniger zu Legitimationsmaschinen für die Exekutive geworden sind. Neben dem wichtigsten Vorhaben, nämlich, dass das Volk seine Souveränität gegen die nicht legitimierte Volksvertretung zur Geltung bringt, scheint mir im Rang danach die Einführung einer konsequenteren Gewaltenteilung zu sein. Die Wahl des Bundeskanzlers / der Kanzlerin durch den Bundestag führt doch zu seiner Lähmung, weil die Mehrheit nichts beschließen kann, was die Kanzlerschaft gefährdet. Es ist widernatürlich, das die Linien der Meinungsbildung in den Parlamenten meistens sich mit den Grenzen der Fraktionen decken. Verfassungsänderungen durch die Parlamente sind ein Verrat des Demokratieprinzips. Die Vorbereitung von Verfassungsänderungen und die der Totalrevision alle 25 Jahre durch das Volk sollte von einem Verfassungsrat, der dem Präsidenten zugeordnet wird, vorbereitet werden. Die Demokratie und Ökonomie entwickeln, lautet der Auftrag der jungen Generation und der älteren, die noch nicht mit einem Bein in ihrem Grab steht. Ich habe keine Ahnung wo und wie viele Bundesbürger noch oder wieder am Verfassungsthema arbeiten. Aber ich denke, das ich es nicht alleine bin, der sich zu diesem Komplex Gedanken macht. Die intensiven Aktivitäten des Vereins MEHR DEMOKRATIE sind ja bekannt, sie zielen aber nicht auf die gesamte Verfassung, sondern konzentriert auf mehr direkte Demokratie.

https://de.wikipedia.org/wiki/Mehr Demokratie

Wie zur Bestätigung meiner Vermutung erreichte mich am 1. 9. 2016 folgendes Mail:

Liebe Bürgerinnen und Bürger für eine Demokratiereform!

Wir schreiben Sie an, weil Sie sich für demokratische Reformen und für eine Vernetzung von Reformgruppen eingesetzt haben. Wir laden Sie ein, sich an unserem Projekt einer Verfassung-vom-Volk aktiv zu beteiligen. Unser Standort: Wir haben die wesentlichen Teile eines Reformprojektes für eine Verfassung vom Volk erarbeitet. Dieses Konzept wollen wir zum Gegenstand unserer Jahrestagung machen. Beteiligen können sich neben unseren Vereinsmitgliedern interessierte Reformgruppen, die an einer konkreten Mitarbeit an einem faszinierenden Reformprojekt interessiert sind. Wir sind auch offen für Gruppen, die sich auf andere Art und Weise an dieser Arbeit beteiligen wollen. Einige Plätze stehen für eine gemeinsame Debatte auch noch im Rahmen unserer Jahrestagung zur Verfügung. Sie sind herzlich zur Mitarbeit eingeladen. Wir werden Sie nach einer entsprechenden Rückmeldung über den Zugang in unser internes Informations- und Arbeitssystem informieren. Natürlich sind Sie uns auch als Vereinsmitglied willkommen. Wenn Sie sich lediglich über den Fortgang unserer Arbeit informieren möchten tragen Sie sich bitte für unseren Newsletter ein.

Liebe Grüße / Verfassung vom Volk / Der Vorstand

Unser Internet: www.verfassung-vom-volk.org Unser Mail-Konto: info@verfassung-vom-volk.de